Kursbuch 77

Politik machen

Werner A. Perger, Bonner Dramaturgie
Stefan Welzk, Die Krisengewinnler
Gunter Hofmann, Im Zentrum der Macht
Karl Markus Michel, Draußen im Lande
Cornelia Bolesch, Die Bildschirmherrschaft
Egon Bahr, Das Innere des Äußeren
Herbert Riehl-Heyse, Auf Staatsbesuch
Uwe Wesel, Nach Karlsruhe gehen
Eva Demski, Frankfurter Stadtreinigung
Klaus Laermann, Die gräßliche Bescherung
Exkurse: Orden · Hommage à Reagan u. a.

Kursbuch / Rotbuch Verlag
September 1984 9 Mark A 20281 F

84-577
Goethe Institut e.V. Bibliothek
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
Kur
ausgeschieden am: .....

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

77 Politik machen September 1984

Glaube, Hoffnung, Liebe. Aus den ersten Sitzungen des Deutschen Bundestages 1949 1
Werner A. Perger, Bonner Dramaturgie 8
Stefan Welzk, Die Krisengewinnler. Wirtschaftspolitik als Verpackungskunst 31
Gunter Hofmann, Im Zentrum der Macht. Aus den geheimen Aufzeichnungen des Waldemar Schreckenberger 51
Karl Markus Michel, Draußen im Lande. Juni-Briefe '84 61
Cornelia Bolesch, Anmutung oder die Bildschirmherrschaft 86
Das Innere des Äußeren. Ein Gespräch mit *Egon Bahr* 97
Herbert Riehl-Heyse, Auf Staatsbesuch 113
Uwe Wesel, Nach Karlsruhe gehen 123
Eva Demski, Frankfurter Stadtreinigung. Ein kommunalpolitischer Bekehrungsversuch 147
Klaus Laermann, Die gräßliche Bescherung. Zur Anatomie des politischen Skandals 159
Äthiopische Intermezzi 1 bis 6, aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht,* S. 30, 59, 95, 110, 122, 158

Exkurse: Die Vorzüge der Peinlichkeit 173 / Hommage à Reagan 176 / Ost-West-Denksport 182 / Wiedervereinigung, kakanisch 185 / Eier im Glas 187

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 7, im Einzelverkauf DM 9. Verlag: Kursbuch Verlag GmbH / Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag, Niebuhrstraße 77, 1000 Berlin 12, Telefon 8 81 50 59. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. © 1984 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Wagner GmbH, Nördlingen
Beilagen: Carl Hanser Verlag (Teilauflage), »Kirschkern«-Buchversand (Teilauflage), Hermann Luchterhand Verlag, Wohlthat's Versand

Glaube, Hoffnung, Liebe

Aus den ersten Sitzungen des Deutschen Bundestages 1949

1. Sitzung, 7. September 1949

Alterspräsident Paul Löbe (SPD): (. . .) In dem Augenblick, in dem zum ersten Male wieder freigewählte Abgeordnete eines erheblichen Teils von Gesamtdeutschland zusammentreten, um eine deutsche Regierung einzusetzen und eine neue Gesetzgebung zu beginnen, schweifen die Gedanken von uns Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstags in der Berliner Krolloper, der wir beiwohnten und in der durch das *Hitlersche Ermächtigungsgesetz* die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Jahre begraben wurden. Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat.

(Lebhafte Zurufe: Sehr richtig! – Abg. Reimann: Wieviele Abgeordnete sitzen hier, die dafür gestimmt haben! – Abg. Rische: Sehr richtig!)

Die Jüngeren unter uns aber, woher sie auch kommen mögen, haben auf ihrer Reise nach Bonn von Stadt zu Stadt noch einmal, vielleicht zum ersten Male in diesem Umfang, die erschütternden Zeugen der Zerstörung gesehen, die jene Machtergreifung schließlich herbeigeführt hat, die sichtbaren Zeugen nur, denn jeder einzelne von uns weiß dabei um die geistige und seelische Verwüstung, die mit der äußerlichen in unserem Volke angerichtet worden ist. Die Alten und die Jüngeren sind nun hier vereint in der schweren Aufgabe, an die Stelle der Trümmer wieder ein wohnliches Haus zu setzen und in den Mutlosen eine neue Hoffnung zu wecken.

Was erhofft sich das deutsche Volk von der *Arbeit des Bundestages?* – Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen. Schier unüberwindlich scheinen die Hindernisse, die auf diesem Wege liegen, und ungezählte Scharen unserer Landsleute sind es, die von unserer Arbeit eine Minderung ihrer Sorge erwarten. Es stehen vor unserer Tür die Millionen der Heimatvertriebenen von jenseits der Oder-Neiße-Grenze, die Verstümmelten und Verwaisten des Krieges, die ja auch ein Opfer des Nazismus sind, jene, die in den Bombenangriffen Hab und Gut verloren, die anderen Opfer des Naziregimes und der mehrfachen Währungsmaßnahmen. Welch mühevolle, beharrliche, wohlüberlegte und welch gutwillige Zusammenarbeit wird notwendig sein, um auch nur der geringsten dieser Aufgaben Herr zu werden!

(. . .) Meine Damen und Herren! Mein letzter *Appell* gilt den *Abgeordneten* dieses Hauses selbst. Hinter uns liegt ein erbitterter Wahlkampf, dessen Formen oft das erträgliche Maß weit überschritten.

(Sehr wahr! rechts)

Mit der Fortsetzung dieser Ausbrüche ist dem deutschen Volke nicht gedient.

(Sehr richtig! rechts)

Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat. Wollen wir vor der deutschen Geschichte bestehen, dann müssen wir uns, ob in Koalition oder Opposition, soweit zusammenfinden, daß Ersprießliches für unser Volk daraus erwächst, damit wir uns auch die Achtung für unser deutsches Volk in der Welt draußen zurückgewinnen. – Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Arbeit mit diesem Vorsatz beginnen!

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Wir treten nunmehr in die *geschäftliche Tagesordnung* ein. (. . .)

Präsident Dr. Erich Köhler (CDU): (. . .) Meine Damen und Herren! Heute wird für den größten Teil Gesamtdeutschlands eine verfassungsmäßig gegründete Staatsautorität ins Leben gerufen. Sie wird verkörpert durch die nach der Verfassung gesetzgebenden Organe. Sie muß aber auch eine geistige Verankerung finden. Sie kann diese geistige Verankerung als Staatsautorität in unserm Volke nur dann finden, wenn unsere Arbeit von dem edelsten Grundsatz, den je die Geschichte menschlicher Ethik aufgestellt hat, entscheidend bestimmt wird: *wir wollen dienen.* Wir wollen dienen den Armen und Bedürftigen, wir wollen die Selbstsucht in Schranken halten, und wir wollen den Schwachen vor dem Starken schützen. Indem wir so handeln, werden wir auch im tiefsten Sinne eine der grundlegenden Bestimmungen des Grundgesetzes erfüllen, nämlich dem *Frieden der Welt* zu dienen. (. . .) Ich glaube zu dem folgenden Bekenntnis berechtigt zu sein: Wir bekennen uns in dieser historischen Stunde nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit der Leidenschaft unseres Herzens zu einer solchen Neuordnung Europas und der Welt. Dem Frieden zu dienen, das ist wahrhaft die tiefste Sehnsucht unseres Volkes. Ich glaube am Beginn unserer Arbeit aussprechen zu dürfen: Wir sind von der Hoffnung erfüllt, daß ein neues Deutschland des Rechtes und der Gerechtigkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland aus diesem Glauben, daß wir dem Frieden dienen wollen, aus einer Neuordnung Europas und der Welt, aus dem Glauben an diese Wandlung immer ihre Kraft für eine glücklichere Entwicklung der Zukunft schöpfen wird.

(. . .) Ich bitte Sie, zur Bekräftigung dieser uns alle verbindenden Gesinnung sich von den Plätzen zu erheben.

(Der Bundestag erhebt sich.)

Wir grüßen das deutsche Volk und das deutsche Vaterland!

(Lebhafter Beifall.)

– Ich stelle fest, daß Sie sich von den Plätzen erhoben haben. Ich danke Ihnen.

(Vortrag des letzten Satzes der 5. Symphonie von Beethoven.)

2. Sitzung, 12. September 1949

Bundespräsident Dr. Theodor Heuss (Ansprache nach der Wahl): (. . .) Es ist eine Gnade des Schicksals beim Einzelnen, daß er *vergessen* kann. (. . .) Auch für die Völker ist es eine Gnade, vergessen zu können. Aber meine Sorge ist, daß manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen. Wir müssen das im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt hat, wo wir heute sind. Das soll kein Wort der Rachgefühle, des Hasses sein. Ich hoffe, daß wir dazu kommen werden, nun aus dieser Verwirrung der Seelen im Volk eine Einheit zu schaffen. (. . .)

Wir stehen vor der großen Aufgabe, ein *neues Nationalgefühl* zu bilden. Eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht versinken und steckenbleiben in dem Ressentiment, in das das Unglück des Staates viele gestürzt hat, und daß wir nicht ausweichen in hochfahrende Hybris, wie es ja nun bei den Deutschen oft genug der Fall war. Seltsames deutsches Volk, voll der größten Spannungen, wo das Subalterne neben dem genial spekulativ Schweifenden, das Spießerhafte neben der großen Romantik steht. Wir haben die Aufgabe im politischen Raum, uns zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden, die wir im Innern der Seele nie verloren. (. . .)

Verehrte Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung! Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: *»Gerechtigkeit erhöhet ein Volk.«*

5. Sitzung, 20. September 1949

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (CDU): (. . .) Meine Wahl zum Bundeskanzler, meine Damen und Herren, und die Regierungsbildung sind eine logische Konsequenz der politischen Verhältnisse, wie sie sich in der Bizone infolge der Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats herausgebildet hatten. Die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats, die Frage *»Soziale*

Marktwirtschaft« oder »Planwirtschaft« hat so stark unsere ganzen Verhältnisse beherrscht, daß eine Abkehr von dem Programm der Mehrheit des Frankfurter Wirtschaftsrats unmöglich war. Die Frage »Planwirtschaft« oder »Soziale Marktwirtschaft« hat im Wahlkampf eine überragende Rolle gespielt. Das deutsche Volk hat sich mit großer Mehrheit gegen die Planwirtschaft ausgesprochen. (. . .)

Eines darf ich hier mit allem Nachdruck an die Spitze meiner Ausführungen stellen: die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin, daß sie sich bei ihrer ganzen Arbeit von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten und besten Sinne des Wortes zu handeln wie irgend möglich.

(Bravo in der Mitte und rechts.)

Das Streben nach Linderung der Not, nach *sozialer Gerechtigkeit,* wird der oberste Leitstern bei unserer gesamten Arbeit sein. (. . .)

Auf dem Gebiet der *Wirtschaftspolitik* werden wir die in Frankfurt so erfolgreich eingeschlagene Richtung weiter verfolgen.

(Lachen links. – Abg. Renner: Über 3 Millionen Arbeitslose!)

Bei der Durchführung des Prinzips der *sozialen Marktwirtschaft* wird man sich selbstverständlich wie auch bisher davor hüten müssen, einem starren Doktrinarismus zu verfallen. Man wird sich, auch wie bisher, den jeweils sich ändernden Verhältnissen anpassen müssen. Die Zwangswirtschaft werden wir überall dort, wo wir es irgend verantworten können, beseitigen. (. . .)

Wir werden auf dem Gebiete der Wirtschaft durch die Mittel des Wettbewerbs und durch die immer stärkere Einordnung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft systematisch die durch 15 Jahre Zwangswirtschaft und Kriegswirtschaft entstandenen Strukturfehler der deutschen Wirtschaft beseitigen. Unser ganzes Bestreben wird sein, möglichst wenig Hände und Köpfe in der Verteilung und der Verwertung der wirtschaftlichen Produktion und möglichst viele Hände und Köpfe in der gütererzeugenden Sphäre zu beschäftigen. (. . .)

Die Bundesregierung wird es sich besonders am Herzen liegen lassen, den *Mittelstand* in allen seinen Erscheinungsformen zu festigen und ihm zu helfen. Wir sind durchdrungen von der Überzeugung, daß dasjenige Volk das sicherste, ruhigste und beste Leben führen wird, das möglichst viele mittlere und kleinere unabhängige Existenzen in sich birgt. (. . .)

Die *Finanzpolitik* muß einen Teil der allgemeinen Staatspolitik, insbesondere der Wirtschaftspolitik bilden. Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur wenn wir nach Kräften die innerdeutsche Kapitalbildung steigern, können wir erwarten, daß (. . .) das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.

Der *Wiederaufbau unserer Wirtschaft* ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. (. . .) Die Bundesregierung wird sich bemühen, ihre Sozialpolitik den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechend umzugestalten und auszugestalten. (. . .)
Die *Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern* müssen zeitgemäß neu geordnet werden. Die Selbstverwaltung der Sozialpartner muß an die Stelle der staatlichen Bevormundung treten. (. . .) Ein verständiger Ausgleich sozialer Gegensätze ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Aufstieg unseres Volks. Dieser Ausgleich muß durch die Sozialpartner selbst herbeigeführt werden. Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig.

(Bravo! in der Mitte.)

Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, dem Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

(. . .)

Wenn die Bundesregierung so entschlossen ist, dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben, so ist sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber allen denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln,

(Bravo! und Sehr gut!)

mögen sie nun zum *Rechtsradikalismus* oder zum *Linksradikalismus* zu rechnen sein.

(Lachen und Zuruf von der KPD.)

– Ach, Sie sind ja gar nicht so radikal.

(Heiterkeit. – Abg. Renner: Sie sind auch nicht so sozial, wie Sie sich hier gebärden!)

(. . .)

Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den in diesem Artikel (24 GG) vorgezeichneten Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu gehen.
Wenn ich vom Frieden in der Welt und in Europa spreche, dann, meine Damen und Herren, muß ich auf die *Teilung Deutschlands* zurückkommen. Die Teilung Deutschlands wird eines Tages – das ist unsere feste Überzeugung – wieder verschwinden.

(Lebhafter Beifall.)

Ich fürchte, daß, wenn sie nicht verschwindet, in Europa keine Ruhe eintreten wird. Diese Teilung Deutschlands ist durch Spannungen herbeige-

führt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

(Abg. Dr. Richter: Auch mit den Sudetendeutschen!)

6. Sitzung, 21. September 1949

Dr. Kurt Schumacher (SPD): (. . .) Wollte man den Kardinalsatz der Regierungserklärung, daß die Bundesregierung die *soziale Gerechtigkeit* zum obersten Prinzip ihrer Handlungsweise nehmen wolle, als das Programm der Regierung voll akzeptieren, dann müßte man sagen: mit diesem Programm hätte der Herr Bundeskanzler am 14. August einen rauschenden Wahlsieg über die Politik seines Wirtschaftsministers und seines Vizekanzlers davongetragen.

(Beifall bei der SPD. –Lachen in der Mitte und rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, Sozialpolitik kostet etwas, und der deutsche Besitz, der ja in seiner überwiegenden Mehrzahl hinter der neuen Bundesregierung steht, hat diese Regierung bestimmt nicht etabliert, um besonders große Aufwendungen für das Volk zu machen. (. . .)

Nun, wir sind die *Opposition*, und was Opposition ist, darüber hat sich eine unglaublich naive Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit erhoben. Die Wertung der Opposition und der Regierung, die vorbehaltlose Überbewertung der Regierungsfunktion und die ebenso vorbehaltlose Unterbewertung der Oppositionsfunktion stammt aus dem Obrigkeitsstaat, und die Begriffe des Obrigkeitsstaates scheinen noch in vielen Köpfen auch in diesem Hause sehr lebendig zu sein.

(Lebhafter Beifall links. – Zurufe rechts.)

Eine Opposition ist in ihren Qualitäten nicht dann staatserhaltend, wenn sie eine wohlwollende Beurteilung durch die Bundesregierung oder durch ihre Parteien findet. Wir haben eine in Sachen der Besitzverteidigung sehr unsentimentale Regierung, und es wird die Aufgabe der Opposition sein, bei der Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung ebenso unsentimental zu sein. Der Egoismus liebt es, an das Gemeinschaftsgefühl zu appellieren. (. . .)

Aus dem Wesen und der Zusammensetzung dieser Regierung heraus besteht die große Gefahr, daß dieser neue Staat ein autoritärer *Besitzverteidigungsstaat* werden kann.

(Lachen in der Mitte.)

Man hat doch in der Zusammensetzung der Regierung und den gestern vorgetragenen Tendenzen gesehen, daß die erste Periode von Weimar –

wenn Vergleiche erlaubt sind – glatt übersprungen worden ist und wir bereits in einer zweiten Periode der absoluten Restauration mit stark vorweimarischen Zügen sind. Das bringt die Gefahr der Entfremdung der arbeitenden Menschen vom Staat. Das ist eine Gefahr, die wir als Opposition bekämpfen wollen. Wir können den heutigen politischen Machtzustand sich nicht stabilisieren lassen. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Dinge im Fluß im Sinne einer Entwicklungsmöglichkeit zum Demokratischen und Sozialen zu halten. (. . .)

Wenn übrigens die Herren von der Kommunistischen Partei die Freundlichkeit hatten, kürzlich bei der Wahl des Bundespräsidenten ihre Stimme für mich abzugeben, so möchte ich sie auf einen peinlichen Gegensatz aufmerksam machen. Im Osten wird noch strikte die Parole befolgt, und ihre Nichtbefolgung füllt auch heute noch die Konzentrationslager: »Die Schumacherlinge müssen nicht nur moralisch, sondern auch physisch vernichtet werden!« Ich würde die Herren von der Kommunistischen Partei bitten, den arbeitenden Massen in Deutschland einmal diesen Zwiespalt der kommunistischen Natur zu erklären.

(Abg. Reimann: Ich werde morgen darauf antworten, Herr Dr. Schumacher!)

– Herr Reimann, die politische Erfahrung lehrt: es gibt nicht nur Wölfe im Schafspelz, es gibt auch Schafe im Wolfspelz!

(Große Heiterkeit und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter, darf ich einen Moment unterbrechen. Ich nehme an, daß Sie mit Ihrer Bemerkung »Schafe im Wolfspelz« kein Mitglied des Hauses gemeint haben.

Dr. Schumacher: Ich würde, Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis Herrn Reimann die Entscheidung darüber überlassen.

Werner A. Perger
Bonner Dramaturgie

Im Arbeitszimmer des großen Mannes mit der Richtlinienkompetenz steht ein Aquarium. Es ist einen Meter zwanzig lang und faßt einhundertzwanzig Liter Wasser. Darin schwimmen kleine und mittelgroße Fische, Exoten. Tagaus, tagein, immer an der Glaswand entlang oder auch mal durch die wogende Pflanzenkultur, die innen – angestrahlt von der üblichen Glühbirne – südamerikanische Unterwasser-Flora vorgaukelt.

Es ist ein Geschenk aus Berlin. Helmut Kohl war darüber sehr erfreut. Schon als kleiner Junge hat er ein Aquarium besessen – »aber natürlich längst nicht so ein schönes«, erzählte er einer Gesellschaftskolumnistin, es war ja auch nur Ersatz für einen anderen Wunsch. Der kleine Helmut hatte sich damals eigentlich, so erinnert er sich, ein Krokodil gewünscht. Das hat nicht geklappt. Acht Jahre war er da alt. Es muß also das Jahr 1938 gewesen sein, wie sich auch ohne Nachschlagen in Kohls Lebenstabellen leicht errechnen läßt: Wir wissen ja aus anderen Zusammenhängen, daß er 1945 (erst) 15 Jahre alt war.

Das Aquarium ist nicht das einzige Requisit in Helmut Kohls Bonner Werkstattbühne. Metallarbeiten aus der Pfalz, Stiche von ebenda, eine Mineraliensammlung, an der Wand ein Görres-Portrait, eine Studie von Kokoschka zu dessen Adenauer-Portrait – nun ja. Der Blickfang aber ist das Aquarium. Auf ihm ruht denn auch des Kanzlers Auge, wenn er telefoniert.

Helmut Kohl telefoniert häufig. Er läßt sich nicht immer durchs Vorzimmer vermitteln. Wichtige Teilnehmer wählt er selbst an, bespricht Probleme mit ihnen persönlich und sucht deren Lösung im direkten Kontakt. Mehr noch als sein Vorgänger Helmut Schmidt, und das will einiges heißen, ist Helmut Zwo unbeirrbar davon überzeugt, daß der persönliche Kontakt zwischen den Verantwortlichen das Entscheidende ist.

Das weiß er: Kleine Ursachen haben oft große Wirkungen, und Männer machen Geschichte (und Margaret Thatcher auch). »Der will sich ins Buch der Geschichte eintragen«, sagt er häufig über seine Partner im weltpolitischen Zirkus. Damit meint er: Auch ein Generalsekretär der KPdSU will als erfolgreicher Entspannungspolitiker erinnert werden, Mitterrand oder auch Thatcher wollen nicht in die Bücher eingehen als Leute, die Europa schei-

tern ließen, und Ronald Reagan, »mit dem ich befreundet bin«, wäre auch lieber der Präsident, der ein Abkommen erreicht hat, als der, dem sich der Russe hartnäckig verweigerte.
Er hat also so seine festen Ideen und gewachsenen Vorstellungen über den Lauf der Dinge und wie man den beeinflussen kann – und von ihnen läßt er sich leiten.
Manchmal, wenn es im Aquarium lebhaft wird, weil die großen Fische die kleinen jagen, dann erkennt er darin seine Welt der Politik: »Dann ist das wie bei uns«, sagte er der Kollegin. Er weiß Bescheid. Auch in seiner Welt geht es mal turbulent zu, dann ist es wieder ruhig. Mit Aquarien hat es so seine besondere Bewandtnis, vielleicht auch gerade mit diesem. Manchmal gibt er den Beilbäuchen und Sichelfleck-Panzerwelsen auch selbst das Futter (normalerweise werden sie ja versorgt): Wasserflöhe, Würmer, Trockenfutter.

Von seinem Vorgänger hat Bundeskanzler Kohl das Haus mit den 480 darin Beschäftigten am 4. Oktober 1982 übernommen. Die Übergabe geschah relativ formlos, in der Lobby des Kanzlerflügels – im Neubau, versteht sich. Der ist 1976, im Juli, bezogen worden. Das Palais Schaumburg, das davor ein zu Recht an Plüsch und an Stilmobiliar erinnerndes Synonym fürs Kanzleramt war, wird jetzt fast ausschließlich für repräsentative Zwecke genutzt, manchmal auch als Stabsquartier für ausländische Chefs, wenn davon mehrere auf einmal kommen. So hatte Ronald Reagan während des Nato-Gipfels '82 im ehemaligen Kanzlerzimmer sein Büro, beim Weltwirtschaftsgipfel residierte da Jimmy Carter. (Außerdem gibt's im alten Palais ein Adenauer-Gedächtnis-Zimmer und einen Ruheraum, falls ein Staatsbesucher mittags schnell mal ein Nickerchen machen will – wie weiland der selige Breschnew oder Italiens prächtiger Sandro Pertini.)
An diesem 4. Oktober, vier Tage nach dem Sturz des vorerst letzten sozialdemokratischen Bundeskanzlers und dessen zwei Wochen alter SPD-Alleinregierung, sagte Schmidt einige Sätze, die er vielleicht besser nicht gesagt hätte: »Mein Nachfolger im Bundeskanzleramte, den ich herzlich begrüße, unterscheidet sich mindestens in einem Punkte von mir und allen bisherigen Bundeskanzlern, insoweit er nämlich der erste Vertreter der Nachkriegsgeneration in diesem Amte ist. Herr Kohl ist bei Kriegsschluß noch zur Schule gegangen.«
Das war's. Das befreiende Wort, der lichte Gedanke, die Erhöhung des profanen Augenblicks: So wurde aus der biederen Bonner Kabale mit einemmal eine geschichtliche Zäsur. Der Hang zum Klugscheißen, der Schmidt nie verlassen hat, versah die Mischung aus Intrige des Flick-Flügels der FDP und eigenem Versagen mit der Aura eines historisch notwendigen Prozesses: Das zufällige Nebenprodukt der »Wende«, daß nämlich mit

Kohl ein beträchtlich jüngerer Mann Kanzler geworden war, als es der zwei Jahre zuvor als Kandidat gescheiterte Franz Josef Strauß gewesen wäre, das rückte nun als bedeutsam in den Vordergrund. Man mochte meinen, das Mienenspiel des also zum Symbol geschwollenen Pfälzers wurde von einem Aha-Effekt gezeichnet, es war, als ginge ihm diese Dimension mit all ihren Möglichkeiten jetzt erst so richtig auf. Genau! Das war nicht irgendein Kanzlersturz, und er war nicht irgendein Kandidat, nein: Er, Helmut Kohl, war hiermit der erste Kanzler aus der Nachkriegsgeneration.
»Dies kann auch Chancen bedeuten«, hatte Schmidt hinzugefügt, »vieles sieht sich ganz anders an aus dem geschichtlichen Rückblick, als wenn man selber es mitgekämpft und miterlitten hat. Das kann durchaus auch Chancen bedeuten.«
Kurz nach der Zeremonie flog der neue Kanzler zum Vorstellen nach Paris. In den Abendnachrichten hieß es, Kohl habe vor Mitterrand darauf hingewiesen, er sei der erste Kanzler der Nachkriegsgeneration.

Neben der Büro-Suite des Bundeskanzlers liegt das Heckel-Zimmer, so genannt nach dem Expressionisten Erich Heckel, von dem drei Gemälde in diesem Raum hängen. Es ist mittlerweile eins der bekanntesten Zimmer des Kanzleramts, auch wenn der Nation dies nicht bewußt ist: Hier findet das rituelle Händeschütteln für die Fotografen statt (wenn es stattfindet, doch davon gleich), und da setzen Kanzler und Besucher sich für die Kameras auf die beiden Sofas unter Heckels Bild »Marienfeste bei Würzburg«, ein »deutsches Motiv«, wie einer hier sagt, mit ruhigen, fernsehgerechten Farben. Früher hing Heckels »Bordeaux« hier, ein vergleichsweise unruhiges Bild aus dem Jahre 1929, das vor allem einen Nachteil hatte: Am unteren Bildrand sieht man, in hellen Farben, die winkligen Gassen und dichtgedrängten Häuser am Fluß, und gerade die eckigen Dachformationen ergaben auf den Fotos häufig einen unbeabsichtigten Effekt – sie verlängerten die Nase dessen, der auf dem Sofa davor saß. Das ist zumeist der Kanzler. Die Bilder wurden ausgetauscht.
Eine Zeitlang fanden das Begrüßungszeremoniell und der Small talk für die Foto-Presse übrigens im Stehen statt. Das hatte folgenden Grund: Dieser Kanzler, wie anfangs schon gesagt, ist ein großer Mann und obendrein ausgestattet mit der körperlichen Statur derer, die das Leben lieben und ebenso die Lebensfreude, wie er selbst es auf einer legendären Pressekonferenz (zum Wörner-Amtsverbleib) kundgetan hat. Kohls lebensbejahende Erscheinung bewirkt jedoch, daß er nicht das ist, was man eine Sitzschönheit nennen könnte, zumal er dazu neigt, die Unbequemlichkeit des Sitzens mit einem Herumnesteln an Krawatte und Jackenkragen zu kompensieren. Der Kanzler soll aber nicht linkisch wirken. Daher riet man ihm, die Besucher im Stehen zu begrüßen, und eine Weile ging das gut, bis die internationale

Kundschaft der Fotografen protestierte: Alle Welt sitzt beim Posieren, Reagan sitzt, Thatcher sitzt, Breschnew-Andropow-Tschernenko sitzen und die Chinesen auch. Dagegen hilft selbst Größe nichts, die Bonner fügten sich: Jetzt sitzt also auch Kohl wieder, wenn er seine Gäste begrüßt, vorausgesetzt, die beiden Sofas unter der »Marienfeste bei Würzburg« sind da, was ja die Regel ist. Hier nun die wundersame Ausnahme:

Als der südafrikanische Premierminister Pieter Botha im Juni dieses Jahres die Westeuropäer mit Besuchen belästigte und natürlich auch Bonn nicht verschonte, da standen die Sofas nicht da. Botha mußte sich nichts dabei denken. Das Heckel-Zimmer sah nicht gerade evakuiert aus, beherbergte es doch genügend anderes Mobiliar. Daß Kohl ihm nicht für die Fotografen demonstrativ die Hand drückte, mußte den Chef der Apartheid-Regierung ebenfalls nicht irritieren: Schließlich hatte der Kanzler ihn unten, am Eingang, wo keine Fotografen waren, persönlich empfangen und ihm fest die Hand gedrückt, und er würde ihn auch wieder persönlich zum Ausgang bringen. Dies hier sind höfliche Leute. Und auch sonst war alles okay gewesen: Roter Teppich (eigentlich ist das nur ein Läufer), Bundesgrenzschutz, die Flaggen auf dem Mast: das kleine Protokoll für die Visite – Kategorie »Arbeitsbesuch«.

Botha also empfand nichts Ungewöhnliches, und die beiden Sofas vermißte er nicht. Er konnte jedoch nicht wissen, was die deutsche Fernsehnation wußte: Die Sofas waren eben noch da gewesen. Sie sind kurz vor seinem Eintreffen rausgetragen worden, und die Leute vom Fernsehen haben die Prozedur gefilmt. Ein Fressen für die Tagesschau: Welch ein Symbol! Alle Achtung. Daß die Regierung Kohl/Genscher ihre Distanz zum Apartheid-Staat und dessen Repräsentanten so deutlich zeigen würde, hatten z. B. die beiden Kirchen gewiß nicht erwartet und schon gar nicht die Anti-Apartheid-Bewegung, die Grünen und die Linken. Zu Recht. Das Symbol war keins. Es war eine Panne. Die Sofas sollten zwar raus, damit Botha sich nicht etwa setzte und damit Platz war auf dem Perserteppich für die zwei Herren, die da – ohne Shakehands – ein bißchen ungelenk herumstanden. Aber es sollte keiner etwas von der Absicht merken. Irgendwie war die Kunde zu spät an die Mannschaft gekommen – als sie endlich Hand ans Möbel legten, war das Fernsehen schon da und die Foto-Presse auch.

Das deutsche Volk, versteht sich, empörte sich ob dieser Unhöflichkeit gegenüber dem bedauernswerten Herrn Botha. Die Post fürs Kanzleramt war beträchtlich, darunter übrigens auch eine Drucksache, der *Bayernkurier*, den sie hier abonniert haben. Darin stand, vom Chefredakteur und Sprachrohr des Herausgebers Franz Josef Strauß persönlich verfaßt, zu lesen: »Dieser Anlaß ist an Provinzialität und Peinlichkeit kaum zu überbieten.« Wissen wollten die Südafrika-Experten in München – bei Strauß gab's natürlich für Botha ein demonstrativ herzliches Händeschütteln vor der

Presse –, wer der Schreibtischtäter war, der die Anweisung zum Sofarücken gegeben hatte: »Der Hausmeister wird es ja wohl nicht gewesen sein . . .« Krisenmanagement in Bonn: Auftritt Peter Boenisch, der Sprecher mit dem Kontrabaß. Es war nicht so gemeint, ist seine Botschaft, beziehungsweise: »Es ist wirklich falsch, aufgrund interner Möbeltransporte im Bundeskanzleramt auf die Richtlinien der Politik zurückzuschließen.« In Aktion tritt zusätzlich ein Vertrauensmann des Kanzlers, Dr. Eduard Ackermann, im Amt zuständig für Öffentlichkeitswirksamkeit. Er verschickt nun geradezu massenhaft mehr oder weniger gleichlautende Briefe ins Land, in denen er die weiße Mehrheit der Bundesrepublik beruhigt: »Die von Ihnen angesprochene Panne«, antwortete er beispielsweise Herrn O. aus Emden, »wird auch vom Bundeskanzler so gewertet.« Wie genau, das geht aus dem Text nicht hervor, das steht offenbar im Brief des Beschwerdeführers O.; man darf jedoch getrost annehmen, A. und O. und Kanzler fanden es »ganz und gar unerträglich«, wie dieser gelegentlich zu sagen pflegt. Ackermann weiter: »Selbstverständlich hat der Bundeskanzler mit diesem Vorgang nichts zu tun«; was heißen könnte, wieder einmal hat der Professor Waldemar Schreckenberger, Chef des Kanzleramtes, eine delikate Geschichte verpfuscht. Das heißt es aber nicht. Schuld sind vielmehr die *usual suspects*, die Medien, welche »die Panne . . . in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung gestellt und damit den wahren Ablauf und die Atmosphäre dieses Besuchs verfehlt haben«.
Die Medien: Schelte haben sie auf jeden Fall verdient. Sie hatten, wenn auch nur kurzzeitig, den Eindruck erweckt, die Regierung stünde dem Apartheid-Regime frostig gegenüber. Das war, nun wissen's alle, die Unwahrheit. Das Kanzleramt: »Das Gegenteil ist richtig.«

Bleiben wir noch kurz im Kanzlertrakt, an dieser historischen Stätte, wo also auch mal Pannen passieren, fast wie im täglichen Leben. Vom Heckel-Zimmer kann man in einen weiteren Raum treten, der für kleine Arbeitsessen gedacht ist. Bis zu zehn Personen haben an dem Tisch in der Mitte Platz. Ohne daß der Raum – mit Eiche ausgekleidet, wie alles hier – besonders anheimelnd wirkt, gewinnt er zumindest etwas Atmosphäre durch die Bücherwand, in der sich über die acht Jahre seit der Eröffnung dieses Hauses allerlei angesammelt hat. Da stehen beispielsweise sechs Bände *Ausgewählte Werke* der beiden bekannten Herren Marx und Engels (Verlag Marxistische Blätter), daneben eine Sammlung *Akte der Reichskanzlei.* Eine Regalreihe drüber Fischer-Fabians *Die deutschen Cäsaren,* Clausewitz' *Vom Kriege* und dazwischen, in einer ungeordneten Reihe geschichtlicher Wälzer, tatsächlich Bernt Engelmanns *Wir Untertanen.* Da spätestens ist klar, daß kein Helmut Kohl durch diese Zufallsbibliothek stöbert. So ist ihm auch eine bemerkenswerte Konstellation entgangen. In der dritten oder vierten Reihe

von oben fand ich neulich, bei einer Visite in diesen Räumlichkeiten, gleich da, wo mehrere Ausgaben der Bibel nebeneinander stehen, ein anderes Werk mit einem auffälligen Titel: Adolf Hitler, *Mein Kampf. Eine kommentierte Ausgabe* (List-Verlag). Kommentator ist der Historiker Dr. Christian Zentner, ein sehr produktiver Spezialist für diesen Geschichtsabschnitt, nicht zuletzt für den Zweiten Krieg (seine *Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkriegs* ist ein Renner, besonders in Bahnhofsbuchhandlungen). Zumindest die Einordnung dieser Studienausgabe kam auch meinem offiziellen Begleiter anrüchig vor. »Ich hol das mal von den Bibeln weg«, sagte er nach kurzem Zögern und legte das Buch in die unterste Reihe.

Seitdem der erste Kanzler der Nachkriegsgeneration amtiert, ist von der Vorkriegsgeneration wieder häufiger die Rede. »Ich konnte kein Nazi sein«, sagte er beispielsweise zu Beginn des Jahres im Schweizer Fernsehen, »weil ich zu jung war – die Gnade der späten Geburt.«
Es passiert ihm aber, daß er sich an die Zeit, die er nicht erlebt hat, ganz gut erinnert. Sie »kommt ihm hoch«, die Erinnerung – eine Floskel, die er häufig verwendet, weil es ihm immer wieder mal hochkommt. Zum Beispiel im Plenarsaal des Bundestags, Donnerstag, 9. Februar dieses Jahres: Helmut Kohl berichtet von seiner Israel-Reise. Einige Journalisten haben schon zuvor zu ergründen versucht, wie eigentlich dieser Kurt Ziesel in die Kanzlermaschine geraten ist, ein Mann, der am rechten Rand der Unionsparteien für deren Sache ficht; in der Zeit allerdings, für die man Helmut Kohls Vorschulzeit und mutmaßliche Vorpubertät ansetzen muß, war Ziesel ein engagierter Verfechter der nationalsozialistischen Sache, wie diverse Zeugnisse seines damaligen Schaffens (». . . Emporkommen des jüdischen Untermenschentums . . .«) erkennen lassen. Wie es zur Kanzlernähe dieses Kurt Ziesel ausgerechnet auf der Israel-Reise kam, das interessiert nun auch die parlamentarische Opposition. Der Vorgang ist dem Kanzler, wenn schon nicht gebührend peinlich, so doch einigermaßen lästig, auch wenn er spürt: In der Öffentlichkeit der Republik wird ihm so etwas nicht schaden. Dennoch, auch wegen des internationalen Renommees sowie der eigenen Partei zuliebe, die ihn kämpfen sehen will, ergreift der Chef die Flucht nach vorn. »Heuchelei!« – ein beliebtes Politiker-Ritual.
Des Kanzlers Entrüstung richtet sich als erstes gegen den Bonner Sozialdemokraten Horst Ehmke, der als Knabe in der Hitlerjugend war (keine späte Geburt): »Sie sind so ziemlich der letzte, der sich als der moralische Richter deutscher Bürger aufspielen darf!« (Ehmke gibt es ihm kurze Zeit später zurück: »Für eine Unionspartei, die einen Pg vorgeschlagen hat, ist das Heuchelei.«) Als nächsten nimmt Kohl sich diese jungen Moralapostel von den Grünen vor, die aus der Mitte immer so irritierend dazwischenrufen: »Wenn ich die schneidenden Töne ihrer Redner hier so anhöre, dann kom-

men, wenn man die Augen schließt und in die Geschichte zurückblickt, die Erinnerungen wirklich hoch.«

Drei Monate später, 24. Mai, auf der Tagesordnung steht die gescheiterte Amnestie für politische Steuerhinterzieher (bekanntlich lauter kleine Handwerker, die mit ein bißchen Geld die Parteien ihres staatsbürgerlichen Vertrauens unterstützen wollten und die deswegen jetzt, sozusagen politisch, verfolgt werden). Das Wort hat der Bundeskanzler, er spricht vom Vertrauensschutz für die Spender:

»Gerhard Stoltenberg hat die Finanzverwaltungen erwähnt. Er hat auch korrekt festgestellt, daß keiner der Finanzminister – und [der frühere Bundesbankpräsident] Klasen sagt: keiner der Justizminister –, daß keiner aus der politischen Oberschicht der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit gegangen ist und gesagt hat: Leute, so geht das nicht. Das ist doch einfach die Wahrheit.«

Zwischenruf Fischer (Grüne): »Umso schlimmer, Herr Bundeskanzler!«

Kohl (etwas irritiert): »Und weil dies so ist« –

Fischer: »Die Oberschicht hat geschwiegen. Das ist genau der Punkt!«

Kohl (sehr irritiert): »Wissen Sie, wenn ich Sie sehe und die Tonart, die Sie hier ins Haus gebracht haben: Das erinnert mich an Abschnitte der deutschen Geschichte, die ich nie wieder erleben möchte.«

Das Protokoll: »Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.«

Derselbe Tag, etwas später: Das Plenum debattiert den § 218 im allgemeinen und das Stiftungsprojekt »Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens« im besonderen. Es spricht die Abgeordnete Waltraud Schoppe, eine der Sprecherinnen der Grünen. Sie hat eine Art der Rede, die für dieses Haus etwas ungewöhnlich ist. Bei ihr zucken auch die Herren in der SPD mitunter mal zusammen (und mancher Grüne Mann), wenn sie rhetorisch zur Sache kommt (». . . im Bett sind Sie ja alle Helden, wie wir aus Ihren Gesprächen entnehmen können«). Waltraud Schoppe also, nachdem sie sich gerade die gelbe Karte (Ordnungsruf) für den Ausdruck »Kumpane« (»Herr Kohl und seine Kumpane«) eingehandelt hat:

»Entschuldigung für die ›Kumpane‹. Und Sie behaupten gleichzeitig hier, in der größten Schwindelbude der Nation . . .«

Hier setzt, das ist nicht verwunderlich, Unruhe ein. (Das Protokoll: »Zurufe von der CDU/CSU: Unerhört! – Schluß!«)

». . . mit dem Stiftungsgesetz ein besonders geeignetes Instrument der finanziellen Hilfe vorzulegen. Wirksame finanzielle Hilfe könnte es vielleicht sein . . .«

Waltraud Schoppe will sagen, ». . . wenn die illegalen Parteispenden . . . in die Stiftung ›Mutter und Kind‹ fließen würden«, aber dazu kommt sie vorerst nicht. In den Bankreihen der CDU/CSU bricht ein Tumult los. Aus der Fülle von Zurufen und dem Gebrüll fallen neben der auch nicht alltäglichen Forderung »Raus hier!« besonders auf: »Nazitöne!« – »Das hat bisher nur Goebbels gesagt!« – »SS-Methoden!«

Ein halbes Jahr früher, Raketendebatte am 22. November im Bundestag: Marieluise Beck-Oberdorf, zu diesem Zeitpunkt noch eine der drei Sprecherinnen, muß sich durch christlich-demokratische Zwischenrufe durchkämpfen, als sie für einen Volksentscheid plädiert:

»Eine Regierung, die dem Volk das Recht verweigert, in einer Abstimmung zu dieser Lebensfrage gehört zu werden« – »Was heißt denn hier ›Recht‹?« ruft einer dazwischen – »hat das Recht verloren, über den Widerstand von Menschen zu urteilen. Was sollen denn die Menschen hier tun, wenn Sie alle demokratischen Wege versperren?«
Es prasseln die Zwischenrufe auf die Rednerin, z. B.:
»Das ist der totale Staat!« (Berger, CDU/CSU)
»Eine Nazi-Rede halten Sie!« (Althammer, CDU/CSU)
(Sieben Monate später, am 1. Juli 1984, wird der neue Bundespräsident, Richard von Weizsäkker, bis zu diesem Tag aktives CDU-Mitglied, im Bundestag sagen: »Die Entscheidungen der Mehrheit müssen zumutbar sein. Keiner soll sich durch sie in seiner Existenz bedroht fühlen. Nur so ist ein demokratischer Grundkonsens möglich, den die Verfassung zwar nicht vorschreibt, ohne den aber die Demokratie auf die Dauer nicht leben kann.«)

Deutscher Bundestag, vor einem Jahr, 8. September, die Debatte über den Tod des Kemal Altun. Der Abgeordnete Benno Erhard von der Union, inzwischen ist er Staatssekretär im Justizministerium, spricht nach Joschka Fischer, der Innenminister Zimmermanns Verhalten im Asylfall Altun soeben »in einem sehr persönlichen Sinn moralisch verkommen« genannt hat. Erhard, an die Grünen gewandt, sehr erregt:

»Was, glauben Sie – Sie, die ich, jedenfalls einige, an Hand ihrer Gesichter und aus dem Handbuch [des Bundestags] als noch recht jung kenne –, geht in jemandem vor, der zur CDU/CSU gehört und selbst zu den Verfolgten des Nazi-Regimes gehört hat? Haben Sie sich so etwas einmal vorgestellt?«
Zwischenruf Fischer (Grüne): »Das sollten Sie hier einmal erzählen, was in so jemandem vorgeht! Das wäre sehr lehrreich!«
Erhard (ganz aus dem Häuschen): »Wenn ich Sie sehe, weiß ich nur das eine: Wenn Sie die Macht hätten, wäre es schlechter als bei den Nazis.«
Das Protokoll: »Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU«.

Dieser Vorgang fällt in einem Punkt aus dem Rahmen. Schon kurz darauf, noch vor der Abstimmung über die Anträge auf Entlassung der Minister Zimmermann (CSU) und Engelhard (FDP), ging der CDU-Mann Erhard nochmal ans Rednerpult und entschuldigte sich bei Joschka Fischer (». . . und nehme meine Bemerkung zurück«). Das war eine Art abweichendes Verhalten. Zum Umgang der neuen Mehrheit mit der neuen Minderheit gehört sonst der Spott und gerade die Beschimpfung, als wäre dies der neue Comment. Die Rituale der Plenardebatten sind um dieses Element erweitert worden: Vergleiche mit dem Nazi-Terror, Verweise auf SA, SS und die Ideologie des totalen Staats, nichts ist zu belastet, um es nicht zur rhetorischen Waffe gegen jene zu machen, gegen die man sich – wie wohl auch oft gegen die eigenen Kinder – anders nicht zu helfen weiß. Es ist, als hätten die Präsenz der Grünen und deren rituell wiederkehrende Ritualverletzungen gerade die politischen Repräsentanten der konservativeren Christenheit an einem wunden Punkt getroffen. Wieso sind *sie* es, die immer wieder auf die NS-Vergleiche zurückgreifen (früher haben sie zu Provokateuren auf außerparlamentarischen Versammlungen höchstens mal gerufen: »Geht doch nach drüben«)? Was bricht da aus ihnen raus, wenn sie den Verstoß gegen

die Form, den es in der politischen Geschichte öfter mal gegeben hat, so unbedenklich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichsetzen?
In dem neuen Bonner Stück, das viele kluge Zeitgenossen immer noch für eine Komödie halten, hat einer auch gesagt, der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht. Auch ihm, dem Minister für Jugend und Familie (lat.: pro familia), hat die Fraktion dafür applaudiert. Weichere Gemüter im Milieu der geistig-moralischen Mehrheit hat er damit erschreckt. Andere haben die Prämisse zwar gern akzeptiert (Pazifismus im Westen hat Hitler zur Aufrüstung und zu den ersten Militäraktionen ermutigt), störten sich aber an der ungewollt implizierten Schlußfolgerung (ohne die Wehrmacht und deren militärische Effizienz an der Ostfront wäre Auschwitz nicht möglich gewesen; eine These übrigens, die der heutige Arbeitsminister Blüm ausdrücklich 1978 in einem *Spiegel*-Aufsatz vertrat, was ihn fast die Karriere gekostet hätte).
Entscheidend ist: Unter der Regie des Spätgeborenen darf's wieder ein bißchen intoleranter sein. Wir sind die breite alte Mitte und brauchen Platz: Die Grünen gleichen den Nazis, die SPD – mit ihrem Hans Jochen Vogel als »Kandidat Andropows« – ist für uns die »Moskau-Fraktion« und die »fünfte Kolonne der anderen Seite«. Und gemeinsam sind diese beiden am schlimmsten: »Das rot-grüne Chaos«.

Szenenwechsel nach Süden, Bad Godesberg. Es ist Dienstagabend der letzten Juniwoche, zugleich die letzte Arbeitswoche des Parlaments vor der Sommerpause. Wir befinden uns im Studio des ZDF. Viele Leute sind da, Groß und Klein der politischen Klasse, der Bundespräsident (Carstens), der Bundestagspräsident, der Kanzler nicht, der ist in Fontainebleau und rettet Europa, desgleichen der Außenminister, vom Wirtschaftsminister ist nur dessen Pressesprecher da, der sich nichts anmerken läßt, die Sozialdemokraten sind mit dem Abgeordneten Helmut Schmidt aus Hamburg zwar prominent, mit ihm als einzigem aber doch unterrepräsentiert, was der ZDF-Chefredakteur Appel zuerst gar nicht merkt, dann aber für Zufall hält. Tatsächlich tagen die Sozis noch, zum dritten Mal versuchen sie, eine gemeinsame Balance von Ökologie und Ökonomie zu finden, und zwar am Fallbeispiel Buschhaus. Vier Tage später wird es dazu einen einstimmigen Beschluß des Bundestages geben. Die Grünen hatten es mit ihrer Meinungsbildung in *dieser* Frage nicht so schwer – Waltraud Schoppe und ein paar andere sind auch zum ZDF gekommen. Gefeiert wird der Wechsel in der Studio-Leitung, von Hans Joachim Reiche zu Peter Hopen.
Heiner Geißler, der die Dinge so gern auf einen Begriff bringt, hat Treffen dieser und ähnlicher Art als »hochpolitisierte Randzirkel mit einer gewissen Inzuchtmentalität« bezeichnet, und das sind sie: Nachrichtenbörse, Gerüchteflohmarkt, Messe der Eitelkeiten – man kommt, um zu sehen und zu

hören, gesehen und gehört zu werden. Die Scheels sind also auch da. Sekt gibt's, Orangensaft und Bier, das übliche. Peter Hopen erzählt in seiner Ansprache, daß der alte Adenauer zu ihm einmal gesagt hat: »Herr Hopen, wissen Sie eigentlich, daß ich der illegitime Vater des ZDF bin?« In der getragenen Atmosphäre des Staatssenders halten sogar die Grünen das Zeremoniell ein, keiner ruft: »Man merkt's noch heute!«

In einem Punkt jedoch hat der Abend versagt: Daß Otto Graf Lambsdorff noch vor Mitternacht dem Kanzler seinen Rücktritt einreichen wird, kommt hier nicht raus (wenn es auch keine Überraschung sein wird). Sei's drum. Die classe politica wird den Verlust verschmerzen, das Spiel geht weiter. Im Hintergrund steht schon einer bereit, der lange auf seine Stunde gewartet hat – seit Wochen hat er gleichsam öffentliche Kostümproben veranstaltet: Martin Bangemann wird Wirtschaftsminister. Der Wechsel findet auf offener Szene statt, bei hochgezogenem Vorhang, im Eiltempo, und Martin Bangemann macht gar kein Hehl aus seiner Freude. Er paßt vortrefflich in dieses Kabinett der Lebensfreude. Kohl nennt ihn gleich einen »erstklassigen Politiker«. Da tut es nichts zur Sache, daß in der Kulisse jeder weiß: Der Mann ist zweite Wahl, sein größter Vorzug die rasche Verfügbarkeit. Die fliegende Übergabe hatte Vorrang vor allen anderen Gedanken – es galt, Franz Josef Strauß zu verhindern.

Joschka Fischer, nach einem Jahr schon der ungekrönte König der Zwischenrufer und vielleicht der beste Redner im Parlament, hat den Strauß-Komplex des Kanzlers im Plenum einmal ein »Weißwurstsyndrom« genannt. Ein Syndrom ist es sicher, vielleicht gar eine Obsession. Helmut Kohl verwendet viel Energie darauf. Eigentlich geht es dauernd irgendwie um den Andern, mit dem er gelegentlich wandert, mit dem er – sagt er – mindestens ein-, zweimal die Woche telefoniert und den er manchmal in dessen Bonner Residenz besucht, eine geräumige Villa, bewacht und befestigt. Es gibt Leute mit guter Kenntnis der Person Kohl, die sagen von ihm: Im Unionsmilieu beurteilt er Leute – Politiker und Journalisten – vor allem danach, ob sie auf seiner Seite stehen oder auf der von Strauß. Wo einer war, als Strauß in Kreuth (1976) die Spaltung der Union in zwei Fraktionen wollte (die heute nicht formell, aber praktisch vollzogen ist), was einer schrieb, sagte oder tat, als die CSU 1979 Strauß zur Kanzlerkandidatur powerte: das sind für Helmut II, den sonst Unbekümmerten, allemal Kriterien zur Unterscheidung zwischen Freund und Parteifreund. (Einer sagt: »Der Ziesel war damals auf Seiten Kohls . . .«)

Wörner, übrigens, hielt '79/'80 zu Strauß. Nur ein wenig um die Ecke gedacht, und man versteht, weshalb Kohl den in der Generalsaffäre letztlich entkernten Minister behalten hat: ein Restposten von Kanzlers Gnaden. Entlassen, als Opfer finsterer Intrigen, wäre Wörner in relativ kurzer Zeit zu einer unkalkulierbaren Größe geworden für Kohl.

Nach dem flotten Abgang des Grafen, am Tag nach der Feier im Studio, fragt ZDF-Hopen den Kanzler artig: »Sie haben sehr schnell entschieden« (Kompliment, Herr Bundeskanzler), »waren Sie dabei mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im reinen?«
Zur Belohnung antwortet der Regierungschef: »Ja, selbstverständlich . . .«
Zum selben Thema fragt im ersten Kanal ARD-Nowottny, der ein etwas anderes Image pflegt: »Vollziehen Sie Operationen dieser Art nur deshalb, um Franz Josef Strauß aus Bonn fernzuhalten?«
Na sowas! Die folgende Antwort hat er verdient. Der Bundeskanzler: »Nein, das ist doch wirklicher Unsinn. Das wissen Sie. Ich habe Franz Josef Strauß zu Beginn der Regierungsarbeit« (wie oft soll ich das noch sagen?), »als ich zum Kanzler gewählt wurde, schon im Oktober, also Ende September '82 das Angebot gemacht, ein Ressort zu übernehmen.« (Und fragen Sie mich jetzt nur nicht, warum ich ihm nicht das Außen- oder Finanzministerium angeboten habe – weil er die akzeptiert hätte, das wissen Sie!) »Ich habe das noch einmal gemacht zu Beginn dieser Legislaturperiode« (was kann ich dafür, daß er da keine Lust hatte, Verteidigungsminister zu werden), »und wenn immer eine Funktion frei wird« (also genau genommen: *fast* immer), »ist es doch kein Thema, kommt Franz Josef Strauß oder kommt er nicht . . .«

Ob er kommt oder eben nicht kommt, gleichviel. Sobald Kohl mit zwei oder drei seiner engsten Vertrauten beisammen sitzt, ist Strauß mitten unter ihnen. Nach außen gilt die Devise: Theaterdonner, kümmert uns nicht, »der Franz Josef« ist längst nicht mehr das, was er war, sein Abschreckungswert ist gesunken, wie der der alten Pershing-1. Das mag sogar stimmen. Aber immer noch, wir können im Bild bleiben, ist sein Aufschlaggewicht, seine militärisch-strategische Penetrationsstärke und insgesamt sein politisches Destruktionspotential zu massiv, als daß Kohl den »Freund« wirklich ignorieren könnte.
Lediglich die FDP ist ganz froh, daß der alte Löwe immer wieder mal vernehmlich brüllt. Strauß ist ihre einzige raison d'être. Mit ihm als Hintergrund produziert man leichter »liberales Profil«, selbst dann, wenn offen bleibt, was das heutzutage sein mag. Das ist was Neues im Bonner Repertoire nach den vielen Jahren der anderen Koalition, in denen die Partner sich mühten, Einigkeit zu produzieren oder wenigstens zu zeigen – mehr, als ihnen guttat: Sobald im Parkett die Stimmung nachläßt, liefern FDP und CSU, die beiden kleinen Koalitionspartner, sich lautstarke Schaukämpfe, mal über Südafrika oder Grenada, mal zur Familienpolitik oder zum Scheidungsrecht, zum Datenschutz oder zur Kulturpolitik (Goethe-Institute). Am schönsten waren, man wird sie vermissen, die (indirekten) Wechselgespräche zwischen Lambsdorff und Strauß (Zitate aus *Quick* und *Stern*).

Lambsdorff: »Das vergißt uns Strauß nie« (daß Genscher ihn als Außenminister verhindert hat). »Aber das ständige Abreagieren dieser aufgestauten Gefühle der Wut führt eben leider zur Destabilisierung der deutschen Politik.«
Strauß: »Wenn die deutsche Politik seit dem Jahre 1969 destabilisiert worden ist, dann durch die Partei des Herrn Lambsdorff, nicht zuletzt durch ihn selber.«
Lambsdorff: »Der kann es einfach nicht verwinden, daß er nicht in Bonn auf der Regierungsbank sitzt.«

Strauß: »Der Herr war mit dem Mund immer größer als mit den Taten.«
Lambsdorff: »Wenn unsere politischen Beziehungen zu anderen Regierungen von den Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten abhingen, dann hätten wir wohl bald keine Verbindungen zu großen Teilen der Welt.«
Strauß: »Ich glaube aber, daß die Weltgeschichte sich um Herrn Lambsdorff im allgemeinen sowieso nicht dreht und im besonderen bald nicht mehr drehen wird.«
Der Bundeskanzler: »Solche Blähungen dieser Art – das muß ich schon sagen – finde ich überhaupt nicht nützlich. Ist auch nicht für die Volksgesundheit zuträglich.«
Das war gut gesagt, ein Bild, das die Gaudi auf dem Niveau antrifft, auf dem sie stattfindet, als Stegreifposse, in der auch mal kräftig gefurzt wird, weil das so lustig ist. Erlaubt ist, was gefällt – Bauerntheater als Bonner Neopopulismus. Der Unterhaltungswert gleicht dem von »Dalli-Dalli«, doch abschalten hilft nicht – hiergeblieben, das Spiel geht weiter: Kaum ist Lambsdorff weg, hämmern die Springer-Schlagzeilen aus München – es ist die Woche der Trauer um Marianne Strauß – auf die deutsche Menschheit ein: »Lambsdorff weg – Genscher wackelt – Strauß kommt« (ein Dreizeiler aus *Bild*). »CSU: Strauß soll im nächsten Jahr Außenminister werden« (*Welt*-Titelzeile). Einer im Kanzleramt sagt: »Da zieht's einem die Schuh' aus.« Kohl sagt draußen, mit ihm habe keiner darüber geredet, und warum solle er eigentlich unentwegt – »unentwegt«, sagt er – sein Kabinett umbilden. Bangemann sagt: »Die Deutschen sind provinziell, im Grunde leben wir immer noch im Biedermeier.« Lambsdorff sagt jetzt, er beobachte besorgt, daß in der CDU/CSU »starke Tendenzen vorhanden (sind), schon wieder an die Volksbeglückung zu denken«. Eine Weile lang weiß keiner, ob Genscher als FDP-Chef jetzt gleich oder erst im Februar '85 geht und ob er dann noch Außenminister und zugleich Vizekanzler bleibt oder nur Außenminister; bis es dann aus dem Kanzleramt wieder heißt, Genscher werde bis zur Wahl 1987 bleiben, dann falle die Vizekanzler-Würde vielleicht an die CSU. Dann sagt Genscher auf einmal, er habe nichts gegen Strauß im Kabinett, nur leider, das Außenministerium sei gerade besetzt. Und Tandler sagt zum hundertsten Mal, der Eff-Jott-Ess muß nach Bonn, damit dort mehr Schwung – »drive«, sagt er – reinkommt. Ein wahres Durcheinander, das schließlich folkloristische Formen annimmt, und keiner weiß mehr: Ist das noch Illusionskunst, ist das bereits Wirklichkeit? Wo endet das Theater, wo, bitte, hört der Spaß auf?
Die Stützen der Gesellschaft, vermutlich sollte man auch wieder Eliten sagen, haben in den Wochen vor, um und nach Lambsdorff ein Staatsverständnis besonderer Eigenart entfaltet. Als wäre die Republik ihr Privateigentum, Verfügungsmasse, auf die es Erbansprüche, Schuldscheine und Gegengeschäfte gibt, so stritten die Herren der Koalition um Kompetenzen, Einfluß und politische Provisionen. Das hat, zugegeben, zeitweise einigen Unterhaltungswert. So sitzen die etwas unmodernen Feuilletonisten des postsozial-

liberalen Salondefätismus denn auch immer noch in der Loge, lachen Tränen und glauben, sie säßen in der Matinee-Version des Erfolgsmusicals »Birne und die Pflaumen«. Irrtum. Regie führt nun die Wirklichkeit, und inszeniert wird keine Operette mehr, sondern das reale schwarz-blaue Chaos. Oder doch nicht? Das Programmheft der Bonner Festspiele, *Bild,* meldet am 13. Juli aus Mexico City: »Kohl: ›Die Arbeit dieser Regierung hält jeder Kritik stand‹.« Bitte Ruhe im Parkett!

Nicht jeder weiß es, aber die Zeiten sind ernst. Die Welt lebt im Bürgerkrieg. Die Mächte des Dunkels sind angetreten gegen die Helden des Lichts. Der Herr der Ringe, ein Remake des Nibelungen-Plots oder ganz einfach die Rückkehr des Jedi, egal: Auf den Zinnen der Freiheit jedenfalls steht, ruhelos wachend, Pech und Schwefel griffbereit, der Ewige Kreuzritter, beseelt oder besessen von der einen Gewißheit: In diesem alle Kontinente umfassenden Finale »wird eben die Frage, wer in dieser Auseinandersetzung gewinnt, letztendlich auch über die Geschichte dieses Erdballs entscheiden«.

Es handelt sich, unübersehbar, um Dr. Heinrich Geißler, des Kanzlers lange Zeit besten und immer noch treuesten Mann. Körperlich gehärtet durch den Hang zum Klettersport, auch belesen, wie man weiß, und vom Temperament zur Dickköpfigkeit neigend – »stur«, sagten sie früher bei Kohl –, so hat er sich über die Jahre eingeprägt, ein Unruhestifter und politischer Provokateur, der Leben in die Bude bringt. Die Sozialdemokraten haben ihn gefürchtet, die bayerischen Christlichsozialen haben ihn bekämpft, Kohl hat ihm zunehmend, je mehr er als Oppositionschef im Bundestagsalltag verbonnt war, mißtraut (was dem heutigen Kanzler im Lauf der Zeit freilich mit immer mehr Leuten so ging und geht); wahre Freundschaft ist es auch jetzt nicht, was die beiden verbindet.

Dieser Mann, Minister und Parteimanager zugleich, hat mittlerweile die Distanz zu seinem Job aufgegeben. Mehr noch: Sein Gemüt ist verfinstert, seit sich seiner diese fixe Idee vom »internationalen Bürgerkrieg« bemächtigt hat, »in dem *man* sich ja im Grunde genommen befindet«, wie er im Frühjahr einmal gesagt hat. Wir wissen, wie es sich mit dem Wörtchen *man* in aller Regel verhält. Es steht als tarnendes Synonym für *ich* (allenfalls für *wir*). Lesen wir Geißler noch einmal, nunmehr im Klartext: »In dem internationalen Bürgerkrieg, in dem ich mich ja befinde . . .« Dann sagt er (nun wieder unredigierter O-Ton): »Ich bin nicht bereit, in dieser Auseinandersetzung das Feld den anderen zu überlassen« (sonst ginge der Bürgerkrieg ja verloren), »sondern wir müssen klar und deutlich sagen, was wir wollen. Und dies ist nicht zu machen ohne Ja zur geistigen Auseinandersetzung.« Was Heiner Geißler »geistige Auseinandersetzung« nennt, wäre mit dem Begriff Propaganda ausreichend umschrieben. Allenfalls könnte man, da er

selbst die Kategorie eingeführt hat, von Bürgerkriegs-Propaganda sprechen. Das ist nichts für feine Leute, bürgerliche Schlappschwänze oder geschmäcklerische Schöngeister. Die Fetzen müssen fliegen, daß der Gegner erschrickt und die eigene Truppe jubelt, getreu dem von Geißler gern zitierten Spruch vom legendären k.u.k.-Kanonier, der wild drauflos in die Gegend ballert, Hauptsache, es kracht: »Trifft's, ist's gut, trifft's nicht, ist die moralische Wirkung eine ungeheure.«
Meistens trifft's, und die moralische Wirkung ist ungeheuer obendrein und manchmal sogar anhaltend. Wie im Fall der »fünften Kolonne«, des bisher letzten Ärgers, den Geißler und die Sozialdemokraten miteinander hatten. Das ist die exemplarische Geschichte der Konfrontation zweier Schulen und Stile, die Aufzeichnung eines dreiteiligen Rituals – Provokation, Eskalation, Entspannung (sofern man's so nennen kann).
Stufe eins – die gezielte Provokation: Die Raketendebatte ist für die Regierung im Sommer nicht gut verlaufen. Durch interne Diskussionen – um »Waldspaziergang« und »Waffenmix« – war etwas Verwirrung entstanden, Umfragen signalisierten der Koalition außerdem, daß die »Nachrüstung« in der Bevölkerung nicht populär sei. Die SPD drohte daraus in der unmittelbar bevorstehenden Hessen-Wahl Profit zu ziehen. Aus der Sicht Heiner Geißlers fehlte der »geistigen Auseinandersetzung« der entscheidende politische Aspekt (Moskau ist gegen die Raketen) und die nützliche Stoßrichtung (die SPD ist auch gegen die Raketen).
17. September, Parteitag der CDU-Rheinland in Köln, Geißler hat den gesuchten Begriff gefunden: »Eine solche Partei« (die nahtlos die sowjetische Argumentation übernimmt – es handelt sich also, wie unschwer erkennbar ist, um die SPD) »wird – ob sie es will oder nicht – in der geistigen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu einer fünften Kolonne der anderen Seite.«
Stufe zwei – Reaktion und Eskalation: Die SPD ist empört – und verstört, die Kommentierung in den Medien überwiegend kritisch (besonders in konservativen Blättern), alle Welt, soweit sie am politischen Gespräch teilnimmt, redet darüber. Das erste Ziel ist somit erreicht: Das Thema Raketen ist weg vom komplizierten Fachchinesisch (Drittstaatensysteme, Reichweiten, Genauigkeiten), es ist zum innenpolitischen Casus geworden. Das heißt vor allem auch: Die eigene Partei wurde geweckt, die CDU-Basis, vom Lärm aufgeschreckt, eilt – à propos Bürgerkrieg – zu den Waffen. Erreichbar scheint auch das zweite, mittelfristige Ziel: das Ansehen der SPD in der Friedenssicherung – hier hat sie für die Bevölkerung einen deutlichen Kompetenzvorsprung – endlich zu reduzieren. Was im Lauf der Zeit mit solchen verbalen Schlägen bewirkt werden kann, das hat Geißler selbst schon vor Jahren skizziert: »Worte haben ja Wirkungen, vor allem, wenn sie von bedeutenden Menschen ausgesprochen worden sind. Und die Worte, die

gefallen sind und bei den Menschen angekommen sind in den Köpfen, können ja nicht mehr zurückgeholt werden.«
19. September: Ein Sozialdemokrat mischt sich ein, der sich bis dahin zur Genugtuung der Bonner Koalition rar gemacht hatte: Helmut Schmidt. Der Exkanzler, dessen Popularitätswerte mittlerweile alles übertreffen, was er selbst während seiner Amtszeit je erreicht hat (ganz zu schweigen von den Werten für aktive Politiker, egal welcher Partei), beschwert sich beim Kanzler: »Ich stelle mich an die Seite meiner kaltblütig verleumdeten und beleidigten Freunde«, und ersucht in gesetzter Sprache den Regierungschef, zu »unterbinden«, daß Geißler so weitermacht. Eine Kopie des Schreibens geht an den Bundespräsidenten. Eine Staatsaffäre!
Die Sozialdemokraten beschließen, Sitzungen und Veranstaltungen mit Geißler zu boykottieren (Peter Glotz sagt alsbald die Teilnahme an einer Diskussion der Evangelischen Akademie in Tutzing ab).
Am 22. September, wenige Tage vor der Hessen-Wahl, genau zwei Monate vor der Stationierungsdebatte im Bundestag, kommt Geißler in die Bundespressekonferenz: Wieder einmal, wie so oft zuvor (»Politische Verbrecher«, »Anschlag auf die Verfassung«, »Pazifismus hat Auschwitz erst möglich gemacht«), sieht er sich gezwungen, nachzubessern, zu interpretieren, abzusichern. Nur zurücknehmen – das tut er nie. Es war gleichwohl eine der grimmigsten Pressekonferenzen, die es in diesem Saal seit langem gegeben hat.

Auszüge:
Frage: »Warum haben Sie eine Vokabel aus der NS-Zeit benutzt?«
Antwort: »Na ja, also aus der NS-Zeit, das habe ich auch erst hinterher erfahren, daß die Vokabel daher stammt. Ja, wirklich. Ich war sehr – das hat mich interessiert. Und die dpa hat ja gleich irgendwelche Lexika zitiert . . .«
Frage: »Herr Geißler, nachdem Sie offensichtlich erst jetzt erfahren haben, daß unter der fünften Kolonne ein Spionage- und Sabotagetrupp des Gegners gemeint ist, würden Sie dann jetzt diesen Begriff zurückziehen?«
Antwort: »Nein.«

Stufe drei – die Deeskalation: Etwa vier Monate steht Geißler von seiten der SPD unter Quarantäne. »Die meisten Abgeordneten der SPD verlassen den Saal«, heißt es im Protokoll des Bundestags, sobald Geißler das Wort erteilt wird. Am 8. Dezember hat er, gegenüber dem als »Aufpasser« im Saal gebliebenen Konrad Porzner, vom Rednerpult eine Erklärung versucht und dabei seinen Antwortbrief an Schmidt zitiert (den er im Auftrag Kohls geschrieben hatte): fünfte Kolonne, das sei keine grundsätzliche Charakterisierung der SPD gewesen. Deren historische Verdienste stünden außer Frage.
Er wird, was ihn schon eher stört, auch im Ressort-Ausschuß geschnitten und außerhalb Bonns, ob im Inland oder in Übersee. Seine Mitarbeiter verbreiten, daß Geißler dies »an die Nieren geht«. Der Minister – nicht so sehr der Generalsekretär – sucht die Restauration normaler Arbeitsbedin-

gungen. Dazu gehört auch ein Mindestmaß an Kooperation mit der Opposition.

1. Februar, das ZDF diskutiert im Bonner Studio live den Fall Wörner. Geißler ist dabei, Bastian (noch für die Grünen), Adam-Schwätzer (noch FDP-Generalsekretärin) und – Peter Glotz. Nanu? Er sagt als erstes: »Ich sitze ungern hier . . . Die Fehlverhalten von Kohl und Wörner dürfen nicht undiskutiert bleiben wegen des Fehlverhaltens von Herrn Geißler.« (In der Fraktion gibt es dennoch Unmut darüber.)

Anderthalb Monate später offeriert Klaus Wirtgen vom *Spiegel* die Möglichkeit, daß Glotz und Geißler sich unter seiner Regie zum Streitgespräch treffen. Beide akzeptieren. Ein Geißler-Mann vermutet ein größeres Konzept (»Kräfte im *Spiegel*«, sagt er beim Essen in der Pizzeria zwischen Adenauer- und Ollenhauer-Haus, »wollen auf eine große Koalition hinaus« – na ja!). Das »Gespräch« selbst gerät über weite Strecken zur banalen Rechthaberei – eine intellektuelle Katastrophe. Aber: In der veröffentlichten, von den Beteiligten – wie üblich – vorher noch durchgesehenen Fassung findet sich am Ende, eher unvermittelt, folgender Austausch:

Glotz: ». . . Von Bundesgeschäftsführer zu Generalsekretär sag' ich Ihnen: Wenn Sie der SPD weiterhin unterstellen wollen, sie habe etwas mit Kommunisten gemein, werden Sie Gesprächsgegner und nicht Gesprächspartner bleiben.«

Geißler: ». . . Und was meine Äußerung angeht, ich habe nicht unterstellt, daß die SPD was mit Kommunisten gemein hat.«

Richtig: Nicht von irgendwelchen Gemeinsamkeiten mit irgendwelchen Kommunisten war die Rede gewesen, sondern davon, daß die SPD in der Raketenfrage – »ob sie es will oder nicht« – die Absichten Moskaus fördert, was halt fünfte Kolonnen so tun. Ein kleiner Unterschied.

Die SPD-Fraktion sieht sofort, daß ihr Mitglied Glotz hier auf eigene Faust dem Generalsekretär einen ziemlich preiswerten Ausstieg aus der Isolierung offeriert hat. Der schnelle Geschäftsführer bekommt wegen des Solos Ärger. Nachbesserung scheint am Platz. Telefonisch und natürlich inoffiziell läßt Glotz bei Geißler vorfühlen – und zwar im Ministerium, wohin der Draht besser ist als in die CDU-Zentrale: Ob Geißler wohl noch einen Brief nachreichen würde? Denn es gebe in der SPD noch Schwierigkeiten. Dies ist, wie erwartet, kein Problem, ein kleines Redaktionsteam, je zwei literarisch wie politisch versierte Sekundanten der Kontrahenten, machen aus dem unverfänglichen Glotz-Geißler-Austausch (». . . etwas mit Kommunisten gemein . . .«) eine förmliche Epistel. So wird für Glotz die Form verbessert und für Geißler das ungerührte Gesicht gewahrt. »Sie wissen«, steht da, »daß ich nie unterstellt habe . . .« Sie hätten auch texten können (ohne die »etwas-mit-Kommunisten-gemein«-Formel zu ändern): »Ich habe nie unterstellt . . .« Das aber, jedermann mit Sprachgefühl wird's spüren, hätte fast schon danach ausgesehen, als würde Geißler was zugeben.

»Sie wissen . . .«, das klingt bestimmter, zeigt das Selbstbewußtsein dessen, der sich selbst ein für allemal im Recht weiß: Sie wissen, Herr Glotz, ich habe nichts zurückzunehmen, aber wenn's Ihnen hilft, hier haben Sie's schriftlich! Sie sind, wie man sieht, sehr schlau, die Geißler-Leute, und Geißler ist der Schlauste.
Damit ist die Sache erledigt. Am Ende sind die Sozialdemokraten froh, daß sie aus der Sackgasse der Geißler-Quarantäne raus sind. Ende Juni ist der Vorgang schon Geschichte. Er ist auch ein Teil der Glotz-Biographie. Die Rückschau auf dieses Kräftemessen, formuliert für die Frankfurter Römerberggespräche, lautet: »Ich habe aus praktischen *und* strategischen Gründen die Gesprächsblockade gegenüber Heiner Geißler aufgesprengt. Übrigens nicht ohne persönliches Risiko.« Ehre, wem Ehre gebührt!

Wenn die Salons und Beratungszimmer wegen Überfülle an Pannen, Affären und Skandalen geschlossen sind, weicht die Politik aus auf die Plätze und Straßen. Im Norden der Hauptstadt, in Rheinnähe, befindet sich beispielsweise das Arbeitszentrum der Friedensbewegung. Nicht weit davon sind die »Rheinterrassen«, eine Art Kulturzentrum der Bonner Alternativ-Szene. Dort hatten die Grünen ihre Europawahl-Party, dort finden die öffentlichen Sitzungen der Friedensbewegung statt. Die da beisammen sitzen, gehören mit ins Bonner Panorama: der Jo Leinen, die Eva Quistorp, der Wolf Biermann (aus der »Baracke«, nicht der mit den Liedern), die Mechthild Jansen, der Volkmar Deile, nicht zu vergessen der Lukas Beckmann und eine Menge andere, mit und ohne Namen in den Medien (was auch hier einen Unterschied macht: Es sind nie die »Promis« unter ihnen, die alsbald verlangen, das Fernsehen solle endlich die Scheinwerfer ausmachen). Infights, wie sie hier stattfinden, sind spannender als das Postengerangel in der Koalition. Sie sind auch weniger komisch, manchmal auch böser. Wenn das »grün-autonome Spektrum« gegen das »KoFAZ-Spektrum« losgeht, wenn Leinen schlichtet und die Sozialdemokraten nach Kompromissen suchen, dann ist die Stimmung nicht gut unter den Friedfertigen und der Ton, da sie ungeschminkter reden als die Etablierten, auch mal rücksichtslos und verletzend.
Lukas Beckmann beispielsweise wirkte hier wie ein klassischer Politruk. In der Argumentation nicht sehr anspruchsvoll, dominierte er die Debatten häufig durch seine Kompromißlosigkeit, besonders dann, wenn es gegen die SPD ging und gegen das Spektrum um die DKP-Gruppen. In der Hochsaison '83 war er noch Bundesgeschäftsführer der Grünen, eine Managerfunktion wie die des Heiner Geißler. Ähnlich wie der hat wohl auch Beckmann den Job verstanden, auch er ein Kreuzritter, der sich an der Seite der notorisch erschöpften Petra Kelly (»ich bin völlig kaputt«) dem Kampf gegen die Sozialdemokratisierung von Bewegung und Partei verschrieben hatte.

Der permanente Dissens mit den anderen in der Bewegung war für die Grünen letztlich aber nicht fruchtbar. Die Abseitshaltung bei der Aktion »Volksbefragungen« (17. Juni '84) zeigte ihnen (inklusive Otto Schily, obwohl der bessere Gründe für seine Distanz hatte als etwa Angst vor der SPD), daß die Bewegung auch ohne sie funktioniert, wenn's drauf ankommt. Nun wollen sie wieder stärker mitmachen und – als Beobachter – ins Koordinierungszentrum zurückkehren. Beckmann übernimmt die Aufgabe, doch er ist diesmal nicht mehr Bundesgeschäftsführer, und jetzt soll wenigstens gegenüber der Friedensbewegung wieder etwas mehr Konsens und Kooperation etabliert werden. »Der Beckmann«, sagt ein Grüner aus der Fraktion, »der geht da nicht hin als der Zampano.«

Politisch war es für die Kelly-Beckmann-Grünen eine bittere Niederlage, daß die Versammlung in den Rheinterrassen sich im Herbst '83, nach wahrhaft langem Hin und Her, darauf verständigte, zur dritten großen Bonner Friedenskundgebung auch Willy Brandt einzuladen. Der SPD-Vorsitzende sollte auf der Hofgartenwiese sprechen, sofern er dies wollte. Brandt kam, er sprach, er las seine Rede, quer zu Beifall, Pfiffen, Sprechchören, trug seine steinerne Maske, die inneren Zorn verrät und Beherrschung, hörte sich Petra Kelly an, die einmal mehr an ihm und der SPD herummachte (und geriet mit ihr in der improvisierten Zelt-Pressekonferenz nach der Kundgebung aneinander), wußte, daß seine Rede auch die wohlmeinenden Freunde enttäuscht hatte, und blieb doch dabei, daß es so gut war. Er mußte über den Hofgarten hinaus denken und reden, hat er später gesagt, der Beifall der Hundertfünfzig- oder Zweihunderttausend, der ungeteilt eh nicht zu kriegen war, mußte hinter der Notwendigkeit zurückstehen, den Beifall der Millionen zu kriegen, in der Partei vor allem und auch »draußen, im Lande«. Für die war nicht so wichtig, *was* er redete. Für die Pazifisten und Atomwaffengegner in der Partei und ihrem Umfeld zählte, *daß* er redete, gerade für jene Genossen, die vor zwei Jahren in Bonn demonstriert hatten und die nicht sicher sein konnten, ob die Partei ihnen das nicht etwa als schädigendes Verhalten auslegen würde. Das war noch zu Zeiten des Kanzlers Schmidt gewesen, der da noch ein knappes Jahr zu regieren hatte.

Der alte Häuptling, manchmal zeigt er das Gesicht eines entrückten Medizinmanns. Er kann total abwesend sein, wenn seine Umgebung ihn nicht interessiert. Zeit und Energien, wenn er es irgendwie meiden kann, will er nicht mehr vergeuden. Sitzungen, die er zu leiten hat, sind kürzer als viele andere. Eben erst hat er die Vorstandssitzungen der Partei umorganisiert. Weniger Zuhörer aus dem Stab der »Baracke«, andere Sitzordnung – schon war die Atmosphäre intimer, »arbeitsfreundlicher«, wie es einer empfand. Er rührt immer noch um, der Alte, der allein übrig ist von der »Troika«. Siebzig ist er jetzt, jünger als Reagan. Wann er, »der Vorsitzende«, wie sie ihn im Hause nennen (»Willy« sagen sie nur in der Partei), in den Nachru-

hestand geht, hat er wohlweislich offen gelassen. Wie alle Profis weiß er – und wie nicht alle Profis handelt er auch danach –, daß ein mit genauem Termin angekündigter Abgang die Wirkungskraft mindestens halbieren würde. Das Denken der Umwelt würde sich ab sofort auf die Zeit danach orientieren. Nicht ohne Grund nennen die Amerikaner so einen, von dem man weiß, daß seine Tage gezählt und wieviele es noch sind, *lame duck* – eine lahme Ente. Das kann er nicht gebrauchen, Willy Brandt hat noch etwas vor. So hat er beispielsweise auch die Leitung der Programmkommission an sich gezogen – ein Unikum in der demokratischen Parteienlandschaft. Doch er will der Diskussion selbst die Richtung geben. Wo es möglich ist (und da ist seine Einschätzung meist vorsichtig), beeinflußt er auch Personalentscheidungen, aber immer so, daß keiner sich irritiert fühlt. Als Wolfgang Roth in der Vorstandssitzung zum Wirtschaftssprecher der Partei gewählt wurde (was Klaus von Dohnanyi eigentlich hatte sein wollen), da hat er den längst vom Juso-Vorsitzenden zum mittelalten Parteihasen herangereiften Roth beiseite genommen: Der Dohnanyi würde den geplanten Wirtschaftskongreß vorbereiten, er, Roth, hätte da doch wohl nichts dagegen – Brandtsche Integrationspolitik, ein vertrautes Bonner Ritual.

Das also will er noch machen: Die alte Arbeiterpartei SPD aus dem Tal herausführen, in das sie zwischen Oktober '82 und März '83 abgerutscht ist. Und dann ist da noch die Sache mit Nord-Süd, die treibt ihn um. Dazu trifft er sich auch mit dem Kanzler, für den er danach vorsichtig anerkennende Worte findet. Er hält dies für eins der wichtigsten Themen – nur die Raketen stehen noch weiter vorne auf seiner Liste. Doch da kann er weniger tun.

Die Männer um ihn herum: Man kennt sie, den Fraktionsvorsitzenden, den Ministerpräsidenten in Düsseldorf, den Bürgermeister in Hamburg und den Schatzmeister, der in Bonn nachgerade zum Stammpersonal gehört. Von Glotz schließlich war schon die Rede. Unter ihnen wird wohl auch der sein, der den Vorsitzenden dann doch eines Tages ablöst, und vermutlich auch der Mann, der 1987 – ohne viel Aussichten – gegen den CDU-Kanzler antritt, wer immer das dann sei: Helmut, der Ausdauernde? Gerhard, der große Blasse aus dem Norden? Oder gar Lothar, der Vorwitzige aus dem Schwabenland? Bei den Sozialdemokraten wird es sich, wie die Dinge so herumliegen, zwischen Hans-Jochen, dem Korrekten, und Johannes, dem Fröhlichen, entscheiden. Die Stunde der Enkel, von der so viel die Rede ist, hat noch lange nicht geschlagen, schon gar nicht die der Enkelin, bei der es sich ohnehin nur um Hertha Däubler-Gmelin handeln könnte (Anke Fuchs ist anderer Meinung).

Vogel also und Rau: Der Wunschgegner des einen wäre Richard von Weizsäcker, für den er auch durchgesetzt hat, daß die SPD keinen Gegenkandidaten zur Präsidentenwahl nominiert. Der Wunschgegner des anderen heißt

Bernhard Worms. Beide Stücke stehen nicht auf dem Plan, nicht mal im nächsten Frühjahr, wenn Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist. Rau wird sich noch wundern, wieviel er es mit Kohl zu tun haben wird; den Worms, seinen offiziellen Herausforderer, wird er noch suchen müssen. Den Semantik-Profis um Geißler wird auch noch was einfallen (aus der Abteilung rot-grünes Chaos, mutmaßlich in Richtung Untergang und so). Und Hans-Jochen Vogel wird mit Richard von Weizsäcker allenfalls beim Tee, beim privaten Diner oder auf Staatsempfängen zu tun haben. Im Wahlkampf, das weiß er ja auch, tummeln sich andere Gestalten, da herrscht ein anderer Umgangston.
Mühselig muß das sein, zwischen einer zweiten Oppositionspartei, die sich gebärdet, als hätte sie das Opposition-Sein erfunden, und einer Regierung, die scheinbar selbstverständlich regiert. Dazu noch die Medienbarriere und der Harmoniebedarf des deutschen Menschen, dem die Dauerkritik am lebenslustigen Kanzler mieselsüchtig und sauertöpfisch vorkommt. »SPD kritisiert . . .«, »SPD gegen . . .« und zwischendurch »SPD empört!«, die Schlagzeilen der fünfziger Jahre kehren wieder und die Erinnerungen an die Bonner Ohnmacht. Sie kann auch lähmen. Jochen Vogel haßt es, mit Erich Ollenhauer und dessen uncharismatischem Fleiß verglichen zu werden. Aber »Ollenhauer-Effekt« ist im Bonner SPD-Milieu ein gebräuchliches Wort, wenn sie über Vogel sprechen.
Das Auge des Vorsitzenden, der all das weiß, ruht daher, abwartend und zugleich wohlgefällig hoffend, auf zwei weiteren Männern seiner Partei, auf Holger Börner und Oskar Lafontaine, die beide etwas zu beweisen haben: daß es auch anders geht – etwa mit der sprichwörtlichen »Mehrheit diesseits der Union«. Die einzige Alternative zum langen Warten auf bessere Zeiten. Ob es sie schließlich auch in Bonn geben könnte, die »rot-grüne Mehrheit« gegen die Restauration? Die Frage beschäftigt (und beflügelt) nicht nur Geißler und seine Wahlkampfplaner. Hungrig analysieren die Sozialwissenschaftler der SPD die Zahlen aus den neuesten Meinungs- und Stimmungsuntersuchungen im Lande, von denen sie Aufschluß über die Potentialverschiebungen der letzten Jahre erwarten. Und darüber wird auch in den paar Politkneipen geredet, die es in der Nähe des Bundesviertels gibt, und in der »Provinz«, gleich vis-à-vis dem Kanzleramt, dieser Oase in der Wüste, wo Joschka feierabends residiert und Schily bleich am Fenster sitzt, wo Gerhard Schröder vorbeischaut und manchmal der Duve, die *Spiegel*-Leute ihren Stammtisch haben und andere Schreiber und Schreiberinnen ihren Platz am Tresen. Von Gegenüber kommt hier kaum je einer rein. Keiner von denen jedenfalls, die neu eingezogen sind. Man würde sie reinlassen.

Freitagabend wird es still im Kanzleramt, und auch im Bungalow des Kanzlers ist dann selten Betrieb. Schmidt – da war er ziemlich konsequent – ließ

sich nach Hamburg-Langenhorn bringen. Kohl verbringt das Wochenende daheim in Ludwigshafen-Oggersheim. Langenhorn, Oggersheim. Wie merkwürdig unterschiedlich das klingt. Schwer vorstellbar, daß Schmidt aus einem Ort namens Oggersheim kommt, was nach Öchsle-Graden klingt und nach Butzenscheiben; oder Kohl gar aus einem Viertel, das spitzdrohend, schmal – Langenhorn hieße. Aber das sind Spielereien. Anderes hat mehr Symbolgehalt.

Die Gemälde von Nolde waren nicht zufällig eine persönliche Leihgabe für Schmidt gewesen. Zwei Tage vor Kohls Einzug wurden die Bilder, wie im Leihvertrag vorgesehen, aus dem Kanzler-Büro entfernt. Kein Zufall auch, daß eine der ersten Musikdarbietungen, die Kohl in der Empfangshalle des Kanzlerbaus entgegennahm, von den Fischer-Chören kam. Abgebrochen haben die neuen Hausherren die Tradition der Kanzlerfeste, 1969 von Kiesinger begründet (damals noch in Smoking/Abendkleid und nur für wenige Auserwählte), unter Brandt erweitert und seit Schmidt alljährlich unter ein besonderes Thema gestellt. Der Oppositionsführer hat an den Fêten nie teilgenommen. Gemütlich ist ihm nur unter seinesgleichen, sie – sein »Küchenkabinett« – hat er am liebsten ständig um sich. Sie lassen es, beinahe ohne Ausnahme, mit sich machen. Helmut II, der Gemütliche, die wenigsten wissen das, wird von den Seinen auch gefürchtet. Er geht nun mal gern aus mit ihnen (was früher öfter zu machen war). Beim Koreaner in der Stadt, bei Luigi am ZDF oder bei Bruno auf der Cäcilienhöhe kann's dem arglosen Gast schon passieren, daß plötzlich zu späterer Stunde der Kanzler mit Gefolge hereinstürmt (nicht weil er ausgehungert wäre, stürmt er, das ist sein Auftritts-Behavior: Kohl stürmt immer herein, egal wo hinein; im Ausland scheint es daher oft, als sei er der Hausherr und würde den Gastgeber gleich auffordern, doch bitte Platz zu nehmen, fühlen Sie sich wie zu Hause).

Fortsetzen will Kanzler Kohl die Reihe der Ausstellungen im Amt. Begonnen hat er, im Frühjahr, mit dem deutschen Impressionisten Max Slevogt – aus der Pfalz. Slevogts Kunst, sagte er, »ist mir seit meinen Kindertagen vertraut«. Er kommt auf seine Zeit als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz zu sprechen, Erinnerungen, dessen darf man gewiß sein, die ihm die Eindrücke der nunmehrigen Kanzlerzeit nie überlagern werden. Und er wird »nicht vergessen«, sagt er, »mit welchem Interesse François Mitterand«, als sie wenige Tage zuvor auf der Villa Ludwigshöhe in der Pfalz beisammen waren, »dem Werk des Künstlers Beachtung schenkte«.

Marginalien des Vordergrunds, sie illustrieren den Mann und seinen Stil. Aber einen Begriff für die politische Philosophie des Pfälzers gibt es noch nicht, kein Symbol, an dem man Kohl und die Bonner Postmoderne festmachen könnte. Es wird in Deutschland ohnehin so bald kein Symbol geben, das die Aussagekraft und die Tragweite von Willy Brandts Kniefall

im Warschauer Ghetto erreichen könnte. Wiederholbar ist dies so wenig wie die historische Situation, die dazu notwendig war. Sie war machbar. Doch dazu mußte sie zunächst gewollt und mit viel Mut angestrebt werden. Schließlich brauchte es noch die erklärte Absicht, das Mahnmal im Ghetto zu besuchen, obschon man – nicht aus irgendeiner Gnade, sondern aus politischer Überzeugung – mit dem Nazifaschismus nicht nur nichts zu tun gehabt, sondern ihn aktiv politisch bekämpft hat. Gerade vor dem Hintergrund von Brandts Kampf um die Ostpolitik bleibt der Kniefall unvergeßlich.

Symbolik kann auch in der Unterlassung liegen, im Nicht-Besuch etwa von Hiroshima, als Kohl in Japan war; eindrucksvoll hat Christa Nickels im Bundestag darauf verwiesen, als sie dem verlegenen Kanzler die Kranich-Kette aufs Pult legte. Auch der Umweg um die Gedenkstätte von Babij Jar während des Besuchs in Kiew hatte, vor Israel, einen symbolischen Wert zur Entschlüsselung der Kohl-Kanzlerschaft.

Was sind die positiven Symbole des neuen Mannes? Wo finden wir seine prinzipiellen Kategorien, die über Sonntagsworte hinausreichen? Wofür steht der Kanzler '84, sofern er nicht einfach, was er ja bestreitet, für den Rückschritt Modell steht? Wir sind wieder in seinem Arbeitsraum, mit dem Görres-Bild, der Adenauer-Skizze, in der politischen Machtzentrale, in der, schwer und unverrückbar, das Aquarium steht, still und beleuchtet. Die Ruhe, die es – wie alle Aquarien – auf den Betrachter überträgt, erinnert an die scheinbar ruhige Selbstgewißheit, mit der Helmut Kohl, der große Mann mit der Richtlinienkompetenz, seine Kanzlerrolle so gekonnt spielt. Er ist ein Mann, der gern viele Worte macht, das ist kenntlich als sein persönlicher Stil. Eine Botschaft aber hat er nicht. Während er vorne lächelt und redet und das Auditorium vergessen macht, daß Politik mehr bedeutet als Genscher-statt-Strauß, während die Öffentlichkeit seinem phänomenalen Entpolitisierungsakt zusieht und dabei zu selbstvergessener Ruhe kommt wie der Entspannungssuchende angesichts des stummen Her und Hin der Salme und Scalare, währenddessen läuft im Hintergrund die Politik ohne Worte, die Fakten schafft.

Dort wird die neue Show vorbereitet, das Remake der fünfziger Jahre. Der Umbau ist schon im Gange, das emsige Abwracken der Kulisse aus den späten Sechzigern und den frühen Siebzigern. Hippie-Kultur, Studentenbewegung, Reformaufbruch – was, vorpolitisch, im Zeichen des Aquarius begonnen hat, wird nun, nachpolitisch, im Zeichen des Aquariums beendet. Die Unruhe des Wassermanns ist längst vorbei – es hebt an die Ruhe des Wasserbeckens. Die Musik spielt dazu – leise klingt aus der privaten Stereoanlage Helmuts II, des Lächelnden, ein freundlicher Vivaldi. Allegro non molto.

Äthiopisches Intermezzo 1

Wir hatten schon frühzeitig Aufstellung genommen, um nur ja nicht die Ankunft des Monarchen zu versäumen, denn dieser Augenblick war für uns von besonderer Bedeutung. Jeder wollte sich unbedingt zeigen, in der Hoffnung, vom Kaiser beachtet zu werden. Man träumte nicht etwa von einer besonderen Beachtung, daß der ehrwürdige Herr einen vielleicht bemerkt und in ein Gespräch gezogen hätte. O nein, das wäre zu viel gewesen. Man wollte nur eine kleine Beachtung, die allergeringste, unscheinbarste, die den Kaiser zu nichts verpflichtete. Eine flüchtige Beachtung, nur für den Bruchteil einer Sekunde, aber doch so, daß sie eine innere Erschütterung auslöste und ein triumphierender Gedanke das Gehirn durchzuckte: »Er hat mich bemerkt!« Wieviel Kraft einem das gab! Welche unbegrenzten Möglichkeiten das eröffnete! Denn nehmen wir an, der Blick des ehrwürdigen Herrn wäre nur über unser Gesicht geglitten – nur geglitten. Man könnte sagen, es sei nichts geschehen, aber andererseits – was heißt, nichts geschehen, wenn er doch geglitten ist. Wir spüren sofort, wie das Gesicht heiß wird, das Blut steigt zu Kopf, und das Herz beginnt kräftiger zu schlagen. Das sind die sichersten Anzeichen dafür, daß uns der Blick des gütigen Beschützers getroffen hat. Aber für den Moment haben diese Beweise keine so große Bedeutung. Wichtiger ist der Prozeß, der möglicherweise im Gehirn unseres Herrn abläuft. Es war allgemein bekannt, daß unser Herr, der weder las noch schrieb, ein phänomenal entwickeltes optisches Gedächtnis besaß. Und auf diese Gabe der Natur durfte der Besitzer jenes Gesichts, über das der Blick des Kaisers geglitten war, seine Hoffnung gründen. Denn er rechnete bereits damit, daß eine flüchtige Spur, und sei es nur ein verschwommener Schatten, im Gedächtnis des Kaisers haften geblieben ist. Jetzt galt es mit Ausdauer und Entschlossenheit in der Menge so zu manövrieren, sich so durchzuschlängeln und zu drängen, zu stoßen und zu schieben und das Gesicht immer so zu wenden, daß der Blick des Kaisers es unwillkürlich bemerkte, bemerkte und wieder bemerkte. Dann galt es abzuwarten, bis der Augenblick kam, in dem der Kaiser dachte: »Wart einmal, das Gesicht kenn' ich doch, aber nicht den Namen.« Und nehmen wir an, er fragt dann nach dem Namen. Lediglich nach dem Namen, aber das genügt. Jetzt fallen Gesicht und Namen zusammen und es entsteht eine Person, ein fertiger Kandidat für eine Ernennung. Denn das Gesicht allein ist anonym; der Name allein eine Abstraktion. Man muß konkret werden und eine Gestalt annehmen, um sich abzuzeichnen.

aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 20/21

Stefan Welzk
Die Krisengewinnler
Wirtschaftspolitik als Verpackungskunst

In seiner Regierungserklärung am 28. Juni 1984 sagte Helmut Kohl zur wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik:

»Es ist gänzlich unbestritten, daß die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Frühjahr dieses Jahres günstige Perspektiven aufwies. Die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben festgestellt, daß aus der konjunkturellen Erholung ein sich selbst tragender Aufschwung geworden ist mit einer Wachstumsperspektive für 1984 von real mehr als 3 Prozent und erstmals wieder auch mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, diese Aufwärtsentwicklung ist zunächst von der zunehmenden Diskussion über Arbeitskampfmaßnahmen und dann von Streik und Aussperrung unterbrochen worden. Der volkswirtschaftliche Schaden, den Streik und Aussperrung verursachen, ist unübersehbar, aber – und dies möchte ich nachdrücklich hinzufügen – er ist keineswegs irreparabel. (. . .)

Bei uns in Europa – das war ein großes Thema jetzt in Fontainebleau – ist die Bilanz der Arbeitsplatzentwicklung negativ. Die Bundesregierung weiß um die Schwierigkeit der Aufgabe, tragfähige und dauerhafte Wachstumsbedingungen zu schaffen. Gerade hier sehe ich die entscheidende politische Herausforderung für den Rest der 80er Jahre: daß wir wieder begreifen, daß wir uns mehr mit unserer Zukunft und weniger mit unserer Freizeit beschäftigen müssen.

Daß wir diese Grundorientierung in konkrete Politik umsetzen, zeigen die in der vergangenen Woche von den Koalitionsparteien und -fraktionen beschlossenen Eckwerte für die Steuerreform. Dieser Abbau von Steuerbelastungen, und zwar ohne Kompensation – hier unterscheiden wir uns wesentlich von früheren Entscheidungen – in Höhe von 20,2 Milliarden DM verwirklicht zwei entscheidende Grundsätze unserer Politik. *Leistung* soll sich wieder lohnen; und wir tun etwas für jene, die ehrlich sind, sich aber bisher für ihre Leistung eher bestraft als anerkannt fühlten.«

1.

Die Realität sieht so aus: 31 Millionen offizielle Arbeitslose in der OECD, Staatsdefizite ohne historische Parallele, ein Verlust der Industriebeschäftigung in der Bundesrepublik seit 1970 von nicht weniger als 25 Prozent (!), ein Chaos von Wechselkursschwankungen, Zinsfluktuationen und transatlantischen Kapitalströmen, die weltweit absolute Unregulierbarkeit der Geldmärkte und folglich eine internationale Bankenkrise, von der niemand behauptet, ein Konzept auch nur zum Durchwursteln zu haben, eine nur noch verzweifelte Lage der Finanzen, der Wirtschaft, der Massen in der

gesamten Dritten Welt, der von Woche zu Woche vertuschte Staats-Bankrott von ganz Lateinamerika und eine zur Gesundbeterei verkommene Wirtschaftspolitik hierzulande – doch das archaisch-kapitalistische Selbstbewußtsein ist bis zur Dreistigkeit erstarkt. Da quillt kein Zug von Millionen endlos aus Slums, da hocken die überflüssig gewordenen Tarifpartner verlegen auf den Fluren der Arbeitsämter und werden korrekt behandelt. Die fundamentalistische Systemkritik ist schlicht erloschen. Die Krise des Kapitalismus wurde zur Krise der Linken und Milton Friedman mächtiger als Marx (ein Name, der in Europa kaum noch erwähnt wird). Die Vereinbarkeit des weiland an Wohlstand und sozialer Sicherheit Erreichten mit der freien Marktwirtschaft – weder von rechts noch von links wird sie noch ernsthaft behauptet. Doch paradoxerweise schlägt das kaum durch auf die Legitimität dieser Ordnung. Keine Alternative zum und kaum eine im Kapitalismus. Mit voller Kraft schreitet die antikeynesianische Konterrevolution voran:

Da sollen nach wiederholten Expertisen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Löhne nur dort erhöht werden, wo es an Arbeitskräften fehlt (im Klartext nirgends). Ansonsten seien Lohnabschläge geboten. Deshalb gefährde die Tarifautonomie die Arbeitsplätze. Da befürwortet der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Reallohnsenkung von 10-15 Prozent. Das Institut für Weltwirtschaft Kiel verlangt die Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, damit Unternehmen und Betriebsrat »im Konsens« Lohnkürzungen vereinbaren können. Niedersachsens alerter MP Albrecht hat Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgelegt. Quintessenz: Die Entlohnung der Arbeit sei zu hoch. Der Jugendschutz erschwere die Vermittlung von Lehrstellen. Das soziale System sei teuer und »unwirtschaftlich« (was immer das heißen mag, schließlich erwartet niemand, daß die Sozialhilfe Profit abwirft). Die Unternehmensbesteuerung müsse um zwanzig Prozent gesenkt werden. Da hält es der Kieler Professor Giersch für besser, wenn die Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung zu tragen hätten, und behauptet, ein Prozentpunkt Lohnabschluß unter der Inflationsrate bringe in drei Jahren 400 000 Jobs, ein Prozentpunkt darüber koste 175 000 Jobs. (Die amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft hatte 1983 eine dreijährige Lohnsenkung von nominal 15 Prozent, real von etwa einem Drittel unterzeichnet. Die Zentrale in Pittsburg betrachtet das schon heute als gigantischen Fehler – der Jobeffekt war Null.) Die Spitzenverbände der Textil- und Bekleidungsindustrie haben im Mai die Einführung der Siebentage-Woche gefordert, weil das bei der asiatischen Konkurrenz auch so sei. »Einen Verzicht auf Sonntagsarbeit können wir uns nicht mehr leisten« (*Süddeutsche Zeitung* vom 19. 5. 84). Durch individuelle Lohnkonkurrenz zwischen den Arbeitslosen – so wieder ein Experte aus Kiel – wäre mehr Wettbewerb auf

dem Arbeitsmarkt zu erreichen etc. etc. (Nicht umsonst wird der englische Frühkapitalismus in Fachkreisen mittlerweile als »Kieler Kapitalismus« apostrophiert.)
All das geht konform mit einer neokonservativen Kulturrevolution. Kein Zufall, daß sich zwei Monate nach der Bundestagswahl in Bonn 120 schlagende Verbindungen in vollem Wichs treffen – zum ersten Mal in ihrer 170jährigen Geschichte – und der OB sie in einem Grußwort bittet, sich nicht in die Kneipen zurückzuziehen, sondern politisch mitzuarbeiten; kein Zufall auch, daß der Kardinal Ratzinger auf dem Münchner Katholikentag eine »Habsucht am Leben« geißelt und BMW-Chef von Kuenheim in der Forderung der Ökologen nach einer Schadstoffverminderung durch Geschwindigkeitsbeschränkungen nur »Sozialneid« erblickt.
Töne, undenkbar vor einem Jahrzehnt. Die Deutschen finden den transatlantischen Schulterschluß. Die Linke ist desorientiert, ohne Konzept. Wer die gähnende Langweiligkeit des letzten SPD-Parteitags am Bildschirm erlebt hat, ahnt, wieviel eine Regierung anrichten muß, damit diesen Leuten ein mehrheitsfähiges Appeal zuwächst. Nicht nur in den Parlamenten, auch innerhalb der Parteien erstarkt der marktwirtschaftliche Purismus. Kein Wunder, daß eine Balancierpartei wie die FDP kippt. (Nichts gegen Genscher. Der Mann war nur der Lakai des Zeitgeists.) Forderungen nach etwas geringeren Einsparungen – viel mehr an programmatischer Alternative findet sich weltweit kaum irgendwo bei den linken Volksparteien.
Wie ist dieses historische Roll-back in Gang gesetzt worden? Wieso wählen und wiedererwählen die Leute eine Führungsriege, die ihnen das Fell über die Ohren und das soziale Netz wegzieht, just wenn es dringlich gebraucht wird? Das Konzept kommt aus Übersee. Marketing – die Fähigkeit, den schädlichsten, dysfunktionalsten Kram an den Mann zu bringen –, das war schon immer die Genialität der Amerikaner. Als John Kenneth Galbraith einst aufgefordert wurde, einen Lexikon-Artikel über »Monetarismus« zu schreiben, lehnte er ab: Wenn das Lexikon erscheine, werde diese Theorie bereits wieder vergessen sein. Der Mann war im Irrtum. Er hatte nur den wissenschaftlichen, nicht den politischen Wert dieser Lehre in Rechnung gestellt. Leute, deren Einkommen aus Löhnen und kaum aus Zinsgewinnen herrührt, mittels einer unplausiblen Inflationstheorie derart zu konditionieren, daß sie für Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit votieren, das ist unbestreitbar eine politische Leistung. Mehrheitsfähig wurde solches nicht zuletzt kraft eines rüden Marginalisierungsprogramms. Statt eines zunächst moderaten Einkommensschnitts bei der Majorität wird die Verelendung wachsender Minoritäten durchgesetzt.
In Reaktion auf die unvertuschbar katastrophale Bilanz des Monetarismus ist dieser in einer allgemeinen Umverteilungspropaganda – genannt »angebotsorientierte Wirtschaftspolitik« – verrührt und in dieser Form in die

Bundesrepublik importiert worden. In einem unisono vorgetragenen Medienkonzert haben Bundesbank, Wirtschaftsinstitute, Sachverständigenräte, Industrieverbände und Regierung den Lohnabhängigen die Krisenschuld zugeschoben. Das Anspruchsdenken der Arbeitenden habe sich von den wirtschaftlichen Realitäten gelöst und statt zu Einkommenssteigerungen schließlich nur noch zu Inflation und Destruktion geführt. Exzessive Löhne und Sozialleistungen hätten die Ertragskraft der Wirtschaft gebrochen. Die Kapitaldecke der Unternehmen sei in erschreckendem Maße ausgedünnt, so daß Investitionen unfinanzierbar geworden seien. Das zeige sich im »dramatischen Verfall« von Renditen und Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Deshalb müßten die Löhne runter und die sozialen Leistungen auf ein »vernünftiges Maß« zurückgestutzt werden. Wenn das erst geleistet sei, werde es für alle wieder aufwärts gehen.

Das verfängt, ist einsichtig. Man mag die Bosse lieben oder auch nicht. Doch wenn man in einem System lebt, das über Profit reguliert wird – und ein besseres ist nicht in Sicht –, dann muß man wohl auch sicherstellen, daß Profite gemacht werden. Wenn indes wahr ist, was seit einem halben Jahrhundert der Wirtschaftswissenschaft Heiligstes war – die keynesianische Einsicht, daß nur die Schaffung von Nachfrage aus einer Krise erlöst, daß die anfangs der dreißiger Jahre verfolgte Austeritätspolitik die Depression täglich von neuem erzeugt und verstärkt hat –, dann ist die angebotsorientierte Heilslehre die falscheste, gefährlichste aller Alternativen. Dann sind wir drauf und dran, uns für den Preis einschneidenden Verzichts einzukaufen in einen kraftvollen Prozeß autokatalytischer Krisenverstärkung, gegen den der Verelendungsschub der dreißiger Jahre zur Romanze verblaßt. Wenn Billiglohnkonkurrenz und Chips nur beantwortet werden mit einem internationalen Wettlauf im Lohnverzicht, dann bleibt es rätselhaft, wer letztlich die Erzeugnisse unserer immer produktiveren Industrien kaufen soll. Daß die Konzerne diesmal ein härenes Armutsgewand über ihre feisten Polster gestreift haben, um die Krise für einen säkularen Lohnschnitt zu nutzen, ist schließlich nicht außerhalb der Vorstellbarkeit. Deshalb ist eine etwas sorgfältigere Prüfung angezeigt, was vom offiziell behaupteten »alarmierenden Verfall« von Gewinn und Kapitalausstattung der Unternehmen denn nun wahr ist.

2.

1967-70 lag die Umsatzrendite in der Verarbeitenden Industrie bei 4,0 Prozent, 1978-81 nur noch bei 2,2 Prozent. Das sind deutliche Zahlen. Die Eigenkapitalquote, 1970 noch bei 30 Prozent, ist auf 23,2 Prozent (1981) gesunken, ein auch im internationalen Vergleich niedriger Wert. Ohne unzureichendes Eigenkapital aber gewähren die Banken nur zögernd Kredite, und die Zinslasten verteuern Investitionen bis zur Unrentabilität.

Diese Ziffern – Dauermunition im Streit um Wirtschaftspolitik und soziale Demontage – sind nun schon unmittelbar mit einigen Anmerkungen zu versehen. Die im internationalen Vergleich relativ niedrige Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen beruht weithin auf den deutschen Bilanzierungsregeln. Bei Anwendung der amtlichen US-amerikanischen Vorschriften der Securities and Exchange Commission ergibt sich z. B. für die BASF 1983 ein um volle 44 Prozent (!) höheres Eigenkapital und ein um 52 Prozent besseres Ergebnis nach Steuern.[1] Wegen der niedrigen Dividenden – so Wirtschaftspresse und Bundesbank – seien Aktienkäufe unattraktiv. Deshalb fehle es den Unternehmen an »Risiko-Kapital«. Auch am Bild der verelendeten Aktionäre sind jedoch Korrekturen anzubringen. Denn die offiziellen Renditen sind nur ein Teil ihres Profits. Zugleich erhalten sie seit 1977 Steuergutschriften im Wert von 56 Prozent der Dividende. Hinzu kommen sehr preisgünstige Bezugsrechte für neue Aktien, die von den Unternehmen an die Aktionäre verteilt werden. Diese Bezugsrechte können verkauft werden. Ihr Wert belief sich 1970-79 immerhin auf 18 Milliarden Mark. Allein diese Zusatzeinnahme führt z. B. bei der Gutehoffnungshütte, Europas größtem Maschinenbau-Konzern, zu einer Dividendenkorrektur für 1970-79 von 53 Prozent. Wer seit 1973 all seine Erträge auf Siemens-Aktien wieder bei Siemens angelegt hat, dessen Kapital wurde in zehn Jahren verdreifacht. Der kleine Sparbuchinhaber konnte derweil mit einem Zinsgewinn von insgesamt ca. 50 Prozent nicht einmal die Inflation kompensieren. Deutschlands genervte Börsianer mögen aufatmen. Die Aktie ist besser als ihr Ruf.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die Unternehmenserträge seit Einbruch der Weltwirtschaftskrise deutlich gesunken sind, und das kann an sich auch nicht überraschen. Verwunderlich ist dabei jedoch die Verteilung dieses Gewinnverfalls. Am Bettelstab gehen offenbar gerade die Größten und Stärksten. Etwa 300 große Aktiengesellschaften halten ein Drittel des Kapitalstocks in der Verarbeitenden Industrie. Ihre Renditen liegen nicht nur seit langem schon unter denen der anderen, sie sind im Krisenjahrzehnt auch weit stärker gefallen – von 84 Prozent des Sektormittels 1973 auf knapp 60 Prozent 1981.

Das ist wider alle Vernunft. Jeder Ökonom hätte das Gegenteil erwartet – eine weit überdurchschnittliche Krisenresistenz im Konzernbereich. Denn die Großen haben höhere Eigenkapitalquoten als die Restindustrie, brauchen deshalb weniger Kredite und zahlen geringere Zinsen. Sie besorgen sich ihr Geld wohlfeiler auf den internationalen Kapitalmärkten, wo die Banken nicht mit Kosten gesetzlicher Auflagen wie Mindestreservehaltung belastet sind. Sie erfreuen sich der bekannten Vorteile von Marktmacht, können z. B. bei Nachfrageverfall die Preise halten oder steigern und damit in Depressionen den Ertrag stabilisieren. (Erinnert sei an das kürzlich auf-

geflogene »Rheingold-Kartell« der Baukonzerne. Das Bußgeld von 54 Millionen haben die Gewinne aus den Preisabsprachen allemal abgeworfen. Das war auch dem Kartellamt klar, doch mehr geben die Gesetze nicht her. Im Augenblick ermittelt die EG gegen ein Kunststoffkartell in allen zehn Staaten, darunter gegen Hoechst und die BASF. In der Regel jedoch sind direkte Absprachen zwischen den Großen gar nicht erforderlich, um nachfrageunabhängige Preise durchzusetzen. So konnte den Pharma-Konzernen in der Bundesrepublik bislang keinerlei Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht nachgewiesen werden, doch es herrscht klare Marktaufteilung. Die Arzneimittelpreise erreichen Werte bis zum Achtfachen des in anderen EG-Staaten üblichen.) Zugleich ziehen die Mammutkonzerne den Löwenanteil der Staatsaufträge auf sich und sind Spezialisten im Einwerben von Subventionen. Sie konzentrieren sich in den profitabelsten Exportbranchen und sind nicht zuletzt dank ihrer bribing power in Entwicklungsländern der Konkurrenz kleinerer Unternehmen haushoch überlegen.[2]

Um trotz dieses Bündels massiver und teils klar meßbarer Vorteile jene kärgliche Renditen zu erwirtschaften, die offiziell ausgewiesen sind, bedarf es eines gerüttelten Maßes an Unfähigkeit. Man scheut sich, dies Deutschlands Topmanagern zu unterstellen. Der Schluß, daß da etwas nicht stimme, reale Erträge en gros in den Bilanzen verquetscht worden seien, ist nahezu zwingend. Die Möglichkeiten dazu sind zahllos und die Motive stark. Weist eine AG einen Überschuß aus, so fallen davon etwa 60 Prozent an die Steuer. Vom Rest müssen im Durchschnitt Dreiviertel den Aktionären ausgeschüttet werden. Damit verbleiben kaum zehn Prozent als Arbeitskapital im Unternehmen. Werden reale Erträge jedoch gegen geeignet festgesetzte Kosten verrechnet, so sind sie vorm Zugriff des Finanzamtes ebenso geschützt wie vorm Hunger der Aktionäre. Denn was gar nicht als Überschuß deklariert ist, kann die Jahreshauptversammlung auch nicht verteilen. »Stille Reserven« nennt man derartiges unversteuertes Kapital.

Selbstverständlich ist auch das Gegenteil möglich – eine Bilanzverschönerung durch Zusammenkonstruieren nichtexistenter Gewinne. Standardwerke der Betriebswirtschaft kennen eine Skala der legalen, Praktiker eine Vielfalt der semi- und illegalen Methoden. Auch Experten fehlt da zumeist – von außen – der Durchblick. Der letzten veröffentlichten Bilanz des mit Milliardenverlust zusammengekrachten Bankhauses »Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co« bescheinigte die Wirtschaftspresse ein Prachtergebnis (»Schröder, Münchmeyer hat das beste Jahr hinter sich«, *SZ* vom 18. 3. 84). Das war zur gleichen Zeit, als, wie »eine aus verläßlicher Quelle stammende Nachricht« kundtut, der persönlich haftende Teilhaber und Chefmanager Graf von Galen bereits seiner Ehefrau ihr Anteilsdrittel an der Bank abgekauft und damit dieses Ehevermögen kraft Gütertrennung vor den Gläubigern gerettet hatte.[3] AEG-Chef Dürr räumte kürzlich ein, daß der

Konzern vor seiner Zeit jahrelang gefälschte Bilanzen vorgelegt hat. Wie gut, daß die Bundesrepublik dank überhand nehmender Roßtäuscherei (so die *SZ* vom 12. 7. 84) jetzt über einen Wirtschaftsminister verfügt, dessen persönliche praktische Erfahrungen mit der kühn aufpolierenden Bilanzgestaltung gerichtlich dokumentiert sind.

Ist die Bilanzverschönerung nur für die Minderheit der gerade am Bankrott Balancierenden attraktiv, so die über Gebühr schäbige Selbstdarstellung für die große Mehrheit der Firmen. Steuern sparen will schließlich jeder. »Denn in der Tat ist die Bilanz der Aktiengesellschaften seit den 80er Jahren [des vorigen Jahrhunderts] bis in unsere Zeit hinein zu einem perfektionierten Instrument geworden, nur soviel Gewinn in Erscheinung treten zu lassen, als man glaubt, mit Rücksicht auf die Gewinnverteilung vertreten zu können«, schrieb schon vor zwanzig Jahren Erich Gutenberg. Neuerdings kommt offenbar noch ein wirtschaftspolitisches Motiv hinzu: Zu exzessive Gewinne in der Krise machen schlechte Optik.

Auch dem Laien längst bekannt ist z. B. die Methode der internationalen Gewinnverschiebung durch manipulierte Verrechnungspreise zwischen in- und ausländischen Konzerntöchtern. So hat sich z. B. die Arbed Saarstahl durch ungünstige Preise ihrer Luxemburger Weiterverarbeitungsbetriebe nachgewiesene 50 Millionen Mark Verlust zusammenkonstruiert, um Subventionen zur Arbeitsplatzsicherung zu kassieren.[4] Diese wurden bekanntlich nur unter der Bedingung geboten, daß die Beschäftigten auf einen Teil ihres Weihnachtsgeldes verzichten.

Vorräte können umbewertet, Kundenkredite diskontiert, Abschreibungen erhöht werden. All das drückt den Gewinn. Gelder werden irgendwo im Ausland vergraben. Ein Veräußerungsgewinn des Klöckner-Humboldt-Deutz-Konzerns von einer Dreiviertelmilliarde ist irgendwo in Holland »geparkt«. Keine Bilanz erwähnt ihn. Mit den Wechselkursfluktuationen und den internationalen Inflationsdifferenzen der letzten Jahre schließlich sind der Willkür und Kreativität bei der Bilanzgestaltung multinationaler Konzerne kaum noch Grenzen gesetzt. Denn es gibt keinerlei verbindliche Richtlinien der Finanzbehörden oder Wirtschaftsprüfer, wie hier zu verfahren, welcher Umrechnungskurs von welchem Tag mit welchem Risikoabschlag zu verwenden ist. Daimler-Benz z. B. berechnet für seine Auslandskredite nach Gusto ein allgemeines Kreditrisiko von 3-10 Prozent und hat auf diese Weise in den letzten fünf Jahren 1,3 Milliarden Verluste abgebucht.

Den größten bilanzpolitischen Spielraum jedoch bieten unbestritten die sogenannten »Rückstellungen«. Unter diesem Titel kann ein Unternehmen für »drohende Verluste« und »ungewisse Verbindlichkeiten« steuerfrei Gelder reservieren. Etwa 80 Rückstellungsgründe werden von den Finanzämtern anerkannt – von Rückstellungen für Patentverletzungen, Prozeßrisiken

und Kulanzen bis zu Rückstellungen für »Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung«. Firmenfremde können in der Regel kaum erkennen, ob, wann, in welcher Höhe und mit welcher Wahrscheinlichkeit ein bestimmtes Risiko droht. Dies bleibt weithin dem »pflichtgemäßen subjektiven Ermessen« der Finanzchefs überlassen. Von deren Überzeugungskraft gegenüber den Steuerbehörden hängt es ab, in welchem Ausmaß dem Unternehmen zinsfreie Kredite zu Lasten der Öffentlichen Hand in Form von Steuerstundungen eingeräumt werden. Unverkennbar sind diese Reserven heute jedoch nicht nach der Risikobelastung zwischen den Unternehmen verteilt, sondern gemäß ihrer Finanzkraft. Wer die fettesten Erträge erwirtschaftet, kann die meisten Gelder zurücklegen und damit die größten Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen. Was den Rückstellungen zugeführt wird, fehlt natürlich beim offiziellen Gewinn. Folglich ist es die Nutzung von Steuervorteilen, die zum guten Teil die niedrigen Renditen erklärt. So hielten die AGs der Elektrotechnik 1982 Risikoreserven in Höhe von 13,3 Prozent, die des bestens florierenden Fahrzeugbaus von 18,8 Prozent des Bilanzkapitals. Die anderen Branchen hatten es im Mittel nur auf 8,4 Prozent gebracht, die AGs des nun in der Tat existenzbedrohten Schiffsbaus gar nur auf 5,6 Prozent. Bosch hat seine Risikorückstellungen seit 1974 mit einem Anstieg auf 2,7 Milliarden weit mehr als verdreifacht, der Siemens-Konzern die seinen vervierfacht. Allein dieses eine Unternehmen hat die astronomische Summe von 9,5 Milliarden unter dem Titel »Risikorückstellung« steuerfrei reserviert. Dies bedeutet einen Zinsgewinn von jährlich rund einer halben Milliarde auf die zum Nulltarif gewährten Steuerkredite.

Diese Gelder stehen als Arbeitskapital frei zur Verfügung. Wird nach einigen Jahren dem Finanzamt klar, daß Risiken »überbewertet«, die Gelder in diesem Ausmaß nicht gebraucht worden sind, so müssen sie dem Jahresüberschuß zugeführt und damit versteuert werden. Zumeist jedoch lassen sich dann neue »ungewisse Verbindlichkeiten« ausmachen. Mit wechselnden Begründungen werden damit exorbitante Summen auf Dauer steuerfrei im Unternehmen gehalten. (Die Literatur spricht hier von einem »eisernen Bestand formal kurzfristiger Rückstellungen«.[5])

Eine noch stärkere Finanzierungsquelle haben sich die Konzerne mit den »Pensionsrückstellungen« erschlossen. Unter diesem Titel können für Betriebsrenten und in keinesfalls unerheblichem Ausmaß auch für die Superpensionen des Topmanagements Gelder steuerfrei reserviert werden. Hinsichtlich der Höhe der Rentenverpflichtungen, die sie eingehen wollen, sind die Unternehmen gesetzlich kaum beschränkt. Der Betrag der dafür steuerbegünstigt zulässigen Rückstellungen bemißt sich dann versicherungsmathematisch anhand einer vorgeschriebenen minimalen Verzinsung von derzeit 6 Prozent. Diese Gelder stehen einschließlich der Verzinsung bis zur

Fälligkeit der Renten dem Unternehmen völlig frei zur Verfügung. Sie können im In- und Ausland investiert oder auf den Geldmärkten angelegt, beliehen oder verpfändet werden und erweitern damit den Kreditspielraum bei den Banken. Funktional sind sie klar den Eigenmitteln zuzurechnen. Banken bewerten sie bei der Bonitätsprüfung als »Graues Eigenkapital«. Doch offiziell werden sie den Fremdmitteln zugeschlagen. Verschiedentlich hat man die Pensionsrückstellungen als »Belegschaftskapital« bezeichnet – ein Euphemismus. Den Kapitalgebern steht ein Mitspracherecht zu, den Rentenanwärtern nicht.

Von dieser Möglichkeit der Kapitalbildung wurde seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Konzernbereich exzessiv Gebrauch gemacht. 42 Milliarden sind von den Aktiengesellschaften der Industrie 1974-82 den Betriebspensionsfonds zugeführt worden. Das übertrifft den gesamten Eigenkapitalzuwachs dieser Periode. Damit erfreuen sich die deutschen Unternehmen eines in der Welt einmaligen Privilegs. Kein anderes Land gewährt vergleichbare Möglichkeiten, steuerfrei Arbeitskapital zu bilden. Auch deshalb sind alle internationalen Vergleiche der Eigenkapitalquoten grob irreführend.

Es ist nicht ohne Pointe, wie sich diese Steuervergünstigungen zwischen den Unternehmen verteilen. Pensions- und Risikorückstellungen zusammengenommen sind inzwischen zur bei weitem wichtigsten Finanzierungsmethode der Großunternehmen geworden. Während sie sich bei den »Nicht-AGs« der Verarbeitenden Industrie auf 13 Prozent der Bilanz belaufen, haben die Aktiengesellschaften Rückstellungen in Höhe von 25 Prozent der Bilanzsumme angesammelt (1982). Die Branchenführer der florierenden Exportbereiche – Chemie, Elektrotechnik und Autoindustrie – haben ihre Finanzierung inzwischen fast völlig auf Rückstellungen gegründet. Die fünf größten Konzerne der Elektrotechnik haben den Zuwachs ihres Bilanzkapitals der letzten vier Jahre zu 53 Prozent durch Rückstellungsbildung finanziert, die 13 Topunternehmen der Autobranche zu 58 Prozent.[6] Bei der BASF erreichen die Rückstellungen inzwischen 35 Prozent des Bilanzkapitals, bei Siemens 40 Prozent, bei Schering 43 Prozent, bei Daimler-Benz 46 Prozent, bei Bosch 54 Prozent und beim Getriebekonzern ZFK gar 70 Prozent des gesamten Unternehmensvermögens. Das verweist auf wahre Absurditäten bei der Verteilung von Steuervergünstigungen durch den Staat. Da deren Inanspruchnahme schlicht an die reale Ertragskraft gebunden ist, konzentrieren sie sich auf die solventesten Konzerne.

Durchweg läßt sich in den finanzstarken Branchenspitzen die Verdrängung von Krediten durch Rückstellungskapital erkennen. Damit ist ein sich selbst verstärkender Mechanismus diskrepanter Finanzkraft-Entwicklung zwischen Konzernen und Restindustrie entstanden: Je höher die realen Erträge, desto mehr Geld kann ein Unternehmen in die Rückstellungen einbringen, desto größere Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen, und desto we-

niger ist es auf Kredite angewiesen. Desto geringer sind seine Zinslasten und desto höher folglich wieder seine Erträge. Desto stärker kann es erneut Rückstellungen bilden. Das Ergebnis ist eine immer üppigere Subventionierung der stärksten Kapitalgesellschaften. Kleinere und finanzschwache Unternehmen fallen dagegen aussichtslos zurück. Diese Diskrepanzen wachsen mit den Zinssätzen. Nie zuvor hat der Staat derart massiv die Stärksten begünstigt und schwächere Unternehmen benachteiligt wie mit dieser seit 1974 praktizierten Kombination aus Steuer- und Hochzinspolitik.

Dies sei mit einigen Zahlen illustriert. Während die »langfristigen Verbindlichkeiten« der Nicht-AGs in der Verarbeitenden Industrie 1973-81 um 24 Milliarden gewachsen sind, haben sie sich bei den Aktiengesellschaften um drei Milliarden *reduziert.* Die AGs der vier finanzstarken Exportbranchen Elektrotechnik, Autoindustrie, Maschinenbau und Chemie haben den Bilanzanteil der langfristigen Bankenkredite und Anleihen 1974-82 von 13,7 Prozent auf 3,7 Prozent abgebaut. Seit 1972, dem letzten normalen Vorkrisenjahr, ist die Nettozinsbelastung (Zinskosten abzüglich Zinserträge aus eigenen Geldanlagen) bei den Nicht-AGs der Verarbeitenden Industrie bis 1980 um 87 Prozent gewachsen. Bei den Aktiengesellschaften hat sie sich dagegen um 43 Prozent vermindert. Derartige Diskrepanzen in der Finanzkraftentwicklung zwischen Branchenführern und Restindustrie sind ein historisches Novum. Nach Angaben der Bundesbank verzeichneten 1980 Kapitalgesellschaften über der 100-Millionen-Umsatzgrenze eine Zinsbelastung des Rohertrags von 1,1 Prozent. Einzelkaufleute mit weniger als zehn Millionen Mark Umsatz hatten den mörderischen Satz von 7 Prozent aufzubringen.[7] Die 30 größten Industrie-AGs trugen im gleichen Jahr Zinslasten von gerade 0,1 Prozent.[8] Hochzinspolitik erweist sich damit als Konzentrationspolitik par excellence.

Paradoxerweise haben sich die Aktiengesellschaften in der Weltwirtschaftskrise 1973-81 eines erheblich stärkeren Kapitalzustroms erfreut als in der Boomperiode 1965-73 – gleichgültig, ob man Pensions- und Risikorückstellungen dazurechnet oder nicht.[9] Unternehmen wie Bayer, Hoechst, Siemens und Daimler-Benz ist die Krise bislang wie eine Badekur bekommen. Sie haben ihre Kreditbelastung auf einen Bruchteil des Wertes der Boomperiode reduziert, auf einen Tiefststand in der gesamten jüngeren Konzerngeschichte. Von den extremen Zinssätzen der letzten Jahre sind sie deshalb praktisch unberührt geblieben; zum guten Teil haben sie kräftig daran verdient, d. h. bei einer Anzahl namhafter Konzerne übertreffen die Zinsgewinne die Zinskosten um Hunderte von Millionen. Denn von den via Rückstellungen eingesammelten Steuervergünstigungen wurden respektable Summen außerhalb der Unternehmen auf den Geldmärkten angelegt. Um neun Milliarden haben z. B. allein die fünf größten Elektrokonzerne 1982-83 ihre Liquiditätsreserven aufgestockt. Beim Daimler-Benz-Konzern errei-

chen die reinen Geldanlagen inzwischen fünfeinhalb Milliarden, beim Siemens-Konzern sechzehneinhalb Milliarden Mark. Das sind dort volle 40 Prozent der Bilanzsumme. Die »Liquiditätsreserve« des Hauses Siemens übertrifft damit das gesamte Kapital einschließlich Rücklagen der deutschen Großbanken zusammengenommen um viereinhalb Milliarden oder 37 Prozent. Allein diese beiden Firmen, Siemens und Daimler-Benz, hätten aus ihren Geldreserven die gesamte Arbeitslosenunterstützung einschließlich Arbeitslosenhilfe und Kurzarbeitergeld des Jahres 1983 für die 2,3 Millionen Arbeitslosen und 675 000 Kurzarbeiter der Bundesrepublik zahlen können und dabei immer noch zwei Milliarden übrig behalten. Daß derartige Unternehmen ihr investives Engagement steigern würden, wenn sie mehr Kapital zur Verfügung hätten, ist nicht unbedingt plausibel.

Konjunkturpolitisch ist die Konzentration von Steuervergünstigungen und Finanzkraft auf die Branchenführer ein klares Desaster. Denn sie hat kaum irgendwo zusätzliche Investitionen stimuliert – zumindest nicht im Inland. Die Mammutkonzerne folgen hier dem Branchenmittel oder bleiben sogar deutlich dahinter zurück. Vor allem in den letzten zwei Jahren sind klare Disvestment-Trends erkennbar. In der Chemie, der Elektrotechnik und dem Maschinenbau haben sie die Abschreibungen nicht mehr voll ersetzt. Das Sachanlagevermögen fällt. Am Geld kann's kaum gelegen haben. Im tiefsten Depressionsjahr 1982 z. B. haben die Aktiengesellschaften der Elektrotechnik sich zwei Fünftel ihrer gesamten langfristigen Schulden vom Hals geschafft und zugleich noch die eigenen Geldanlagen um 40 Prozent oder 1,9 Milliarden aufgestockt. (Sie belaufen sich bei den fünf Branchenführern inzwischen mit 20,5 Milliarden auf fast das Fünffache der aufgenommenen Bankenkredite.) Doch der Sachanlagenwert ist hier in Jahresfrist (1982) um fünfeinhalb Prozent geschrumpft.

Soweit die den Konzernen via Rückstellungen so überreichlich zugekommenen Steuervergünstigungen nicht zur Rückerstattung von Krediten verwendet worden sind oder für den Erwerb in- und ausländischer Staatsschuldverschreibungen, dienten sie zum Zusammenkauf von Imperien, und dies mit Vorliebe im Ausland. Unter dem Titel der »Auslanddirektinvestitionen« erfaßt die amtliche Statistik den Erwerb von Anteilen am Kapital ausländischer Unternehmen (einschließlich Kapitalaufstockungen oder Erstausstattung mit Kapital bei Neugründungen). In der Verarbeitenden Industrie erreichten diese Auslanddirektinvestitionen 1976-80 immerhin 78 Prozent des inländischen Sachanlagenzuwachses – 1981 schon 160 Prozent. In der Chemie, dem stärksten Auslandinvestor, ist das Sachanlagevermögen der Gesamtbranche schon seit 1978 rückläufig. 33 Milliarden sind 1980-83 von deutschen Unternehmen in ausländischen Tochterbetrieben angelegt worden – gegenüber 7,5 Milliarden ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik. Die freilich finanzieren sich großenteils aus hierzulande erwirt-

schafteten Gewinnen. Einschließlich der reinen Geldmarkt-Engagements wurden im Saldo (d. h. abzüglich der Kapitalzuflüsse in die BRD) in diesen vier Jahren für langfristig von Privat 61 Milliarden im Ausland angelegt. Diese Summe übertrifft die Nettoinvestitionen der gesamten Verarbeitenden Industrie im Jahrzehnt 1971-81.[10]

Die deutschen Konzerne folgen hier zum Teil wohl einem Trend, der in den USA und Großbritannien unter dem Namen des »Paper-Entrepreneuralismus« zunehmende Befremdung auslöst. Dieses Gesellschaftsspiel des raschen Auf- und Verkaufs immer neuer Beteiligungen zieht seine Profitabilität partiell aus der ingeniösen Nutzung von Steuervorteilen. (Der Name Flick ist hier inzwischen zum deutschen Markenzeichen geworden.) Nicht zuletzt deshalb besteht das amerikanische Topmanagement zu etwa 65 Prozent aus Rechts-, Finanz- und Buchführungsexperten – der gleiche Anteil etwa, den in Japan Ingenieure und Wissenschaftler stellen.[11] Fachleute sehen hier eine der Ursachen für die im internationalen Vergleich so stark abgesunkene Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie. Diese neuen Beteiligungen fungieren dann oft als »cash cows«: In einem betriebswirtschaftlichen Raubbauverhalten werden kurzfristig enorme Beträge aus ihnen herausgemolken, bevor sie dann ruiniert wieder abgestoßen werden.[12] Zur Expansionsstrategie bundesdeutscher Konzerne sind diesbezügliche Untersuchungen bislang nicht vorgenommen worden. Doch über 70 Prozent der deutschen Direktinvestitionen in Industriestaaten sind Übernahmen bestehender Unternehmen.[13] Um 575 000 hat sich z. B. 1979 und 1980 die Beschäftigtenzahl ausländischer Investoren in den USA erhöht (davon um 160 000 in den Filialen deutscher Konzerne). Doch nur 3,7 Prozent davon oder 21 000 entfallen auf Neugründungen.[14] Auch international führt der Boom der Auslandinvestitionen mithin kaum zu Beschäftigungsgewinnen. Eben auch, weil Firmenaufkäufe momentan en vogue sind, werden Abermilliarden liquide gehalten. Im Fall eines unvermittelt auftauchenden profitablen Objektes will man die nötigen Gelder parat haben. Dieses Finanzgebaren der Mammutkonzerne drückt wieder das gesamtwirtschaftliche Investitionsniveau.

Weniger ausgeruht als die großen Kapitalgesellschaften der Exportbranchen sind offenbar die inlandorientierten Industrien und vor allem kleinere und mittlere Unternehmen durch die Krise gekommen. Freilich sind auch die Lamentos über das Siechtum des Mittelstandes zum Teil der antigewerkschaftlichen Greuelpropaganda zuzurechnen. Das illustriert ein Blick auf den Automarkt. In beiden Depressionen, sowohl 1974 wie 1982, sind die Neuzulassungen von Personenkraftwagen in der Bundesrepublik um etwa ein Fünftel geschrumpft. Nicht so bei den Luxuslimousinen. Daimler-Benz und BMW haben vom inländischen Kaufkraftschwund praktisch nichts gespürt – ein Indiz, daß sich die Bessergestellten hierzulande eines krisenfesten

Lebensstandards zu erfreuen wissen. Dennoch hat sich nach den üblichen Kriterien wie Schuldenbelastung, Zinskosten usw. die finanzielle Situation der kleinen Unternehmen im Krisenjahrzehnt deutlich verschlechtert. Die Frage nach den Ursachen ist in der Öffentlichkeit längst geklärt. Im besonderen die Bundesbank hat die Schuld am Siechtum der deutschen Volkswirtschaft den Gewerkschaften zugeschoben. Zufolge einer modernisierten Dolchstoßlegende sind sie unseren hartbedrängt, doch unerschrocken an der Exportfront der asiatischen Konkurrenz trotzenden Unternehmern mit maßlosen Lohnforderungen in den Rücken gefallen.

Etwaigen Vorwürfen, mit ihrer eigenen Hochzinspolitik den Konjunktureinbruch verursacht zu haben, begegnen die Währungswächter aus Frankfurt mit dem Hinweis, die Zinsen schlügen bei weitem nicht so stark zu Buche, wie angenommen wird. »Nach dem Ergebnis der Bilanzstatistik der Bundesbank machten die Zinsaufwendungen 1980 brutto etwa 4,5 Prozent und nach Abzug der Zinserträge rund 3 Prozent des Rohertrags der Unternehmen aus, im Vergleich zu mehr als 50 Prozent, die vom Rohertrag für Arbeitskosten aufgewendet werden mußten.«[15] Die Zinserträge konzentrieren sich nun freilich auf wenige große Kapitalgesellschaften, die Zinskosten auf die Restindustrie.[16] Zum zweiten kann man kaum die Löhne in wenigen Monaten halbieren oder verdoppeln, die Zinsen dagegen sehr wohl. So sind mit der Erhöhung der Leitzinsen 1979-81 die Zinskosten der Wirtschaft um 77 Prozent gewachsen, während der Anteil der Kredite am Bilanzkapital mit einem Anstieg von einem halben Prozent fast konstant geblieben war. Vor allem jedoch sind nach der gleichen hauseigenen Statistik der Bundesbank die Zinsen die klare Ursache der jüngsten Depression. 1979-81 erlebten die Unternehmen den schwersten Gewinneinbruch der Nachkriegszeit. Ihr Jahresüberschuß vor Steuern verminderte sich in der Gesamtwirtschaft um 27,96 Milliarden. Ihre Zinskosten hatten sich im gleichen Zeitraum um 27,42 Milliarden erhöht.[16]

An dieser Zinsbeute sind freilich die Banken ebenso beteiligt wie die Bundesbank. Angeblich haben sie jeweils nur die in Frankfurt dekretierten Erhöhungen der Kreditkosten weitergegeben. Doch seltsamerweise erfreuen sie sich eines exorbitanten Gewinnanstiegs, seit die Bundesbank der neuartigen Idee aufsitzt, Depressionsphasen durch Hochzinspolitik zu intensivieren. Ihr Jahresüberschuß vor Steuern hat sich seit 1970 verfünffacht. Die Unternehmen dagegen haben mit einem Zuwachs von 31 Prozent nicht einmal die Inflation kompensiert. Dabei schießen die Gewinne der Banken jeweils nach oben, wenn die Unternehmenserträge in den Keller rutschen, und umgekehrt. 1982 schließlich hatte das Kreditgewerbe sein goldenes Jahr. Im besonderen die Großbanken wurden offenbar zu den Aasgeiern der Depression. Ihr Betriebsergebnis verbesserte sich um 47 Prozent. Ihre Kunden gingen reihenweise pleite. Während die Gewerkschaften erneut

schrumpfende Reallöhne akzeptierten, genehmigte sich der Vorstand der Dresdner Bank 1983 eine Gehaltsaufbesserung von 24 Prozent auf pro Kopf 645 000 Mark. Bei der Hypo stiegen die Vorstandsgehälter um runde hunderttausend, die Tantiemen des Aufsichtsrates wurden mit einem Anstieg von 20 Prozent an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt. Die leitenden Herren der Deutschen Bank kamen auf über eine Million. 1983 wurde noch einmal kräftig draufgesetzt, bei Gewinnen und Gehältern. Die Wirtschaft verzeichnete 16 000 Insolvenzen. 12 000 Unternehmen brachen zusammen. Doch zufolge Bundeswirtschaftsministerium und Industrieverbänden sind es die Gewerkschaften, die den Aufschwung verhindern.

Nach einem Gerücht freilich sind die Bankbilanzen nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Denn die aus der Industrie herausgepumpten Gelder seien mit Riesenkrediten für bankrotte Militärdiktaturen der Dritten Welt in den Sand gesetzt worden. Die Banken hätten demnach nicht nur die halbe Industrie, sondern auch noch sich selbst ruiniert. Dies läßt Vorstandsgehälter von über einer Million in einem neuen Licht erscheinen. Leistung soll sich ja schließlich wieder lohnen.

3.

Mit der Legende von der Ertragsschwäche hat Bilanzpolitik eine neue Dimension gewonnen. Sie schlägt um in Wirtschafts- und Sozialpolitik. Verpackt in Schäbigkeit, erbetteln Deutschlands Konzerne von den Wählern das Geld der Arbeitslosen und sonstiger alter und neuer »Randgruppen«, um amerikanische Staatsschuldverschreibungen zu finanzieren oder Unternehmen in Übersee aufzukaufen. Das klingt schrill, ist aber leider keine Übertreibung. Solange die Zinsen hoch sind und die Nachfrage nicht steigt, lohnen sich Investitionen auch nicht für diejenigen Unternehmen, die in Liquidität schwimmen. Denn die Differenz zwischen der Rendite auf reine Geldanlagen und der auf stärker risikobehaftete Sachinvestitionen ist nahe Null. Diese Situation wird freilich noch einige Zeit anhalten, da sie den Umverteilungsprozeß von unten nach oben ungemein erleichtert.

Das erste, wichtigste Fundament der neuen Wirtschaftspolitik war die Behauptung vom verarmten Unternehmer. Sie ist eklatant falsch für den Bereich der großen Kapitalgesellschaften. Soweit sie für kleinere Unternehmen zutrifft, sind die offiziös genannten Ursachen unzutreffend. Doch die Konsequenzen aus dieser falschen Analyse werden mit unerbittlichem Zynismus durchgesetzt. Mit einem Bruttolohnanstieg 1983 von rund dreieinhalb Prozent hätten die Gewerkschaften gerade die offizielle Inflation kompensiert. Doch von jeder Mark des nominellen Mehrverdienstes blieben nach Berechnungen des Ifo-Institutes München nur 14 Pfennige übrig. 86 Pfennige waren an Staat und Sozialversicherungen abzuführen.[16]

Mit atemberaubender Asozialität waren bereits die Sparexperten ans Werk gegangen. Selbst die Wissenschaftler des industrienahen Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigten sich in einer Studie »überrascht« vom Ausmaß der Belastungsunterschiede im Zuge der Sparmaßnahmen. Familien mit unter 3000 Mark Monatsverdienst verlören bis zu einem Zehntel des Einkommens (nach Berechnungen der IG Metall dagegen bis zu 32 Prozent[17]). Ein kinderloses Ehepaar mit 3000 bis 10 000 Mark und Wohnungskauf erhält dagegen netto etwa fünf Prozent mehr als vorher.
Wenn selbst Franz Josef Strauß angesichts der staatlichen Sparbeflissenheit moniert, es habe »keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu überlassen«; wenn sich das deutsche Topmanagement im gleichen Jahr Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 13 Prozent genehmigt; wenn der Deutschland-Chef eines amerikanischen Autokonzerns sich im kleinen Kreise brüstet, wegen der Leerkapazitäten in den spanischen Werken seine Arbeiter erfolgreich zum Streik provoziert und ihnen dann in der Presse noch den Schwarzen Peter angehängt zu haben; wenn der neue Chef der Bundesanstalt für Arbeit in perfektem Zusammenspiel mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall an den Gewerkschaften ein Exempel zu statuieren versucht, obschon die Rechtslage es nicht hergibt; wenn der FDP-Vorstand flugs den unvermuteten Jahresüberschuß der Bundesanstalt für Arbeit zu Steuererleichterungen verbuttern will, anstatt den unters Sozialhilfeniveau abgerutschten Arbeitslosen aufzuhelfen – dann zeigt all dies einen Mut zur Offensive, wie ihn Deutschlands Rechte seit Jahrzehnten nicht hat erkennen lassen.
Das zweite dramaturgische Element im Umverteilungsspektakel bildet die Rhetorik von der gefährdeten internationalen Konkurrenzfähigkeit. Ein Einzelunternehmer kann sich nur betriebswirtschaftlich verhalten. Er muß Gewinn machen. Das ist seine Funktion. Dies geht bekanntlich mitunter zu Lasten der Gemeinschaft, der nicht über Märkte zu befriedigenden Bedürfnisse. Diese wahrzunehmen ist das Amt des Staates. Er hat die zum Unternehmer komplementäre und kompensatorische Funktion. Doch mit dem Verweis auf die internationale Konkurrenz unterwirft sich auch der Staat inzwischen vorbehaltlos betriebswirtschaftlichem Denken und begibt sich damit seiner lebensnotwendigen Komplementärfunktion zur freien Wirtschaft.
In der Tat rechtfertigt jedoch die Konkurrenz keines einzigen Industriestaates mit Ausnahme Japans irgendwelche Lohnkürzungen, und die japanische Konkurrenz wäre ohne weiteres mit Handelsbarrieren auszugrenzen. Das praktizieren die Italiener gegenüber den japanischen Autos und im Textilbereich die gesamte OECD gegenüber Südost-Asien mit dem Welttextilabkommen. Doch solches wird der Öffentlichkeit als grob unanständig, als verwerflich dargestellt – aus dem schlichten Grund, weil man die Japaner

braucht. Anders wären Lohnkürzungen nicht zu legitimieren. Anstelle des unrasierten Russen, der in den fünfziger Jahren mit dem Messer zwischen den Zähnen unsere Frauen und Kinder bedroht hat, diszipliniert inzwischen der behende gelbhäutige workaholic das Volk, den großen Lümmel.
Im Fall der Bundesrepublik reicht die Unglaubwürdigkeit der Story von der bedrohten internationalen Konkurrenzfähigkeit bis ans Groteske. Wir erwirtschaften den mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Export aller größeren Staaten der Erde. Die Ausfuhrquote der deutschen Autoindustrie liegt über der der Japaner. Unser Exportüberschuß bewegt sich an der Grenze des für unsere Handelspartner Tolerierbaren. Eine weitere Steigerung ist kaum möglich. In der Dritten Welt und im Osten stößt sie auf schlichte Zahlungsunfähigkeit, in den USA auf wachsende Handelsschranken. In der Europäischen Gemeinschaft wird sie durch Wechselkurskorrekturen konterkariert. So ist nach dem Realignement der Währungsparitäten im März '83 unser Handelsüberschuß gegenüber Frankreich halbiert worden – von 13,1 Milliarden auf 6,9 Milliarden (Vergleich von April bis Dezember 1983 mit dem Vorjahreszeitraum); gegenüber Italien ist er gar um 90 Prozent geschrumpft. Gegenüber den Ländern mit frei floatender Währung werden Lohnkostenvorteile in der Regel durch stetige Aufwertung kompensiert. So sind seit Mitte der siebziger Jahre die Lohnkosten in der Bundesrepublik jährlich um 4 Prozent langsamer gestiegen als im Durchschnitt der anderen westlichen Industriestaaten. Zugleich wurde die Mark im Mittel um 4 Prozent pro Jahr aufgewertet. Die zurückhaltende Entwicklung der deutschen Löhne hat demnach kaum irgendeinen Gewinn an Arbeitsplätzen gebracht.
Terraingewinne im Export, erkauft mit Lohnkürzungen, wären also nur kurzlebig. Was bliebe, wäre freilich der im Zuge dieser Politik durchgesetzte inländische Nachfrageverlust und damit eine Verschärfung der Depression. Aufgrund inländischer Nachfrageschwäche geht zufolge einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft Kiel der »Aufschwung« bereits wieder zu Ende, bevor ihn die Arbeitsämter überhaupt wahrgenommen haben. Auch das Ifo-Institut München erblickt für 1985 bereits wieder ein neues Konjunkturloch. Doch offensichtlich finden die finanzstarken Exportkonzerne in Bonn weit stärker Gehör als die auf den Inlandsmarkt ausgerichteten und deshalb stark depressionsgeschädigten Branchen.
Mit ihrer enormen Exportkraft diszipliniert die Bundesrepublik zugleich Regierungen und Gewerkschaften, die aus der von Thatcher und Reagan verordneten Linie ausscheren. Nicht an der britischen oder amerikanischen Konkurrenz und Wirtschaftspolitik ist der konsumentenfreundliche Kurs des sozialistischen Frankreich aufgelaufen, sondern an der deutschen. Von jedem Franc, den die Regierung in Paris für die Stimulierung der Wirtschaft unter die Leute gebracht hatte, schlugen über 30 Centimes als Kaufkraft in

Deutschland zu Buche. Wenn hierzulande jedoch eine restriktive Finanzpolitik die Nachfrage abwürgt, und wenn derjenige Staat, der sie sich zuallererst leisten könnte, Arbeitszeitverkürzungen tabuisiert, dann können auch die europäischen Partner nur passen.

Der einzige Weg aus Krise und Arbeitslosigkeit führt über eine international abgestimmte Stärkung der Nachfrage und eine Neuverteilung der verfügbaren Arbeit. Doch der Bundeskanzler, dem man allenfalls zugute halten kann, daß er von Wirtschaft nichts versteht, nennt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung »absurd, dumm und töricht«.

Man mag verwundert sein, daß mitten in der schwersten Wirtschaftskrise der Epoche Leute inthronisiert werden, die weder über erkennbare wirtschaftliche Kompetenz verfügen noch mit Entscheidungskraft begabt sind. Auch dies hat jedoch Methode. Es hängt zusammen mit dem dritten – stärker strukturorientierten – dramaturgischen Element im Umverteilungsspektakel. Es lautet – auf eine Formel gebracht – »Deregulation«. Dieser politische Wille zur Ohnmacht ist das aktuelle Leitmotiv moderner Wirtschaftspolitik. Weltweit werden Regierungen derzeit mit der Alternative »Arbeitsplätze oder Umweltschutz« unter Druck gesetzt. Der Verweis auf preisgünstigere Standorte in dem »pollution haven« der Dritten Welt hilft nach, das Scheckbuch mitunter auch, wie die Skandale um Amerikas Umweltschutzbehörde dokumentieren. Doch das Programm reicht weiter. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verlangt einen generellen »Abbau beschäftigungshemmender Vorschriften«. Arbeitsschutzgesetze, Tarifverträge und Arbeitsrechtsprechung würden jede Neueinstellung für die Betriebe mit einer oft nicht einlösbaren sozialen Hypothek verbinden. Das HWWA Institut für Wirtschaftsforschung plädiert für eine allgemeine Entregulierung der Wirtschaft. All dies sind Sedimente der Aufbruchswoge eines vehementen Rechts-Anarchismus. Verlangt wird eine substantielle Zurückdrängung des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft. Kaum eine Regierung und Opposition wagt sich heute noch in den Wahlkampf, ohne einschneidende Steuersenkungen zu versprechen. Doch die einzige Chance, den Produktivitätsschub der zweiten industriellen Revolution ohne Arbeitslosenziffern von über 20 Prozent, ohne Massenverelendung und soziales Chaos zu verkraften, bieten die Wachstumsbereiche Umweltschutz, Freizeit und Dienstleistungen. All diese Bereiche sind kaum über Marktkräfte erschließbar. Sie erfordern neue staatliche Rahmenbedingungen und internationale Absprachen. Deshalb steht die Programmatik einer verminderten Staatsrolle konträr zu den Erfordernissen des Jahrzehnts. Doch die wirtschaftlich Stärksten, die Mammutkonzerne der vitalen Branchen, profitieren von einer Schwächung der Regierungen und Administrationen und die Kleinunternehmer glauben zumindest, daß sie davon profitieren. Helmut Kohl – ein Mann, dem zur allgemeinen Verwunderung

immer wieder aufgrund eines subjektiven »Mangels an Entscheidungsbedarf« Kabinettssitzungen ausgefallen sind – erscheint für die Bundesrepublik als der Garant einer solchen Entwicklung. Er ist die Inkarnation der »Deregulation«, nolens volens. Das Roll-back in historisch überwunden geglaubte Stadien der Industriegesellschaft besorgen die Kapitäne der Wirtschaft, mit anderen Worten die entfesselten Kräfte des Marktes, dann schon autonom.

Anmerkungen

1 BASF Weltkonzern, Geschäftsbericht 1983, S. 41. Es gibt keinerlei Anlaß zur Vermutung, daß die BASF hier einen Extremfall darstellt. Sie ist lediglich das einzige Unternehmen, das diese vergleichbaren Ziffern veröffentlicht.
2 Vgl. dazu z. B. Kurt Rudolf Mirow, *Die Diktatur der Kartelle*, rororo aktuell 4187, Hamburg 1978, S. 36.
3 *Süddeutsche Zeitung* vom 20. 12. 83.
4 *Süddeutsche Zeitung* vom 1. 7. 83.
5 Vgl. Ullrich Leffson, *Bilanzanalyse*, Stuttgart 1976, S. 164.
6 Die Angaben beziehen sich auf das letzte Geschäftsjahr (1983). Sie wurden von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Metall Frankfurt freundlich zur Verfügung gestellt.
7 Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* 1981/11.
8 Von Professor Horst Albach zur Verfügung gestellte, unveröffentlichte Berechnung.
9 Für diesbezügliche Daten vgl. Welzk, *Konzerne und Krise*, im Erscheinen.
10 Berechnet aus: Deutsche Bundesbank, Sonderdruck Nr. 5, *Jahresabschlüsse der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 1965-81*, Frankfurt 1983, und *Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank*, Reihe 3, »Zahlungsbilanzstatistik«, laufende Nummern.
11 Robert B. Reich, »The Next American Frontier«, *The Atlantic Monthly* 3/1983, S. 58.
12 Für ausführliche Information zu diesem Phänomen vgl. Barry Bluestone und Bennett Harrison, *The Deindustrialization of America*, Basic Books, New York 1982.
13 Vgl. Werner Olle, *Strukturveränderungen der internationalen Direktinvestitionen und inländischer Arbeitsmarkt. Empirisch-quantitative Probleme einer makroökonomischen Relevanzanalyse der deutschen Direktinvestitionen im Ausland*, Beiträge zur Sozialökonomie der Arbeit, Band 6, Herausgeber M. Bolle und B. Strümpel, Minerva Publication München 1983.
14 *Survey of Current Business*, U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis, Washington D.C., vol. 61/No. 8, August 1981, S. 68 ff.
15 Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* 1982/3, S. 18.
16 *Stuttgarter Zeitung* vom 20. 7. 83.
17 *Der Gewerkschafter*, April 1983.

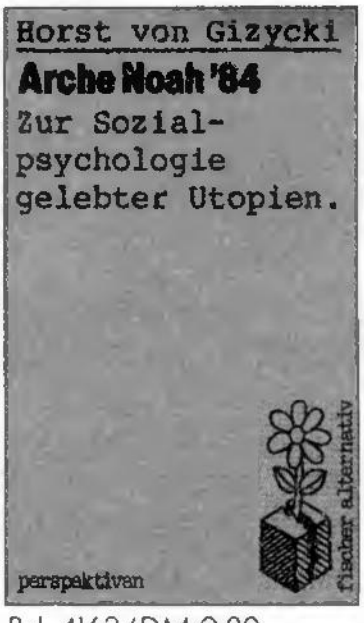
fischer perspektiven

›fischer perspektiven‹ markieren Orientierungspunkte auf dem unübersichtlichen Meinungsmarkt der Industriegesellschaft. Diese Diskussionsbände liefern kein Plädoyer für die allseits beschworene Apokalypse, sondern bieten Zukunftsperspektiven, ohne die die Gegenwartsprobleme nicht bewältigt werden können. Sie ermutigen zu einem neuen Theorieverständnis mit all seinen Fragestellungen für eine lebenswerte Welt.

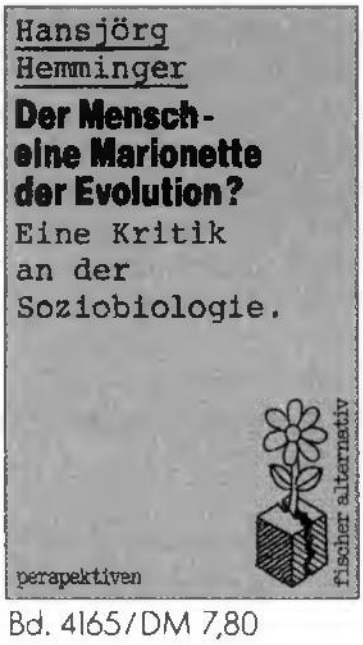
Fischer Taschenbücher

Bd. 4161/DM 12,80

Bd. 4162/DM 7,80



Bd. 4163/DM 9,80



Bd. 4165/DM 7,80

Bd. 4166/DM 7,80

Bd. 4170/DM 9,80

Angesichts objektiver Verblendung

Über die Paradoxien Kritischer Theorie

180 Seiten, Titel zweifarbig,
DM 15.- Oktober 84
ISBN 3-88769-020-6

Hrg.: Gerhard Gamm

Die Autoren dieses Sammelbandes haben es sich zum Ziel gesetzt, die gegenwartserhellende Kraft der kritischen Theorie neu zu überdenken. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist eine solidarische Kritik der kritischen Theorie, die an ihr anknüpft und Grenzen aufzeigt, um schärferes Licht auf die Dialektik der bürgerlichen Aufklärung zu werfen.

Gerd Kimmerle

Krieg der Vernunft

Abschreckung als Überlebensform und Todesprinzip

Ca. 300 Seiten, DM 24,80 Oktober 84
ISBN 3-88769-018-4

Eine Kritik der strategischen Vernunft. Die atomaren Vergeltungsstrategien spiegeln die Geschichte der abendländischen Zivilisation und ihrer Rationalität. Nur wenn wir ihre tödlichen Konsequenzen hintergehen können, entrinnen wir dem Gesetz der Selbstzerstörung durch Selbsterhaltung, in das ihr Sicherheitsdenken in Feindbildern uns verstrickt.

X **Gesamtverzeichnis anfordern:**
Konkursbuchverlag Claudia Gehrke,
PF 1621, 7400 Tübingen

Gunter Hofmann
Im Zentrum der Macht
Aus den geheimen Aufzeichnungen des Waldemar Schreckenberger

Vierundfünfzig Quadratmeter haben die Architekten der Planungsgruppe Stieldorf, Manfred Adams, Robert Glatzer, Günther Hornschuh, Georg Polluch und Peter Türler, fast alle aus Egon Eiermanns Schule, für den Raum vorgesehen. Das Kanzlerzimmer, ein paar Türen weiter, ist doppelt so groß. Das Amt, zweistöckig, auf Pfeilern gebaut, mit bronzeeloxierter Außenhaut, ist zwar kein Augenschmaus für Ästheten – und ein Ästhet bin ich schon –, aber es gefällt mir hier. Ich blicke durch die breite Fensterfront hinaus ins Grüne, auf Buchen, Ulmen, Eschen.

Das Palais Schaumburg, gleich dort drüben, hat Wilhelm Loeschigk sich bauen lassen – ein Multimillionär, wie ich gelesen habe, ein Großbürger, er muß ein Genießer gewesen sein. Sein Wissen hat er sich in Friedrich Engels' Textilfabriken angesammelt, 1859 zog er dann in seinen neuen Ruhesitz am Rhein. Später hat das Haus eine etwas trübe Geschichte gehabt, aber lassen wir das. Es ist ein harmonisches Bild, wenn man hinaussieht, idyllischer als in Mainz.

Regieren, soweit ich daran beteiligt bin – und ich denke, das ist ein ganzes Stück – macht mir Spaß, das geht mir so wie Helmut Kohl. »Die Republik ist in einem guten Zustand«, hat er kürzlich zufrieden bilanziert. Das hätte ich kaum besser formulieren können. Zuerst haben sich die Bonner ein bißchen lustig gemacht über mich, als den ahnungslosen, schrulligen, liebenswürdigen Professor, der von Politik nichts und von Verwaltung wenig versteht. Gut, sie haben sich auch über Kohl lustig gemacht. Mich hat das mehr getroffen als ihn. Helmut Kohl hat mir damals geraten, das Zeug einfach nicht zu lesen, aber was das Lesen betrifft, bin ich anders veranlagt als er.

Die Bonner – das ist eine seltsame Spezies. Sie möchten selber bestimmen, wer dazugehört; und sie wollen nur ihre eigenen Regeln gelten lassen; oder die eigenen Maßstäbe. Sie haben einfach nicht wahrnehmen wollen, wie lange ich schon in Mainz die Staatskanzlei geleitet und Ministererfahrungen gesammelt habe. Wie oft habe ich den Burschen vom *Spiegel* das erklärt. Zum Glück wird es mit der Kritik jetzt ein bißchen stiller.

Sogar ein paar Leute mit Namen aus dem Kanzleramt hier waren der Meinung, Chef des Amtes müsse ein Routinier und Insider werden, der mit

den Gesetzen des Hauses und den Geheimnissen der Politik eng vertraut ist. Sie haben auch Namen dafür genannt. Es gibt eben solche und solche Freunde.
Oder die Pannen – mein Gott, war das denn so schlimm? Es gehört offenkundig zu Bonn, daß sowas so schrecklich übertrieben wird. Ich betreibe ja wirklich keine Medienschelte, aber das geht doch schlicht an der Wirklichkeit vorbei.
Wo ist denn der Safe, in dem man hier seine vertraulichen Unterlagen aufbewahren kann?
Meine Vorgänger, wird behauptet, seien – jedenfalls zum Teil – bemerkenswerte Talente gewesen und irgendwie repräsentativ für den Stil der Regierungschefs. Erster Chef war hier Otto Lenz, im Palais Schaumburg, das Amt war noch winzig. Dann Hans Globke – damals ist das Amt schon mächtiger geworden, übrigens auch ohne großen Apparat. An Adenauer muß man sich wirklich ein Beispiel nehmen. Globke hat im Schatten Adenauers gestanden, aber sein Einfluß wuchs, je mehr es mit dem Alten bergab ging. »Einsame Klasse« sei Globke gewesen, hat der Ex-Kollege Horst Ehmke einmal geurteilt.
Ich weiß, Globke hat als so eine Art Fouché gegolten, von Ehrgeiz zerfressen und machtbesessen. Die Leute haben sich darüber aufgehalten, daß er den amtlichen Kommentar zu den antijüdischen NS-Gesetzen geschrieben hat, um »Schlimmeres zu verhüten«. Mit der Vergangenheit haben wir zum Glück nichts mehr zu tun. Aber wie auch immer, Globke war loyal, und er hat Ordnung geliebt. Das war seine wirkliche Obsession.
Ich liebe Ordnung, aber nicht fanatisch. Und machtbesessen? Ganz schön ist Macht schon. Es ist einmal behauptet worden, ich ähnelte einer Figur aus dem Kino, dem »Mister Chance« – einem Gärtner in einem Film mit Peter Sellers, der die Welt nur von innen kennt, aus dem Fernsehen und dem eigenen Garten, und der die Rituale der Politik einfach nachahmt. Die Leute haben die Nachahmung für das Original gehalten. So hat er ungewollt Karriere gemacht. Ich bin keine Nachahmung. Und ich bin auch kein Zufall. Mich hat Helmut Kohl nach Bonn geholt, den ich schon seit gemeinsamen Schulzeiten kenne.
Ludger Westrick war dann Amtschef im Palais Schaumburg, Werner Knieper, Karl Carstens (es muß also gar nicht politische Endstation sein), Horst Ehmke, Horst Grabert, übrigens fast alles Juristen. Nur Manfred Schüler war Volkswirt und Manfred Lahnstein Diplomkaufmann, sie saßen schon im Neubau.
Schüler und Lahnstein, heißt es, seien Profis gewesen. Ich hör' schon heraus, was da unterstellt wird: der Hauptunterschied zwischen der Regierung Schmidt und der Regierung Kohl lasse sich nicht inhaltlich definieren oder mit Rechts-Links-Kategorien. Vielmehr sei der Unterschied einer in der Art

der Machtausübung. Sie sollen die Profis gewesen sein, wir wären in dieser Darstellung die Dilettanten.
Aber darauf lasse ich mich gar nicht ein. Schüler und Lahnstein haben sicher gut funktioniert, technokratisch und blaß. Wir – ich spreche da für meinen Freund, den Prof. Dr. Dr. Klaus König gleich mit – sind dagegen Charaktere. Von mir würde ich schon behaupten, daß ich so etwas wie eine Figur bin. Ich nehme das Wort nicht gern in den Mund, aber es paßt doch ins Bild: ein Kanzleramtschef muß im Idealfall kongenial zum Kanzler sein.
Wo mag denn bloß der Schlüssel sein zu dem Safe?
Große Worte mag ich aber wirklich nicht. Manchmal spricht mir auch Helmut Kohl eine Spur zu pathetisch. Er findet so viel »großartig«, ich würde manches differenzierter ausdrücken. Im übrigen: Kohl ist ein großer Kanzler. Ich will sagen, er hat Machtinstinkt. Es ist einfach nicht wahr, daß er den Leuten nach dem Mund redet oder nur opportunistisch den Mehrheiten nachläuft. Er hat an Manfred Wörner als Minister festgehalten, obwohl die ganze öffentliche Meinung dagegen war. Er hat Otto Graf Lambsdorff im Amt belassen, solange es ging. Er hat den Haushalt konsolidiert und auch am Sozialetat gekürzt, schwierig für einen Politiker, der wiedergewählt werden will. Ich behaupte, Kohl ist ein ungewöhnlicher Kanzler.
Zugegeben, der Fall Wörner/Kießling war eine Panne. Ich weiß nicht genau, wer dafür verantwortlich ist. Das ist bei uns immer ein bißchen schwer zu sagen. Was mich betrifft, ich habe jedenfalls den Kanzler zweimal vor Kabinettssitzungen gefragt, ob und wie die Entlassung des Generals Kießling denn zu begründen sei. Beide Male hat er mir geantwortet, das habe er mit dem Verteidigungsminister besprochen, die Sache gehe in Ordnung. So ist eben Kohl. Ich bin ja auch nur Untergebener. Und schließlich, hat der Fall dem Kanzler denn geschadet?
Vor dem Untersuchungsausschuß des Parlaments haben mich die Herren gefragt, wie die Entscheidungen im Falle Kießling denn intern abgelaufen seien. Was Wörner betrifft, ist es ziemlich schwer, den Hergang zu rekonstruieren. Bei uns laufen Entscheidungen nicht so formalbürokratisch ab, wir haben doch gerade einen anderen Stil gewollt. Fußnoten ja! Aktenvermerke nein! Ein Amtschef ist doch kein Buchhalter. »Ich bin kein Datenmensch«, habe ich dem Ausschußvorsitzenden Alfred Biehle erklärt, als der so viele Fakten wissen wollte. Bei uns wird eben mit human touch regiert, Klaus König kann das bestätigen.
Als einer der Abgeordneten im Ausschuß nervös geworden ist, nur weil ich ein paar Daten nicht parat hatte, habe ich ihm gestanden: »Sie schauen mich so grimmig an, ich bin etwas irritiert.« Ich war wirklich irritiert. Und Alfred Biehle hat vielleicht nicht glauben wollen, mir seien einige Namen entfallen aus »Erregung vor einem so hohen Gerichtskörper«. Aber es war so. Und hat er mich denn unbedingt darauf hinweisen müssen, daß es sich nicht um

ein Gericht, sondern einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß handelte?
Heute morgen habe ich mich mit meinem Freund König – er ist hier in der Verwaltung nach mir der mächtigste Mann, Leiter der Innenabteilung – darüber unterhalten, daß Politik eben nicht ohne Entscheidungen auskommt. Es geht immer so lange gut, solange nichts zu entscheiden ist. Dann beginnt das Risiko. In diesem Urteil waren wir uns einig.
Übrigens – wer bestimmt eigentlich, was falsche oder richtige Entscheidungen sind? Die öffentliche Kontrolle der Medien in Ehren, ich bin für Kritik bestimmt auch offener als Helmut Kohl, aber *etwas* muß doch auch die Exekutive selber noch festlegen können. Der Kanzler hat vor der Presse seine Entscheidung, Wörner im Amt zu behalten und Kießling zu »rehabilitieren«, erläutert, und die Journalisten haben laut gelacht: aber war er nicht kurz und knapp, weniger weitschweifig als sonst, 62 Antworten in 55 Minuten?
Früher, so hat uns Peter Boenisch am nächsten Morgen das Medienecho in der »kleinen Lage« erläutert, hätten Minister nach Meinung der Journalisten für Fehler geradestehen müssen. Das gelte heute offenbar nicht mehr. Überhaupt, es werde über einen Verlust an Form und öffentlichem Stil geklagt. Aber Kohl nimmt das eben auf seine Kappe, er läßt Freunde nicht im Regen stehen. Im übrigen: kommt es so sehr darauf an, *wie* er entschieden hat, oder vor allem darauf, *daß* er überhaupt entschieden hat? Jedenfalls haben wir am Abend im kleinen Kreis in einem Nobelrestaurant in Bad Godesberg, der Cäcilienhöhe, gefeiert.
Wir sind nicht weltfremd. Wir haben uns nicht eingebunkert wie Helmut Schmidt. Schmidt mußte sich um seine Mehrheiten sorgen, nicht wir. Uns kann man nicht nachsagen, die Gesellschaft sei uns aus dem Blick geraten. Wer ist eigentlich die Gesellschaft? Ich mache mir da so meine eigenen Gedanken. Wenn ich Gesellschaft höre, denke ich schon an Mehrheiten und Minderheiten. Es muß doch so etwas wie eine breite, normale, vernünftige Mehrheit geben; Helmut Kohl hat in der Nase, wo sie zu finden ist. Wenn man das weiß, kann eigentlich wenig passieren. Schließlich, unsere Politik kommt ja nicht von oben, sondern von unten. So planen wir doch auch. Planen heißt, öffentliche Meinungen zu bündeln. Was sich nicht bündeln läßt, sind Minderheiten – die muß es auch geben, Intoleranz kann man uns wirklich nicht vorwerfen. Sie müssen eben nur wieder zu akzeptieren lernen, was die Mehrheit denkt und beschließt.
Bevor wir regiert haben, ist behauptet worden, die Gesellschaft sei unregierbar geworden. Gerade konservative Professoren – Kollegen von mir – haben das so geschrieben. Ich weiß gar nicht, woher sie das hatten. Sie erschien doch nur »unregierbar« für die alte Regierung. Helmut Schmidt hat uns – sozusagen als Vermächtnis zum Abschied aus dem Amt – belehrt, in Zu-

kunft müßten Politiker das »Prinzip der Akzeptanz« zumal, aber nicht nur, in Militärfragen stärker berücksichtigen. Da erwidere ich als Jurist: bei uns gelten Gesetze und Mehrheitsverfahren. Darin bin ich Purist.
Gibt uns der Erfolg denn nicht recht? Wir haben die Raketenstationierung durchgesetzt – und was ist von dem Widerstand und der Friedensbewegung geblieben? Wir haben im Streik Partei ergriffen gegen die Gewerkschaften – und hatten wir nicht die Mehrheit auf unserer Seite?
Gesellschaft – manchmal erscheint mir das wie eine Erfindung in den Köpfen der intellektuellen Kritiker, der notorischen Pessimisten. Sie wissen doch wirklich nicht, was die Leute bewegt. Elisabeth Noelle-Neumann versteht von der Gesellschaft sicher immer noch mehr als diese ganzen Kritiker. Schon wahr, die Kollegin sitzt dem Kanzler ein bißchen oft auf dem Schoß. Aber darum ist es nicht falsch, was sie sagt. Neulich hat sie darüber geklagt, wie sehr der »Verstand« – zumal die Professorenschaft – in Mißkredit gerate. Sehr richtig!
Wenn ich mich später einmal wissenschaftlich mit der Gesellschaft draußen, vor dem Amt, befasse, dann werde ich sie vielleicht rechts-linguistisch erklären. Ich stelle sie mir als eine Art syntaktischen Synkretismus vor, jedenfalls annäherungsweise gesprochen.
Neuerdings wird gefragt, wo – in welcher Arena – Politik gemacht werde, ja, ob überhaupt noch Politik gemacht werde. Über mein Amt hat ein Journalist, Hermann Schreiber, einmal einen Aufsatz geschrieben. Zwei Wochen lang durfte er zu Zeiten Helmut Schmidts Mäuschen spielen im Kanzleramt, um der Frage nachzugehen, wo Politik entsteht und was Macht ist. Seine Entdeckung war: »Je länger ich durch diese Gänge gehe, desto weiter entferne ich mich von der Macht, desto schwerer kann ich sie erkennen.« Aber bei Schmidt war das sicher auch nicht leicht zu erkennen. Ich will mich nicht lange mit ihm aufhalten, aber geführt hat er nicht. Und geistige Ziele hat er auch nicht bestimmt. Ja, er hat sogar Zweifel an der eigenen Macht öffentlich hin- und hergewälzt.
»Die Macht des Kanzlers«, so Schmidt in einem Interview, »ist also sehr viel kleiner, als sie gemeinhin öffentlich verstanden wird, sie ist noch einmal kleiner, wenn es sich um eine Koalitionsregierung handelt – das sind Erfahrungen, die Adenauer mehrfach gemacht hat, die Erhard gemacht hat, die Kiesinger gemacht hat, die Brandt gemacht hat, die ich auch mache, die jeder Nachfolger auch machen wird – trotzdem, es ist auch Macht . . . Und es ist nicht ein Vergnügen, Macht auszuüben. Ich will nicht sagen, daß es mich bedrückt, aber manchmal ängstigt es mich.«
Wir sind Optimisten. So verängstigt sind wir von der Macht nicht. »Macht ist schwer teilbar« – ich muß mal festhalten, was ich auch schon öffentlich gesagt habe. Entweder man übt sie möglichst allein aus, oder sie wird einem aus den Händen gewunden. Bei Schmidt wollte die SPD immer mitreden,

angeblich, weil es sich um gesellschaftliche Konflikte handelte, die sich dort widerspiegelten. Bei uns wollte Franz Josef Strauß mitreden, aber hat Helmut Kohl das nicht ganz geschickt verhindert?
Für mich ist das kein Geheimnis: Helmut Kohl hat Macht. Ich denke, er ist der mächtigste Kanzler, den die Republik seit langem hatte. Kohl entscheidet, wenn die Zeit reif dafür ist, auf ihn laufen alle Fäden zu, er hat das Herrschaftswissen.
Macht haben nicht die Apparate, Macht hat zum Beispiel der, der direkten Zugang zum Kanzler hat. Es bemühen sich eigentlich ein bißchen viele der Leute hier im Haus darum, da muß man aufpassen. Macht steckt in dem kleinen Terminkalender, den Kohl ständig mit sich herumträgt. Keiner fummelt ihm da hinein. Manchmal bewundere ich ihn. Kohl hat etwas, das mir einfach fehlt. Aber: vielleicht habe auch ich etwas, das ihm fehlt? Ich denke schon, daß ich so ein bißchen von seinem Jugendtraum verwirklicht habe.
Vielleicht steckt Macht auch in meinem »Arbeitsbuch« für diese Legislaturperiode? Gelegentlich zeige ich das Besuchern, aber ob sie wirklich verstehen, um was es sich handelt? Es sieht wie ein dicker, schöner, ordentlicher Schnellhefter aus, fehlerfrei getippt, mit vielen Spalten und Tabellen. Dahinter verbirgt sich ein »Plan«. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben sich zwar eine ganze Planungsabteilung gehalten, aber was die bloß gemacht haben mögen? (Übrigens: aus den Akten weiß ich, was mein Vorgänger Manfred Lahnstein davon gehalten hat.)
Mit dem Buch könnte ich auch den Vorwurf widerlegen, wir hätten keinen Gesellschaftsentwurf und würden Politik nicht auf den Begriff bringen. Zugegeben, es handelt sich nicht um große Worte und Bekenntnisse, aber die Leute werden schon merken, was dahinter steckt. Wir haben uns einiges vorgenommen. Und dann: es muß ja auch das geplant werden, was ist. Ich nenne das »situativen Entscheidungsbedarf«. Was wir wollen, ist die »moderne Industriegesellschaft«. Linke reden vom »Projekt Moderne«, wir machen es. Ich habe damit schon in Mainz angefangen: ohne mich sähe die Medienpolitik in Deutschland anders aus.
Mein Job ist es: planen und Entscheidungen vorbereiten. Man kann auch sagen: Theorie und Praxis verknüpfen. Ich nenne das die Syntax von Politik. Was »syntaktische Strukturen« sind, ist in meinem Buch über *Rhetorische Semiotik* nachzulesen, am Beispiel des Grundgesetz-Satzes: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Damals habe ich dazu geschrieben: »Es handelt sich bei diesem Text um einen molekularen Ausdruck, in dem das iconische Zeichen ›unantastbar‹ zusammen mit dem prädikativen Zeichen ›ist‹ einen namenbestimmenden einstelligen (monadischen) Funktor bildet. Fraglich ist allerdings, welche syntaktische Struktur der komplexe Ausdruck ›die Würde des Menschen‹ aufweist. Führt man den Ausdruck ›Würde‹ auf sei-

nen adjektivischen Ursprung zurück, so wird deutlicher, daß es sich um einen namenbestimmenden Funktor handelt. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß man auch den Namen ›Menschen‹ adjektivieren kann und dann zum Funktor ›menschlich‹ in ›die menschliche Würde‹ kommt.«
Das heißt: »Definiert man, wie dies üblich geschieht, das Gebot der Handlung als Verbot, die Handlung zu unterlassen, so kann der Text auch als Verbot interpretiert werden. Es ergibt sich folgende Kurzfassung: niemand soll die Menschenwürde antasten.« Soviel zur Syntax, a. a. O. mehr.
Macht, um auf mein Lieblingsthema zurückzukommen, haben auch die Staatssekretärsrunden, die in jeder Woche die Kabinettssitzungen vorbereiten. Das Gremium war ein bißchen schläfrig geworden, ich habe es auf Vordermann gebracht: jetzt wird dort effizient agiert. Natürlich ist mir in diesem Bonn zu Ohren gekommen, einige der alteingesessenen Staatssekretäre hätten sich darüber lustig gemacht. Ich kann ihnen das nicht einmal übel nehmen. Sie halten sich eben für die wirklich Mächtigen in Bonn. Was aber Effizienz der Verwaltung betrifft – wer hat denn die Bücher über das Management in der öffentlichen Verwaltung geschrieben, die Staatssekretäre Lahnstein/Schüler und Co. oder Professor König und ich? Neulich ist gefragt worden, ob ich denn nach dem Ausscheiden aus dem Amt Top-Manager wie Lahnstein oder Chef-Banker wie Schüler würde, oder was? Ich kann dazu nur sagen: ich habe schon einen Job. Ich *bin* Professor, ich muß mir keine Gedanken über Karriere machen.
Den Vorwurf, wir machten gar keine Politik, kann ich schon nicht mehr hören. Wir haben mehr gemacht, als manche ahnen. Ich gebe zu, wir haben es vorher nicht groß hinausposaunt. Das hängt auch damit zusammen: die Leute wollen nicht mehr so viel von Politik hören und sehen. Der Kollege Kurt Biedenkopf – ein glänzender Jurist, einen Freund will ich ihn nicht nennen – hat das schon richtig erkannt. In einer Hinsicht hat er sich geirrt: er hat immer geglaubt, die Macht habe, wer die Macht über die Begriffe habe. Im Prinzip mag das stimmen – aber es war gar nicht nötig, die Begriffe zu besetzen.
Als Professor habe ich ja auch geglaubt, der »demokratische Diskurs« sei besonders wichtig und das Parlament müsse »vertiefte öffentliche Sachdebatten« führen können. Als Praktiker sehe ich das ein bißchen anders. Eigentlich wollen zuviele hineinreden, die Sache mit Diskurs und Transparenz stellt sich mir jetzt anders dar. Wir hätten kein Ziel vor Augen? Ich gebe ja zu, von Haus aus bin ich eher ein deskriptiver Typ. Aber ich bin auch ein Konservativer. In Bonn ist es ein bißchen verpönt, offen darüber zu reden, sogar Kohl bringt das Wort schwer über die Lippen. Ich weiß gar nicht, warum. Jedenfalls: wir haben eine Vorstellung von Moral. Es hat sich doch etwas geändert in den Köpfen, seit wir regieren. Fritz Ullrich Fack spricht mir aus dem Herzen, wenn er in der *FAZ* (gut, daß es die gibt)

leitartikelt: »Die Angst flaut ab.« Er schreibt: »Zwei politische Kulturen, wie man heute so schön sagt, beginnen sich gegeneinander zu formieren, und die Zukunft wird zeigen, welche der beiden den längeren Atem hat. Das bürgerliche Lager, wenn man es einmal vereinfacht so nennen darf, mit seinen eher in der Tradition verwurzelten, aber durchaus nicht statischen Wertvorstellungen ist in diesem Kampf nicht ohne Chancen . . . Die Mehrzahl der Mitbürger hat begriffen, daß zum Erfolg die Leistung gehört, daß man Wachstum braucht, um seiner Probleme – bis hin zur Umweltsanierung – Herr zu werden . . . In die Zuversicht, das Leben meistern zu können, ist gewiß auch Skepsis gemischt. Aber es spricht daraus doch eine andere Einstellung als die Larmoyanz jener, die über Jahre hinweg mit ›Leistungsdruck‹, angeblich unüberwindbaren Problemen und Angstpsychosen aller Art ihre Mitwelt genervt haben.«
Ist das nicht das Resultat davon, daß wir mit der Politik wieder Sinn geben? Und da hat Helmut Schmidt gemeint, für Sinngebung sei Politik gar nicht zuständig. Er hat nicht einmal mehr gewagt zu definieren, was normal und was anomal ist.

Heute ist es wieder spät geworden. Aber bevor ich gehe, will ich nochmal in die Tonbandaufzeichnung meines heutigen Gesprächs mit Sönke Petersen von der Münchner *Abendzeitung* hineinhören. Ich glaube, was ich da am Schluß gesagt habe, ist einfach richtig . . .
». . . ich kann mir niemanden in der Republik vorstellen, das mag sehr anmaßend klingen, der in der jetzigen Führungskoalition . . . diesen Posten besser ausfüllt. Denn die lange Kenntnis des Kanzlers, sein Arbeitsstil, sich darauf einzupassen, flexibel, ohne daß ich jetzt hier buchhalterisch sage, es muß das und jenes gemacht werden. Dieses hohe Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, das der Kanzler im Grund von seinen engsten Mitarbeitern fordert, bedarf eines jahrelangen Trainings.
Eine lange Kenntnis schafft natürlich auch Bindungen. Aber man sollte das nicht überschätzen. Denn letztendlich geht es darum, eine gute Politik zu machen, geht es um Fragen der Machterhaltung und des Machtgewinns. Und wenn jemand durch dauernde Kritik zur Belastung wird, wird man sich überlegen müssen, ist das sinnvoll.
Ich habe kein Problem mit Herrn Dr. Kohl. Und es wird dann ja auch wieder kritisch vermerkt, Herr Kohl hält dann immer seinen Schirm da drüber. Ja, anders geht's gar nicht . . . Wir halten auch alle möglichen Schirme drüber, so kann nur eine Gruppe, die eben herausgefordert ist, doch herausragende Entscheidungen für die Allgemeinheit zu treffen, überhaupt handeln . . . Es klappt. Also, ich wüßte nicht, was nicht.« (aus: *Spiegel* Nr. 33 vom 13. 8. 1984, S. 29)

Äthiopisches Intermezzo 2

Bei meiner Arbeit als Beamter des Protokolls im Audienzsaal fiel mir überhaupt auf, daß die Ernennung eine grundlegende physische Veränderung in den Menschen hervorrief. Das faszinierte mich, und ich begann, diesen Vorgang genau zu studieren. Vor allem die Figur des Menschen verändert sich. Vorher schlank und biegsam, nehmen die Umrisse jetzt immer deutlicher eine quadratische Gestalt an. Ein massives, solides Quadrat – Symbol der Würde und des Gewichtes der Macht. Schon die Silhouette läßt erkennen, daß wir nicht irgend jemanden vor uns haben, sondern einen Ausbund von Würde und Verantwortung. Dieser Veränderung der Figur entspricht eine allgemeine Verlangsamung der Bewegungen. Ein Mann, der von unserem ehrwürdigen Herrn ausgezeichnet wurde, wird nicht springen, laufen, hüpfen oder herumtollen. O nein, sein Schritt ist gemessen, er setzt den Fuß fest auf den Boden, eine leichte Neigung des Körpers nach vorn signalisiert Bereitschaft, eventuell auftauchenden Hindernissen die Stirn zu bieten. Die Bewegung der Hände ist bedächtig, frei von jeder unkontrollierten und nervösen Gestik. Auch die Gesichtszüge sind strenger und irgendwie gefroren, ernst und verschlossen, aber immer noch fähig, plötzlich Zustimmung und Optimismus anzuzeigen; aber insgesamt wird das Gesicht so, daß wir keinen psychologischen Kontakt mehr mit ihm herstellen können. Man kann sich in seiner Gegenwart nicht mehr entspannen oder aufatmen. Auch der Blick verändert sich. Länge und Auffallwinkel werden anders . . . Er kann uns nicht sehen, weil der Einfallswinkel seines Blickes sehr stumpf ist – nach dem sonderbaren Gesetz des Periskops schaut selbst noch der kleinste Ernannte weit über unseren Kopf hinweg in eine unerreichbare Ferne oder auf einen bemerkenswerten Gedanken. Wir haben jedenfalls das Gefühl, daß seine Gedanken vielleicht nicht unbedingt profunder sind als unsere, aber jedenfalls wichtiger und verantwortungsvoller; es erscheint uns daher sinnlos und kleinlich, ihm unsere eigenen Gedanken mitteilen zu wollen, und wir versinken in Schweigen. Aber auch der Günstling des Kaisers verspürt keine Lust zu reden, denn mit der Ernennung verändert sich auch die Art zu sprechen. Volle und klare Sätze machen einem einsilbigen Brummen, Knurren, Räuspern, bedeutungsvollen Pausen, verschwommenen Worten und überhaupt einem Gehabe Platz, das anzeigt, er habe das alles schon längst und viel besser gewußt.

aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 43/44

Karin Reschke
Dieser Tage über Nacht

Erzählung · Rotbuch 294 · 112 Seiten · DM 13
Karin Reschke erzählt in einer literarischen Gratwanderung zwischen Traum und Realität eine stille gegenwärtige Geschichte. Eine Frau entzieht sich dem Angebot von Liebe und Lebensunterhalt auf Gegenleistung: »Sie hatte das Ziel, sich von allen Verknüpfungen fernzuhalten. Wie aber sollte der Weg aussehen, den sie gewählt hatte?«

Hernán Valdés **Vom Ende an**

Roman · Aus dem Chilenischen von Ulrike Michael · Rotbuch 281 · 288 Seiten · DM 20
September 1973: Hache, dem Protagonisten des Romans, der die Realität neu einzuschätzen beginnt, erscheint nun die vergangene, jetzt verlorene Zeit wie ein gewaltiges Aneinandervorbeireden, wie ein Drama, in dem Worte, Rhetorik, Kabbalistik, die Beschwörung von Symbolen und die Manipulation von Mythen eher zu Zauberern als zu politischen Führern passen.

Micky Remann **Der Globaltrottel**

Who is who in Katmandu
und andere Berichte aus dem Überall
Rotbuch 296 · 160 Seiten · DM 15
Der Globaltrottel reist um die Erde in südöstlicher Richtung. Gelangweilt von dem planen Vorwärtskriechen auf der Erdoberfläche macht er sich Gedanken in alle Richtungen. Neben der Fortbewegungsart und -richtung ist der Forschungsreisende vor allem an menschlichen Untersuchungsgegenständen interessiert. Das ist eine Mischung für ein kosmisches Lesevergnügen

Literatur bei Rotbuch

Anna Jonas
Sophie und andere Pausen
Rotbuch 287 · 96 Seiten · DM 12

Agentur Standard Text **Vogelsberg**
Endlosroman · Rotbuch 289 · 320 Seiten · DM 20

Sascha Anderson / Ralf Kerbach / Cornelia Schleime / Michael Wildenhain **Waldmaschine**

Übung, vierhändig · Rotbuch 298 · 128 Seiten · Viele, teils farbige Bilder · DM 18
»An jeden toten Baum ist der Name eines deutschen Romantikers genagelt. Dies ist ein Friedhof, ein Friedhof derer, die sich in der Sonne auflösen wollten«, schreibt Sascha Anderson in seinem dramatischen Beitrag zur **Waldmaschine**. Er läßt darin hundert Personen auftreten, und »jeder, der spricht, stirbt.« Cornelia Schleime übermalte Gemälde des Romantikers Caspar David Friedrich mit schwarzen Chiffren späterer und gegenwärtiger Zeiten. Michael Wildenhain konfrontiert einen eigenen Gedichtzyklus mit Hölderlins »Eichenbäumen«, »Gesang an die Deutschen« und dem »Lied der Liebe«: Auf der Suche nach den Wäldern im Kopf, den Einheitssehnsüchten, dem im Blut ertrunkenen deutschen Wahn, der romantischen Liebe. Dem Maler Ralf Kerbach ist die Waldruine selbst Material seiner schwarzen und harten Bearbeitung. Sein romantisches Thema ist der springende Hirsch, der sich scheinbar schwerelos aus der vernarbten Kulisse löst.

Dacia Maraini **Winterschlaf**

Zwölf Erzählungen · Aus dem Italienischen von Gudrun Jäger · Rotbuch 292 · 128 Seiten · DM 14
Zwölfmal – als Tagebuch oder als innerer Monolog, immer in der Ich-Form – berichtet eine Frau von ihrem Dasein als Schnecke, die kein Haus hat. Denn das Haus der Frau ist der Mann. Die Geschichten sind Vivisektionen von eigener Hand am eigenen Leibe. Selbstmord, Vergewaltigung, Mord und Verrat werden ebenso lapidar-banal behandelt wie jedes andere Datum aus dem Alltag.

Herta Müller **Niederungen**
Prosa · Rotbuch 285 · 144 Seiten · DM 13

Rotbuch Verlag · Berlin 30 · Potsdamer Str. 98

Karl Markus Michel
Draußen im Lande
Juni-Briefe '84

Berlin, 1. Juni 84

Eier, Äpfel, Tomaten gegen Kohl – mein lieber C., Du hättest Dich nicht so schnell in ferne Berge zurückziehen sollen, das Polit-Spektakel hienieden ist noch keineswegs zu Ende; vor der großen Sommerpause wird uns, wenn nicht alles trügt, noch einiges geboten werden. Alltagskram, sagtest Du beim Abschied, im Blick auf das Steuerreform-Gerangel, die sich hinziehenden Arbeitskämpfe, den müden Europawahlkampf, die anstehenden Gipfel von FDP, EG, EM usw. Das konnte den unverbesserlichen Polit-Voyeur nicht reizen, nachdem er in den ersten fünf Monaten dieses katastrophenträchtigen Jahres voll befriedigt worden war – durch die Kießling-Wörner-Affäre, die Amnestie-Klamotte und manches andere, das für mich eher peinlich oder empörend war, Dich aber schmunzeln und schmatzen ließ.

Laß Dir einiges erzählen, denn in Deiner Einöde entbehrst Du vermutlich des »realistischen Morgensegens«, als welchen Hegel einmal »das Zeitungslesen des Morgens früh« bezeichnete, ganz zu schweigen vom Tele-Abendsegen, den sacra vespertina um acht. Nun, vorgestern abend sah man innerhalb weniger Minuten zweimal einen Sarg auf der Mattscheibe, den einen trugen ausgesperrte Metaller, den anderen aufgebrachte Bauern. Und die *FAZ* schob heute gleich noch einen dritten Sarg nach: »Anstand, Sitte und Niveau« liegen darin, hingemacht von diesen Polit-Sargträgern, die »etwas angeblich Gemeucheltes und im Sarge Liegendes herumtragen« und »über die Bildschirme in die Wohnstuben transportieren« – womit nun allerdings die Sprachlogik gemeuchelt wird und ein vierter Sarg sich in die Wohnstuben drängt. Doch überlassen wir das Frankfurter Allgemeine Klageweib – »üble Geschmacksverletzung« – seinem Gram an der Seite des Kanzlers, der vorgestern zur Eröffnung der *DLG Ausstellung '84* nach Frankfurt gekommen war, um »*für* den bäuerlichen Betrieb zu *demonstrieren*« – er hat einen neuen Ausdruck gelernt und gebraucht ihn fleißig –, aber erleben mußte, daß *gegen* ihn selbst demonstriert wurde, mit Johlen, Pfeifen, Buhen und eben einem Sarg, den schwarzgekleidete Jungbauern mitten in seine geschmackvolle Rede trugen: »Wir trauern um unsere Arbeitsplätze.« Da verlor Herr K. den Faden und die Fassung: ein Zeichen schlechten Geschmacks sei das und nicht mehr zu begreifen.

Besser begriff Herr K., was am Abend dann in Hamburg geschah. Sein

Europa-Wahlkampfauftritt an der Binnenalster erstickte in ohrenbetäubendem Lärm und einem Regen von faulen Eiern, überreifen Tomaten, Bierdosen, Farbbeuteln, Knallkörpern. Da könne jeder sehen, sagte er hinter Regenschirmen und Plexiglasschilden, »welche Saat hier in Hamburg durch mancherlei Vorgänge in Hamburger Schulen aufgegangen ist«, nämlich »kommunistisch-faschistischer Pöbel«, der es darauf anlege, »die freiheitliche Demokratie zu vernichten«. Und mehr noch (als es einen Leichtverletzten gab): »Was sich hier zeigt, ist, daß dieser Pöbel bereit ist, Morde zu begehen.« Du weißt, was ich von Tomaten, Eiern und anderen Projektilen in politischen Auseinandersetzungen halte. Aber hier fällt es mir schwer, sie gänzlich zu verurteilen.

In der *FAZ* war über diese Kanzler-Ausfälle natürlich nichts zu lesen. Dort wurde hingegen Herrn K.s Geschick im Umgang mit protestierenden Massen hervorgehoben, seine »Bauernschläue«, mit der er in Frankfurt die bäuerlichen Leistungen gerühmt und die gewerkschaftlichen Forderungen verdammt habe, bis die Randalierer friedlich geworden seien. In der *FAZ* stand auch nichts darüber, daß eine Stunde nach dem Hamburger Segen Herr K. in Eutin schon wieder mit Tomaten und Äpfeln beworfen wurde – von Bauern, die sicher nicht auf Hamburger Schulbänken gesessen hatten, weshalb Herrn K. nur wieder die bösen Gewerkschaften einfielen, denen es gar nicht um die 35-Stunden-Woche gehe, vielmehr darum, die Regierung aus den Angeln zu heben. Es war der Tag vor Himmelfahrt.

Nur am Rande (ich weiß es aus keiner der mir vorliegenden Zeitungen, sondern habe es aus Hamburg direkt erfahren): Bei seiner Pöbelbeschimpfung am Jungfernstieg wandte sich Herr K. beifallheischend an eine Gruppe ordentlich gewaschener und gewandeter Bürger, die ihm auch tatsächlich johlend applaudierten; es waren Grün-Alternative. Die Partei hatte zur Demonstration aufgerufen: *gegen* oder *für* – am Ende ist es gleich. Jede Parteinahme verschärft heute die Spannung, stärkt also auch die Gegenseite.

So besonders im Arbeitskampf, dessen Details ich Dir ersparen will. Auffällig ist immerhin, daß die Regierung, der man anfangs noch ihre gediegene Dummheit zugutehalten konnte, jetzt trotz aller Warnungen das Feuer weiter schürt, als wäre ihr »das Werk der Zerstörung«, wie Strauß die Streiks bezeichnet, durchaus willkommen. Warnungen wurden in den letzten Tagen selbst in Kreisen der CDU ausgesprochen. Am weitesten ist Kurt Biedenkopf vorgeprescht, er plädiert sogar für Arbeitszeitverkürzung, die Herr K. »absurd, dumm und töricht« nennt. Führt der Professor etwas im Schilde?

So viel von meinem heutigen Morgensegen. M.

PS am Abend. Genscher erklärte zur Eröffnung des FDP-Parteitags in

Münster, sein Beschluß, die Partei nicht in den nächsten Bundestagswahlkampf zu führen, sei »kein taktischer Schachzug«, wer ihn kenne, wisse das. Eben. Er kandidierte also zum letzten Mal als Vorsitzender und wurde mit nur etwa 60 Prozent der Stimmen gewählt. Einen »Denkzettel« nennen das die Kommentatoren. Was soll der Mann denn noch denken? Jetzt schlägt die Stunde der Kurfürsten.

Aus Bonn berichtet mir ein Bekannter, Herr K. habe heute auf einer Festveranstaltung des Deutschen Philologenverbandes gesprochen und dabei seine Hamburger Erfahrungen aufgearbeitet: »Offener Zynismus« sei es, wenn man jungen Leuten einrede, es gebe ein Recht auf Widerstand gegen demokratische Organe und Entscheidungen; durch ihren Mangel an Geschichtsverständnis würden die Jugendlichen anfällig für Parolen; sie sollten mehr ins Ausland reisen, um nicht zu »verprovinzialisieren«. Und dann natürlich das Bekenntnis zur gymnasialen Bildung, zur akademischen Elite, trotz der Jungakademiker-Arbeitslosigkeit, die das einzige politische Problem darstelle, von dem er noch nicht wisse, wie es zu lösen sei; er nannte es kühn »Achillesferse« (und ich bin überzeugt, er wird in nächster Zeit noch mehr solcher Fersen ausfindig machen). M.

Èremo, 4. Juni 84

Ganz vorzüglich, was Du da berichtest, lieber M. Und einen besonderen Reiz erhält es durch den Unterton von Mißmut, der einen Moralisten ziert. Um anzuknüpfen an unseren alten Disput über Herrn K.: wodurch er es »geschafft« hat, Kanzler zu werden und immer noch zu sein – eben weil er so ist, wie er ist, war meine Antwort; weil sich durch ihn breite Schichten des deutschen Volkes nach jahrelanger politischer Entfremdung endlich wieder bieder repräsentiert sehen. Wozu die »Achillesferse« vorzüglich paßt. (Die hat ihm natürlich, wie die ganze Bonner Rede, ein Ghostwriter aufgeschrieben, ich vermute, es war sein alter Lateinlehrer, sonst hätte Herr K. aus »Ferse« sicher »Absatz« gemacht.) Und trotzdem nun diese schöne »Wende«: ein Tolpatsch, der sich vor der humanistischen Bildung verneigt; ein Vergangenheitsverweigerer, der sich auf Geschichtsverständnis beruft; ein Oggersheimer Pfadfinder, der über den Provinzialismus der deutschen Jugend klagt – wenn das nicht geistig-moralische Führung ist, was sonst? Was sich hier abzeichnet, ist nicht weniger als der endliche Triumph der abendländischen Kultur über das bornierte Philistertum. Was hast Du dagegen? Wäre Dir lieber ein Kanzler, der die Klippschule rühmt (was Herr K. als Landesfürst ja gerne tat)?

Du darfst die Eier und Tomaten getrost verurteilen, denn daß der gute Herr K. das denkt, was er in solchen Augenblicken sagt, wissen wir längst. Weshalb ihn also immer von neuem provozieren, es zu sagen? Das schadet nur der geistig-moralischen Führung und der Chance, daß das Volk sich endlich

emporschwinge zu jener Höhe des Geschmacks, wo in Särgen nur Leichen liegen und in ordentlichen Anzügen nur brave Bürger stecken. Deshalb verurteile ich auch scharf die grün-alternative List, die Dir zu gefallen scheint: die Jubel-Igel vom Jungfernstieg. Stell Dir mal vor, das würde Schule machen, bis hin zu grünen Leihstimmen für die Union, damit die sich endlich traut, ihr wahres Gesicht zu zeigen!

Ich will an einem deutschen Kasus illustrieren, was ich meine. Irgendwann Ende der fünfziger Jahre hat ein westdeutscher Germanistikprofessor, das neue Buch eines Kollegen rezensierend, dessen reaktionäre literarische Urteile scharf angegriffen, schließlich aber lobend hervorgehoben, daß dieser Mann nach Jahren der opportunistischen Verstellung nun endlich den Mut zur Ehrlichkeit gefunden habe und sich zu seinen wahren Überzeugungen bekenne, denen der Nazizeit. Wie aber, wenn damals das ganze (west)deutsche Volk den Mut zur Ehrlichkeit gehabt und sich zu seinen wahren Überzeugungen bekannt hätte, anstatt sich opportunistisch der Demokratie (und dem Wohlstand) anzupassen, woraus dann fast eine Überzeugung wurde? Du siehst, selbst der Voyeur ist unter Umständen für Anpassung und Verschleierung. Jedenfalls sollte nicht alles offengelegt werden, denn politische Ehrlichkeit ist oft zum Fürchten.

Laß mehr von Dir hören! C.

Berlin, 6. Juni 84

Lieber C., zunächst das Neueste: In Hessen wird es nun eine rot-grüne Zusammenarbeit geben (die sieben Grünen wollen Börner wählen). Dafür übt die FDP auf ihrem Parteitag den Schulterschluß mit der Union, d. h., sie wärmt sich an der Straußschen Zwei-Lager-Doktrin, während Strauß selbst seine »Zweifel an der Beständigkeit und Zuverlässigkeit« dieses Partners wiederholt; wie gehabt. Die FDP-Landesfürstchen demontieren indessen ihren neuen alten Vorsitzenden und sich gegenseitig; Möllemann, der smarte, ist bereits in die Knie gegangen.

Die Sensation von gestern: Biedenkopf vermittelt im Druckerstreik, zwischen Ferlemann und Rübelmann. Er hat sich ja schon seit einiger Zeit für diese Rolle aufgebaut, mal nach dieser, mal nach jener Seite. Oder hat ihn seine Partei geschickt – vielleicht, um ihn zu blamieren? Oder um Herrn K. eins auszuwischen, der fortfährt, Unheil anzurichten mit seiner Parteinahme? In einem Interview mit Johann Georg Reißmüller (*FAZ*, 5. 6.) nannte Herr K. den Vorwurf, er mische sich in den Arbeitskampf ein, völlig »abwegig«, um es gleich im nächsten Satz wieder zu tun – wie ein Automat, der die einmal gelernte Lektion ungerührt abspult, sobald das Stichwort fällt.

Interessanter an diesem Interview ist Herrn K.s Antwort auf die Frage, warum er nicht an den Siegesfeiern der Alliierten in der Normandie teil-

nehme: »Es ist für einen deutschen Bundeskanzler kein Grund zum Feiern, wenn andere ihren Sieg in einer Schlacht begehen« – so steht es da: einen Sieg begehen –, »in der Zehntausende Deutsche elend umgekommen sind.« Ja, wenn wir Deutschen gesiegt hätten, dann wären die elend Umgekommenen kein Hindernis fürs Feiern. Man muß eben Geschichte kennen. Aber im Herbst, fügte Herr K. hinzu, werde er zusammen mit Herrn Mitterrand über das Schlachtfeld von Verdun gehen, da würden sie den Blick nachdenklich in die Vergangenheit und hoffnungsvoll in die Zukunft richten: »So wird man geschichtlicher Erfahrung gerecht.« Durch Gehen.

Dein Kanzlerlob in Ehren, lieber C., aber die geistig-moralische Führung dieses Herrn kommt aus den Schenkeln und Waden. Das Schlüsselwort heißt »gehen«, und die ganze Metaphorik, die sich darum rankt, ist mehr als nur die Verpackung einer Politik, sie ist ihr wahrer Ausdruck. Überraschend schnell ist die westdeutsche Publizistik darauf eingeschwenkt, nachdem sie noch die »Wende« von 1982/83 mit der in der Schmidt-Ära vorherrschenden maritimen Metaphorik bewältigt hatte: *Staatsschiff* und *Steuermann, Flagge zeigen,* das *Ruder herumlegen,* einen *neuen Kurs steuern* usw. Damals blies uns der *Wind* ins Gesicht, doch die *Talfahrt* war beendet, der *Aufschwung* kam . . . Der Binnenschiffer Kohl jedoch geht lieber zu Fuß. Eigentlich geht bei ihm alles zu Fuß. »Unsere Wirtschaft hat wieder *Tritt gefaßt*«, sagte er in seiner Silvesteransprache '83, die mir gerade in die Hände kam, und fügte hinzu, er wolle »das wirtschaftliche Wachstum wieder *in Gang bringen*«. »Ich habe immer gesagt«, sagte er weiter, »daß wir noch einen *langen Weg* vor uns haben. Doch ein *erster Schritt* ist getan . . . Wir sind *auf dem richtigen Weg.*« Aber manchmal muß man auch stehenbleiben und sich stellen: »Wir Deutsche *stellen uns* unserer Verantwortung . . . Wir *stehen* zu unserem Wort« (das Wort heißt diesfalls Pershing).

Das alles in drei Minuten: Es ist die exakte Beschreibung der neuen Politik, nur noch zu ergänzen durch die Kohlsche Lieblingsbeschäftigung, das *Aussitzen.* Wer viel geht, darf lange sitzen. Beides ist positiv gemeint, woraus schon folgt, daß ein Minister nicht einfach seinen Hut nehmen und *gehen* kann, wenn er etwas vermasselt hat, das paßt nicht in diese Schenkel-Moral. Man mag einen Partei- oder Spendenfreund auch nicht *im Regen stehen lassen,* nicht *in die Wüste schicken,* nicht *in die Ecke stellen* (was alles etwa dasselbe bedeutet: Regen, Wüste, Ecke sind unwirtlich), sondern man *stellt sich* hinter ihn oder vor ihn, man bietet ihm einen *Platz* an, einen *Sessel* . . . es ist die Politik von *Stuhl* und *Gang.*

Für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gilt, daß sie *keine Sackgasse* sein dürfen (am schönsten sagte es Herr K. in Tokyo: »Befruchtung ist keine Sackgasse«). Für die Gespräche des Kanzlers mit anderen Größen gilt, daß sie *bilateral* sein müssen (»Ich habe Präsident

Reagan im bilateralen Gespräch mehrmals dargelegt, daß . . .«). Und für die Begegnungen des Kanzlers mit »den Menschen« – da draußen im Land oder im Ausland – gilt, daß sie sich in der herzlichen Formel zu erschöpfen haben: »Woher kommen Sie?« (Wenn ihm aber jemand, z. B. in Israel, antworten würde: »Aus Auschwitz« – was würde Herr K. entgegnen? Wir wissen es leider.)

Warum hat nicht nur das Bundespresseamt, sondern fast die gesamte westdeutsche Publizistik diese Formelsprache so rasch und glatt übernommen? Überall lese ich seit einem Jahr, jemand sei auf dem richtigen Weg, etwas sei ein Schritt in die richtige Richtung, diese Branche befinde sich auf dem Wachstumspfad, jener Politiker auf dem Durchmarsch usw.; geradezu Hochkonjunktur aber hat der Ausdruck *davon ausgehen, daß* . . . Ob da von Fakten oder Vermutungen, Überzeugungen oder Unterstellungen, Hoffnungen oder Befürchtungen ausgegangen wird, ist kaum mehr feststellbar und im Grunde auch gleichgültig; wichtig ist nur (Bewegung bitte!), daß einer von etwas ausgeht, was nach der neuesten Bonner Übung sogar etwas Zukünftiges sein kann: ». . . gehe von dem Besuch Honeckers im September aus«. Auch beim Pendant zum *Gehen*, beim *Setzen* und *Sitzen*, ist Bewegung angezeigt: seit kurzem wird überall *umgesetzt* – ein Programm, ein Beschluß, ein Plan, ein Gesetz, gleichviel. Gemeint war einmal: *in die Tat* oder *in die Praxis*, aber dessen bedarf es heute nicht mehr. Es wird einfach nur *umgesetzt*, wie beim Krämer. Warum auch nicht, wenn sogar ein Sieg *begangen* wird auf des Kanzlers »Weg der Vernunft«.

Nachrichten folgen übermorgen. M.

Éremo, 9. Juni 84

Lieber M., das war das erste Mal, daß mich eines Deiner sprachmoralischen Raisonnements überzeugt hat. Das Geheimnis von Herrn K.s Politik: sie sitzt ihm in den Beinen (respective in den Hinterbacken). Dieser Hinweis entschlüsselt mir auch einen Kanzler-Witz, den ich kürzlich hörte: Herr K. sagt zu Peter Boenisch: »Ich bin es leid, immer wieder angemacht zu werden, weil ich keine Fremdsprache spreche. Deshalb habe ich jetzt beschlossen, ich lerne Esperanto. Und wenn ich es richtig kann, dann fahre ich auch dorthin.« Es sollte natürlich heißen: dann *gehe* ich dorthin – auf der Achillesferse.

Dieser Witz, so scheint mir, verdankt seine Existenz einer Anregung Deiner geliebten Leibgrimmen-und-Magenkrebs-Zeitung, die unlängst – es war wohl an Silvester – das Bundespresseamt angefleht hat, es möge doch »mehr aufpassen« und als »Gegenaktion« gegen die Fülle »zersetzender« Kohl-Witze, die im Umlauf sind, endlich »den gescheiten Kohl-Witz kreieren. Nur der stabilisiert.« Peter Boenisch scheint sich das zu Herzen genommen und eine Kohlwitzküche eingerichtet zu haben, aus der so stabilisierende

Produkte wie das angeführte ins Land geschickt werden. Wer würde sich nicht mit dem Esperanto-Touristen K. identifizieren mögen?
Genug. Ich lechze nach Neuigkeiten von der Bonner Bande. C.

Berlin, 9. Juni 84

Lieber C., in der verstrichenen Woche gab es leider wenig Zeitung. Die *Süddeutsche* z. B. brachte nur Notausgaben heraus (4-8 Seiten, 20 Pfennige). Und jetzt kommt Pfingsten. Aber ich will Dir einiges aufschreiben.
Am Tag vor dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel, der gestern begann, debattierte der Bundestag vier Stunden lang über seine Einigkeit bezüglich der amerikanischen und seine Uneinigkeit bezüglich der deutschen Wirtschaft: Hie Streikpartei – hie Aussperrungspartei. Jede wirft der anderen vor, einen politischen Machtkampf angezettelt zu haben, für dessen Folgen sie verantwortlich sei. Der Marktgraf hetzt, die Grünen greinen. Nichts Neues also in Bonn. Aber Reagan soll endlich die Zinsen senken, das will Herr K. ihm »mit aller Offenheit unter Freunden« sagen. Was wird London demnach bringen? Ich weiß es schon, aus der *FAZ* von vorgestern:

»Bundeskanzler Kohl wird auf dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in London mit den Staats- und Regierungschefs der übrigen Teilnehmerländer – mit Ausnahme Kanadas – zu zweiseitigen Gesprächen zusammentreffen. Regierungssprecher Boenisch sagte am Mittwoch, Kohl werde gleich nach seiner Ankunft in London mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan reden. Dabei werde es um Fragen der Nato, um den Ost-West-Dialog und die Rüstungskontrollgespräche gehen. Mit der britischen Premierministerin Frau Thatcher werde der Kanzler über das kommende Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft und über den britischen Beitrag reden, ebenso wie mit dem französischen Ministerpräsidenten Mitterrand und dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi. Mit Mitterrand werde er zudem über dessen ›Initiative‹ zur europäischen Einigung und den anstehenden Besuch Mitterrands in Moskau beraten. Dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone werde Kohl am Samstag sagen, er hoffe auf Japans Bereitschaft, den eigenen Markt zu öffnen. Daneben wolle er die Lage in Südostasien und seinen Besuch in China im Herbst ansprechen. Boenisch merkte an, daß es ein eigenes Treffen mit dem kanadischen Regierungschef Trudeau nicht wegen politischer Absicht, sondern aus zeitlichen Gründen nicht geben werde.«

Und all diese netten Begegnungen unter bilateralen Augen haben dann auch stattgefunden, nur gehört hat man nicht mehr viel davon. Wozu auch, es war ja alles schon vorher aus- und bekanntgemacht. Warum bleiben diese Herren mit Dame eigentlich nicht auf ihren Regierungssofas sitzen?
Falls Dich die Nachwehen der Kießling-Wörner-Affäre noch interessieren: Der Untersuchungsausschuß hat am Donnerstag seinen Abschlußbericht vorgelegt. Das Ergebnis war bereits bei seiner Einsetzung bekannt: Wörner ist ein Opfer, hereingelegt von unfähigen Mitarbeitern. Dafür kann er nichts, sagen die Koalitionsparteien; dafür muß er die Verantwortung tragen und zurücktreten, sagt die SPD. Ansonsten stimmen die Parteien in ihrer Beurteilung weitgehend überein, auch in ihrem Drängen auf eine MAD-Reform. Denn sie gönnen uns keine Skandale. Überraschend ist jedoch ihre

Forderung, die Sicherheitsrichtlinien der Bundesregierung von 1971 zu ändern: Solange nicht im Einzelfall konkrete Hinweise auf Erpreßbarkeit vorlägen, würden Trunk- und Rauschgiftsucht, Spiel- und Wettleidenschaft, Überschuldung und abnormes sexuelles Verhalten Zweifel an der Zuverlässigkeit eines Beamten oder Soldaten nicht rechtfertigen. – Da hätten wir die sieben Todsünden so ziemlich beisammen, bis auf Geiz und Trägheit des Herzens. Der Voyeur würde vielleicht spekulieren, daß die hier als unbedenklich angeführten Laster in Bonner Kreisen sehr verbreitet sein müssen. Aber solche Spekulationen will ich Dir überlassen – zusammen mit der Frage, wie sich dieser ausgesprochen libertäre Ausschuß-Konsens mit dem derzeitigen christlich-liberalen Hickhack um das Scheidungsrecht, speziell die »Konkubinatsklausel«, verträgt. Gewiß, auch bei der Scheidung soll es jetzt mehr »Einzelfallgerechtigkeit« geben, aber die will man nach dem Muster des alten Verschuldensprinzips erreichen – man spricht tantenhaft von »Fehlverhalten«, womit für das Ehe- und Scheidungsleben eine Art M(atrimonialer)AD installiert würde. Ich weiß natürlich, daß es bei dieser Revision des Scheidungsrechts, die vor allem von der Frankfurter Tante angemahnt wird, nicht um die moralischen Gründe, sondern um die finanziellen Folgen der Scheidung geht, und höre schon Deine süffisante Frage »Cui bono?« – wer von den *FAZ*-Herausgebern oder ihren wohlhabenden Freunden hofft auf eine wohlfeile Scheidung?
Zum Schluß: In Hessen geht es bunt zu. Am Donnerstag ist Holger Börner endlich mit den Stimmen der SPD und der Grünen (es fehlte nur eine) zum Ministerpräsidenten gewählt worden: 57:53. Schon bei der Auszählung der Stimmen waren ein rotes und ein grünes Kreuz für Börner aufgefallen. CDU-Abgeordnete zeterten, schwankende SPD-Abgeordnete hätten damit ihre Solidarität unter Beweis stellen wollen, die beiden Ja-Stimmen seien also nicht korrekt (= geheim) abgegeben worden, Börner folglich nicht gewählt. Das nahm man nicht weiter ernst. Gestern aber hat die CDU-Landtagsfraktion – vielleicht im Gedanken an den Urin-Test nach einem Fahrradrennen – beantragt, die Stimmzettel zu überprüfen, denn es gebe Informationen, wonach die sieben Grünen ihre Kreuze mit lila statt blauen Filzstiften gemalt hätten, um im Falle eines Scheiterns von Börner belegen zu können, daß nicht *sie* die Schuldigen seien. Durch dieses »Aussenden einer Botschaft«, argwöhnt die CDU, seien potentielle SPD-Abweichler genötigt worden, ihre Loyalität zu bezeugen. Das beeinträchtige die »Vertraulichkeit« der Wahl. Der Landtagspräsident hat die Überprüfung abgelehnt, die CDU-Fraktion erwägt juristische Schritte – ein Fall für Dich. M.

Èremo, 12. Juni 84
Lieber M., die Degradierung von »Trunk- und Rauschgiftsucht, Spiel- und Wettleidenschaft, Überschuldung und sexuell abnormem Verhalten« zu läß-

lichen Sünden kann den Polit-Voyeur kaum erfreuen: nach dem Platzen der Spenden-Amnestie nun die Chance für eine Laster-Amnestie, dank der Gemeinsamkeit aller Demokraten! Auch wenn damit nur »Beamte und Soldaten« gemeint sind, wird es doch ausstrahlen auf Abgeordnete und Minister. Wahrscheinlich sind die Dossiers aller beteiligten Parteien so überfüllt, daß Enthüllungen niemand mehr schrecken. Dahin ist es mit uns gekommen, und gerade in einem Moment, als unsere jungfräuliche Demokratie das skandalfähige Alter erreicht hatte!

Der hessische Buntstift-Fall hingegen ist wirklich delikat. Ich möchte ihn gern durchspielen, auch wenn Du meinst, das seien Kinkerlitzchen oder, humanistisch gesprochen, Kleopatranasen; die sich freilich als Achillesfersen entpuppen könnten.

Also angenommen, die ordentlich versiegelten 110 Stimmzettel würden nochmals ausgepackt und überprüft, und dabei fänden sich außer dem roten und dem grünen Kreuz, die schon bei der Auszählung ins Auge stachen, auch sieben lila Kreuze, die damals unbemerkt blieben (wieso eigentlich?) – was wäre damit bewiesen? Gar nichts. Daß die sieben Grünen Börner wählen würden, hatten sie öffentlich kundgetan; wenn sie wirklich lila Kreuze malten, um sich oder anderen nachweisen zu können, daß sie Wort gehalten hatten, kann man kaum von einem Bruch der Vertraulichkeit sprechen, es sei denn, man nimmt an, daß die »geheime« Gewissensentscheidung eines Abgeordneten seine öffentlichen Verlautbarungen Lügen strafen würde und deshalb geheim bleiben muß. Gerade das aber darf man nicht laut verkünden.

Interessanter (und alltäglicher) ist der umgekehrte Fall, wenn man in geheimer Wahl gegen seine öffentlich *nicht* erklärten Überzeugungen stimmt; das nennt man gemeinhin Parteidisziplin, die offenbar noch höher rangiert als das Gewissen, das heute so beliebte. (Welcher Idiot hat es eigentlich in die Politik geschmuggelt?) Ganz anders ist es, wenn der Fraktionszwang von einer fremden Fraktion ausgeht; wenn also z. B. mit den grünen lila Kreuzen »Botschaften« ausgesandt wurden, die schwankende oder unwillige SPD-Abgeordnete unter Druck setzen sollten, Börner zu wählen: gegen ihr Gewissen, wie die CDU annimmt. Doch das gäbe nur Sinn, wenn die SPD-Fraktion ihrerseits *keine* Parteidisziplin gefordert hätte. Aber die CDU wirft ihr ja gerade vor, dies getan zu haben, sonst gäbe wiederum das Gezeter um das rote und grüne Kreuz keinen Sinn, mit denen unsichere Kantonisten aus der SPD-Fraktion Farbe bekannt haben sollen. Nun hat aber einer tatsächlich Börner nicht gewählt. Hat er sich dem Komplott verweigert, oder ist er nicht eingeweiht worden, weil er mit seiner Meinung hinterm Berg gehalten hatte, der Heuchler? Dann könnte er der Informant der CDU sein, und die von ihr eingeforderte Vertraulichkeit stünde strahlend da. Es wäre das Fiasko des Gewissens in der Politik.

Aber wer garantiert uns eigentlich, daß die CDU-Behauptungen stimmen? Es gibt sicher ein Dutzend andere Erklärungen. Ich will Dir meine Version vortragen: Nicht nur *ein* SPD-Abgeordneter hat Börner seine Stimme verweigert, sondern *drei;* das rote und das grüne Kreuz verdankt er dem anderen Lager, und das kam so: Am Abend vor der Wahl saßen in einer hessischen Kneipe drei Landtagsabgeordnete bei einer Flasche 82er Trollinger; nennen wir sie aus Gründen der Vertraulichkeit F., D. und P.

F.: Wie werd des morsche wohl ausgehn?
D.: Knapp, saach ich der, arch knapp.
F.: Kann mer's wisse?
P.: Wisse net, awwer kalkuliern.
F.: *Für* den Börner?
P.: Grad net.
D.: Mensch, des wär was!
P.: Scheiße wärs.
D.: Wie kommst'n da druff?
P.: Ei überleech doch mal! Da wärn wir doch wech vom Fenster bei de nächste Wahl!
F.: Und *mit* dem Börner?
P.: Des haste doch hoffentlich getickt beim Parteidaach in Münster: Die rot-grüne Front treibt uns die Bürger in die Arme.
D.: Dann maansde wohl, der Börner wär gut für uns?
P.: Wann ich der's saach!
F.: Also horch emal, des mißt doch ze mache sein!
P.: Genau da will ich doch druff naus. Also packe mer's an!
F.: Haste schon 'n Plan?
P.: Ich hab mer halt gedacht, wann von de SPD en paar abspringe, müsse en paar annere für sie einspringe.
F.: Logisch!
D.: Wart emal: 51 plus 7 Grüne macht 58. Brauche duun die 56. Wenn nur drei von dene fremdgehn, is aus. Folglisch müßt *einer* . . .
P.: Besser wärn zwei.
F.: Zwei von uns?
P.: Warum dann net? Wann die bei de Nein-Stimme fehle, is doch egal.
D.: Un an wen haste so gedacht?
P.: Ei an euch. Euch beide.
F.: Also des kannste mit uns net mache.
D.: Mei Gewisse als Abgeordneder!
P.: Laß doch den Stuß. Denk lieber polidisch, die Verandwordung fürs Ganze un so.
D.: Du maanst, dasses de Partei dient?
P.: Un euer Schade solls aach net sein.
F.: Wie maanst'n des?
P.: Naja, da gibts doch so Gelder, ihr wißt schon . . .
D.: Sinn die auch sauwer?
P.: Geflickt un gewasche. Da kann uns keiner!
F.: Klar, wo wir den doch weggeputzt hawwe, den Karry, äh, ich mein die Terroriste . . .
D.: Halts Maul, du Bleedmann! – Un wieviel würd die Partei springe lasse?
P.: Da könnt mer sich einige. Was habt dann ihr so gedacht?
F. und D. tuscheln, dann schreiben sie eine Zahl auf den Bierdeckel.

P.: Ich glaab, des läßt sich mache. Per Handschlag.
F. und D. strahlen staatstragend.
P.: Da wär nur noch eins.
F.: Nämlich?
P.: Ich brauch e Sicherheit.
F.: Was Schriftliches?
D.: Du spinnst wohl!
F.: Was dann?
P.: Nur so'n Signal aufm Stimmzeddel, wo mer beim Auszähle sehn duut. Dann waaß ich, des seid *ihr*.
F.: Vielleicht e Pünktsche hinnerm Kreuz?
D.: So'n Quatsch. Awwer wie wärs mit 'm Fabbstift? Ich mach 'n rotes Kreuz und du –
F.: Ich 'n grünes!
P.: Abgemacht. Rot un grün.
D.: Awwer wann des für ungildisch erklärt wird?
P.: Schlimmstefalls ist de Börner dann net gewählt. Awwer des geht schon in Ordnung.
D.: Und dann erzähle mer erum, die bundische Kreuz wärn von de Sozis, die hätte beweise müsse, dasse den Börner gewählt hawwe. Des haut die rein, saach ich der!
F.: Un die Grüne, erzähl ich nach de Wahl, die hätte all lila gewählt, um die Roode unner Druck zu setze – au, des steck ich meine Kumpels, dem C un dem D von de U. Du, des gibt'n Danz!
D.: Un de Börner, der regiert dann dank unsere Stimme, wie früher.
F.: Klar, mir sinn im Komme!
P.: Dann wär'n wir uns ja einisch.

Ganz so war es vermutlich nicht. Die politische Taktik ist noch nicht so hoch entwickelt. Entwickelt hat sich neuerdings aber die Bereitschaft, in alle nur denkbaren Fettnäpfchen zu treten. Ist das der Sieg der Grünen? Zumindest bringen sie Farbe rein. C.

Berlin, 15. Juni 84

Lieber C., schönen Dank für F., D. und P. Wann gründest Du eine politische Kaderschule? Übrigens: an Fettnäpfchen hat es uns noch nie gemangelt, neu ist nur die Unverfrorenheit, mit der sie begangen werden – wie Siege.

Laß mich schweigen über Pfingsten, das liebliche Fest, an dem unsere Freunde wieder mit Zungen redeten: Vertriebenenrummel mit viel Bonner Prominenz. Nicht einmal Carstens, der scheidende, ließ es sich nehmen, in München die Sudetendeutschen zu loben wie diese ihn. Ein Volk, ein Reich . . . Daß letzteres juristisch fortbestehe, hat Strauß wieder einmal betont. Zimmermann rüttelte an der Oder-Neiße-Grenze. Windelen und Czaja langten sogar tief nach Polen hinein für ihre Oberschlesier. Und dies drei Tage nach der Polen-Debatte im Bundestag anläßlich einer ominösen Petition der »Schlesischen Jugend«, in der als Gegenleistung für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen gefordert werden: Minderheitsrechte für die Deutschen »in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands«. Diese von Abgeordneten der Regierungsparteien unter-

zeichnete Petition hatte Staatsminister Vogel im Bundeskanzleramt entgegengenommen und durch das Bundespresseamt an alle Auslandsvertretungen verteilen lassen (immerhin war vorher »Ostdeutschland« durch »Mittel- und Osteuropa« ersetzt worden). Genscher beteuerte im Bundestag auf die Fragen der SPD, der Warschauer Vertrag gelte auch nach der Wende noch, Bonn stelle keine Gebietsansprüche gegen Polen. Das war beruhigend – für drei Tage.

Derweil verdichten sich Gerüchte über einen neuen Milliardenkredit für die DDR (Gegenleistung: menschliche Erleichterungen für unsere Sonntagsredner?) und über ein sich anbahnendes Fiasko in der Bonner Vertretung in Ost-Berlin: sie scheint überzuquellen von DDR-Bürgern, die ihre Ausreise erzwingen wollen. Viele lassen sich wegschicken, andere nicht – soll man sie verjagen? Dann könnte man die Vertretung auch gleich schließen. Schließt man sie nicht, werden immer mehr hineindrängen. Bonn dementierte bisher, gibt aber jetzt zu, daß Staatsminister Jenninger über die Ausreise verhandelt. Und über die Milliarde.

Der Londoner Gipfel endete, wie zu erwarten war. Im Schlußprotokoll kein Wort der Kritik an der amerikanischen Haushalts- und Zinspolitik. »Wir haben die Dinge besprochen, der Text ist nicht so wichtig.« O-Ton Kohl. Die großen Sprüche im Bundestag – sind sie für uns Bürger ungefähr das, was die Pfingstreden für die Vertriebenenverbände sind? Anders gesagt: Kümmern sich die Koalitionsparteien eigentlich noch um das Politik-Machen, sofern es mehr ist als Kungelei?

Gekungelt wird natürlich fleißig. Spitzenpolitiker der Regierungskoalition machten beim Kanzler einen Vorstoß in Sachen Kabinettsumbildung. Die steht an, seit Herr K. bestätigt hat, daß Lambsdorff im Falle der Eröffnung des Flickprozesses zurücktreten werde. Die Herren Mischnick, Dregger und Waigel aber wollen gleich auch Schwarz-Schilling, Engelhard, Wörner ausgewechselt sehen. Geißler soll sich nur noch um die Partei kümmern. Strauß würde außerdem gern seinen Parteifreund Kiechle opfern, weil der »Kohl-hörig« sei. Stoiber und Tandler fordern ohnehin das Außen- oder Wirtschaftsministerium für Strauß. Aber die FDP will ihre Ressorts selbst besetzen; der neue Generalsekretär Haussmann erklärte vor wenigen Tagen noch, Lambsdorff sei »nach wie vor eine der Stützen dieser Koalition«, was im Hinblick auf deren morschen Zustand sogar stimmen mag. Und so weiter. Herr K. winkt immer nur ab. »Kein Handlungsbedarf.« Genscher will natürlich auch nichts geändert sehen. Und das Bonner Landgericht schiebt seine Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens immer wieder auf.

Streiks und Aussperrungen gehen weiter. Weiter gehen auch die Verhandlungen – in »Runden«, die sich nicht schließen. Als Metall-Schlichter ist jetzt Georg Leber im Gespräch. In der Druckindustrie geht der Arbeitskampf schon in die elfte Woche; der kleine Professor scheint nicht voran-

zukommen. (Im Fernsehen und auf Pressefotos sieht es so aus, als würden sich Rübel- und Ferlemann über den Biedenkopf hinweg angrinsen.) Zeitungen sind Mangelware geworden, jedenfalls westdeutsche. Soweit sie überhaupt ausgeliefert werden, sind sie rationiert und an den Kiosken schnell vergriffen.

Im Augenblick hat man den Eindruck, daß alles stockt und streikt. Liegt das an der bevorstehenden Europa-Wahl, für die sich in der Bundesrepublik 13 Parteien engagieren und niemand interessiert? Oder liegt es an der bevorstehenden Europa-Meisterschaft, der man auch nicht gerade entgegenfiebert? Aber Herr K., der wackere, reiste ins Trainingslager der deutschen Mannschaft bei Paris, um wieder einmal *für* zu demonstrieren. Und wirklich, er sagte es, wie erwartet, oder besser: er vollzog mit diesem Besuch, was sein Wortschatz ihm nahelegte. Und damit niemand ihn mißverstehe, erläuterte er: heute werde soviel *gegen* dies und das demonstriert, da wolle er einmal *für* etwas demonstrieren. Für den deutschen Fußball. So lächelten Bundeskanzler und Bundestrainer im Verein und Akkord in die Kameras. Naja, wenn's der Torfindung dient . . .

Insgesamt, mit Herrn K.s Worten auf der gestrigen Bundespressekonferenz: »Ich finde, die Republik ist in einem guten Zustand.« Da hatte er kurz die Streiks vergessen, die seiner Republik so übel mitspielen. M.

Èremo, 18. Juni 84

Dein Brief, lieber M., wirkt verdrossen. Sind das Entzugserscheinungen aus Mangel an gedrucktem Morgensegen? Leider kann ich Dich nicht aufheitern, denn ich erfahre hier ja nur, was ich in alten Büchern lese. Aber wie wär's mit einer (alten) Geschichte vom Herrn K.? »›Woran arbeiten Sie?‹ wurde Herr K. gefragt. Herr K. antwortete: ›Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.‹«

Welches ist wohl der nächste Irrtum, an dem *unser* Herr K. arbeitet? Fast glaube ich ihn aus dem, was Du mir bisher berichtet hast, ableiten zu können. Da deuten sich gewisse dramaturgische Muster an, die durch den K-Faktor charakterisiert sind. Mir scheint nämlich, daß die überkommenen Dramaturgien, in denen sich politische Ereignisse und Entwicklungen vollziehen, auf der heutigen Bonner Bühne einen Knick erhalten, der sie gleichsam ins Leere laufen läßt: den K-Knick. Fast noch *Klassisches Drama* war ja die Wende im Herbst 1982, aber sie rutschte dann durch die März-Wahl-Manipulationen ins *Schmierentheater* ab. Ein *Mantel-und-Degen-Stück* war die Kießling-Wörner-Affäre – sie bekam durch Herrn K.s Gnadenakt am Ende den Schmelz eines bürgerlichen *Rührstücks*. Der Parteispendenskandal hatte schöne *Kriminal-* und *Intrigen*-Elemente und wurde durch den Amnestie-Coup fast in die Höhe der *Opera buffa* gehoben – aber dann war's leider nichts mit dem großen Verzeihen, weil einige Komparsen

nicht mitspielen wollten und Held K. nicht krisenwillig war; jetzt schmollt er – wie in einer TV-Familienserie. Die neuesten Ereignisse, soweit sie sich schon dramatisch profiliert haben, zeigen ebenfalls den K-Knick: das epische Streik-, das absurde FDP-Theater, der Strauß-ante-portas-Schwank etc. Das ist ein Effekt, der aus Herrn K.s Grundüberzeugung folgt, daß er das moralisch Vollkommenste ist, was es gibt, und dementsprechend zu regieren hat, nämlich borniert. Und hier genau entspringt sein nächster Fehler. Herr K. ist ja wirklich ein guter Mensch (Du weißt es), aber er hat es nun einmal eher in den Beinen als im Kopf (Du sagst es). Und da er, trotz allen barocken Gehabes, reichlich kontakt- und konfliktscheu ist, kann er, wenn er mit jemandem nicht kann – »von Mann zu Mann« –, nur noch verdrossen grinsen (wie z. B. auf dem Athener Gipfel im letzten Jahr) oder plump ausfällig werden (wie kürzlich am Jungfernstieg). Kurz, er ist hilflos, wenn die Welt nicht in seine frommen Klischees paßt, sich also dagegen sperrt, von ihm so regiert zu werden, wie sein Frohsinn es will. Am Anfang seiner Bonner Laufbahn ging es ja noch, da mußte er nur sich selbst verkaufen. Das war die Phase »Ich bin ein Mann, der . . .« und »Ich lasse mich von keinem übertreffen in . . .« – in allem, was gut und bieder ist. Aber dann wurde es ernst, 1982. Sein (Selbst)Vertreterlächeln wuchs ihm im Gesicht fest, im »menschlichen«, aber er schaffte es, mit Hilfe der Wende-Metaphorik, die ihn trug – und schließlich trog. Spätestens im letzten halben Jahr schwante es auch seinen Presse-Psalmisten (sonst jubelten sie nicht so schrill), daß seine beschränkten Reaktionsmuster für den miesen politischen Alltag nicht ausreichen und bei außergewöhnlichen Ereignissen ganz versagen. Etwas *durchstehen* oder *aussitzen*, zu jemandem *stehen* oder *halten*, dazu das Kuddelmuddel von *Dienst, Leistung, Elite* usw. – Du solltest, lieber M., Deine Sprach- als Verhaltensanalyse weitertreiben, ich vermute, Du würdest nicht mehr als ein Dutzend solcher Formeln finden, in denen sich Herrn K.s politisches Handeln abspielt und erschöpft. Gegenüber Situationen, die sich nicht darein fügen, ist er sprachlos. Herr K. mag neue Formeln dazulernen, aber das ändert nichts daran, daß er, der Freund bilateralen Geplausches, politisch kommunikationsunfähig ist. Denk nur an sein Kauen und Würgen in Debatten mit Helmut Schmidt; oder an sein verblödetes Gesicht in Israel; oder an sein begriffsstutziges Beleidigtsein, wenn er wieder einmal seine »Männerfreundschaft« begangen hatte und, kaum nach Bonn zurückgekehrt, schon die neuesten Bosheiten aus München präsentiert bekam . . . Jetzt hat ihn auch noch sein Wende-Kumpel verraten, beim Amnestie-Umfall. Genscher wird sicher nicht mehr lange Pünktchen machen – also wird Strauß nach Bonn kommen; also wird Herr K. die zerbröckelnde FDP hofieren müssen; also wird im Kabinett nur noch geholzt werden; also werden die Unionsbasis und die Landesfürsten aufbegehren: Ende des Spiels.

Und Herr K., der gute, wird von allem nichts begriffen haben, wie er auch nicht begreifen kann, daß z. B. die von ihm so gut gemeinte Parteispenden-Amnestie (Freunde nicht im Regen stehen lassen) der politischen Weisheit letzter Schluß nicht war; oder daß das Prinzip der Verantwortungsübernahme in der parlamentarischen Demokratie nichts mit persönlichem Verschulden zu tun hat – weshalb er z. B. Wörner hielt, der doch nur »verantwortlich« handelte, als er seine Fehler machte, und die hat er ja auch eingesehen, es waren schwere Stunden für ihn, er hat genug gebüßt ... Kurz, für die Institutionen, meinetwegen die Rituale der Politik hat Herr K. keinen Sinn – mit einer Ausnahme, der *Führerschaft,* wo die Institution wie geschaffen ist für sein Sendungsbewußtsein. Herr K., das macht ihn vielen Deutschen so lieb, ist ein Führer, der ganz von Volkes Gnaden und seiner Pfadfindermoral lebt. Und dran scheitern wird.
Jetzt aber genug von ihm. Was machen eigentlich Zimmermann, der scharfe Hund, und Geißler, der räudige Kläffer? Und mein Freund, der Christian von der Post – hat er sich bald mit seinen Kabeln stranguliert? Den Marktgrafen werden wir ja bald missen – wer nimmt seinen Sessel ein, wer seine Kuverts? C.

Berlin, 21. Juni 84

Lieber C., Deine Prognose eilt der Entwicklung voraus, aber die neuesten Bonner Ereignisse bleiben ihr hart auf den Fersen.
Vorgestern habe ich Dir, entgegen unserer Vereinbarung, Gedrucktes geschickt: 1. die Ergebnisse der Europa-Wahl sowie der Kommunalwahlen im Saarland und in Rheinland-Pfalz (was die bestallten Analytiker und Kommentatoren nicht bemerkt oder erwähnt haben, ist, daß die von den Bonner Koalitionsparteien propagierte Abgrenzung gegenüber dem »rot-grünen Block« diesem in beiden Ländern einen Gewinn – von 4,9 bzw. 3,3 Prozent –, jenen aber einen Verlust – von 5,7 bzw. 4,0 Prozent – eingetragen hat); 2. einen *Spiegel*-Artikel, der zweifellos nach Deinem Geschmack ist, weil er eine neue Affäre einläuten könnte: *Die Geschäfte des Staatsministers Möllemann.* Hier liegt die Würze so sehr im Detail, daß ich sie Dir nicht schmälern möchte. (Inzwischen hat der Jürgen W. die *Spiegel*-Geschichte natürlich als »übles Machwerk« bezeichnet und gerichtliche Schritte angekündigt.) Du sagst jetzt sicher, polit-dramaturgisch: Schade, daß seine Fallhöhe zu niedrig ist für einen saftigen Skandal.
Die Europa-Wahl-Ergebnisse brauche ich Dir nicht zu analysieren. Aber ein paar Bonner oder Münchner Kommentare verdienen Dein Interesse. Das schlechte Abschneiden der Regierungsparteien begründete Herr K. mit den letzten agrarpolitischen Entscheidungen im EG-Rahmen; dadurch seien viele Bauern in die Wahlenthaltung getrieben worden. Auch Strauß führte die Verluste seiner Partei – laut Tandler »exorbitante Einbrüche« in ländli-

chen Gebieten – auf die Verärgerung der Landwirte über die EG-Agrarpolitik zurück. Jetzt müssen wir wohl darauf gefaßt sein (»können davon ausgehen«), daß ein 22-Milliarden-Geschenk für die Bauern (über sieben Jahre), das seit 14 Tagen im Gerede ist, verwirklicht wird. Ausgerechnet Stoltenberg hat es angeregt, nachdem er im Europa-Wahlkampf von seinen schleswig-holsteinischen Bauern gebeutelt worden ist – Stoltenberg, der alles tut, um die von Herrn K. als Jahrhundertwerk gepriesene große Steuerreform kleinzukriegen, weil kein Geld da sei (es handelt sich um ca. fünf Milliarden). »Eine der größten Subventionsschweinereien, die es je gab«, polterte der SPD-Wirtschaftssprecher Wolfgang Roth, aber in der sonst so subventionsfeindlichen bürgerlichen Presse blieb es bisher merkwürdig still. Herr K. hat die Subventionspläne, die eindeutig gegen europäisches Recht verstoßen, bereits dem EG-Präsidenten angekündigt, mit der kaum verhohlenen Drohung, wenn Brüssel das nicht schlucke, gebe es kein Geld für die Gemeinschaft; was eine merkwürdige Finanzlogik ist. Laut *Spiegel* empörte sich ein Kommissionsmitglied: »Eine Frechheit! So etwas könnte sich kein anderer erlauben.« Vielleicht hast Du recht: Herr K. ist außerstande, solche Vorwürfe zu begreifen, weil er es doch nur gut meint.

Über Geißler kann ich Dir leider nichts vermelden (er arbeitet sicher wieder an einer »Begriffsbesetzung«). Zimmermann kämpft um sein abgasarmes Auto (mit irgend etwas will er ja mal durchkommen, aber die Subventionierung ist ihm bereits verweigert worden, da zeigt Stoltenberg keine Schwäche). Lambsdorff wartet auf seinen Gerichtsbescheid und redet viel von »durchstehen« (derweil die Parteifreunde seinen Nachfolger auswürfeln und Tandler im *Bayernkurier* ein Mitspracherecht der CSU anmeldet, mit Giftspritzen ins »Innenleben der Bonner Koalition«). Schwarz-Schilling endlich, »diese Flasche« (FJS), machte gestern wieder Schlagzeilen: Ein Sondergutachten des Bundesrechnungshofes hat dem Postminister die »Inkaufnahme erheblicher betriebswirtschaftlicher Risiken« bescheinigt; das Netto-Investitionsvolumen für die Verkabelung betrage nicht, wie angegeben, 13,5 sondern 21,3 Milliarden Mark, was laut SPD-Postexperte Lietke, der den Rücktritt des Ministers fordert, ein Brutto-Volumen von 33-50 Milliarden ausmacht (statt 20-30 Milliarden). Der Minister aber hält fröhlich an seinen Verkabelungsplänen fest, und zurücktreten will er schon gar nicht, er sagte dazu: »Ich sehe keinen Handlungsbedarf.«

Die Metalltarifparteien suchen seit gestern mit Georg Leber als Schlichter einen Kompromiß – so glücklich hat man den Schorsch seit Jahren nicht mehr auf dem Bildschirm gesehen! Sonst sah man dort nur lange Gesichter: der deutschen Elf hat das Kanzlerlächeln kein Glück gebracht. Derwall, nach Konsequenzen gefragt, sagte dazu (ich kann nichts dafür): »Kein Handlungsbedarf.« Alle reden hier schon so wie Herr K. M.

PS am Abend. Es gibt Sensationen: Genscher wirft das Handtuch als gerade erst wiedergewählter Parteivorsitzender. Als seinen Nachfolger, den die Partei schon im Februar 1985 inthronisieren soll, favorisiert er Martin Bangemann, den gewichtigen Europa-Verlierer mit dem Schmatz-und-Schmollmündchen, der auch schon als Wirtschaftsminister gehandelt wird. Genscher will aber Außenminister bleiben. Ich glaube, Du wirst recht behalten mit Strauß . . .
Zweite Sensation: Biedenkopf ist als Vermittler gescheitert, und nicht etwa an der Arbeitnehmer-, sondern an der Arbeitgeberseite. Beltz Rübelmann hat des CDU-Professors Lösungsvorschlag für die Druckindustrie prompt und schroff zurückgewiesen – er beweise »völlige Einseitigkeit«, widerspreche einer »marktwirtschaftlichen Konzeption« und sei in seinen Auswirkungen »noch verheerender« als die gewerkschaftlichen Forderungen. Das war kein abgekartetes Spiel – das war eine Ohrfeige: ausgerechnet Biedenkopf gewerkschaftshörig! Er hat im Fernsehen sehr beleidigt reagiert: man habe ihm gar nicht die Möglichkeit gegeben, seinen Vorschlag zu erläutern, diesen also ungeprüft verworfen. Immerhin war er in den Grundzügen heute schon in einigen Zeitungen zu lesen: Verkürzung der Jahresarbeitszeit um 5 bis 10 Tage (umgerechnet 38-39 Wochenarbeitsstunden bei 40 Stunden Regelarbeitszeit), aber gebunden an Reallohnzuwachs und mit der Möglichkeit für individuelle Ausgestaltung je nach Betrieb. Das klingt sehr »ordnungspolitisch« und keineswegs arbeitgeberfeindlich: nur bei steigender Produktivität gibt es kürzere Arbeitszeit. Was wurde da gespielt? Vielleicht eine Intrige? Ich bin gespannt auf den Kommentar der *FAZ;* aber die erscheint schon seit acht Tagen nicht mehr. Und jetzt wird sich der Arbeitskampf in der Druckindustrie sicher noch verschärfen. M.

Èremo, 23. Juni 84

Lieber M., Du vermutest sicher richtig, daß im Fall Biedenkopf etwas gespielt wurde. Laß es mich durch- oder nachspielen.
Herr B. ist ja nicht dumm. Er begriff sehr schnell, daß Herrn K.s Gewerkschaftsschelte (»dumm und töricht«) zu einer Verschärfung des Arbeitskampfes führen muß und besonders in B.s Stammland die CDU nicht populärer macht. Ehrgeizig, wie er ist, suchte er sich durch ökonomische und politische Vernunft zu profilieren und wurde so als Vermittler akzeptabel. Wenn er Erfolg habe, sagte er sich wohl, sei die CDU dank seiner Vernunft vom Makel der Unternehmerhörigkeit befreit und er selbst ein Gewinner, spätestens wenn sein Intimfeind Worms (»Die Offenheit muß auf den Tisch«) in NRW gescheitert ist. Auf solche Spekulationen aber verstehen sich seine Parteifreunde. Sie fanden wohl auch, daß Herrn K.s Sprüche »dumm und töricht« seien, und begrüßten deshalb die Demarche von Herrn B., aber allzu erfolgreich sollte der nicht sein, schon gar nicht mit

einem zukunftweisenden Vorschlag; sonst bekäme ein durch Streiks erzielter Tarifabschluß gleichsam den Segen der CDU, und Herr K. müßte es hinnehmen, daß nicht nur sein Aufschwung lahmt, sondern auch der dafür vorgesehene Sündenbock. Also ließ man Herrn B. ins offene Messer des Bundesverbandes Druck laufen.

Damit unterstelle ich freilich, daß diese »Freunde« mit dem Bundesverband unter einer Decke stecken. Beweisen kann ich das nicht, nur indizieren. Und zwar so: 1. Ich schließe mit Dir ein Komplott unter Mitwirkung von Herrn B. aus, der macht sich nicht freiwillig zum Watschenmann. 2. Die prompte Zurückweisung von B.s Vermittlungsvorschlag nach so langen Verhandlungen ist ungewöhnlich; warum hat Rübelmann nicht wenigstens zum Schein geprüft, was »drin« ist, und dann bedauernd den Kopf geschüttelt? Weil er dann hätte Gründe nennen müssen, es sollte aber eine Ohrfeige sein. 3. Die Ohrfeige kann nur den Zweck gehabt haben, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Arbeitgeber keineswegs CDU-fromm sind, daß vielmehr der CDU-Mann B. arbeitnehmerfreundlich ist, wovon die ganze Union (zumal in NRW vor den Landtagswahlen) profitieren kann. 4. Mit dem nunmehr blamierten B. hat die Partei ein Bauernopfer gebracht, das Herrn Worms sicher lieblich in die Nase steigt und auch Herrn K. wohlgefällig ist. 5. Beltz Rübelmann war demnach der Handlanger einer zwischen jenen CDU-Kreisen und dem Bundesverband Druck ausgeheckten Intrige – vielleicht ganz ahnungslos.

Nun, was hältst Du von meiner Intrigen-Rekonstruktion? Danke. C.

Berlin, 25. Juni 84

Vielleicht liegst Du gar nicht ganz falsch, lieber C., denn Biedenkopf schlägt zurück: die Arbeitgeber hätten nie ernsthaft vorgehabt, ihre Position aufzugeben, folglich sei sein Mandat für einen Vermittlungsvorschlag »von vornherein sinnlos« gewesen. (Das heißt, er wurde hereingelegt.) Jetzt droht er Beltz Rübelmann sogar mit einer Klage wegen des Ausdrucks »verheerender«. Zugleich äußert er »Bewunderung« für die marktwirtschaftlich verantwortliche und überdies innovationsfreundliche Haltung der IG Druck, während der Bundesverband Druck gerade das sei, was er ihm, Biedenkopf, vorwerfe, nämlich »marktwirtschaftsfeindlich«. Verkehrte Welt! Indessen schmunzelt Georg Leber. Er wird den Preis des großen Schlichters heimtragen: als Schwarzen Peter für die »Streikpartei«, die SPD.

In unserer »Informationswüste« *(FAZ)* tritt heute – zum ersten Mal seit zehn Tagen – wieder die gute alte Tante auf, mit stolzen vier Seiten, eine für Politik, eine für Wirtschaft, und verschwendet ein Drittel davon an Kommentare. Was heißt verschwendet! Da rufen die notorischen Scharfmacher Reißmüller, Fromme, Vetter schrill nach einer anderen Republik. Von dem,

was Reißmüller »im Schatten des Streiks« dichtet, will ich Dir wenigstens den Anfang gönnen:

»Im Lande gärt es. Hunderttausende halten den Streik der IG Druck und der IG Metall für die 35-Stunden-Woche bei unvermindertem Lohn für eine gemeinschädliche Verantwortungslosigkeit, sehen mit Entsetzen, wie der beginnende Wirtschaftsaufschwung erstickt wird, wie die deutsche Industrie draußen und im Inland Märkte zu verlieren droht, wie damit neue Arbeitslosigkeit herbeigezwungen wird . . . Hunderttausende sind aufgebracht über die Brutalität, mit der dieser Streik an mehreren Orten geführt worden ist, auch über die Rechtsfremdheit und Inhumanität, mit denen Gewerkschaftsführer sich dazu bekennen – ein Arbeitskampf sei kein Gesellschaftsspiel, sagte ein Streikführer, so als habe seine Gewerkschaft mit ihren Streikposten einen hehren Auftrag des Schicksals unerbittlich zu erfüllen. Hunderttausende beobachten befremdet, wie die IG Druck mit ihrem Streik ganze Regionen in Informationswüsten verwandelt.

Alle diese Bürger sehen mit ohnmächtigem Zorn den mutwilligsten aller bisherigen Streiks in unserem Staat Woche um Woche andauern . . .«

Ernst Günter Vetter enttäuscht mich, zu Biedenkopfs Vermittlungsvorschlag sagt er nichts Erhellendes außer den Sätzen: »Die Gewerkschaft hat sofort freudig zugestimmt. Das macht stutzig.« Stutzig macht die Herren von der Tante auch noch anderes. Zum Beispiel das Durchfallen der FDP bei der Europa-Wahl. »Sie müßte eigentlich vom verbreiteten Unwillen über den Streik besonders viel profitieren, denn kein Bonner Politiker hat die Gewerkschaft so scharf getadelt wie der Freie Demokrat Lambsdorff. Aber das sich hinziehende Strafverfahren . . .«, und das Amnestie-Malheur . . ., und die Genscher-Demontage . . . »An Bewerbern um die Nachfolge mangelt es nicht. Aber ist darunter auch ein Mann (oder eine Frau) mit dem nötigen Format?«

Nun, Bangemann rüstet sich. Seine Wahl als Genscher-Nachfolger ist so gut wie gelaufen, jedenfalls für ihn selbst. Er meint auch, daß der künftige Vorsitzende »auf jeden Fall im Bundeskabinett verankert« sein muß. Er wird also Wirtschaftsminister werden. Nach seiner Qualifikation zu fragen, wäre unfein gegenüber seinen künftigen Kabinettskollegen. Die Presse erwähnt nur, daß er mal in einem Aufsichtsrat saß. Die Firma ging pleite. Konkurserfahrungen sind auch etwas wert.

Die Lage in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin wird dramatisch. Laut *Bild*-Zeitung halten sich dort in vier Gästezimmern derzeit 45 DDR-Flüchtlinge auf, darunter 13 Kinder; viele schon seit Anfang Mai. Staatsminister Jenninger warnte vor ein paar Tagen die DDR-Bürger davor, »in dieser spektakulären und fast ans Erpresserische gehenden Form« eine Ausreise erzwingen zu wollen. Zugleich kritisierte er die westdeutsche Berichterstattung darüber: »Ich kann diese Art der Pressepolitik, die offensichtlich darauf abzielt, sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die DDR-Führung Druck auszuüben, nur als unverantwortlich und schädlich bezeichnen.« Ganz neue Töne in Bonn. Stell Dir mal vor, die kämen von einem SPD-Minister: die Unionsmeute würde über ihn herfallen, die Presse

ihn zerfetzen, der Milliardenkredit würde platzen, der Honecker-Besuch ebenfalls, und es sollte mich gar nicht wundern, wenn der eine oder andere in München oder Bonn sogar nach der GSG 9 riefe. In keiner Zeitung, die ich in der Hand hatte, wurde Jenninger dafür gerügt, daß er gedruckten »Druck auf die DDR-Führung« schädlich nennt.
Nun noch ein paar Neuigkeiten, aus Notausgaben geschöpft: Kohl besuchte Kadar in Budapest und lud Kadar ein, ihn in Bonn zu besuchen; die Begegnung war »herzlich«. – Strauß mußte seine Jugoslawien-Reise vorzeitig abbrechen: Marianne Strauß ist tödlich verunglückt, unter nicht ganz geklärten (oder bekanntgegebenen) Umständen. Wird das politische Folgen haben? Strauß könnte ein anderer werden, so oder so. – Heute beginnt der EG-Gipfel in Fontainebleau. Nach drei fehlgeschlagenen Treffen soll ein neuer (letzter?) Versuch gemacht werden, sich mit der englischen Lady zu einigen. Mitterrand braucht einen Erfolg, Kohl möchte die deutschen Bauern beschenken – also werden die Herren in die Tasche greifen. Gruppenbild mit Dame, vornehm gerahmt. M.

PS. Neueste Umfrage-Ergebnisse (im heutigen *Spiegel*) zeigen, daß der Monat Mai der bislang schwärzeste für die Regierung Kohl-Genscher war. 53 Prozent der Befragten beurteilen diese Regierung im Ganzen negativ, nur 40 Prozent positiv, und die Popularität des Kanzlers ist auf den tiefsten Stand seit dem Bonner Wechsel gesunken; er ist, trotz seiner ständigen Medien-Präsenz, nicht einmal populärer als seine Partei. M.

Eilbrief Èremo, 27. Juni 84
Keine Bange, mein Lieber, der Kohl wird Dir so schnell nicht ausgehen, es wird ein langsames Verlöschen sein. Andererseits sehe ich in den jüngsten Entwicklungen den Versuch, die Gesichter der Kabinettsmitglieder den Proportionen des Bildschirms noch weiter anzugleichen: Bangemann. – Heißen Dank für Möllemann. Wie geht die Affäre weiter? Was ist mit Rübelmann und Ferlemann, stehen sie wieder unter Druck? Und Zimmermann, kriegt er sein Katalysator-Auto? Antworte, bevor ich hier aufbreche! C.

Telegramm Berlin, 28. Juni 84
Gipfel geschafft. Lambsdorff geht. Bangemann folgt. Leber am Ziel. Ständige Vertretung geschlossen. *Bild*-Grüße von M.

Berlin, 28. Juni 84
Lieber C., ich hatte mir gerade meine täglichen Notausgaben am Kiosk geholt, als Dein Eilbrief eintraf. Mein Telegramm wird Dich nicht sattmachen. Deshalb gleich ein Nachschlag.

Zunächst zur Schließung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin. Noch am Montag sagte Boenisch, man denke nicht daran, »irgend etwas zu schließen oder einzuschränken«, obwohl die Ständige Vertretung mit ihren 45 ständigen »Besuchern« an der »Grenze des technisch und physisch Verkraftbaren« sei. Am Dienstag wurde die Situation kritisch. Ein junger Mann versuchte sich vor dem Eingang zu verbrennen. Zehn Leute, die sich – zum Teil schon seit über 30 Stunden – im Vorraum festgesetzt hatten, wurden schließlich eingelassen, dann fiel das Rollgitter endgültig. »Vorübergehend«, heißt es in Bonn, wo alles *geht*. »Vorläufig«, sagt Herr Bräutigam, aber: »Wir wissen nicht, wie lange dieser Zustand dauern wird.« Vorerst also kann die Vertretung einen Teil der ihr übertragenen Aufgaben – »Hilfe und Beistand für Personen« – nur telefonisch erfüllen. Die Gespräche mit DDR-Behörden werden indes fortgesetzt. »Es geht voran«, sagen Teilnehmer aus Bonn, wo alles *vorangeht*. Windelen sagt nichts. Sein parlamentarischer Staatssekretär Hennig hat heute im Bundestag das Dilemma sehr diplomatisch »umgesetzt«: in der Vertretung »können vorübergehend aus technischen Gründen keine Besucher empfangen werden« – als ob es sich um Besucher handeln würde! Man kann sie nicht aufnehmen, man will sie nicht vor die Tür setzen, also regelt man die Sache über die »Besuchszeit«: Diplomatie als Antiklimax. Ich hätte ja auch keine Lösung, aber wenigstens ein paar andere Wörter dafür.

Die Wörter, die auf und unter dem EG-Gipfel fielen, sind kaum besser. »Ein Kompromiß, mit dem alle zufrieden sein können« (Mitterrand). »Gute Abmachung« (Thatcher). »Ein guter Tag für Europa« (Kohl). Und so weiter. Kohls »Guter Tag« wirkt besonders unverfroren, weil zwar der Streit über den britischen EG-Beitrag beigelegt scheint, aber zum Preis einer Erpressung durch die Bundesrepublik, die bisher immer gegen nationale Subventionen stritt und jetzt die eigenen Bauern päppelt, wie kein anderes Mitglied dies tun dürfte. Das ist der europäische Erfolgszwang. Der Rest ist Firlefanz: Europafahne, Europahymne etc. Und dann Herrn K.s Lieblingsprojekt, der Abbau der Grenzformalitäten vom 1. Juli an. (Die *Süddeutsche* zitiert dazu »aus der Umgebung des Kanzlers«: »Die Zahl der Verbrecher, die an den Grenzen gefaßt werden, war ebenso wie die Menge an Munition und Hasch noch nie so groß wie jetzt, wo die Grenzen geöffnet werden sollen.« Das ist der Charme des Herrn K.: die souveräne Geste, der mutige Schritt – bald nach vorn, bald zurück.)

Die Presse nickt. Ziemlich müde freilich. Nur als Pflichtübung werden kritische Stimmen zitiert, von der Opposition, von mehreren Verbänden, z. B. »schmieriger Kuhhandel, bei dem Bonn eine echte Reform verhindert und seine überhöhten nationalen Ausgleichszahlungen an die Landwirte durchgesetzt hat« (Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft); selbst der Deutsche Industrie- und Handelstag fordert die »Bekämpfung der Subven-

tionsmentalität«, also Lambsdorffs Credo. Aber die FDP schweigt. Der Marktgraf ist schon vergessen.
Zu Bangemann! Aus den etwas wirren Zeitungsberichten über die hektische Betriebsamkeit gestern in Bonn läßt sich herausfiltern: es gab Handlungsbedarf. Kohl und Genscher waren entschlossen, die Koalition keiner Zerreißprobe auszusetzen, d. h. Strauß fernzuhalten, der nicht nur eine gründliche Diskussion über die Neubesetzung des Wirtschaftsressorts, sondern eine umfassende Kabinettsumbildung gefordert haben soll (niemand weiß Genaues). Der Zeitpunkt für den Coup war günstig, aber knapp bemessen: heute wird Marianne Strauß beerdigt, morgen ist die letzte Bundestagssitzung vor den Sommerferien. Das klingt makaber, doch wenn einer guten Gewissens handelt . . .
Also, in der Nacht zum Mittwoch erklärt Graf Lambsdorff Herrn K. seinen Rücktritt. Herr K. ruft gleich darauf *(SZ)* oder unmittelbar davor *(Tagesspiegel)* oder noch in der Nacht *(FAZ)* Herrn Strauß an. Am Mittwochmorgen verabschiedet Herr K. den Wirtschaftsminister im Kabinett: »Wie Sie das durchgestanden haben, was Ihnen zugemutet wurde an öffentlicher Kritik, Ihnen und Ihrer Frau, das ist absolut bewundernswert und respektabel.« Vor der CDU/CSU-Fraktion plädiert Herr K. dann – eine Minute lang – für eine schnelle kleine Lösung: »Wir wollen keine Hängepartie« (neues Wort). Derweil einigen sich FDP-Fraktion und FDP-Vorstand – »Wen gibt es denn sonst noch?« – auf Bangemann. »Es lief immer auf mich zu« (Bangemann, in Umkehrung der Kohlschen Läufigkeit). Mittags trifft eine Agenturmeldung ein, derzufolge Theo Waigel das Wirtschaftsressort für FJS beansprucht. In einem neuen Telefongespräch lädt deshalb Herr K. Herrn Strauß zur Entscheidungsfindung nach Bonn ein, mal kurz vor der Beisetzung. Der lehnt ab. Damit ist Bangemann durch. (Ob Strauß dafür einen Preis forderte oder nicht, ist ein beliebtes Ratespiel der Reporter.) Gleich darauf eilt Herr K. zum Bundespräsidenten, mit zwei unterschriftsreifen Urkunden. Entlassung und Ernennung. Heute findet die Vereidigung statt. »Blitzaktion« *(Tagesspiegel)*.
Wo bleibt da, frage ich Dich, der K-Knick, den Du als typisch für die Bonner Dramaturgie bezeichnest? Dieser Bangemann-Mittwoch lief ab wie ein Slapstick, da wurde nichts ausgesessen und ausgeklammert – außer eben Strauß, und das war ja der Zweck der »Intrige«. Oder besteht der Knick darin, daß die große Kabinettsumbildung (einschließlich Strauß-Befriedung) weniger abgewandt wurde als – vertagt? Ja, die Misere schleppt sich hin. Zur Disposition stehen derzeit mindestens sechs Minister. Und wenn Genscher demnächst auch noch das Außenamt veräußert, sitzt Strauß schon mitten im Kabinett. Die gereizten Worte, die dieser Tage aus München kommen und von Waigel gebündelt werden, könnten allerdings auch bedeuten, daß die CSU ihren Vorsitzenden lieber in Bonn als in München

wüßte. Vielleicht ist er seit dem Tod seiner Frau noch schwieriger geworden.
Zum Schluß ganz kurz: Der Leber-Plan, auf den einige Metaller »Lebertran« reimten (38,5 Wochenstunden ab 1. April 1985 etc.), ist von der Metallschlichtungsstelle angenommen worden und hat gute Chancen, von beiden Tarifparteien akzeptiert zu werden; die Urabstimmung soll morgen beginnen. Die Bundesbank hat die Kosten des Arbeitskampfes für die Metallindustrie auf 3 Milliarden beziffert. Die *FAZ* jammerte vor einigen Tagen noch über 9 Milliarden, ist aber heute schon wieder guten Muts: Mit dem Leber-Modell »werden viele, vor allem große Unternehmen, gut leben können«. Das paßt zu einer Feststellung in Boenischs Regierungserklärung, die Herr K. heute dem Parlament vorlas: Die durch Streik und Aussperrung entstandenen volkswirtschaftlichen Schäden, heißt es da mit bestrickender Präzision, seien »unübersehbar, aber ... keineswegs irreparabel«. Na also. M.

Èremo, 1. Juli 84

Lieber M., wenn das Parlament in Ferien geht, kann ich die meinen ja beenden. Aber vorher noch eine Lesefrucht:

»Während das Parlament saß, würde es weder sicher noch vielleicht ganz in der Ordnung gewesen sein, dem Publikum über die Gerechtigkeit oder Weisheit seiner Schritte eine Meinung vorzulegen. Um über seine Haltung ein richtiges Urteil zu fällen, war es nötig zu warten, bis wir mit einem Blick den Anfang, Fortgang und Schluß seiner Debatten übersehen konnten. Die Sache des Volks wurde aufgenommen und verteidigt von Männern, deren Talent und deren vereinigte Autorität ... man wohl für mächtig genug hätte halten können, um eine populäre Frage zugunsten des Volks zu entscheiden ...
Bei diesem Stande der Dinge, meine ich, war es im Anfange der Sitzung sehr unwahrscheinlich, daß die Klagen des Volks über einen Gegenstand, welcher, wenigstens nach seiner Befürchtung, unmittelbar das Leben der Verfassung angriff, von seinen Vertretern und von dem Hause der Lords mit so viel Verachtung behandelt werden würden, als es durch den andern Teil der Gesetzgebung [die Regierung] geschehen ist. Als wir an ihrer Unbescholtenheit zweifelten, hatten wir ein Recht, etwas von ihrer Klugheit und etwas von ihrer Furcht zu erwarten. Gewiß hat der Herzog von Grafton [der Finanz- und Wirtschaftsminister] es nicht vorher gesehn, zu welch einer Ausdehnung die Bestechung eines Parlaments gebracht werden könnte. Vielleicht dachte er, daß in der Mehrheit des Unterhauses noch etwas Scham oder Tugend übrig bleiben oder daß es in der öffentlichen Feilheit eine Linie geben würde, über die sein Gewissen es nicht hinausgehen ließe ... Die Vertagung des Parlaments fordert uns natürlich auf, seine Schritte ins Auge zu fassen und die Lage zu erwägen, in welcher es das Königreich zurückgelassen hat ...«

Erkennst Du das wieder? Ein Brief von »Junius«, am 28. Mai 1770 im Londoner *Public Advertiser* erschienen. Ich habe die famosen Junius-Briefe (in der Übersetzung von Arnold Ruge, 1847) hier nochmals gelesen, parallel zu Deinen Briefen, und mich an diesen fulminanten Attacken eines Unbekannten gegen eine korrupte Regierung und ein verludertes Parlament erbaut. Warum bleibst Du, lieber M., am grimmigen oder ironischen Mo-

ralismus kleben, anstatt Dich in die Höhenluft funkelnder Polemik und Satire aufzuschwingen wie ein Junius? Ich liefere Dir noch ein paar Kostproben – die Zuordnung zur heutigen Bonner Szene überlasse ich Deiner üblen Laune.

An einen Minister:

»Die geringsten Ihrer Vorgänger besaßen Geschicklichkeit genug, um ihren Maßregeln wenigstens einen Anstrich zu geben. Wenn sie die Rechte des Volks angriffen, wagten sie es doch nicht, seinem Verstande geradezu Hohn zu sprechen; und in frühern Zeiten machten es selbst die käuflichsten Parlamente in ihrem Handel mit dem Minister zur Bedingung, daß er ihnen plausible Scheinzwecke an die Hand gäbe, wenn sie ihr Land und sich verkauften. Sie, Mylord, haben das Verdienst gehabt, ein kürzeres System der Regierung und der Logik einzuführen. Sie halten sich weder an die Leidenschaften noch an den Verstand, sondern einfach ans Zulangen . . .« (*PA*, 30. 5. 1769).

Über das Parlament:

». . . Aber am Ende, Sir, ist es sehr unwesentlich, ob ein Unterhaus seine Unschuld eine Woche, einen Monat oder ein Jahr behauptet . . .
Früher war es das Interesse des Volks, daß die Privilegien des Parlaments unbegrenzt und unbeschränkt blieben. Jetzt ist es nicht bloß sein Interesse, sondern ich halte es für wesentlich notwendig zur Erhaltung der Konstitution, daß die Privilegien des Parlaments genau ermittelt und in den engsten Grenzen, welche die Natur dieser Institution zuläßt, gehalten werden . . . Unser politisches Klima ist ernstlich verdorben . . . Der Schaden liegt zu tief, um durch irgendein geringres Mittel als durch eine große Erschütterung, welche die Verfassung entweder zu ihren ursprünglichen Prinzipien zurückführen oder sie gänzlich zerstören mag, geheilt zu werden . . .« (*PA*, 22. 4. 1771)

Und über die kritische Presse:

»Sie beginnen mit einer allgemeinen Versicherung, daß Zeitungsschreiber, wie ich einer bin, die wahre Ursache aller der öffentlichen Übelstände sind, über die wir uns beklagen. Glauben Sie wirklich, Sir William, daß die zügellose Feder eines politischen Schriftstellers imstande ist, so große Wirkungen hervorzubringen? Ein wenig ruhige Überlegung hätte Ihnen klarmachen können, daß Nationalunglück nicht durch die Schilderung der Minister, sondern durch ihren wirklichen Charakter und ihr Betragen entsteht . . .« (*PA*, 7. 2. 1769)

Ich werde auf Umwegen nach Berlin zurückfahren und erwarte dort, in wenigen Tagen, Deinen letzten Bericht vorzufinden. Damit mir kein öffentlicher Übelstand entgeht. C.

Berlin, 4. Juli 84

Lieber C., Du hast leicht reden von Höhenluft! Komm erst mal zurück nach Berlin, lies täglich die *FAZ* (es gibt sie wieder, anzeigendick) oder gar die *taz* (die gab es immer, anzeigenschwach), dann bist Du der erste, der sich über polemische Hochsprünge mokiert. (Wir sollten nach Deiner Rückkehr einmal darüber streiten: die Chancen einer moralisch oder sonstwie fundierten politischen Polemik in der erstickenden Ausgewogenheit der veröffentlichten Meinung – wäre solche Polemik nicht lächerlich, wirkte sie nicht wie »bestellt«, ja sogar »bezahlt«?)

Was soll ich Dir noch viel erzählen? Zusammengelesenes: Das Parlament macht Ferien, und doch geht alles so weiter wie zuvor; wie im Kindergarten. Herr K. äußerte mehrmals die Hoffnung, daß jetzt Ruhe einkehre, und bitte kein »Sommerloch«, das mit ständigen Fragen nach dem Zustand von Kabinett und Koalition gefüllt wird! Aber das Loch ist er selbst: Die CSU spekuliert auf die Schwäche der FDP, die FDP benutzt ihre Schwäche als Hebel: wenn Kohl sie nicht stütze . . . Kohl macht sich Sorgen wegen Genscher: wenn die FDP ihn »restlos demontiert«, kann er ihn kaum als Außenminister halten. Wenn Strauß aber Außenminister werde, so droht die FDP, müsse man im Kabinett mit einer Änderung des Klimas rechnen, dann würden die CSU-Minister nach der Pfeife von Strauß tanzen. Kohl, der heute nach Lateinamerika abreist (wo er sicher eine Sackgasse finden wird, die keine sein soll), will nach seiner Rückkehr mit Strauß über Koalition und Kabinett sprechen, das haben die beiden jetzt in München ausgemacht. Im Moment über eine Kabinettsumbildung zu sprechen, hält Kohl hingegen für »geschmacklos«; auch Waigel hält es für geschmacklos, aber er zielt damit auf Kohl, wegen Bangemann, der seinerseits nichts geschmacklos findet, sondern eben das mit der CSU anstrebt, was diese, laut Waigel, mit der CDU erreichen möchte: einen »engen Schulterschluß«. Man ist sich also einig. (Nach einer Untersuchung des Sinus-Instituts, von der die *Zeit* letzte Woche berichtete, ähnelt der FDP-»Typus« dem CDU-»Typus« zum Verwechseln, »er geht nur etwas häufiger ins Theater«.)
Alles übrige – Schwarz-Schillings neues Kabel-Babel, Möllemanns neue *Twen*-digkeit, Geißlers neue Zuchtanstalt usw. – gibt es auch noch, wenn Du zurückkommst. Hier nur ein Zitat aus des sechsten Bundespräsidenten erster Rede, am 1. Juli vor der Bundesversammlung, worin Politik eine neue dramaturgische Qualität gewinnt, die des Passionsspiels: »Wir müssen und wir dürfen uns in der Bundesrepublik zu unserem nationalen Empfinden bekennen, zu unserer Geschichte, zur offenen deutschen Frage, zur Tatsache, daß wir überzeugte Bündnis- und Gemeinschaftspartner sein können und doch mit dem Herzen auch jenseits der Mauer leben.« Das ist ziemlich viel aufs Mal – werden wir da nicht überfordert? Es folgt ein sehr rätselhafter Satz: »Unsere Nachbarn dürfen davon ausgehen [!], daß auch sie in unserer Lage ähnlich empfinden würden wie wir.« Wenn sie aber nicht hinkommen wollen, wovon sie ausgehen dürfen? Der Druckerstreik, in seiner 13. Woche, scheint die freie Meinungsäußerung also doch zu beeinträchtigen.
M.

Cornelia Bolesch
Anmutung oder
Die Bildschirmherrschaft

Der Mann war mir kein Begriff. Dabei hat er die »69er Brandt und die 80er Schmidt, die erste Kronawitter und überhaupt total SPD gemacht, full service, bis achtzig«. In dieser Zeit muß auch ich unter seinen Einfluß geraten sein, denn bis achtzig konnte sich die SPD in der Wahlkabine noch voll auf mich verlassen. Der Mann heißt Harry Walter. Ausgerechnet in einem Buch des CDU-Medienstrategen Peter Radunski habe ich ihn entdeckt. Er wird darin als »einer der großen Könner der politischen Kommunikation« umschmeichelt. Aus der Feder des politischen Gegners eher ein zweifelhaftes Kompliment. Daß es aufrichtig gemeint ist, glaube ich erst, als mir die Kunstgriffe der politischen Visagisten vertrauter werden. Die Anforderungen ihres noch jungen Berufs scheinen die Medienberater über alle Landes- und Parteigrenzen hinweg zu freundschaftlicheren Umgangsformen zu zwingen, als es bei dem Material, das sie bearbeiten, den Politikern, üblich ist.

Doch zurück zu Harry Walter. Ende der 60er Jahre soll er, damals noch Journalist und Werbefachmann, den Politiker Herbert Wehner zufällig auf einem Flughafen getroffen haben, wo er ihm sofort eindringlich die Darstellungsmisere der Sozialdemokraten auseinandersetzte. Ich erreiche Harry Walter unter der Nummer seiner Firma, der ARE, ein Ableger der Werbeagentur der schwedischen Genossen. Walter ist sofort am Apparat. Das erste, was ich erfahre: der »full service« der ARE für die SPD gehört inzwischen auch schon der Vergangenheit an. Eine neue Agentur, »frisches Blut«, sagt Walter tapfer, managt jetzt die Auftritte der Partei. Als Solo-Berater ist Harry Walter aber offenbar immer noch gefragt. Zur Zeit bereitet er sich auf nicht weniger als vier Wahlkämpfe vor: Saarland, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Dominikanische Republik.

Walter entschuldigt sich ein bißchen für die Dominikanische Republik. »So viele erfolgreiche Wahlkämpfer gibt's bei den Sozialisten ja nicht.« Warum das so ist, warum sich besonders die SPD lieber mit »Inhalten herumquält«, als sich auf das optisch ansprechende Auftreten ihrer Führungsfiguren vor blauen Vorhängen zu konzentrieren, darüber wird Harry Walter Ende dieses Jahres noch besonders intensiv nachdenken können. Er ist nämlich auch »Weltpräsident« der IACP, der »International Association of Political Con-

sultants«, die sich alljährlich an wechselnden attraktiven Orten trifft und dann eigentlich immer nur dasselbe Problem wälzt: Wie weit lassen sich Politiker manipulieren – so, daß sie ins Fernsehen passen?
»Consultants« in diesem Fall mit »Medienberater« zu übersetzen, wäre falsch. An das Medium Presse zum Beispiel scheinen sich die meisten unter ihnen nur vage zu erinnern. Sie halten es, glaube ich, für das Material, mit dem man Eiscremekartons umwickelt oder auf das man schmutzige Schuhe stellt. Das einzige Medium, das sie wirklich interessiert, ist das Fernsehen.
Den Politikern hat dieses Lieblingsspielzeug ihrer Kommunikationsstrategen erhebliche Unbequemlichkeiten eingebracht. Für die mit Puder verstopften Poren, die ekelhaft gekämmten und gescheitelten Haare, die sauberen Hemdkragen, das täglich neue Erschrecken über das eigene Aussehen dürfen sie sich bei einem amerikanischen Kollegen bedanken. Vor über zwanzig Jahren hatte John F. Kennedy bekanntlich nur einen oblatendünnen Sieg über Richard Nixon davongetragen. Fieberhafte Nachforschungen setzten daraufhin ein, was dem neuen Präsidenten eigentlich zur Ein-Prozent-Mehrheit verholfen habe. In den Mittelpunkt der Motivsuche rückte dabei bald die Serie von Fernsehdebatten, die Kennedy und Nixon vor einem Millionenpublikum geführt hatten. Ein kleiner Überblick über die Folgen, die sich daraus für die Präsentation der amerikanischen Politik ergeben sollten, kann an dieser Stelle auch unseren Zwecken dienlich sein. Harry Walter und seine Kollegen haben schließlich alle in amerikanischen Schulen gelernt.
Einunddreißig Untersuchungen über Kennedy, Nixon, die Zuschauer und das Wahlergebnis wurden produziert. Heraus kam letztlich – streng wissenschaftlich – nur ein riesiger Haufen Kaffeesatz, der die Medienstrategen aller Parteien aber bis heute gut ernährt. In den USA glaubte man nämlich bald, auf eine vielversprechende Fährte gestoßen zu sein: Hatten die von 31 Forscherteams belästigten Wähler nicht irgendwann einmal entnervt zugegeben, ihnen sei vor der Glotze plötzlich aufgefallen, daß die Zähne des jungen Kennedy eigentlich in einem viel besseren Zustand waren als das Gebiß seines Kontrahenten? Fanden sie nicht die Schweißperlen auf Nixons Stirn etwas unangenehm? Kam dafür bei den Radiohörern Richard Nixon nicht viel besser, einfach trockener an?
Aus dem Meer von Selbsteinschätzungen und Rückbesinnungen des Wählervolks destillierten die amerikanischen Wahlkampftstäbe jedenfalls eine Erkenntnis, die sie geradezu elektrisierte: den Zuschauern schienen die sachlichen Inhalte der Diskussion viel weniger wichtig gewesen zu sein als das Benehmen der Kandidaten, deren »style of presentation«. Kennedy war einfach hübscher! Das führt uns geradewegs zur Ersten Goldenen Regel moderner Wahlkampfführung: *Wahlen können im Fernsehen verloren und*

gewonnen werden. Das Fernsehen aber spricht zum Bauch und nicht zum Kopf.

Für die Politiker brachen harte Zeiten an, zunächst in den USA. Weil sich ihre Berater in die Vorstellung hineingesteigert hatten, jedes nachlässige Zupfen am Ohrläppchen könnte 250 000 Stimmen skandinavischer Einwandererfamilien in Minnesota kosten, jedes trockene Husten dagegen die Sympathien der jüdischen Einwohner von New York, gaben die Kandidaten in den Studios bald keinen Mucks mehr von sich, der nicht vorher durchgesprochen und geprobt worden wäre. Beträchtliches Anschauungsmaterial bietet dafür die Fernsehdiskussion zwischen Jimmy Carter und Gerald Ford aus dem Jahr 1976. Es kann einen zu Tränen rühren. Die Vorbereitung der SALT-Gespräche soll ein Dreck gewesen sein verglichen mit der Vorgeschichte dieser Sendung. Auf dem Pult des Kandidaten Ford, den man in seiner näheren Umgebung offenbar für einen besonderen Tölpel hielt, mußte eine Vertiefung angebracht werden, damit das Glas Wasser, das man ihm hinstellte, nicht umkippte, wenn er danach griff. Das Wasser fiel nicht um, dafür die Tonleitung aus. Ford und Carter, die Kameras weiter auf sich gerichtet, blieben wie angewurzelt auf ihren Plätzen und starrten wortlos vor sich hin, wie aufziehbares Spielzeug, das sich ausgetobt hat.

Solche Horror Picture Shows müssen sich die Amerikaner aber längst nicht mehr ansehen. Sie haben sich inzwischen einen Präsidenten gewählt, der als alter Hollywood-Haudegen weiß, was das Rotlicht bei einer Kamera bedeutet, und daß es sich immer auszahlt, seinen Text zu beherrschen oder ihn wenigstens abzulesen, ohne zu schielen. Daß ihm dabei hin und wieder auch ein kleiner Scherz über die Lippen kommt, verübeln ihm wirklich nur die notorischen Miesmacher von der Ostküste und dem Rest der Welt. Als Meister ihres Fachs haben sich Ronald Reagans Medienberater aber in diesem Wahljahr in der Handhabung der Zweiten Goldenen Regel für politische Kommunikatoren erwiesen. Sie lautet: *Bild schlägt Wort.* Schaffe Anlässe, und du bist im Bild.

Papst, Chinesische Mauer, Veteranengräber, D-Day, Gipfel – das sind nur einige der Perlen in der Kette der Anlässe, die den Präsidenten in den letzten Monaten ständig in die News-Shows brachten. Dem Hauptanlaß fiel das kleine irische Dorf Ballyporeen zum Opfer. Von Ballyporeen hatte kein Ire je etwas gehört, bis sich der amerikanische Präsident entschloß, es für die Heimat seiner Vorfahren zu halten. Ballyporeen besteht aus einer Straße und 300 Einwohnern. Diese sollten den Präsidenten schon im Vorfeld seiner Visite zu allen Teufeln wünschen, die der Katholischen Kirche persönlich bekannt sind.

Der dpa-Reporter meldete: »Die Einwohner von Ballyporeen haben lautstark gegen amerikanische Fernsehteams protestiert, die versuchten, eine irische Dorfdeppen-Szenerie aufzubauen. Die Fernsehleute ließen einen

Mann in Cowboy-Tracht durch die Hauptstraße des Dorfes ›der kleinen Kartoffeln‹ reiten. Die Einwohner fanden das geschmacklos, und sie wurden regelrecht wütend, als die Amerikaner ein Pony in eine Kneipe brachten und filmten, wie es eine Flasche Guiness-Bier trank.« »Ich dachte, unser Dorf dreht durch«, ließ sich einem anderen Reporter gegenüber der Pfarrer vernehmen. Zwei Fernsehteams und vier Fotografen auf ein irisches Maultier – das war für lange Tage die neue Umrechnungseinheit in Ballyporeen.
Schließlich traf der Präsident persönlich ein. »Es ist, wie wenn man nach einer langen Reise heimkehrt«, deklamierte Ronald Reagan folgsam vor den laufenden Kameras und den etwa 2000 Journalisten, die mit ihm heimgekehrt waren. Die zertrampelte Erde von Ballyporeen wurde nach der Invasion für zwei Dollar das Säckchen verkauft.
Armer Harry Walter! Wenn das diesjährige Treffen der IACP stattfindet – in den USA, ausgerechnet am 7. November, einen Tag nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl – und Reagans Medienmanager platzen vor Stolz, wird er sich wahrscheinlich zum wiederholten Male fragen müssen, warum ausgerechnet er, der Weltpräsident, die SPD managen muß, eine Partei, die eine »Phobie gegen Verkaufe« hat, obwohl doch gerade das Fernsehen in der Lage wäre, »Dinge zu transportieren, ohne daß es eine Mark kostet«, obwohl es »das interessanteste und wirkungsvollste Medium überhaupt« ist, »total in der Wahrnehmung«.
Aber glauben Sie jetzt bitte nicht, Harry Walter würde sich nachträglich für seine beiden eigenen Hauptdarsteller schämen. Ganz im Gegenteil. Wie ein Backfisch schwärmt er von ihnen. Beide hätten »bombig gewirkt, einfach bombig«. Seine Zuneigung verteilt Walter absolut gerecht: »Es ist ja nicht nur ein Dom schön.« Trotzdem, im Verlauf unseres Gesprächs kommt es doch heraus: Sie haben ihn beide auch ganz schön Nerven gekostet. Daß Willy Brandt bei der Entgegennahme des Nobelpreises die Reporterrudel lästig fand, daß Helmut Schmidt sich richtig ekelte, als während seines Besuchs in Moskau die Pulks von Berichterstattern mit schwerem Gerät auf Stimmungssuche über die Soldatengräber trampelten – dafür kann Harry Walter noch ein Maß an Verständnis aufbringen, das für einen Medienmanager die Grenze der Selbstverleugnung streift. Aber nur widerwillig mag er sich daran erinnern, welche Qual es war, seine beiden Kanzler auf Auftritte im Fernsehen vorzubereiten: »Bloß ein bißchen Puder und die Bitte, doch ein blaues Hemd anzuziehen, weil blau kommt im Fernsehen einfach besser als weiß, und die wurden total aggressiv.«
In solchen Momenten mag Harry Walter ein Satz schmerzlich zu Bewußtsein gekommen sein, den sein Kollege Peter Radunski in seinem Standardwerk *Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation* niedergelegt hat, ein Satz, der die ganze Tragik der politischen Medienberatung kurz und trocken umfaßt: »Die Einführung neuer Produkte ist in der Wahlwer-

bung selten möglich.« Nimmt man hinzu, daß Harry Walter auch sonst reichlich Gelegenheit fand, sich unbeliebt zu machen (»wenn unsere Politiker stundenlang in Konferenzen herumgestritten hatten, und man legte denen dann für die Öffentlichkeit so einen Werbeslogan hin, wir wollen saubere Luft oder so, dann bekamen die Pickel«), so darf man vermuten, daß sich der Werbeberater der SPD vielleicht schon längst resignierend einer Zahnpasta zugewandt hätte, gäbe es inzwischen nicht auch bei den Sozialdemokraten Leute, die an die Medien »ein bißchen locker rangehen«. Apel gehört dazu, meint Walter, auch Dohnanyi: Leute, die wissen, »daß man Wahlen mit dem Kopf und nicht mit dem Herzen gewinnt«.

Sie werden sich jetzt vielleicht wundern, warum es diesem Herrn Walter nicht egal sein kann, ob seine Kandidaten blaue Hemden überstreifen oder nicht, solange sie nur das tun, was vordringlich von ihnen erwartet wird, nämlich Wahlen gewinnen. Schmidt und Brandt (Walter memoriert noch einmal bewegt dessen Erkennungsmarken: »Perspektive, Hoffnung, Zukunft, Kniefall«) haben ihm den Gefallen doch getan. Aber wer so fragt, der hat noch nicht verstanden, wie wichtig unseren politischen Kommunikatoren ein paar feste Regeln und Maßstäbe sind, als Orientierungspunkte und Ankerplätze in einem Beruf, in dem man nihilistische Erkenntnisse wie diese verkraften muß: »Wofür, wann und warum sich die Wähler entscheiden, kann bei aller Brillanz der Meinungs- und Wahlforschung nicht ausreichend geklärt werden« (Peter Radunski).

Ein Orientierungspunkt in diesem wüsten Land ist die »Anmutung«. Darunter, erklärt Walter, verstehe man das Zusammenwirken von »kognitiven und emotionalen Elementen«, von »Botschaft und Verpackung«. Dabei lernen wir von ihm gleich die Dritte Goldene Regel für politische Kommunikatoren: »*Geschriebene und gesprochene Politik hat keine Anmutungsqualität.*« Brandt und Schmidt haben natürlich »Anmutungen« gehabt, völlig verschiedene zwar, aber beide haben – ja, wir wissen es bereits – »bombig gewirkt«. Harry Walter gibt noch eine Hilfestellung: Man müsse das so sehen wie bei Marylin Monroe und Jane Russell.

Aber warum sollen Marylin und Jane blaue Hemden anziehen? Um das zu begreifen, wenden wir uns jetzt dem Souverän zu und der Tatsache, daß er für Leute wie Harry Walter und Peter Radunski in einen interessanten und einen uninteressanten Teil auseinanderfällt. Weniger interessant ist er als Stammwähler.

Der Stammwähler ist seiner Partei treu. Vom Stammwähler wird berichtet, daß der Kandidat seiner Partei im Fernsehen ruhig blühenden Unsinn verbreiten dürfe. Der Stammwähler neige dazu, dies in der Erinnerung einfach dem Vertreter einer gegnerischen Partei zuzuschreiben. Anschauliche Beispiele solch selektiver Wahrnehmung entdeckt man gelegentlich auch in der Presse, zum Beispiel im Wechselgesang zwischen zwei Münchner Zeitungen

nach der entscheidenden TV-Wahldiskussion im Jahr 1972. *Münchner Merkur (MM):* »Brandt starrte mit leerem Blick vor sich hin und mimte das, was er für das Bild eines Staatsmannes hält.« – *Süddeutsche Zeitung (SZ):* »Brandt gelang die neue persönliche Bestleistung, sich von nichts aus der Ruhe bringen zu lassen.« – *MM:* »Barzel präsentierte gelassen seine Argumente.« – *SZ:* »Barzel zeigte wieder seine Von-Oben-Herab-Attitüde.« – *MM:* »Scheel, gewohnt, durch weitschweifiges Reden geringe Kenntnisse zu verdecken . . .« – *SZ:* »Die eigentliche positive Überraschung der Diskussion war Scheel.« Undsoweiter. Wir merken uns also, daß vom Stammwähler aus der Politiker ruhig mit einem Schnuller im Mund und einer Ratte auf dem Ohr zur »Bonner Runde« erscheinen dürfte.

Nicht der berechenbare Stammwähler, sondern der nervöse Wechselwähler steht darum auch im Zentrum der Aufmerksamkeit von Kommunikatoren und Wahlforschern. Er gilt zu einem großen Teil als politisch nicht besonders interessiert. Man hält ihn für emotional, sprunghaft, äußeren Einflüssen unterworfen. Ihm scheint man durchaus zuzutrauen, aus Verärgerung über das blendend weiße Hemd des Kandidaten X, das ihm die Augen verdirbt, einfach zum Kandidaten Y überzulaufen, der brav und blau dasitzt. Um den Wechselwähler nicht zu verstören, haben es sich die Berater auch angewöhnt, ihren Politikern ein möglichst »cooles«, zurückhaltendes Auftreten vor der Kamera beizubringen. Ein besonders gelungenes Beispiel von Gehorsam konnten die »Political Consultants« auf ihrer letzten Konferenz in Israel durchsprechen. Harry Walter erinnert sich: »Da ging es um den letzten Wahlkampf in Großbritannien, der fast nur übers Fernsehen gelaufen ist. Thatcher hat da ne Menge gelernt. Hat fast nur gelächelt. Nie aggressiv gewesen. Als ob sie Tabletten geschluckt hätte. Hat alles abprallen lassen. Ganz auf Strahlemann dressiert. Voll gebrieft. Dabei wußte jeder, der sie kannte, daß sie ne Zicke ist.« Inzwischen wissen wir, daß das Briefing der britischen Premierministerin den Wahlabend nicht überdauert hat. Doch selbst wenn der Augenblick des Triumphs für die britischen Berater nur kurz gewesen ist, auch Harry Walter würden wir einen solchen Moment der Omnipotenz gerne gönnen, den Augenblick, wo die Peitsche knallt und die Pferdchen zu traben beginnen. Leider hat sich Harry Walter an eine Partei gewöhnt, deren Pferdchen noch nach der Manege suchen.

»Die SPD hat in der Medienpolitik gepennt, geschlafen, Mist gemacht.« In der Abteilung »Forschung und Wahlen« des SPD-Vorstands scheint man fast ein bißchen stolz zu sein auf diese konsequente Haltung der Partei, die sich immerhin schon in den fünfziger Jahren abzeichnete: »Da hat die CDU bereits Wahlkampf in den USA studiert, während unser Vorstand mit Erich Ollenhauer noch persönlich an den Texten für die Werbeplakate gesessen ist.« Die Fortsetzung dieser »rührenden und tragischen« Geschichte, die uns der Leiter der Abteilung, Volker Riegger, zum besten gibt, konnte man vor

einiger Zeit auf dem Kongreß »Massenmedien und Wahlen« verfolgen, der eigentlich nicht so sehr die Herren Riegger (SPD) und Radunski (CDU) vor geladenen Gästen zusammenführte, sondern das 18. und das 21. Jahrhundert.

»Die SPD«, so hatte Volker Riegger seinen Vortrag begonnen, »ist eine aufklärerisch-optimistische Partei, die deshalb viel Zeit und Kraft auf das Formulieren von Programmen verwendet.« Radunskis erster Satz: »Die Wahlkämpfer werden ihre Planung, ihre Kreativität und ihre organisatorische Energie auf das Fernsehen richten müssen.« – Riegger, störrisch: »Die SPD kann Wahlkämpfe nur als diskutierende und der Aufklärung verpflichtete Partei gewinnen.« – Radunski: »Für die CDU heißt es, Energie und Ideenreichtum auf die Frage zu lenken, wie man ein politisches Programm zu einer Information macht, die fernsehwirksam kommuniziert werden kann.«

Peter Radunski hat Harry Walter, wie unschwer zu erkennen ist, einiges voraus. Zunächst eine wenig zimperliche Partei. Und, auf den ersten Blick, auch einen gelehrigen Hauptdarsteller. Radunskis Theorien lesen sich jedenfalls zu einem erheblichen Teil wie eine Einstimmung auf die Art, in der in Bonn Politik präsentiert wird. Radunski hatte zum Beispiel gefunden, daß ein »wesentliches Moment« in der Ausstrahlung eines Politikers das »einfache Grundgefühl« sei, wenn der »Politiker seinen Wählern zeigt, daß ihm die Politik Spaß macht«. Unserem Kanzler scheint darüber das Lächeln schon so zum Regierungsinstrument gefroren, daß es ihm offenbar selbst beim Requiem für die verunglückte Gattin des bayerischen Ministerpräsidenten schwer fiel, seine Gesichtsmuskeln unter Kontrolle zu halten. Radunski hatte auch das Bild vom Politiker als »Nachbar« entworfen. Brav demonstriert der Kanzler, daß bei uns jeder die Chance hat, etwas zu werden, auch wenn aus seinem Munde Sätze ins Freie finden (»es gilt, im Ost-West-Konflikt voranzugehen und den Stuhl des sowjetischen Verhandlungspartners hervorzuheben«), die wenig Sinn ergeben.

Doch wie immer ist die Wirklichkeit ganz anders. »Der Kanzler«, erklärt Radunski höflich auf eine entsprechende Erkundigung, »hat die wesentlichsten Teile seiner Auffassung von Politik schon vorher gehabt: positiv auf die Menschen zugehen.« Im Klartext heißt das, der Kanzler macht sich seine »Anmutung« selbst. Radunskis Traum von einer »Fernsehschule« für Politiker ist vorerst geplatzt. Nur die kleinen, ganz jungen CDU-Abgeordneten im Bundestag haben einmal unter Live-Bedingungen und der Anleitung echter Rundfunkjournalisten »Interview«, »Statement« und »Diskussion« geübt und dabei gelernt, daß man nicht mit der Pfeife herumfuchteln soll, wenn man einen coolen Eindruck machen will.

Doch welcher Kanzler, klagt Radunski, würde schon freiwillig eine Fernsehschulbank drücken, auch wenn man ihm ganz gerne mal beibringen

würde, nicht immer so furchtbar lange Sätze zu erfinden, weil das Fernsehen, wie Radunski weiß, »der Feind der langen Sätze« ist. Diese Schulschwänzerei ist für die CDU nicht ohne Folgen geblieben. Besonders im Vergleich mit den amerikanischen Freunden hat Radunski noch viele Wünsche offen. Der Schauwert seiner Truppe macht ihm zu schaffen, ihr Umgang mit Symbolen, der tatsächlich etwas täppisch wirkt (kürzlich ließ sich der Kanzler in Mexiko einen Sombrero aufs Haupt stülpen) gemessen an der Virtuosität der amerikanischen Inszenierung. »Ronald Reagan hat seine erste Wahlkampagne mit dem Vater von Lech Walesa vor der Freiheitsstatue gestartet.« Radunski läßt dieses Beispiel ganz langsam auf der Zunge zergehen. »Das medial zu können!«

Eile im Bilder-Training scheint aber schon deshalb geboten, weil Radunski, dem wenig entgeht, seit einiger Zeit eine Bewegung heranwachsen sieht, die mit der Symbolik offenbar überhaupt keine Schwierigkeiten hat: »Die Grünen wären ohne das Fernsehen nicht zu denken. Bei denen geschieht doch nichts ohne visuellen Akzent. Denken Sie nur an die Pullover!«

Ist es das, worauf alles hinausläuft: eine gehäkelte Haube für Heiner Geißler? Wenn ich Ihnen, lieber Herr Radunski, ausnahmsweise auf diesem Weg zum Abschluß einen Rat geben darf, der in unserem so kurzweiligen Telefongespräch keinen Platz mehr fand: ich glaube, das Problem Ihrer Partei mit dem Fernsehen ist ein typisch deutsches. Ihre Freunde gebärden sich einfach als die Herren des Fernsehens, wo sie doch, um optimale Wirkung zu erzielen, seine Diener sein müßten. Sie haben unter den schrillen Anfeuerungsrufen der Demoskopin Noelle-Neumann die Bühne besetzt. Der Schritt von den lästigen Schirmherrschaften zur Bildschirmherrschaft ist getan. Nun stehen sie mit schweren Stiefeln auf den Brettern und wissen nicht, was gespielt werden soll. Statt dessen wird dem Publikum ein Kanzler zugemutet, der unlängst barsch (und ein bißchen kindisch, wenn Sie mich fragen) forderte, nun endlich die Kameras »wegzumachen«. Wo Sie jetzt auch noch unzähligen Privattheatern Aufführungsrechte für lustige Sachen einräumen. Meinen Sie denn, daß von Ihren politischen Anmutungen dann noch ein Mensch etwas wissen will?

Gut, Sie werden sagen, wir haben doch die »Tagesschau«, Ihr geliebtes »elektronisches Anschlagbrett«. Mir liegt es, weiß Gott, fern, die jahrzehntelange Gewöhnung an ausgeschlafene Männer, die mit dicken Aktenordnern an Konferenztische eilen, um sich dort energisch Mineralwasser einzuschenken, einfach gering zu achten. Der Innenminister beherrscht diesen Part ja so gut, daß der Wald gar keine Chance hat, dagegen anzusterben. Der Bevölkerung fallen sicher auch die richtigen Assoziationen dazu ein (Hausaufgaben, Fleiß, Kompetenz, Beliebtheit, viel Besuch). Und kürzlich, das will ich Ihnen auch noch zugestehen, war es fast wie ein optischer Schock, eine Art Entzugserscheinung, als plötzlich anstelle unseres dicken

Kanzlers sein Bediensteter Schreckenberger im Ledersessel saß und irgend etwas Deutschfranzösisches aushandelte. Wie ein Häschen hat er ausgesehen.

Doch Seriencharakter, Vertrautheit, alles geschenkt, lieber Herr Radunski. Sie müssen begreifen, daß die Tagesschau als einziges Repertoire-Stück wirklich etwas dürftig ist, vor allem weil das ZDF ja schon seit längerem als Top-Nachricht des Tages zeigt, wie Zwergpinguine auf den Bauch fallen. Da müssen Sie sich schon etwas überlegen. Talente unter den Politikern, die es mit den Pinguinen aufnehmen könnten, gibt es ja mehr, als man gemeinhin denkt. Herr Strauß zum Beispiel war in diesem Sommer in einer ganz amüsanten Freilichtaufführung, »Suche nach einem Rucksack«, zu sehen. Leider konnten nur die Zuschauer des Bayerischen Regionalprogramms verfolgen, wie ihr Ministerpräsident im Hof der Staatskanzlei mit dem Schlüsselsatz »'Zefix, wo is mei Rucksack?« eine Gruppe von Beamten in Atem hielt, die den Leitsatz – »Wo ist der Rucksack« – vielstimmig, aber durchaus harmonisch aufnahm und, einem antiken Chor gleich, zur Schicksalsfrage werden ließ.

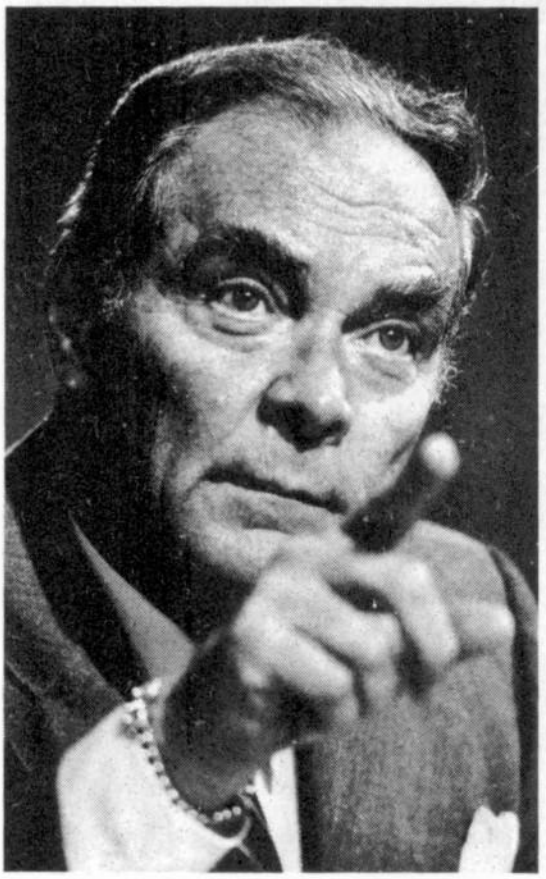
Strauß vermißte seinen Rucksack übrigens auf dem Weg zu seinem Wandergefährten Kohl. Leider, lieber Radunski, mag Ihr Kanzler mit dem Bayern ja sonst nicht spielen, was wirklich schade ist, denn wenn Sie tatsächlich glauben, daß Fernsehzuschauer »nicht empfangen, sondern empfinden«, wenn wirklich, was Sie doch immer predigen, »die Stimmung, die aus dem Fernseher kommt«, entscheidend ist für die Wahlstimmung im Lande, dann muß ihre Truppe dazu bewegt werden, neue Stücke zu proben und neue Schreiber zu engagieren. Nehmen Sie sich doch, was Ihnen nicht schwer fallen wird, ein Beispiel am amerikanischen Präsidenten. Der läßt sich über lästige Vorgänge in der Welt am liebsten durch Spielfilme unterrichten. Da weiß er sofort, wem er die Daumen drücken soll. Kürzlich hat er sich mit dem französischen Staatspräsidenten auf dem Videoschirm das Schicksal eines sympathischen Burschen namens Sacharow angesehen.

Auf einen Minister im Kabinett können Sie dabei jetzt schon zählen. Der macht mit, das garantiere ich Ihnen. Wurde ja auch von den Journalisten, die noch nicht gelernt haben, Informationen ein bißchen amüsant zu gestalten, ganz schön gemein behandelt. Kürzlich habe ich ihn aber locker und glücklich beim Ball zur Bundesfilmpreis-Verleihung gesehen. »Es tut doch gut«, hat er geseufzt, »mal unter andere Leute zu kommen.« In der *Hörzu* hat er bereits sein »erstes menschliches Interview« geben dürfen, unter dem Motto: »Besuch bei einem Gezeichneten – wie hat er die ganze Geschichte verkraftet?« Da haben wir nachgelesen, wie es wirklich war: »›Ich habe mich entschieden‹, sagte der Minister. ›Sie sind ein Sicherheitsrisiko‹. Der General sagte: ›Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort.‹ ›Ich würde Ihnen gerne glauben‹, sagte der Minister.« Und der *Hörzu*-Reporter mußte beim Schreiben daran

denken, daß sich die Mutter des Ministers »schwanger einen Helden wünschte«. Ganz vielversprechend, nicht, wenn man überlegt, daß Springer bald auch Satellitenfernsehen machen darf!
»Privatfernsehen«, haben Sie, lieber Herr Radunski, mir gesagt, »wird eine ganz aufregende Sache für uns.« Es bleibt Ihnen aber, wie Sie sehen, noch genug zu tun. Wenn ich Ihnen noch einen Tip geben darf, sprechen Sie doch mal mit Richard von Weizsäcker. Der hat vor ein paar Jahren ganz genügsam gesagt: »Wir verfügen nicht über die Talente von Hoss Cartwright, den ich immer so sympathisch fand, aber nicht imitieren kann.« Unlängst habe ich Herrn von Weizsäcker auf dieser Abschiedsgala für seinen Vorgänger im Fernsehen gesehen, wie er mit verkniffenem Mund einen Teddybären umklammerte, den ihm Quizmaster Rosenthal überschwenglich in den Arm gedrückt hatte. Ganz verbittert sah er aus. Vielleicht sollte man ihm, und auch einigen anderen Parteifreunden, noch einmal ganz behutsam erklären, wohin die Reise geht?
Zu dieser Gala war übrigens auch unser ehemaliger Kanzler Helmut Schmidt eingeladen. Ein kleines Klaviersolo hätte er beisteuern sollen. Schmidt hatte aber keine Zeit. Arme SPD. Armer Harry Walter.

Äthiopisches Intermezzo 3

Unser Herr nahm auf dem Thron Platz, und in dem Augenblick, da er die Sitzfläche berührte, schob ich ihm ein Polster unter die Füße. Das mußte blitzschnell geschehen, damit die Beine des ehrwürdigen Herrn nie in der Luft hingen . . . Es wäre nämlich undenkbar gewesen, daß die nötige Würde von einer Person bewahrt werden könnte, deren Beine wie bei einem Kind in der Luft baumeln. Dieses subtile und ungemein wichtige Problem wurde mit Hilfe eines Polsters gelöst.
Ich war sechsundzwanzig Jahre lang der kaiserliche Polsterträger. Ich begleitete den ehrwürdigen Herrn auf alle Reisen durch die Welt, und ich darf mit einigem Stolz sagen, daß er sich ohne mich gar nicht hätte fortbewegen können, denn seine Würde verlangte, daß er ständig auf einem Thron saß, ohne Polster aber konnte er nicht auf dem Thron sitzen, und der Polsterträger war ich. Ich beherrschte das besondere Protokoll dieses Bereiches und hatte mir ein unerhört nutzbringendes Wissen auf dem Gebiet der verschiedenen Thronhöhen angeeignet, das es mir möglich machte, rasch und präzis das geeignete Polster vom passenden Format auszuwählen, so daß es nie zu einer verhängnisvollen Differenz, einem Spalt zwischen Polster und Schuhen des Kaiser kommen konnte.
aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 35/36



»Mir kam«, so schreibt Haig über seine zwei Jahre unter Ronald Reagan, »das Weiße Haus so geheimnisvoll wie ein Geisterschiff vor; man hörte das Knarren in der Takelage, das Ächzen der Holzbohlen, ja, manchmal erhaschte man auch die Mannschaft an Bord. Aber wer davon stand eigentlich am Steuer?« (Die Welt)

Alexander M. Haig:
Geisterschiff USA

Wer macht Reagan's Außenpolitik?

Mit einem Vorwort
von Richard Löwenthal

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermann Kusterer
448 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, 39,80 DM
ISBN 3-608-91322-X

»Die Kommunikation funktionierte nicht, und in Washington war viel unheilstiftende Unfähigkeit zu beobachten.« Das ist der Kern der Erfahrungen von Alexander Haig, der zu Beginn von Ronald Reagans Amtszeit Januar 1981 zum Außenminister berufen wurde; nach anderthalb Jahren aber, Juni 1982, bereits wieder abdankte. Was war geschehen? Eine ehrgeizige und eigensüchtige Gruppe von Stabsmitgliedern riß Kompetenzen an sich, verhinderte den Meinungsaustausch, schirmte den Präsidenten ab. Für die Außenpolitik einer Weltmacht war und ist das fatal. Das Kompetenzgerangel und die Eifersüchteleien erzeugten ein Chaos, widersprüchliche Analysen und Optionen irritierten die Weltöffentlichkeit.

Klett-Cotta

Das Innere des Äußeren

Ein Gespräch mit Egon Bahr

Wo liegen eigentlich die Quellen neuer außenpolitischer Konzepte? Kann man Orte angeben, wo sie ausschlüpfen? Kommen solche Ideen, solche Konzepte aus der Bürokratie, aus dem Auswärtigen Amt, oder kommen sie auch aus der Öffentlichkeit? Kann man sie in der Zeitung lesen? Kommen sie aus den Universitäten, aus irgendwelchen Thinktanks? Oder kommen sie von den Politikern? Es gab einmal einen Plan, der hieß Rapacki-Plan. Was bedeutet das? Kann man das lokalisieren?

Das weiß ich nicht, was den Rapacki-Plan angeht. Zunächst mal: es gibt überhaupt kein Monopol für irgendeine der von Ihnen genannten Gruppen. Jede dieser Gruppe kann eine Idee haben. Die erste Andeutung kann z. B. in einem Leitartikel stehen, und das kann dazu führen, daß andere diese Idee aufnehmen und anfangen, darüber nachzudenken. Ich möchte ein praktisches Beispiel nennen. Das, was man später Ostpolitik genannt hat, ist in seiner operablen Form während der großen Koalition im Planungsstab des Auswärtigen Amtes entstanden. Das war aber nicht der Ursprung der Idee. Schon als die Mauer gebaut wurde, 1961, kam die Erkenntnis, daß die Vier Mächte nicht imstande sein würden, das Problem zu lösen. 1962, ein Jahr später, als Peter Fechter starb, war klar, daß die Macht der Drei Mächte an der Mauer endete und man sich mit Realitäten beschäftigen müßte statt mit Ansprüchen. Wieder ein Jahr später kam dann die Umsetzung: Kennedys »Strategie des Friedens«. Sie beruhte auf der Einsicht: Da man die Sowjetunion nicht aus der Welt schaffen kann, muß man mit ihr leben. Daraus ergab sich die Frage: Kann es für die beiden deutschen Staaten in der Mitte Europas eine besondere Rolle geben? So formte sich langsam aus unterschiedlichen Erfahrungen und Eindrücken heraus eine Idee, und die wurde dann in der Tat von Experten und mit dem ganzen Sachwissen der Bürokratie so weit entwickelt, bis sie gewissermaßen narrensicher und praktikabel war.

Mir fällt bei Ihrer Schilderung auf, daß sie vollständig unpersönlich gehalten ist. Sie sprechen in Passivwendungen, so als wäre das ein unpersönlicher und objektiver Prozeß gewesen. Aber bevor über die Idee beraten wurde, muß sie doch erst von einzelnen Leuten aufgeworfen worden sein. Ja, der Beratungsprozeß setzt ja eigentlich schon einen Konsensus voraus in kleinen

Gruppen. Man muß sich doch abgesprochen haben, bevor man so etwas überhaupt einer Bürokratie zur Bearbeitung übergab.
Nein. Ich habe am Anfang gesagt, ich habe eine Erfahrung. Später bin ich dann ins Unpersönliche gegangen, weil das mehrere Personen betrifft und nicht nur mich. Eine Idee, die tragend sein soll, entspringt immer einem Gehirn. Und dieses Gehirn setzt sich dann mit anderen Gehirnen, am besten befreundeten, in Verbindung und spricht darüber. Und dann kommt man entweder von der Idee ab, oder man findet sie bestätigt. Dem Planungsstab haben wir dann ein Konzept vorgegeben.
Ist das bereits eine ausformulierte Sache? Hat das bereits den Charakter eines Papiers?
Nein. Die Gespräche im Planungsstab fingen eigentlich damit an, daß ich meine Vorstellungen entwickelt habe und ringsum auf Skepsis, wenn nicht gar Ablehnung gestoßen bin.
Das wollte ich Sie auch fragen: Wann kommt die Prüfung durch Kontroversen, der erste Härtetest?
Der Widerspruch ist unentbehrlich. Sonst funktioniert es nicht.
Dazu braucht man aber Leute, mit denen man sich politisch ohnehin gut versteht. Es wäre riskant, das Projekt in seinem frühen Stadium einer kontroversen Diskussion mit der anderen Seite auszusetzen. Dabei könnte es zu gezielten Leckagen kommen. Da sehe ich bereits ein erstes Dilemma: Man braucht die kontroverse Diskussion, aber kann man sich die erlauben?
Man kann mit einer solchen Idee nicht an die Öffentlichkeit gehen, bevor man sich ihrer nicht ganz sicher ist, d. h., bevor sie abgeklopft und überprüft ist. Und dieses Abklopfen und Überprüfen ist nur mit Leuten möglich, denen man vertraut.
Das brauchen nicht unbedingt Politiker zu sein.
Überhaupt nicht.
In einem solchen Stadium könnte man auch an Personen denken, die vom Apparat unabhängig sind.
Und ob. Im Idealfall ist das ein journalistischer Freund, dessen Gehirn man kennt. Oder ein unabhängiger Gelehrter, dessen Denken unbestechlich ist.
Das alles ist immer noch Vorfeldarbeit. Sie arbeiten in diesem Stadium ohne Mandat. Irgendwann kommt dann ein anderer Moment, der mir interessant scheint, und zwar der Moment der Taufe. Es ist doch ein Politikum, unter welchem Stichwort eine neue Idee auftaucht. Man gibt dem Kind einen Namen, und damit hat man schon ein erstes Fähnchen aufgesteckt.
Dabei spielt oft der Zufall mit. Ich habe z. B. einen Text diktiert, in dem kam das Wort »Wandel durch Annäherung« vor. Ich habe damals meinem Stellvertreter gesagt: Mach doch mal einen Titel für dieses Manuskript. Und er hat »Wandel durch Annäherung« darüber geschrieben. Diese Formulie-

rung hat sich dann verselbständigt. Im übrigen ist es, wenn man ein Konzept entwickelt, so, daß man erst einmal den Inhalt definiert, die eigenen Interessen, die Interessen der anderen. Man berücksichtigt die Widerstände und bezieht die Argumentationen aller möglichen Partner mit ein. Wenn das alles durchgeprüft ist, dann überlegt man sich, in welche Form man es bringt. Das Ganze ist ja ein Prozeß, der einen solchen Planungsstab monatelang beschäftigt. Wir haben vielleicht 500 bis 600 Seiten Papiere geschrieben. Das hat sich dann zum Schluß verdichtet auf etwa 25 Seiten. Dann haben wir gesagt: Im Grunde muß man das Ganze auf anderthalb Seiten sagen können. Dann beginnt eine ganz neue Arbeit: Wie wird das in die Wirklichkeit transportiert? Das ist eine völlig neue Phase.

Bis zu diesem Zeitpunkt aber müssen Sie dafür sorgen, daß Ihr Planungsstab völlig dicht ist.

Er war dicht!

Das heißt also, bis zu diesem Stadium können Sie mögliche politische Gegner, innenpolitische Gegner, gar nicht konsultieren. Die werden sorgfältig vor der Tür gehalten.

Im Planungsstab saß z. B. ein Mann, von dem ich wußte, daß er CDU-Mitglied ist, aktives Mitglied. Aber seine Loyalität als Beamter hat gehalten. Übrigens haben wir dieses Papier groteskerweise aus der Vorstellung heraus erarbeitet, dies müßte eigentlich unsere Politik sein, wenn wir die Große Koalition fortsetzen. Das Papier ist dann auch an den Kanzler gegangen.

Es war von Anfang an so angelegt?

Ja. Und die daran gearbeitet haben, waren auch, bei aller Skepsis und kritischen Einstellung am Anfang, durch den Prozeß schließlich überzeugt, daß das Ergebnis objektiv unseren Interessen entspricht und realisierbar ist.

Wie ist das Verhältnis zur eigenen Partei in so einem Fall? Man muß doch auch der eigenen Partei gegenüber eine gewisse Reserve wahren. Man kann ja nicht die ganze Partei fragen.

Natürlich nicht. Wenn man eine Idee hat, kann man nicht mehr tun, als sie durchprüfen. Und ein Teil der Prüfung ist: Was sagen eigentlich die SPD und die FDP und die CDU dazu? Das wird mit einbezogen, ohne im einzelnen rückzufragen. Und das, was herauskam, war ja durchaus nicht kongruent mit den Vorstellungen der SPD oder der FDP.

Aber auch Ihr Konzept hat sich im Lauf dieser Vorarbeit verändert.

Natürlich.

Muß das Resultat nicht am Ende mehrere Optionen enthalten? In einer solchen Rechnung gibt es doch sehr viele Unbekannte.

Ich muß sagen, daß ich im Laufe der Verhandlungen nicht ein einziges Mal an einen Punkt gekommen bin, wo mir ein unbekanntes, nicht geprüftes Argument entgegentrat.

Das ist natürlich angenehm.

Wenn Gromyko anfing, sah ich den zweiten Teil seines Satzes schon voraus.

Das kann man wohl nicht als eine typische Situation betrachten; sonst würde die Außenpolitik keine Schlappen mehr erleiden.

Das ist richtig. Ein solches Beispiel ist selten. Dazu kann es nur kommen, wenn man eine progressive Idee hat und sie auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft hat. Nun kommt aber noch eine ganz andere Frage hinzu, nämlich: Gibt es den politischen Willen, das zu wagen? Gibt es eine politische Führung, die sagt: Jawohl, das soll probiert werden?

Bisher war das Ganze Trockenschwimmen. Jetzt muß man sich nach den Machtverhältnissen umsehen.

In dem genannten Fall war es so, daß das Konzept für die Fortsetzung der Großen Koalition gedacht war. Statt dessen kam die sozialliberale Regierung an die Macht, mit dem Ergebnis, daß Brandt und Scheel mir gesagt haben: Schreiben Sie etwas über die Außenpolitik dieser neuen Regierung. Daraufhin habe ich gefragt: Wie lang soll's denn sein? Brauchen Sie das heute nachmittag oder erst morgen? Die haben dann draufgeguckt und innerhalb von Minuten gesagt: Okay.

Wiederum ein extremer Ausnahmefall, in der Regel kommen ja jetzt die Hindernisse und die pressure groups und die Quertreibereien. Dann muß man – um überhaupt weiterzukommen – das Konzept ändern, weil man sonst nicht genügend backing dafür kriegen kann.

Ja, das haben wir dann später erlebt. Der ganze Prozeß wurde nachgeholt mit den juristischen Bedenken von Herrn Genscher und allen anderen pressure groups der CDU und der CSU und der Heimatvertriebenen. Und das erforderte dann *schrecklich* viel Arbeit. Man mußte alles noch einmal erläutern und erklären, obwohl doch alles schon durchgedacht war. Und mit den Drei Mächten ging es dann genauso. Man selbst wurde dabei immer sicherer. Aber objektiv gesehen war es eigentlich Zeitverschwendung. Man kann aber auch sagen: Objektiv war diese Zeitverschwendung notwendig. Denn es genügt ja nicht, ein solches Konzept zu haben, man muß auch die Mitspieler davon überzeugen.

Gut. Aber spätestens von diesem Moment an haben Sie es mit einem öffentlichen Prozeß zu tun. Ehe Sie überhaupt angefangen haben, mit dem eigentlichen Verhandlungspartner zu verhandeln, hat sich das Spiel schon vollständig verändert. Jetzt ist die Kamera drauf. Das Moment der Überraschung fehlt.

Nein, das Moment der Überraschung fehlt nicht. Denn wir hatten keine öffentliche Diskussion über das Konzept, bevor die Verhandlungen begannen. Die öffentliche Diskussion setzte erst in der zweiten Phase der Sondierungsgespräche in Moskau ein.

Warum so spät? Hat die Öffentlichkeit geschlafen? Und die Zeitungen? Die

müssen doch Wind davon bekommen haben. Es ist doch undenkbar, daß eine Sache, die Hunderte von Leuten involviert . . .
Dutzende. Wie gesagt, das fing sehr geschützt und in einer Art publizistischer Windstille an. Das begann sich dann allerdings sehr bald zu ändern. Dann kommt der Punkt, wo man eben durchhalten muß. Die Widerstände sind dann lauter als die Befürworter. In diesem Stadium muß man an der Spitze Leute haben, die die Nerven behalten und sagen: Wir finden es richtig und machen es trotz der Widerstände.
Gut. Dann kommen die ersten Sondierungsgespräche mit dem eigentlichen Verhandlungspartner.
Man legt sein eigenes Konzept dar. Und dann sieht man, wo die Gegenfragen kommen, oder wo das Gegenkonzept kommt, wenn es denn eins gibt. Nehmen wir z. B. die Verhandlungsrunde, die zu den Vereinbarungen von Wladiwostok zwischen den Amerikanern und Russen geführt hat. Henry Kissinger hatte mit ein paar seiner Mitarbeiter ein Konzept entwickelt. Er hatte das Okay seines Präsidenten und dessen Vertrauen. Und dann hat er sich, ohne daß die Öffentlichkeit wußte, worüber die reden, mit seinen Gegenspielern besprochen, mit Herrn Dobrynin, mit Herrn Gromyko, mit Herrn Breschnew. Dann fing die Öffentlichkeit an, etwas zu schnuppern. Er hat sich aber nicht davon beirren lassen. Die Öffentlichkeit wurde erst informiert, als die Sache abschlußreif, aber noch nicht abgeschlossen war. Auch wir, die Deutschen, haben unsere Argumente eingebracht, und sie wurden zum Teil berücksichtigt. Wir waren, als das Abkommen ein paar Wochen später fertig war, nicht überrascht, im Gegensatz zur Öffentlichkeit . . . Alle großen Sachen brauchen zu ihrer Vorbereitung eine gewisse Abgeschirmtheit, sonst gehen sie im öffentlichen Störfeuer unter.
Das wäre fast eine Rechtfertigung der sogenannten Kabinettspolitik.
Bis zu einem gewissen Grade, ja. Wenn Sie heute die Geschwätzigkeit in Bonn sehen, dann verstehen Sie, daß der Kollege Jenninger bestimmte Gespräche ohne öffentliche Ankündigung völlig informell und zurückgezogen führt. Nur so kann etwas dabei rauskommen.
Man kann sich aber auch Verhandlungen denken, die aus guten Gründen nicht gleich auf der höchsten Ebene stattfinden. Daraus entstehen dann neue Komplikationen. Es kann vorkommen, daß die Unterhändler unter sich Probeläufe vornehmen, und dann fällt ihnen die eigene Führung in den Rücken. Der berühmte Waldspaziergang war dafür ein Beispiel.
Ja, so etwas kann vorkommen. So etwas muß sogar vorkommen, wenn nämlich die Weisungen, die die Unterhändler kriegen, nicht klar genug sind, oder wenn sie zu eng sind und beide merken: Das kann nicht zu einem Ergebnis führen. Dann müssen gute Verhandlungsführer in der Lage sein, sich selbst hinzusetzen und in eigener Verantwortung eine mögliche Lösung zu umreißen. Sie müssen auch desavouiert werden können.

Man kann sich aber auch den Fall denken, daß man den Verhandlungspartner direkt in eine Falle hineinlaufen läßt. Das könnte auch ein Kalkül sein.

Das machen nur dumme Leute.

Das machen nur dumme Leute?

Weil man das nur einmal machen kann, und dann nie wieder. Dann ist das Vertrauen hin.

Das kann aber auch Absicht sein, um die Verhandlungen zu torpedieren.

Es ist auch eine Art, einen Verhandlungsführer unmöglich zu machen für die Fortsetzung der Verhandlungen. Wenn das jemand mit sich machen läßt, kann er einem nur leid tun. Wenn er nämlich das Gefühl hat, daß man ihn mißbraucht, dann müßte er den Nerv haben, das Ganze hinzuschmeißen.

Zurück zur Öffentlichkeit. Sie fungiert ja nicht nur als Störfaktor, sondern kann auch benutzt werden von dem, der eine bestimmte Außenpolitik durchsetzen will. Ich denke an die gezielte Indiskretion, den sogenannten Versuchsballon. Das kann bis zur Desinformation gehen.

Selbstverständlich. Aber ich möchte jetzt mal umgekehrt argumentieren. Nehmen Sie die Friedensbewegung. Dort formieren sich berechtigtes Unbehagen und begründete Sorgen zu einer Massenbewegung und üben dadurch Druck aus auf eine unwillige oder phantasielose Politik. Das ist im Grunde ein Zeichen dafür, daß die politischen Spitzen versagt haben. Denn sonst würde sich eine solche Massenbewegung gar nicht bilden. Es ist dann eine reine Machtfrage, ob der Druck von unten so stark wird, daß »die da oben« genötigt sind, ihm nachzugeben. Das heißt in diesem Fall, wirklich zu verhandeln. Manchmal gibt man, wie wir gesehen haben, nur nach, indem man zum Schein verhandelt. Dann wird entweder der Druck stärker, oder die Öffentlichkeit läßt sich täuschen. Dann läßt der Druck nach, und diejenigen, die nur zum Schein verhandelt haben, haben gewonnen.

Gibt es da nicht einen Realitätstest? Daß man nach ein paar Jahren sieht, daß man gegen die objektiven Interessen des eigenen Landes verstoßen hat? Die lassen sich doch durch Tricks und Manöver nicht ändern.

Ja, aber das ist dann für mich nicht mehr interessant. Das geht nur noch die Geschichtsschreiber an.

Weil der richtige Moment versäumt worden ist?

Weil die Ausgangslage nicht wiederholbar ist.

So ein Verhandlungsfenster kann sich öffnen, aber es schließt sich auch wieder.

Es muß dreierlei zusammenkommen: die richtige Situation, die objektiv richtige Erkenntnis und die Leute, die bereit sind, es zu machen. Wenn auch nur einer dieser Faktoren fehlt, kommt es nicht zum Erfolg. Deshalb kann man auch die Außenpolitik nicht an Gelehrte oder Computer delegieren. Sie läßt sich nicht objektiv ausrechnen. Sie ist und bleibt eine Kunst, weil zu

viele Faktoren, subjektive und objektive, mitspielen, die sich ständig verändern.

Das würde aber auch bedeuten, daß jeder, der sich auf die Berechenbarkeit der Außenpolitik verläßt, auf dem Holzweg ist.

Das stimmt so absolut auch wieder nicht. Ich kann z. B. bestimmte Sicherheitsinteressen eines jeden Staates als Konstante sehen.

Das heißt aber auch, daß eine Sicherheitspolitik scheitern wird, wenn sie gegen diese berechenbaren konstanten Interessen verstößt. Das gilt auch für unsere eigene Politik.

Selbstverständlich. Wir haben doch erlebt, daß die Erwartungen, die man wirklich oder nur vorgeblich an die Stationierung der Raketen geknüpft hat, gescheitert sind. Das war vorherzusehen. Deshalb ist das eigentlich ein ganz schlechtes Beispiel.

Nur, daß damit das Problem nicht verschwindet. Man kann also dem Bündnis nur eine sehr schlechte, pessimistische Prognose stellen, wenn die Interessen der Beteiligten nicht berücksichtigt werden.

Sie müssen doch zugeben, daß Reagan ungewöhnlichen Erfolg erzielt hat, indem er die Friedensbewegung schuf. Das war nicht seine Absicht, aber ein Ergebnis. Es hat sie doch vor ihm fast nicht gegeben. Und es ist auch vorher noch nicht vorgekommen, daß die Europäer in Ost und West ihre Interessen so deutlich erkannt und formuliert hätten. Also hat ein bestimmtes objektives Verhalten, auch wenn es falsch ist, Konsequenzen, vor allem solche, die man gar nicht haben wollte.

Und was macht ein Außenpolitiker, wenn er sich mit dem extrem Unberechenbaren konfrontiert sieht? Wie verhält er sich einem Präsidenten gegenüber, der hartnäckig und gezielt völlig irrationale Äußerungen tut? Es gibt in Amerika Fundamentalisten, die mit dem Herannahen von Armageddon rechnen. Wenn sich jetzt der Präsident der USA mit solchen Vorstellungen identifiziert und öffentlich sagt, er rechne mit der Apokalypse, was dann? Man kann sich damit beruhigen, daß das nur Rhetorik sei. Aber sehr befriedigend ist das nicht.

Nein. Aber wie kann man darauf reagieren? Wenn ich sowjetischer Außenminister wäre, dann würde ich sagen, ich lasse erst mal einen zweitklassigen Kommentator in einem meiner Blätter schreiben, was das eigentlich bedeutet. Die Regierung wird sich gar nicht äußern, wir nehmen das zunächst gar nicht zur Kenntnis, mal sehen, ob sich das wiederholt. Wenn ich deutscher Außenminister wäre, dann würde ich einen Brief an meinen amerikanischen Kollegen schreiben und ihm sagen: Wir kritisieren nicht öffentlich, aber ihr müßt wissen, daß wir 1. diese Meinung nicht teilen; daß das 2., wenn es ernst gemeint wäre, das Ende der Nato bedeuten würde, und daß ihr 3. gut daran tut, die Sache aus der Welt zu schaffen. Wenn ich amerikanischer Außen-

minister wäre und ich würde davon überrascht, dann würde ich zu meinem Präsidenten gehen und sagen: Das darf nicht noch mal passieren. Entweder wir machen unsere Außenpolitik gemeinsam, oder wir machen sie nicht. Solche Äußerungen kann ich nicht verteidigen. Ich habe meinem Sprecher die Weisung gegeben, bei Anfragen von Journalisten darauf zu erklären: No comment.

Wenn man nun aber zu dem Schluß käme, daß das ernst gemeint ist?

Das wird niemand unterstellen. Man könnte allenfalls vermuten, daß es sich um den Versuch handelt, die Russen weichzumachen.

Aber es hat in der Geschichte tatsächlich Paranoiker gegeben. Zum Beispiel Hitler. Obwohl er seine Schritte angekündigt hat, war es tatsächlich schwer, sie vorherzusehen. Man hat seine Äußerungen nicht ernstgenommen.

Ja, gegen Verrückte ist man fast wehrlos. Man kann sich gegen sie nur wehren, indem man sie abschreckt. Wenn sie ihre Pläne trotzdem verwirklichen, dann gibt es Krieg. Das ist der Punkt, wo Außenpolitik scheitert.

Manchmal kommt es mir so vor, als wäre die größte Schwierigkeit der Außenpolitik nicht der Umgang mit dem Gegner, sondern der mit dem Verbündeten. Es ist, als ob dieses Verhältnis nie so betrachtet und ausgedrückt wird, wie es ist, als müßte es dauernd bemäntelt werden. Immerzu ist von der deutsch-amerikanischen Freundschaft, von der deutsch-französischen Freundschaft, von der europäischen Solidarität die Rede, als könnte es zwischen Staaten so etwas wie Freundschaft geben. Die klassische Außenpolitik hat darüber viel nüchterner gedacht. Der Wechsel der Bündnisse war früher eine ganz normale Überlegung. Jeder Außenpolitiker hat in der Vergangenheit mit solchen Möglichkeiten kalkuliert. Heute ist das alles tabuisiert.

Die Bündnisse, die es heute gibt, sind Ausdruck einer neuen Situation. Zu den ursprünglichen, klassischen Interessenkonflikten kommen heute die ideologischen Konflikte, die zum wesentlichen Kitt der Bündnisse geworden sind. Unsere DDR-Leute reden von »Bruderschaft« und auch wir haben uns angewöhnt, statt »unsere amerikanischen Verbündeten« »unsere amerikanischen Freunde« zu sagen. Aber jede Freundschaft bedeutet auch Bindung, und Bindung bedeutet Einschränkung der Freiheit. Freundschaft kann doch nicht bedeuten, daß ich, wenn es sich um eine Person handelt, meine Gefühle und, wenn es um einen Staat geht, meine Interessen verschweige. Freundschaft bewährt sich erst dann, wenn ich fähig bin und den Mut habe, in Offenheit zu sagen, wo sich meine Interessen unterscheiden. Die Freundschaft verlangt doch keine Liebedienerei. Im Gegenteil: das ist ihr Tod.

Aber sind diese »Freundschaften« nicht eine Mystifikation? Denken Sie z. B. an das Risiko der horizontalen Eskalation. Wenn es heute zu einer Krise am

Persischen Golf kommt, riskieren wir, in die militärische Auseinandersetzung verwickelt zu werden. Die Amerikaner werden ihre Stützpunkte und Basen in der Bundesrepublik benützen, ohne uns zu fragen. Und wenn die Bundesregierung Einwände erheben sollte, sagt man ihr: Schließlich ist es auch euer Öl, ihr wollt ja eine sichere Versorgung. Wenn die Krise eskaliert, riskieren wir einen Krieg in Mitteleuropa, ohne jedes Vetorecht. Diese ganze Problematik wird aber unter dem Mantel der deutsch-amerikanischen Freundschaft eskamotiert.

Ich akzeptiere die Haltung der Amerikaner, aber ich verurteile es, wenn die deutschen Gesprächspartner ihre Hintergedanken verschweigen und nicht ebenfalls klar ihre Interessen formulieren. Das ist Vasallentum.

Aber dieser Zustand ist seit langem erreicht. Das ist auch der Grund dafür, daß wir keine Westpolitik haben. Immer wieder drohen z. B. die Amerikaner mit dem Abzug ihrer Truppen. Sie zeigen uns die Instrumente. Das ist ein ganz normales Spiel. Aber warum sollten wir nicht umgekehrt ebenfalls unsere Instrumente zeigen, in dem Maß, in dem sie verfügbar sind?

Ich will mich gar nicht vor der von Ihnen aufgeworfenen Frage drücken. Die Antwort auf eine amerikanische Drohung ist begrenzt, 1. durch unser Interesse, 2. durch das, was wir wirklich können. Das ist auch eine Machtfrage. Unter dieser Einschränkung würde ich sagen: Das kann mich gar nicht schrecken; wenn sie ihre Truppen abziehen, dann liefern sie uns der Gnade der Sowjetunion aus.

Das kann nicht in ihrem Interesse sein.

Das kann nicht in ihrem Interesse sein. Also werden sie es vermutlich nicht tun. Falls aber doch, dann sollen sie es uns bitte rechtzeitig sagen; denn dann müssen wir unsere gesamte Politik ändern. Das wäre nämlich das Ende des Bündnisses.

So etwas nennt man doch: to call the bluff. Sie können ja aus der Interessenlage heraus annehmen, daß es sich um einen Bluff handelt.

Nein, Nunn hat nicht geblufft. Dahinter stecken andere Überlegungen.

Er denkt an seine Wähler.

Nein, ich glaube, er könnte folgende Überlegung anstellen: Da die Russen gar nicht angreifen wollen, und da Europa im amerikanischen Sicherheitsschirm bleibt, könnten die Amerikaner in der Tat hier ihre konventionelle Stärke reduzieren zugunsten ihrer Globalinteressen. Und wenn die Europäer Angst haben, daß dann zu wenig Truppen hier bleiben, dann sollen sie gefälligst mehr bezahlen und selbst welche aufstellen. Das ist doch eine legitime Überlegung.

Ja, aber Ihre Antwort ist auch legitim. Ihre Überlegung wird aber öffentlich nie angestellt.

Doch, wenn auch vielleicht nicht gedruckt; aber angestellt, auch öffentlich, wird sie.

Aber lassen Sie mich auf unser Thema zurückkommen. Ein Aspekt scheint mir noch besonders interessant zu sein, die Prestigefrage. Ich meine diese ganze Diskussion um die Glaubwürdigkeit, mit der ja die unglaublichsten Aktionen gerechtfertigt werden. Der Vietnam-Krieg war ja wohl das größte Beispiel in der letzten Zeit, Afghanistan wäre ein anderes.

Darf ich mal etwas zu diesem Prestige sagen? Wenn Sie von mir verlangen, ich soll ein Friedenskonzept für die Welt entwickeln, dann mache ich das noch heute Nachmittag, ganz sicher aber, wenn Sie mir noch den morgigen Tag geben. Wenn ich einen Entwurf vorlegen soll für die Sicherheit Europas in den nächsten acht Jahren, dann ist das schon sehr viel schwieriger und braucht länger. Wenn ich aber sagen soll, wie die Agrarprobleme der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden können, dann sage ich: Lieber nicht! Das ist für den Außenstehenden manchmal unbegreiflich: Die Probleme werden leichter lösbar, je abstrakter ich sie stelle und je weiter ich sie in die Zukunft projiziere. Wenn ich mich heute mit einem Amerikaner oder einem Russen unterhalte, dann sind wir uns über die Notwendigkeit des Friedens völlig einig. Das ist sozusagen die abstrakte Zielvorstellung. Je näher wir zu den konkreten Problemen kommen, umso schwerer wird es, sich zu verständigen.

Wenn ich mich privat mit einem Russen oder auch einem russischen Wissenschaftler zusammensetze, kann ich natürlich auch über Einzelheiten leicht reden. Ich habe nämlich als Privatmann nichts zu verantworten. Ich habe keine Bringschuld und mein Gesprächspartner auch nicht. In dem Augenblick, da dieselben Leute am Verhandlungstisch sitzen und mit der Verantwortung für ihren Staat und ihr Land belastet werden, reden sie anders. Und dann treten auch sofort Prestigefragen auf.

Man kann aber doch wohl unterscheiden, ob es um die Vertretung wirklicher Interessen geht oder um bloße Kosmetik.

Ich rede nicht von den Dummheiten des Streits über den Vortritt, wer zuerst auf den roten Teppich darf. Das sind in der heutigen Zeit lächerliche Prestige-Fragen, obwohl früher sogar Kriege aus solchen Gründen geführt worden sind, weil es eben um den sichtbaren Ausdruck dafür ging, wer sich wem unterzuordnen hatte. Das spielt heute zwar immer noch seine im Grunde ausgediente Rolle, aber die Frage, wo die beiden Nummer Eins sich treffen sollen, ist nur noch der Ausdruck eines aus alten Zeiten überkommenen Prestige-Denkens. Wer besucht den anderen? Oder trifft man sich in der Mitte?

Das ist ein symbolischer Aspekt der Politik. Das kann ich verstehen. Gravierend ist es eher, wenn ich mein Prestige an eine Sache geheftet habe, und diese Sache sich als eine erweist, die nicht weiterführt.

Dann bin ich dumm.

Sehen Sie sich die Mittelamerika-Politik der Amerikaner an, oder denken Sie

an Afghanistan, oder an Vietnam: Es ist immer dasselbe. In dem Moment, wo sich herausstellt, daß man in eine falsche Politik investiert hat, heißt es: Wir können nicht zurück, denn sonst würden wir Gesicht verlieren. Aus dem gleichen Grund werden auch Industriebetriebe, die längst konkursreif sind, weitergeführt.

Am Anfang der Hallstein-Doktrin stand das Interesse. Am Schluß blieb von ihr fast nur noch eine Prestigefrage übrig. Zwischen Interesse und Prestige muß man unterscheiden. Wo es um bloßes Prestige geht, finde ich, grenzt es an Dummheit, wenn man nicht die Kraft hat, seine alte Position zu liquidieren oder zu korrigieren.

Bei so einer Prestige-Konfrontation müßten eigentlich beide Seiten kollaborieren, damit das Gesicht des Verlierers gewahrt bleibt.

So etwas gibt es. Das ist ein ganz wichtiges Verfahrensverhältnis. Es hängt natürlich auch davon ab, was für Partner da miteinander reden. Das Problem ist besonders schwer zu lösen, wenn es gleich Mächtige sind. Wenn es ein Mächtiger und ein sehr viel weniger Mächtiger ist, dann kann der Mächtige das Prestige des Kleinen sehr viel leichter berücksichtigen, sogar pflegen. Und schließlich kommt dazu, daß nach meiner Erfahrung das Wachsen der Macht nicht gleichbedeutend ist mit dem Wachsen der Weisheit. Das gilt für Personen ebenso wie für Staaten, d. h., die weniger mächtigen Staaten, gerade weil sie klein sind, haben es leichter, klug zu sein, weil sie weniger prestigebedürftig sind. Sie haben viel leichter reden. Sie haben auch weniger Verantwortung.

Würden Sie sagen, daß in der Außenpolitik persönliche Beziehungen immer noch eine große Rolle spielen?

Unbedingt.

Auch die physische Präsenz?

O ja. Ich kann zwar durch eine persönlich gute Beziehung nicht andersgeartete Interessen eines Staates aushebeln. Aber wenn man eine Vereinbarung will, dann ist das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Verhandlungsführenden von ungeheurem Wert. Das ist eine uralte Sache. Die Geschichte der Diplomatie zeigt, daß es eben – ganz im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung – nichts nützt, wenn man den anderen betrügt. Weil das nämlich nur einmal gelingen kann. Die beste Diplomatie ist die der Offenheit, des Einsichtigmachens der eigenen Argumente, Interessen, Intentionen, um zu sehen, ob das mit denen der anderen, die dann ebenfalls einsichtig werden, in Übereinstimmung gebracht werden kann. Nur das hält.

Wenn nun in einer Verhandlung eine Art von Einvernehmen, nicht vertraglicher Art, erzielt worden ist, dann tritt der Politiker aus dem Verhandlungszimmer, draußen warten die Fernsehreporter. Was sagt er jetzt in der

Pressekonferenz? Er hat nun ein anderes Publikum, und deshalb wird er einen anderen Ton anschlagen, sich anders äußern. Sofort wird sich sein Partner desavouiert fühlen und sich fragen: Was bedeuten diese Differenzen?

Wenn man noch nicht fertig ist, wird es immer klug sein, zu sagen, daß man noch nicht fertig ist. Und zweitens, wenn man fertig ist, darf man nicht triumphieren. Der andere darf das nämlich auch nicht.

Hier kommt wieder das Prestige-Moment zur Geltung.

Jawohl. Deshalb muß man das, was zur Übereinstimmung geführt hat und was die beiden Seiten einigt, betonen, man muß es beschreiben und das eigene Interesse daran begründen.

Bedeutet das nicht, daß man in der Außenpolitik im Vorteil ist, wenn man ein konstantes Personal hat? Die akkumulierte Erfahrung und die persönlichen Beziehungen, die man sich aufgebaut hat, wären dann eine Art Kapital.

Das hat man auch. Die Bürokratie wird ja sehr viel seltener ausgewechselt als die politischen Spitzen. Aber natürlich ist es richtig, daß man die politischen Spitzen nur auswechseln sollte, wenn es notwendig wird, also wenn der Ausgang von Wahlen es erforderlich macht. Ansonsten ist es ein Vorteil, einen Außenminister möglichst lange zu halten.

Der Weltmeister in dieser Beziehung ist Gromyko.

Die Erfahrung, die dieser Mann angesammelt hat, der fünf oder sechs Präsidenten und eine größere Zahl von Außenministern hat gehen und kommen sehen, ist ein ungeheures Kapital. Wenn ich heute nach Washington komme, muß ich völlig neue Leute kennenlernen. Wenn ich nach Moskau komme, sehe ich dieselben Leute, die ich vor zwölf Jahren schon kennengelernt habe.

Das wirft noch eine andere Frage auf, nämlich die Frage nach der Ignoranz. Ich stelle mir vor, ein Politiker, der in eine verantwortliche Position gelangt ist, fährt zum ersten Mal nach China. Er mag Berater haben, aber er hat keine Zeit, sich auch nur die minimalsten Kenntnisse zu verschaffen, die notwendig wären, um mit einem Chinesen zu sprechen.

Sie unterschätzen die Güte des Auswärtigen Amtes, das selbst einen Neuling durch zusammengefaßte Papiere so gut vorbereitet, daß er jedenfalls keine Grundfehler macht. Die fünfzig Seiten, in denen Erfahrung, Geschichte, Entwicklung, Probleme komprimiert sind, die kann der in den 19 Flugstunden in jedem Falle lesen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß ein frischgebackener Außenminister nach Peking fliegt, ohne fünf wichtige Bücher gelesen zu haben. Soviel Zeit *muß* er haben. Sonst wäre er besser nicht Außenminister geworden.

Ich höre das alles mit Freuden, was Sie sagen, aber ich bin vollkommen überrascht. Ich höre nämlich immer, daß Politiker gar nicht in der Lage sind,

etwas zu lesen. Ich habe oft den Eindruck, daß ihr Amt es ihnen verbietet, sich über irgend etwas zu informieren.
Natürlich ist es ein prinzipieller Fehler, wenn ein Außenminister zugleich Parteivorsitzender ist. Der hat dann manchmal in der Tat zu wenig Zeit. Das Außenministerium erfordert Zeit genug.
Einer kommt in dieses Amt, er hat eine politische Karriere hinter sich, alles gut und schön, aber nun soll er plötzlich nach Afrika. Woher soll er da historische Kenntnisse nehmen, die Empfindlichkeiten, die Mentalitätsunterschiede kennen, in jedem Land liegt das wieder anders. Er macht eine Reise durch zwölf Länder. Objektiv ist der Mann überfordert, er kann das alles gar nicht wissen. Die ökonomischen Fragen, die Wünsche an Entwicklungshilfe, die an ihn herangetragen werden. Wie soll er das alles beurteilen können?
Wenn er die Papiere auf dem Flug gelesen hat, ist er durch keine Frage überrascht. Und wenn er doch auf eine überraschende Frage trifft, dann sagt er: Wir werden das zu Hause prüfen. Nein, so schlimm ist das nicht. Das ist sozusagen das kleine ABC, vertraut zu sein mit den Minimalfakten eines Staates, den man besucht. Erst dahinter fängt es ja an. Was könnte den Gastgeber interessieren? Was will ich? Worüber könnte man, aufbauend auf dem Klippschulwissen, reden?
Und wenn das alles nicht vorhanden ist?
Dann passiert gar nichts, dann passiert im besten Falle Protokoll, im schlimmsten Falle geht es daneben.
Man hat in Israel Beispiele gesehen.
Naja, es gibt natürlich auch Fehler, die in der Person liegen. Ich kann mir Personen vorstellen, die von ihrer Struktur her nicht in der Lage sind, mit den Amerikanern oder den Russen richtig zu reden. Die wissen eben wirklich zu wenig. Das kann sein.
Schließlich vielleicht die Frage, wie groß die Beweglichkeit einer mittleren Macht heute überhaupt noch ist. Vielleicht ist sie zu gering, als daß ein Land wie das unsrige überhaupt noch eigene Initiativen durchsetzen kann?
Das stimmt, und das ist trotzdem falsch. Erstens, ich sage es nochmals: Bündnis ist Bindung. Zweitens: Die Möglichkeiten innerhalb des Bündnisses werden nicht ausgeschöpft. Wieweit man sie ausschöpft, ist eine Frage von Mut, Fähigkeit und Einsicht in die Bewegungsmöglichkeiten. Alle drei Faktoren müssen zusammenkommen. Drittens: Es ist natürlich so, daß z. B. die Bundesrepublik sehr viel mehr tun könnte, als sie tut, wenn ihre Führung es wollte. Ich habe die Souveränität über meinen Boden. Ich kann also Nein sagen zur Raketenstationierung. Ich muß dann abschätzen, welche negativen Auswirkungen das hat. Ich muß das den positiven Auswirkungen gegenüberstellen. Wenn ich meine Prioritätenliste klar habe und zu dem Ergebnis komme, ich sage Nein zur Stationierung, dann muß ich das erklä-

ren. Niemand darf überrascht werden. Ich muß Flankenbewegungen machen. Ich muß sehen, was ich dafür kriege. Letzter Punkt: Die Initiative kommt in der Regel nicht aus dem Auswärtigen Amt. Die machen keine Außenpolitik, sie verwalten sie. Nur die politisch verantwortlichen Spitzen können etwas in Bewegung setzen. Und damit wären wir wieder beim Ausgangspunkt: bei der Idee.

Das Gespräch mit Egon Bahr führte Hans Magnus Enzensberger.

Äthiopisches Intermezzo 4

Diejenigen, die sich im Kaiserreich umschauten und über das Gesehene nachdachten, schritten traurig und gedankenverloren einher, eine unruhige Schwermut im Blick, als quälte sie eine unbestimmte Vorahnung. Am häufigsten fand man diesen Gesichtsausdruck bei Studenten, die, das muß man hier sagen, unserem Herrn immer mehr Verdruß bereiteten. Es ist erstaunlich, daß die Polizei nie diese Spur entdeckte, die Verbindung zwischen Denken und Stimmung – wäre sie rechtzeitig darauf gekommen, hätte man leicht die genannten Denker unschädlich machen können, die mit ihrem Murren und ihrer boshaften Weigerung, glücklich zu sein, so viel Unglück auf das Haupt unseres ehrwürdigen Herrn herabbeschworen.

Der Kaiser aber bewies mehr Scharfblick als seine Polizisten und verstand es sehr gut, daß Traurigkeit möglicherweise zum Denken verleitet, zu Mutlosigkeit, Brummen und Granteln, und er ließ daher im ganzen Kaiserreich Geselligkeiten, Tänze und Maskenfeste abhalten. Der ehrwürdige Herr selbst befahl, den Palast festlich zu beleuchten, gab Freudenmähler für die Armen und hieß alle lustig sein. Und als sie genug gegessen und getanzt hatten, lobten sie ihren Herrn. So ging es über Jahre, und die Belustigungen füllten den Menschen den Kopf und verstopften ihre Gehirnwindungen, so daß sie zuletzt nur mehr Späße und Zerstreuung im Sinn hatten. Zerlumpte Sachen, doch wir lachen! Nur die Denker, die sahen, wie alles grau und runzlig wurde, im Dreck versank und Schimmel ansetzte, konnten an den Späßen nichts finden. Sie wurden uns allen zur Last. Sie wollten uns zum Denken verführen, aber wir, die wir nicht dachten, waren klüger und ließen uns nicht hineinlegen, und wenn die Studenten uns beschwatzten, hielten wir uns die Ohren zu und liefen davon. Wozu soll man etwas wissen, wenn es besser ist, nichts zu wissen?

aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 115/116

Wieland-Wörter. Alltagsarbeit. Aufforderer. Austernmensch. Bemaulkorben. Bettdrücker. Christenmachen. Clown. Dreiröckig. Eidbrecher. Entfürsten. Feengold. Festtagswitz. Fieberprobe. Friedenskleid. Galgenmacher. Gewohnheitsmäßig. Heimatlos. Henkershand. Himmelküssend. Hundstagstollheit. Hurenähnlich. Königinmutter. Lebensüberdrüssig. Liebesschauer. Liebeswut. Lu derfleisch. Lum penkönig. Mädchenhasser. Mas kengesellschaft. Modefratz. Mord getümmel. Morgengesicht. Nar renauge. Neuentflammt. Nie berührt. Oberhofmeisterstelle. Ohnebart. Pri vatgezänk. Pro beschwestern. Religionsgebrau ch. Riesengeist. Rippenbrechen. Saftverzehrend. Säuglingsalter. Schafsgesicht. Scharfzüngig. Sc helmengesicht. Schicksalsschwe stern. Schlan genherz. Schme rbäuchig. Schulterklopfer. Sch werenötisch. Schweinefleisch esser. Sicherheitsklausel. See bespült. Seeschreckend. Sil bersee. Sklavenmäßig. Sommer wolke. Sommernachtstraum. Spleen. Starkgeflügelt. Süssgewürzt. Taggeschöpf. Tanzzeit. Teufelspförtner. Tollhausbettler. Totenfinger. Trompetenzunge. Tyrannenader. Unglücksweisend. Witzaufknacker. Wollustgewohnt. Wortbrecher. Zauberschwestern. Zehntschwein. Zwergenkrieg. CMW.

Christoph Martin Wieland,
Sämmtliche Werke.

Herausgegeben von der »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« Jan Philipp Reemtsma, in Zusammenarbeit mit dem »Wieland-Archiv«, Biberach a. d. Riß, und Dr. Hans Radspieler, Neu-Ulm.

14 Bände mit über 16.000 Seiten, dazu »Wielands Leben«, 1638 Seiten, Reprint der »wohlfeilen Göschen-Volksausgabe letzter Hand«, Original-Oktavformat, Leinen.

Als Morgengabe ist der »Hamburger Reprintausgabe« eine fein ausgestattete Prachtausgabe der »COMISCHEN ERZÄHLUNGEN« hinzugetan.

Sämmtl. Werke für 148 Mark.

C. M. Wieland:
»Den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen!«

Eine Produktion der GRENO Verlagsges. mbH, D-8860 Nördlingen.

In jeder guten Buchhandlung ab 5. 10. 1984 oder per Post zum Preis von 148 DM zuzüglich 5 DM Verpackung und Portoanteil. Lieferung in der Folge des Bestelleinganges.

Coupon an Buchhdlg. GRENO, Postfach 1145, D-8860 Nördlingen, senden. Lieferung ins Ausland auf Anfrage.

☐ 1 Bank/Postscheck über 153 DM anbei.

☐ Senden Sie das freie »Wieland Magazin«.

Adresse (in Blockschrift), Datum, Unterschrift.

Z 8-1/84

Praktische Alternativen

Zwischen 5 vor 12 und Utopia in Grün, jenseits von altem und alternativem Parteiendünkel, sind in diesem Lande mittlerweile einige tausend Menschen dabei, in fast allen Lebens- und Arbeitsbereichen praktische Alternativen zu entwickeln.
Teils ist es Lust auf konkrete Utopie, teils Not, die erfinderisch macht. Manche treibt der Überdruß, andere der Mangel, zu tun wovon andere nur träumen. Entstanden ist dabei ein Sumpf, in dem es brodelt: Zukunftsweisende Ideen und Projekte, erfolgversprechende Aus- und lehrreiche Zusammenbrüche, persönliche Erfahrungs- und kollektive Entwicklungsprozesse, kleine Experimente und systemsprengende Phantasien. Mittlerweile ist ein weitverzweigtes Netz von Gruppen entstanden, die eine politische Kultur der Unruhe und Widerspenstigkeit, von schwer integrierbarem Selbstbewußtsein und fröhlicher bis konstruktiver Staatsverdrossenheit pflegen, zugleich ein Netz der Solidarität mit denen, die vom Rechtsstaat verfolgt oder vom Sozialstaat beschissen werden, ein „offensiv desorganisierter" Zusammenhang von Leuten, die sich weder treten noch vertreten lassen: Basis in ihrer unausstehlichsten Form. Nix Fertiges, keine Heilslehre, keine Qualitätsgarantie, kein schöner Land und kein Modell für alle, ebenso schief wie alternativ. Aber eine Menge Spaß und Hoffnung, Engagement und Zusammenhalt, Knoten- und Treffpunkte, bunte Flecken im grauen Alltag, Sand im Getriebe und auch ein Stückchen Gegenmacht nach dem Motto „Keine Macht für Niemand!"
Seit 5 Jahren fördert NETZWERK-SELBSTHILFE solche alternativen Projekte und politischen Initiativen, jenseits „großer Politik" und über grünliche oder rötliche Partei- und Organisationsschranken hinweg; nach klaren, antikapitalistischen Kriterien und doch mit menschlichem Maß. Wir tun dies durch Beratung und Vermittlung, durch praktische Unterstützung und theoretische Nachhilfe, vor allem aber mit Geld: Gut 2 Millionen Mark haben die derzeit 3200 Mitglieder durch ihre kleinen, aber regelmäßigen Beiträge (Faustregel: 1% vom Nettoeinkommen) zusammengebracht und so über 250 Projekten mit Zuschüssen oder zinslosen Darlehen auf die Beine oder über die Runden geholfen - viel zu wenig angesichts der Aufgaben und Möglichkeiten. Gerade heute, in Zeiten rechten Aufschwungs und real existierender Krise, brauchen wir nicht nur Bewegung, sondern auch einen langen Atem.
Deshalb sollten Sie beitreten, am Besten gleich: Wagen Sie den Schnitt ins Kursbuch als einen kleinen aber effektiven Schritt von der Theorie zur Praxis.

Ich bin dabei. Ich trete dem Netzwerk Selbsthilfe e.V. ab _____ bei

Name _____ Telefon _____

Anschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

Mein monatlicher Beitrag beträgt DM _____. Ich überweise ihn ☐ viertel-, ☐ halb-, ☐ ganzjährlich auf ein Konto von Netzwerk Selbsthilfe e.V.: Postscheckamt Berlin West, Kto.-Nr. 424 262-104, Sparkasse der Stadt Berlin (West), Kto.-Nr. 022 000 5710, BLZ 100 500 00

Mein Beitrag soll vorwiegend verwendet werden für ☐ Stadtteil-Projekte, ☐ politische Komitees, ☐ Frauen-Projekte, ☐ Rechtshilfe, ☐ politische Theater- und Musikgruppen, ☐ Handwerks- u.a. Kollektive, ☐ Ökologie-Projekte, ☐ Medien u. Zeitschriften, ☐ pädagogische Projekte, ☐ Bürgerinitiativen, ☐ kleine Netze, Nachbarschaftshilfe, ☐ Buchläden, Verlage, Druck, ☐ sozialtherapeutische Projekte, ☐ ohne besondere Präferenz.

Netzwerk braucht jeden, der Netzwerk nicht braucht

Ab geht die Post an Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61, im Mehringhof, Telefon 030 / 691 30 72 (Bürozeiten 10–17 Uhr)

Herbert Riehl-Heyse
Auf Staatsbesuch

Schwer zu sagen, was an diesem Tag der Höhepunkt des Programms ist, der Tag ist nämlich reich an Höhepunkten, und alle sind aufs sorgfältigste geplant. Muß man nicht schon jenen Moment um 9 Uhr 45 in Betracht ziehen, wenn der Bundespräsident den Kranz am Grabmal des unbekannten amerikanischen Soldaten niederlegt (». . . der Herr Bundespräsident geht drei Schritte vor, verharrt eine Sekunde auf Position 2 mit gesenktem Kopf, ordnet dann mit der linken Hand die Kranzschleife . . .«)? Oder sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf den frühen Mittag konzentrieren, zu welchem Zeitpunkt er das Rathaus besucht, woselbst eine Erinnerungstafel enthüllt wird (». . . der Herr Bundespräsident nimmt mit der rechten Hand das Tuch . . .«)? Nein, nachmittags um vier ist der aufregendste Moment des Tages: Da besucht der Präsident einen botanischen Garten und pflanzt anschließend (». . . mit einer Schaufel schüttelt er etwas von der mitgebrachten Erde . . .«) einen Lindenbaum, und zwar in Gegenwart eines Mädchenchors, der gleich auf deutsch das Lied vom Lindenbaum singen wird.
Eine schöne Idee, nicht wahr, die Freundschaft zwischen den Völkern – was nun auch gleich in den Reden gesagt wird – zu symbolisieren als ein zartes Pflänzchen, welches wie diese grünen und blühen möge und stark werden viele hundert Jahre lang. Und naheliegend ist die Idee auch: Wo nur zuletzt haben wir auch eine Linde gepflanzt – im Troß des Herrn Präsidenten, in der Begleitung des Kanzlers womöglich? Ach so, es waren zwei Eichen, und es war in Peking gewesen, im Park am Himmelstempel, und unser Herr Präsident hatte gesagt, die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern würden sich entwickeln wie diese Bäume, mit immer stärkeren Stämmen, und danach hatte er vor einer Erinnerungstafel eine Kranzschleife geordnet und anschließend den unbekannten Soldaten enthüllt. Es kann freilich auch umgekehrt gewesen sein – nach so vielen Jahren Schreibmaschinendienst an der großen Sache der Völkerverständigung verschwimmen vor den Augen des Reporters wie, stelle ich mir vor, den Augen der hohen Staatsbesucher alle Linden- und Eichenbäumchen dieser Welt mit den roten Hüten aller deutschen Botschaftergattinnen, die den Zeremonien beiwohnen, zu einem einzigen rot-grünen Chaos.
Wozu eigentlich, hatten wir einmal, das war zu Beginn seiner Amtszeit,

unseren Präsidenten C. gefragt, wozu der ganze Aufwand für all diese Staatsbesuche – und hatten ihn mit sonorer, nur ganz leicht vorwurfsvoller Stimme antworten hören: »Aber mein Herr, das ist noch immer der beste Weg für zwei Völker, einander kennenzulernen.« Und hatte er nicht recht? Wie anders als durch den Besuch ihres Staatsoberhauptes K. in Bonn hätten die Menschen aus dem fernen Österreich je erfahren sollen, daß dort drüben, im Reich des mächtigen Herrn C., die Leute nicht mehr auf den Bäumen wohnen und es wohlwollend zu erwägen ist, mit ihnen Verträge aller Art zu schließen? Und um wieviel mehr gilt das für noch fernere Länder!

Gewiß, es wäre etwas völlig anderes, wenn die modernen Massenmedien schon erfunden wären, wenn manchmal ein Bericht im Fernsehen über solch fremde Länder zu sehen wäre oder im Kino ein sogenannter Kulturfilm; wenn es schon Zeitungen gäbe, in denen die Korrespondenten ihre Leser auf dem Laufenden hielten über die politischen Verwicklungen eines Staates in Südostasien oder sonstwo weit hinten in der Türkei. Auch wäre es phantastisch, wenn eines Tages auch gewöhnliche Bürger, vielleicht mit einem Auto, einem Flugzeug gar, ins Ausland reisen könnten, zum Gedankenaustausch mit anderen gewöhnlichen Bürgern. Aber leider, das alles gibt es eben nicht – und weil es bekanntlich gefährlich ist, wenn die Völker einander nicht kennen, müssen Staatsbesuche sein, mit all ihren sinnvollen Begleitumständen: mit dem roten Teppich zum Beispiel, damit der hohe Gast nicht bis zu den Knöcheln im Morast des unwegsamen fremden Landes versinkt, mit den 21 Salutschüssen, an denen man seit Jahrhunderten erkennen kann, ob die fremde Macht nicht scharf schießt auf die Fremdlinge.

Sobald der Besuch zu Ende ist, haben dann bis zu dreihundert führende, einheimische Persönlichkeiten das fremde Staatsoberhaupt/den Regierungschef/den Außenminister persönlich gesehen und wissen deshalb stellvertretend für ihr Volk genau, was sie vom anderen Volk zu halten haben: Wie man hört, herrscht beispielsweise seit Februar 1984 in Israel die Meinung vor, im heutigen Deutschland werde überwiegend pfälzisch gesprochen, und im übrigen interessierten sich die unbelasteten Deutschen inzwischen hauptsächlich dafür, ob die Namen der ermordeten Juden im Tel-Aviver Yad-Vashem-Museum alphabetisch geordnet sind oder nicht. Das aber ist nichts anderes als ein Erfolg jenes berühmt gewordenen Besuchs, den Helmut Kohl in diesem Jahr dem Heiligen Land abgestattet hat. (Es handelte sich dabei übrigens nicht im technischen Sinn um einen Staatsbesuch, den dürfen nur die Staatsoberhäupter machen. Der Ablauf des Programms, fast identisch mit dem von Präsidentenbesuchen, wie der beinahe völlige Mangel konkreter politischer Inhalte lassen es jedoch ohne weiteres zu, auch diese großen touristischen Anstrengungen eines Regierungschefs unter die Generalüberschrift »Staatsbesuch« zu subsumieren.)

Aber wir wollen nun systematisch vorgehen und im folgenden zu erklären versuchen, wozu Staatsbesuche in Wahrheit nötig sind, wenn doch feststeht, daß die Sache mit dem Kennenlernen der Völker nur ein Vorwand ist, und wenn weiter klar ist, daß bei einem solchen Besuch keine ernst zu nehmenden politischen Verhandlungen geführt werden.

Der eigentliche und vornehmste Sinn eines Staatsbesuchs ist die Inszenierung von Politik, der Versuch, den Leuten vorzumachen, sie könnten miterleben, wie ihre Staatsmänner unter großen Strapazen und mit Einsatz ihrer ganzen gewinnenden Persönlichkeit den Frieden sichern und den Wohlstand der Völker mehren. Das aber ist ein Darstellungsproblem, denn natürlich wird Außenpolitik heute vor allem mit Hilfe der Aktenvorlagen gemacht, die ein Regierungsrat an seinem Hilfsreferentenarbeitsplatz erstellt und in denen er zum Beispiel errechnet, wieviel Orangen laut EG-Richtlinien Israel in diesem Jahr in die Bundesrepublik einführen darf oder wieviel Promille der deutschen Entwicklungshilfe für das Land Malawi übrigbleiben. Weil solche Vorgänge aber schlecht zu filmen sind, und weil auch die Korrektur eines Aktenvermerks durch den Staatssekretär optisch nicht viel hergibt, muß die Öffentlichkeit anders hergestellt werden: Händeschütteln kann man schließlich gut sehen und das rote Sofa auch, auf dem sich die Herren niederlassen zum entscheidenden Gespräch.

Wenn nun freilich schon inszeniert wird – und hier setzt erstmals unsere maßvolle Kritik ein –, und wenn die Ausstattungen jährlich kostspieliger werden, könnte man dann nicht ein paar Einfälle mehr von den Regisseuren verlangen? Leider wird ja auf der ganzen Welt das immer gleiche, recht abgenutzte Repertoire geboten, nur der ausgesprochene Liebhaber kann da noch Nuancen unterscheiden und aus ihnen schließen, wo er sich gerade befindet: Den Osten, weiß er, kann man daran erkennen, daß dort die Menschen an den Flughäfen immer Fähnlein in der Hand halten und Hurra rufen, den Westen an der Tatsache, daß er über sehr viel mehr zu besichtigende Schlösser verfügt, ein Entwicklungsland endlich daran, daß dem Staatsgast irgendwo ein Brunnen gezeigt wird, der einmal von deutschen Ingenieuren gebohrt worden ist. Sollte unser Präsident auf seiner nächsten Station in eine Fabrik geführt werden, in der lauter fröhliche Menschen in sauberen, blitzblanken Kitteln an den Werkbänken stehen, dann befindet er sich bestimmt in Rumänien; springt ihn dagegen auf jedem zweiten öffentlichen Platz eine Riege junger Mädchen mit strammen Oberschenkeln an, die in kurzen Abständen zu Marschmusik in die Höhe geworfen werden, dann hält er sich in den USA auf. Gemeinsam ist allen Programmen der obligatorische Besuch vieler Museen, für welche dem Staatsgast oft bis zu zwanzig Minuten Zeit bleiben, sowie die abendliche Abhaltung vieler festlicher Bankette, für die aber sehr viel mehr Zeit vorgesehen ist.

Weil nun aber die Programme aller Staatsbesuche einander so sehr ähneln,

ist es so wichtig, auf andere Details zu achten, aus denen deutlich wird, wie sehr ein Land das andere schätzt oder gering achtet oder wieviel Geld es von ihm erwartet. Wir können hier aus Platzgründen nicht auf alle Feinheiten eingehen, die sich etwa aus der Länge eines roten Teppichs ablesen lassen oder der Tatsache, ob ein Staatssekretär oder nur ein Unterstaatssekretär den Staatsgast am Flughafen abgeholt hat. Fürs erste ist nur wichtig zu wissen, daß die Bedeutung eines Staatsbesuchers ganz eindeutig an der Größe seiner Delegation zu messen ist und daß umgekehrt ein besuchtes Volk ganz einfach unglücklich ist, wenn es von seinen Gästen für so unbedeutend gehalten wird, daß nur eine Handvoll Besucher ihm die Ehre geben. In dieser Hinsicht brauchen sich nun die Deutschen gewiß nichts vorzuwerfen: Wenn der deutsche Bundespräsident in die Welt fährt, dann ist nämlich beileibe nicht nur seine Gattin dabei und der Staatssekretär im Bundespräsidialamt und dessen Gattin und der Regierungssprecher samt Gemahlin und der Chef des Protokolls (der selbstredend auch verheiratet ist, weil alles andre protokollwidrig wäre).

Nehmen wir also an, unsere Delegation ist in das arme Indien gereist, und betrachten wir die numerierte offizielle Wagenkolonne aus lauter wichtigen Deutschen, wie sie da durch das gewiß davon sehr beeindruckte Bombay rast. Wen alles finden wir vor? Die persönliche Referentin der Frau des Präsidenten ist natürlich dabei, es fehlen auch nicht die Referentin im persönlichen Büro des Präsidenten, der Leiter des persönlichen Büros des Präsidenten, die Friseuse der Frau des Präsidenten, seine zwei Butler – und noch immer sind wir nicht vollständig. Denn was wäre eine solche Reise ohne den eigenen Pressesprecher des Präsidenten, der die begleitenden Journalisten bei Stimmung halten muß, was ohne den Verbindungsoffizier des Bundesministers der Verteidigung zum Bundespräsidenten, welcher dazu ausersehen ist, die Hand an die Kapitänsmütze zu legen, wenn die Nationalhymnen erklingen? Was endlich ohne den Kalligraphen, der zwar die Tischkarten für das Bankett des Präsidenten schon zu Hause geschrieben hat, der aber auch in Indien dabei sein muß, weil sonst denkbar wäre, daß plötzlich ein neuer Gast geladen werden muß, der vor einer häßlich geschriebenen Tischkarte säße. Und dann brauchen wir selbstverständlich noch die Konsulatssekretärin, welche die Tischkarten auf den richtigen Tischen auch richtig aufstellt, weil alles andere die Beziehungen verheerend unterminieren könnte.

Wie man sieht, entscheidet die richtige Organisation über den Erfolg eines Staatsbesuchs. Nicht auszudenken, wenn der Präsident bei der Eintragung ins Gästebuch den Zettel mit dem richtigen Dichterwort nicht parat hätte, welches zu Hause das zuständige Referat in langen Diskussionen ausgesucht hat. Sehr schlimm auch, wenn er die vielen Reden, die ihm in Bonn zu jedem Punkt des Programms aufgeschrieben worden sind, nicht in der richtigen

Reihenfolge verläse und sie nicht manchmal durch ein unvorhergesehenes »verehrter, lieber Freund, wenn ich so sagen darf« ergänzte, damit der Gastgeber merken soll, wie spontan sein Besucher manchmal sein kann. Und dennoch ist das alles nichts im Vergleich mit jenem Kriterium, durch das sich alleine bestimmt, ob ein Staatsbesuch sich (und die paar Millionen, die er jeweils kostet) auch wirklich gelohnt hat. Wir sprechen von der Medienwirkung des Besuchs, der ja insgesamt vor allem als gigantische PR-Veranstaltung verstanden werden muß.

Es ist nun zu unterscheiden zwischen der Wirkung im Gastland und jener zu Hause, wobei nicht verkannt werden darf, daß die erste ganz wesentlich auf die zweite zurückschlägt. Um die richtige Wirkung im besuchten Land zu erzielen, müssen schon Monate zuvor generalstabsmäßige Bemühungen unternommen werden, die etwa wie folgt aussehen: Der Bundespräsident gibt einem ausgewählten Kreis irischer Journalisten, die dazu eigens eingeflogen wurden, ein Interview, in welchem er sagt, wie sehr er sich auf seinen Besuch in Irland freue und daß es keine Probleme gebe zwischen ihrem Land und dem seinen. Solche Interviews, die in jedem Land der Welt mit Recht auf den hinteren Seiten der Blätter versteckt werden (nur nicht in den Zeitungen Osteuropas, weil es dort ohnehin egal ist, auf welcher Seite man einen Artikel nicht liest), solche Interviews also haben die Aufgabe, schon einmal die Neugier der einheimischen Publizisten und Leser auf den ins Haus stehenden Gast anzuheizen. Wenn der dann da ist, empfängt ihn folgerichtig die gähnende Uninteressiertheit der Journalisten seines Gastlandes, die so gut wie ihre Leser wissen, daß sich auch bei diesem Staatsbesuch nicht viel mehr bewegen wird als das Wachbataillon auf das entsprechende Kommando seines Vorgesetzten hin. In den schlimmeren Fällen müssen die einheimischen Journalisten für ihre Leser sogar noch erraten, wer denn der jeweils hohe Gast wieder sein möge und wie mächtig er sei, wobei sie oft – beispielsweise in Amerika – zu durchaus zwingenden Schlüssen kommen: Der deutsche Bundespräsident, verrät dann die Dame von der örtlichen Fernsehstation in Philadelphia ihren Zusehern, hat nicht sehr viel Macht, was man daran erkennt, daß er über keine eigene Präsidentenmaschine verfügt, sondern mit Hilfe der Bundeswehr eingeflogen werden muß.

Wenn sich dann noch herausstellt, daß die Fernsehstationen aller anderen besuchten Städte einen so karg möblierten Herrn in bestenfalls fünfzehn Sekunden abfeiern, wenn im amerikanischen Kongreß der Eindruck der Fülle des Hauses bei der Ansprache des deutschen Präsidenten nur dadurch hergestellt werden kann, daß der Saal durch jede Menge Saaldiener und Jugendgruppen aufgefüllt wird, wenn endlich die *New York Times* einen solchen Staatsbesuch des deutschen Präsidenten, seinen Auftritt vor den Vereinten Nationen mit keinem einzigen Wort zur Kenntnis nimmt – dann braucht es, um aus dem allen einen Erfolg zu machen, schon jene gewaltige

Portion Entschlossenheit, sich in die Tasche zu lügen, die in der Regel nur Diplomaten gegeben ist.
Allerdings schlägt diese Entschlossenheit ebenso regelmäßig durch auf die Berichte in der heimatlichen Presse, und das hängt natürlich damit zusammen, daß man sich als mitreisender Journalist irgendwie dankbar erweisen muß. Nicht, daß die Flüge und Hotelrechnungen vom deutschen Steuerzahler entrichtet würden: Diese Kosten übernehmen, von (allerdings gravierenden) Ausnahmen abgesehen, seit einigen Jahren meist die entsendenden Verlage, respektive die gastgebenden Regierungen. (Merke: Je ärmer das Land, desto großzügiger die Gastfreundschaft für die auswärtige Presse.) Mit Geld also hat das journalistische Entgegenkommen weniger zu tun – umso mehr aber mit Corpsgeist: Wenn unser Bundespräsident schon im Ausland ist, und wenn er so leutselig ist und bereits beim Hinflug jedem einzelnen Kollegen die Hand geschüttelt hat, und wenn man abends immer noch mit dem Regierungssprecher am Kamin zusammensitzen darf; wenn wir also alle sozusagen in *einem* Flugzeug sitzen oder wenigstens in einem Extra-Flugzeug hinter den Großen herfliegen dürfen, dann gehört es sich einfach, unseren Spitzenmann in Jerusalem prächtig zu finden, auch wenn man sich noch am Abend zuvor an der Bar ganz anders in dieser Sache geäußert hat. Nichts ist übrigens spannender, als – diese Äußerungen im Ohr – am Ende eines Staatsbesuchs wieder nach Hause zu fliegen und im Flugzeug die Blätter zu studieren, in welchen manche Kollegen ziemlich genau das Gegenteil dessen formuliert haben, was sie nach eigener Auskunft darüber denken. Aber verständlich ist das schon – man will ja beim nächsten Bankett eine Chance haben, eingeladen zu werden.
Das muß man übrigens auch wissen, wenn man würdigen will, wieviel zu Hause ankommt von den jeweiligen Bemühungen unserer Staatsbesucher: daß die Journalisten relativ wenig Chancen hätten, Substantielles über Inhalt und Atmosphäre einer Reise zu berichten, selbst wenn wirklich einmal etwas Substantielles passieren würde. Man kommt nämlich so gut wie gar nicht heran: Gewiß, der Bundeskanzler mischt sich schon einmal leutselig unter's begleitende Journalistenvolk, bevor er den See Genezareth doch lieber im Tragboot bewältigt als mit den eigenen Füßen, und teilt einer hübschen Kollegin dabei launig mit, bei der Lektüre ihrer Artikel würde er am liebsten über den See fliegen. (Alle lachen herzhaft.) Wenn sich andererseits der Bundespräsident einen Tag lang am Grand Canyon von den Strapazen des Amerikabesuchs erholt, dann wird ihm die begleitende Presse eigens hinterher geflogen, auf deren Wunsch er dann gerne auch mehrfach mit seiner Frau einen besonders idyllischen Weg entlangwandelt, um an dessen Ende einmal dem Mikrophon des ZDF anzuvertrauen, es sei hier »einfach himmlisch«, während er später der ARD sagt, das sei hier einfach »unbeschreiblich schön«. So etwas gibt für die Kollegen von der schreiben-

den Presse, insbesondere auch für die Agenturen, sogenannte kleine Features her, die zu Hause gern nachgedruckt werden.
Umso schlimmer ist es dann aber, wenn es mal wirklich darauf ankäme, etwas zu sehen und zu berichten, wenn etwa der Kanzler in Israel das Museum des Holocaust besucht oder der Bundespräsident den großen Führer Ceaucescu in seiner Villa. In diesen Fällen wird die Presse per Los in sogenannte Pools eingeteilt, die jedem gewöhnlichen Journalisten ein- bis zweimal einen flüchtigen Blick auf die Staats-Akteure in einer bestimmten Situation erlauben – und sonst gar nichts. Für die Einteilung dieser Pools aber scheint es wenig andere erkennbare Kriterien zu geben, als daß – im Falle des Bundeskanzlers – außer den Fernsehteams die Ludwigshafener *Rheinpfalz* und natürlich die *Bild*-Zeitung überall dabei sein dürfen.
Wer nun nicht das unverdiente Glück hat, dem Stab dieser Blätter anzugehören, ist auf den Zufall angewiesen oder auf die Ellbogen – und stellt dann zum Beispiel, wenn man ihn wieder einmal nicht aufgenommen hat in die Liste der fünf Kollegen, die des Kanzlers Rede beim feierlichen Essen für den israelischen Ministerpräsidenten mitanhören dürfen, hinterher befriedigt fest, daß statt seiner wenigstens Kurt Ziesel geladen war. Der ist bei diesem Anlaß auch sehr passend, weil er ein »notorischer Nationalsozialist« gewesen ist, wie man ihn nach einem Urteil des Münchner Oberlandesgerichts nennen darf; aus diesem Grund hatte er auch schon in der Kanzlermaschine ins gelobte Land einfliegen dürfen, was das Presseamt nur ausgewählten Journalisten gestattet. (Wir kommen auf diesen Vorfall, der sich beim Kohl-Besuch im Februar 1984 in Israel so zugetragen hat, hier nur deshalb zurück, weil sich an diesem Beispiel gut demonstrieren läßt, wie peinlich exakt unsere Protokollbeamten und Reisemarschälle ihre Pflichten beachten, deren oberste es eigentlich wäre, die Beziehungen des besuchten Landes zum Lande des Besuchers zu neuen Höhen zu treiben. Also wird ganz entschieden Wert darauf gelegt, daß der Herr Bundeskanzler beim Abschreiten der Ehrenkompanie an der richtigen Stelle mit dem Kopf nickt; wenn aber ein kleiner Fauxpas passiert wie der mit dem Kameraden Ziesel in der Kanzlermaschine, der noch wochenlang später in der israelischen Presse für großes Aufsehen sorgt und die paar Stücke des guten Porzellans, das der Kanzler bei seinem Besuch unversehrt gelassen hatte, in viele kleine Scherben zerschlägt, wenn also so etwas passiert, dann wird hinterher von sämtlichen Beteiligten synchron mit den Achseln gezuckt: Konnten wir doch nicht wissen, und haben wir nichts damit zu tun. Wahrscheinlich wird irgendein Untersekretär in der Nahost-Abteilung des Auswärtigen Amtes strafweise ein Vierteljahr später als vorgesehen befördert.)
Aber Diplomatie ist eben nicht so einfach, wie man immer denkt – und auch früher sind schon Staatsbesuche exemplarisch schiefgegangen: Einmal, im Jahr 1934, ist der jugoslawische König Alexander bei einem Staatsbesuch in

Frankreich umgebracht worden, später dann – das war 1967 – hätte eine ausgedehnte Reise des Herrschers vom Pfauenthron durch das Land der größten Bewunderer von Soraya und Farah Diba hier beinahe zu einem kleinen Bürgerkrieg geführt. Und wenn ein französischer Staatspräsident oder die Königin von England nach Kanada reisen, um den Franko- oder den Anglo-Kanadiern ein wenig den Rücken zu stärken, dann ist im Anschluß jeweils für mehrere Jahre gesichert, daß sich die beiden Sprachgruppen noch etwas weniger ausstehen können.

Nur, man sollte solche Vorfälle nicht verallgemeinern. In der Regel richtet es (außer unter der heimischen Geflügelwelt) wohl wirklich wenig Schaden an, wenn sich ein netter älterer Herr aus der Bundesrepublik Deutschland und ein netter älterer Herr aus der Republik Irland bei einer gefüllten Wachtel über den gegenwärtigen Stand der europäischen Einigung austauschen, von dem sie mit einer gewissen Berechtigung finden, er lasse zu wünschen übrig. Wenn so etwas der internationalen Verständigung gewiß auch nicht sehr dient, so tut es ihr in den meisten Fällen doch keinen Abbruch, und wir wollen hier auch nicht mit dem Argument kommen, das Ganze sei unverhältnismäßig teuer; schließlich dürfen wir sicher sein, daß die Summen, die für den linken Flügel eines Tornado-Kampfflugzeugs ausgeworfen werden, sehr viel höher sind als die Kosten eines Staatsbesuchs und noch sehr viel unsinniger angelegt.

Und außerdem muß man auch einmal an die Motivation für unsere Politiker denken: Wer würde denn noch gerne Präsident werden und wer Bundeskanzler, wenn der die ganze Woche immer nur zu Hause sitzen müßte, um Gesetze, die ihm manchmal gar nicht einleuchten, auszufertigen, oder Kabinettssitzungen zu leiten, bei denen dauernd gestritten wird? Einen derartigen Beruf kann man wohl wirklich nur aushalten, wenn man beim Grußwort für den Deutschen Apothekertag schon an den schwungvollen Toast denken darf, den man demnächst in der großen Halle des Volkes auf das mächtige chinesische Volk ausbringen wird, und an die großartige Peking-Ente, von der einem noch vor kurzem der Außenminister so vorgeschwärmt hat?

Wenn man dann als Staatsoberhaupt von Peking nach Shanghai geflogen wird, muß man allerdings im Flugzeug schon wieder die Toast-Entwürfe redigieren, die man in der nächsten Woche im Quirinal zu Rom auf das Wohl des großen italienischen Volkes ausbringen wird. Die Welt ist eben groß, eine Präsidentschaft dauert oft nur fünf Jahre – und wenn man als Politiker, Gott bewahre, einmal so richtig Zeit hätte, über alles nachzudenken, würde man am Ende noch ganz andere Dinge in Frage stellen als Staatsbesuche.

Yaşar Kemal
Auch die Vögel sind fort

Erstmals ein Roman des berühmten türkischen Romanciers über Istanbul: Eine farbige, gnadenlose Welt im Umbruch.
128 Seiten, broschiert, 18.–

Yaşar Kemal
Memed mein Falke

Ein schmächtiger Bauernsohn wird zum Räuber, Rebellen und Rächer seines Volkes. Der bekannteste türkische Gegenwartsroman in einer preiswerten Sonderausgabe.
340 Seiten, broschiert, 20.–

Unionsverlag

CH-8034 Zürich
Zollikerstr. 138
01 / 55 72 82

Lamuv Verlag

Martinstraße 7
5303 Bornheim 3

144 Seiten, Abbildungen
Französische Broschur
DM 16,80

Heinrich Böll schreibt über die BILD-Zeit des jetzigen Regierungssprechers Peter Boenisch. Zusätzlich werden Beispiele seiner Kolumne »Meine Meinung« aus zehn Jahren wiedergegeben.

288 Seiten, 20 Abbildungen,
Broschur · **DM 24,00**

Enthüllungen, wie es sie bislang noch nicht gegeben hat: Die international operierenden Drogen- und Waffenschmuggler werden beim Namen genannt.

Äthiopisches Intermezzo 5

Hier möchte ich betonen, daß unser Herr keineswegs ein Gegner von Reformen war, im Gegenteil – er hatte großes Verständnis für Fortschritt und Verbesserungen, aber er konnte es nicht ertragen, daß jemand sich selbständig an Reformen machte, denn erstens beschwor das die Gefahr von Anarchie und Willkür herauf, und zweitens hätte so der Eindruck entstehen können, es gebe im Kaiserreich noch andere Wohltäter neben dem ehrwürdigen Herrn. Wenn daher ein geschickter und weiser Minister in seinem Ressort auch nur die geringste Reform durchführen wollte, mußte er die Angelegenheit so steuern und dem Kaiser darstellen, sie so beleuchten und formulieren, daß schließlich alle zu der über jeden Zweifel erhabenen Überzeugung gelangten, Seine Kaiserliche Hoheit habe selbst die Reform angeregt und durchgesetzt, obwohl unser Herr in Wahrheit gar nicht recht wußte, worum es bei der ganzen Sache eigentlich ging. Aber nicht alle Minister waren so vorausblickend! Es gab junge Leute, die mit den Sitten des Palastes nicht so vertraut waren und versuchten, getrieben von Ambitionen und auch dem Wunsch, die Anerkennung der Menschen zu erringen – als wäre nicht die Anerkennung des Kaisers das einzige Gut, nach dem es wert ist, zu streben – diese oder jene Kleinigkeit eigenmächtig zu verbessern. Als hätten sie nicht gewußt, daß sie damit das Gesetz der Loyalität brachen und nicht nur sich selbst begruben, sondern auch die Reform – denn ohne die Zustimmung des Kaisers hatte keine Reform eine Chance, das Tageslicht zu erblicken.
Ich sage es ganz offen, unser gütiger Herr hatte lieber schlechte Minister. Und er zog sie deshalb vor, weil er sich vorteilhaft abheben wollte. Wie aber hätte er sich von guten Ministern vorteilhaft abheben können? Das Volk hätte die Orientierung verloren und nicht mehr gewußt, bei wem es Hilfe suchen, auf wessen Weisheit und Güte es bauen sollte. Alle wären gleich gut und weise gewesen. Was für ein Durcheinander das ergeben hätte! Statt einer Sonne hätten fünfzig geleuchtet und jeder hätte einem selbstgewählten Planeten seine Huldigung dargebracht. O nein, mein Freund, man darf die Menschen nie einer so verhängnisvollen Freiheit ausliefern. Es darf nur eine Sonne geben, so will es das Gesetz der Natur, und alle anderen Theorien sind verantwortungslose und gotteslästerliche Häresien. Aber du kannst sicher sein, daß unser Herr sich abhob – und wie imponierend und gütig er sich abhob, daher gab es im Volk auch nie einen Zweifel, wer die Sonne ist und wer der Schatten.

aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 41/42

Uwe Wesel
Nach Karlsruhe gehen

Karlsruhe, Schloßbezirk 3. Neben dem alten Schloß der badischen Großherzöge, in einem großen Park, liegt der Neubau des Gerichts aus Beton und Glas. Wie Ritter Sport. Quadratisch, praktisch, gut. Einige Meter dezente Bannmeile, abgegrenzt durch Steinsockel und eine schöne Kette aus Schmiedeeisen. Dahinter Polizisten, mit Sprechfunk, Gummiknüppel und Pistole. Aber nur wenige, nicht so viele wie beim Bundesgerichtshof, der mitten in der Stadt liegt, befestigt wie ein Gefängnis. Auf der Wiese vor dem Haus ein kleines goldenes Schild mit schwarzem Adler. Unter dem Adler steht: Bundesverfassungsgericht. Es ist das höchste deutsche Gericht, ein oberstes Verfassungsorgan, also im Rang gleich mit dem Bundestag, dem Bundespräsidenten oder der Bundesregierung. Sechzehn Richter arbeiten hier, verteilt auf zwei Senate. Präsident des Gerichts ist von 1983 bis 1987 der Vorsitzende des zweiten Senats, Wolfgang Zeidler (SPD). Ihm folgt von 1987 bis 1995 Roman Herzog (CDU), der Vorsitzende des ersten Senats.
Man geht hierher, wenn man nicht mit denen einverstanden ist, die die Macht haben. Hier werden Regierung und Parlament kontrolliert, in sogenannten Organstreitigkeiten und Normenkontrollverfahren. Das Gericht soll darüber wachen, daß sie die Verfassung einhalten, zum Beispiel auf Antrag der Opposition im Bundestag oder einzelner Bundesländer. Hier können Parteien verboten werden, auf Antrag der Bundesregierung, des Bundestages oder des Bundesrates. Auch einzelne Bürger können sich an das Gericht wenden, mit der Verfassungsbeschwerde, wenn sie meinen, »durch die öffentliche Gewalt«, wie es im Bundesverfassungsgerichtsgesetz heißt, in ihren Rechten verletzt zu sein, unter Verstoß gegen die Verfassung, also unter Verletzung von Menschenrechten. Diese Verfassungsbeschwerden machen dem Gericht die meiste Arbeit. Rund dreitausend gehen jährlich ein. Über neunzig Prozent scheitern schon in der Vorprüfung des Dreierausschusses, in dem drei Richter die Erfolgsaussichten beurteilen. Das Trio infernale, wie man es dort nennt. Oft unterschreiben sie auch nur, was ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter ihnen vorbereitet haben. Und ein Prozent ist dann schließlich auch im Ergebnis erfolgreich.
Zuständig für die Entscheidung über Verfassungsbeschwerden ist der erste Senat. Er ist also derjenige, der über die Einhaltung von Menschenrechten

wacht. Da es aber so viele Verfahren geworden sind, hat er einige an den zweiten abgeben müssen. Der zweite Senat ist an sich zuständig für die Haupt- und Staatsaktionen, also für Organstreitigkeiten, Normenkontrollverfahren, Bund-Länder-Streitigkeiten und für das Verbot von Parteien. Das heißt aber nicht, daß nur hier über große Politik entschieden wird. Das Urteil über das Volkszählungsgesetz zum Beispiel, letztes Jahr, ist vom ersten Senat entschieden worden, in einem Verfahren über Verfassungsbeschwerden.

Erklärung der wichtigsten Verfahrensarten

Parteienverbote: Auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung kann das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes Parteien verbieten, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist der sogenannte Kernbereich des Grundgesetzes und wurde vom Bundesverfassungsgericht zum erstenmal 1952 im SRP-Urteil definiert (Fall Nr. 5). Das Verfahren ist geregelt in den §§ 43-47 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes.

Normenkontrollverfahren zur Überprüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit. Sie werden eingeleitet auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung, eines Drittels der Mitglieder des Bundestages oder durch die sogenannte Richtervorlage nach Artikel 100 des Grundgesetzes. Bei der Richtervorlage handelt es sich darum, daß ein Gericht ein Gesetz für verfassungswidrig hält, das dort in einem Prozeß eine Rolle spielt. Dann muß es das Verfahren aussetzen und das Gesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorlegen. Die Verfahren sind geregelt in den §§ 76-82 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes. Beispiel: Urteil zum § 218 (Fall Nr. 19).

Verfassungsbeschwerden wegen Grundrechtsverletzungen können von jedermann erhoben werden, grundsätzlich nur, »wenn der Rechtsweg erschöpft ist«, also wenn man alle Möglichkeiten vor den normalen Gerichten ausgeschöpft hat. Beispiel: Lüth-Urteil (Fall Nr. 9). Auch hier kann es um die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen gehen, nämlich wenn ihre Anwendung Grundrechte einzelner verletzt. Beispiel: Urteil zum Volkszählungsgesetz (Fall Nr. 29). Das Verfahren ist geregelt in den §§ 90-96 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes.

Organstreitigkeiten zwischen obersten Verfassungsorganen um die Auslegung des Grundgesetzes, also zwischen Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung. Wichtig ist, daß auch »Organteile« den Antrag auf Durchführung solcher Verfahren stellen können, zum Beispiel einzelne Fraktionen des Bundestages, die dann als Minderheit Rechte des Gesamtparlaments auch gegen den Willen der Mehrheit geltend machen können. Minderheitenschutz der Opposition als Ausgleich dafür, daß die Gewaltenteilung nicht mehr richtig funktioniert. Geregelt in den §§ 63-67 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes. Beispiel: Wiederbewaffnung (Fall Nr. 2).

Bund-Länder-Streitigkeiten bei Meinungsverschiedenheiten über Kompetenzen zwischen dem Bund und den Bundesländern. Antragsberechtigt sind die Bundesregierung und die Landesregierungen. Geregelt in den §§ 68-70 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes. Beispiel: Fernsehurteil (Fall Nr. 13).

Die große Politik. Das war und ist und bleibt das Problem dieses Gerichts. Damit schlägt man sich nun seit über dreißig Jahren herum, seit seiner Gründung 1951. Denn anständige Menschen unterscheiden zwischen Recht und Politik. Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps. So wie wir auch zwischen Wissenschaft und Politik unterscheiden. Und zwischen Recht und Moral. Da man nun aber einfach nicht mehr leugnen konnte, daß Recht und Politik sich hier in Karlsruhe sehr eng berühren, hat man eine neue Unterscheidung erfunden, nämlich zwischen Politik und Parteipolitik. Und da sind sie sich dann wieder alle einig, von Wolfgang Zeidler (SPD) und seinem Vorgänger als Präsidenten, Ernst Benda (CDU), bis zum bösen Martin Hirsch (SPD), der bis 1981 dort Richter gewesen ist. Parteipolitik spielt in der Rechtsprechung des Gerichts und im Abstimmungsverhalten der Richter keine Rolle. Politik vielleicht manchmal. Parteipolitik nie. Denn das Gericht ist der Hüter der Verfassung. Die hat mit Parteipolitik nichts zu tun.

Der »Hüter der Verfassung«, als Formulierung, stammt von Carl Schmitt, aus der Weimarer Zeit. Damals gab es zwar auch eine juristische Instanz für Verfassungsstreitigkeiten, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich, beim Reichsgericht in Leipzig. Aber er spielte kaum eine Rolle, hatte wenig Kompetenzen, war nur zuständig für Streitigkeiten mit den Bundesländern. Deshalb, und weil es dabei mehr um Politik als um Recht geht, meinte Carl Schmitt, Hüter der Verfassung könne niemals ein Gericht sein. Nur der Reichspräsident.

Aber das ging schief, wie man heute weiß. Deshalb überlegte man sich das anders, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Unter dem Eindruck der faschistischen Rechtsverwüstung wollte man eine möglichst feste Sicherung der rechtsstaatlichen Verfassung. Der Reichspräsident hatte versagt. Das Parlament auch. Was lag also näher als der Gedanke an ein starkes Verfassungsgericht? Bei den Vorberatungen des Grundgesetzes in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat waren alle Parteien dafür. Die SPD ein bißchen mehr als die CDU. Aber es gab keinen Streit. Und so kam mit deutscher Gründlichkeit ein Verfassungsgericht zustande, das mehr Kompetenzen hat als jedes andere in der Welt. Die meisten haben die Brisanz des ganzen, die politische Bedeutung, die das Gericht damit erlangen würde, gar nicht erkannt. Es spielte bei den Beratungen auch keine zentrale Rolle. Man war sich einig. Jedenfalls war der Schreck sehr groß bei der CDU, als es 1952 zwischen Regierung und Opposition zu den ersten Auseinandersetzungen vor dem Gericht kam, um die Wiederaufrüstung. »Dat ham wa uns so nich vorjestellt«, sagte Konrad Adenauer.

Es kam hinzu, daß die CDU bei der ersten Besetzung des Gerichts nicht aufgepaßt hatte, als man sich die beiden Senate mehr oder weniger aufteilte. Sie war der Meinung, die wichtigen verfassungsrechtlichen Fragen würden

im Verhältnis von Bund und Ländern auftreten. Dafür war der zweite Senat zuständig. Also konzentrierte sie sich auf ihn und überließ den ersten der SPD. Es zeigte sich nun sehr schnell, daß der zweite fast gar nichts zu tun hatte, während der erste immer wichtiger wurde, besonders auch im Streit um die Wiederaufrüstung. Die SPD hatte in ihm sieben Richter benannt, die CDU nur fünf. Im zweiten stand es dagegen acht zu vier für die CDU.

Die Verschiebung der wichtigsten Zuständigkeiten zwischen den beiden Senaten

Sie ergaben sich nicht aus politischen Gründen, sondern als Ausgleich für die anfängliche Verschiedenheit in der Arbeitsbelastung der beiden Senate.

	1951
1. Senat:	Parteienverbote
	Normenkontrollverfahren
	Verfassungsbeschwerden
2. Senat:	Organstreitigkeiten
	Bund-Länder-Streitigkeiten

	1956
1. Senat:	Normenkontrollverfahren
	Verfassungsbeschwerden
2. Senat:	Parteienverbote
	Organstreitigkeiten
	Bund-Länder-Streitigkeiten

	1971
1. Senat:	Verfassungsbeschwerden
2. Senat:	Parteienverbote
	Organstreitigkeiten
	Bund-Länder-Streitigkeiten
	Normenkontrollverfahren
	Verfassungsbeschwerden in einigen besonderen Fällen

Damals hat Konrad Adenauer vom »roten« und »schwarzen« Senat gesprochen, was man ihm sehr übel genommen hat. Auch in der juristischen Literatur wird das heute noch manchmal zitiert und dann immer ausdrücklich als falsch bezeichnet. Denn beide Senate hätten sich parteipolitisch neutral verhalten. Das ist zwar für die damalige Zeit im Ergebnis eine richtige Beobachtung. Aber letztlich hat Adenauer recht gehabt. Das Gericht hat sich eben nur sehr vorsichtig verhalten, am Anfang seiner Tätigkeit. Und sehr geschickt.

Es gab eine fürchterliche Rangelei zwischen Regierung und Opposition vor

beiden Senaten, wegen der Verfassungsmäßigkeit der Wiederbewaffnung. Die SPD zog vor den ersten, den roten. Die CDU versuchte es beim zweiten, dem schwarzen. Und Theodor Heuss, gedrängt von Adenauer und Dehler, beantragte zu allem Überfluß noch ein Gutachten von beiden Senaten gemeinsam, vom sogenannten Plenum. Weil man meinte, auch dort eine Mehrheit zu haben. Denn acht und fünf gibt dreizehn, sieben und vier aber nur elf. Erstaunlicherweise taten nun alle drei nicht, was man von ihnen erwartete. Der rote Senat entschied gegen die SPD, der schwarze gegen die CDU, und auch das Plenum faßte einen internen Beschluß, der gegen die Regierung ging. Jeweils nur über Formalitäten, nicht zur Sache selbst. Besonders über den Beschluß des Plenums gab es große Aufregung bei der Regierung. Thomas Dehler, der Justizminister, erklärte öffentlich: »Das Bundesverfassungsgericht ist in einer erschütternden Weise von dem Wege des Rechts abgewichen und hat dadurch eine ernste Krise geschaffen.« Was nicht nur ein für einen Justizminister sehr ungewöhnlicher, sondern auch ein unberechtigter Vorwurf war. Die Regierung sah sich eben in ihrer Erwartung auf eine sichere Mehrheit im Plenum enttäuscht. Adenauer drängte deshalb Heuss, den Antrag für das Gutachten wieder zurückzuziehen. Also zog der den Antrag zurück, was auch nicht ohne Peinlichkeit war. Das Gericht wartete mit seinen endgültigen Entscheidungen bis zu den Wahlen 1953. Adenauer gewann haushoch. So konnte er mit seiner Zweidrittelmehrheit im Bundestag die Verfassung ändern. Die Bundeswehr stand nun im Grundgesetz. Das Gericht brauchte nicht mehr zu entscheiden. Es hatte sich, mit anderen Worten, aus dem parteipolitischen Streit herausgehalten und die Entscheidung dem deutschen Wähler überlassen. Der entschied sich für die Bundeswehr.

Juristen sehen die fünfziger Jahre als die große Zeit des Bundesverfassungsgerichts. Es gab eine ganze Reihe von Urteilen, mit denen es sich allgemeinen Respekt verschaffte. 1958/59 zum Beispiel allein drei: das Lüth-Urteil, das Apotheken-Urteil und das Urteil über den Stichentscheid des Vaters. Im Lüth-Urteil ging es um die Meinungsfreiheit, die hier höher bewertet wurde als das Interesse eines Filmverleihs. Der hatte vor dem Hamburger Landgericht ein Unterlassungsurteil erstritten gegen den Hamburger Senatsdirektor Erich Lüth, wegen des Aufrufs zum Boykott der Filme des Nazi-Regisseurs Veit Harlan. Das Urteil wurde aufgehoben. Das Apotheken-Urteil beendete den staatlichen Dirigismus bei der Zulassung von Apotheken. Beim Stichentscheid ging es um die Gleichberechtigung der Frau. 1957 hatte der Bundestag endlich ein Gesetz erlassen, das den Auftrag des Grundgesetzes – in Art. 117 – von 1949 erfüllte, Frauen und Männer rechtlich gleichzustellen. Aber die CDU beharrte auf patriarchalischen Restbeständen. Vater und Mutter sollten jetzt zwar gemeinsam über die Erziehung der Kinder entscheiden. Wenn sie sich jedoch nicht einigen konnten, sollte die

Stimme des Vaters den Ausschlag geben, § 1628 BGB. Das war Erna Scheffers Stunde. Sie war die einzige Frau im Gericht, als SPD-Genossin. Sie hat im ersten Senat das Urteil geschrieben, mit dem dieses Gesetz dann für verfassungswidrig erklärt wurde.

In diese Zeit gehören auch die sogenannten 131er-Urteile, zu Artikel 131 des Grundgesetzes und zur Rechtstellung von Beamten aus der Nazi-Zeit. Im Gegensatz zum Bundesgerichtshof vertrat das Bundesverfassungsgericht die Meinung, ihre Dienstverhältnisse seien am 8. Mai 1945 erloschen. Sie könnten daraus keine Rechte mehr ableiten. Normalerweise würden Beamte natürlich auch am Ende eines verlorenen Krieges im Amt bleiben. Die Beamtenschaft des Dritten Reichs habe aber nichts mehr zu tun gehabt mit den »herkömmlichen Grundsätzen des Berufsbeamtentums«. Sie sei stark politisiert gewesen, zu sehr infiziert vom Ungeist des Nazi-Systems. Deshalb sei sie mit ihm gemeinsam untergegangen. Für deutsche Juristen eine nicht ganz selbstverständliche Konstruktion. Und der Unterschied zur Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes läßt sich auch leicht erklären. Dort sitzen nämlich normale Juristen, Berufsrichter, die auch während des Dritten Reichs im Amt waren. Dagegen waren die Richter des Bundesverfassungsgerichts von Politikern gewählt worden, auch wegen ihrer politischen Zuverlässigkeit. Es gab keine alten Nazis unter ihnen, wie sonst an deutschen Gerichten. Im Gegenteil. Manche von ihnen waren sogar Emigranten gewesen.

Diese politische Zusammensetzung des Gerichts verhinderte allerdings nicht das KPD-Verbot von 1956, den großen Sündenfall in den Augen der deutschen Linken. Immerhin hat sie ihn wenigstens verzögert. Denn die Sozialistische Reichspartei wurde gleich verboten, 1952, als die Bundesregierung den Antrag gestellt hatte. Aus derselben Zeit stammt der Antrag für das Verbot der KPD. Aber die Richter des ersten Senats, des »roten«, schoben es jahrelang vor sich her. Sie sahen wohl, was das politisch bedeuten würde, und waren ja zum Teil auch viele Jahre gemeinsam mit Kommunisten im Exil gewesen.

Adenauer jedenfalls war über diesen Aufschub sehr erbost. Deshalb, und wegen des großen Schrecks von 1952, schritt die CDU zur Tat. Sie begann einen jahrelangen und hartnäckigen Kampf um das Bundesverfassungsgericht, um die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse. Teils offen, meistens verdeckt. Und mit Erfolg. 1963 war das Gericht endgültig gekippt. Seitdem gab es in beiden Senaten eine 5:3-Mehrheit für die CDU. Das hat sie dadurch erreicht, daß im Bundestag gegen den Widerstand der SPD beschlossen wurde, die Zahl der Richter in jedem Senat von zwölf auf acht zu reduzieren. In zwei Raten, 1956 und 1963. Im roten wurden vier Stellen der SPD gestrichen. Nun stand es nicht mehr 7:5 für sie, sondern 5:3 für die CDU. Im schwarzen ließ man vier Stellen der CDU auslaufen. Dort stand es

vorher 8:4. An sich hätte das Ergebnis also ein Patt sein müssen, von 4:4. Aber bei der Abstimmung im Bundesrat über die Neubesetzung einer anderen Stelle scheint sich die CDU nicht an Absprachen gehalten zu haben. Eine Richterstelle, die an sich der SPD zustand, wurde mit einem Richter besetzt, der von der CDU vorgeschlagen worden war. Gregor Geller trat an die Stelle von Walter Klaas. Und damit stand es auch im zweiten Senat 5:3 für die CDU. Adolf Arndt, der Verhandlungsführer der SPD, ging mit einem Artikel an die Öffentlichkeit: »Schatten über Karlsruhe«. Dadurch erfuhr man zum ersten Mal von der Existenz solcher Absprachen. Vor der Wahl der Richter im Bundesrat und im Bundestag werden die Kandidaten von den Parteien ausgehandelt.

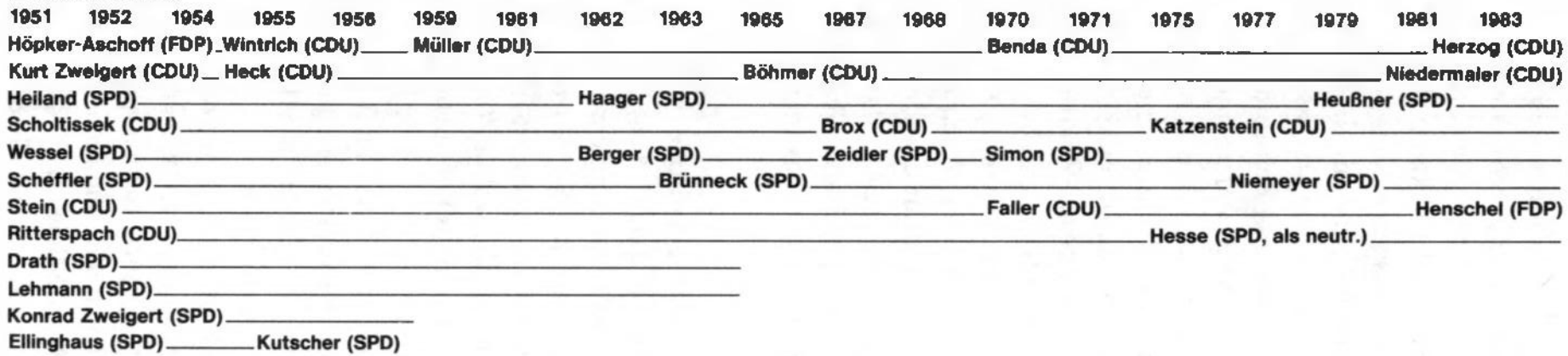
Die Absprachen sind notwendig, weil die Richter nach dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz in beiden Gremien mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden müssen. Adenauer hatte zwar auch das gesetzlich ändern und jeweils einfache Mehrheiten genügen lassen wollen, mit der lustigen Behauptung, dadurch solle vermieden werden, daß die Richter als Vertreter einer politischen Richtung erschienen und sich nicht des »Vertrauens im ganzen Volk« erfreuten. Aber es war zu deutlich, daß das nur ein Trick war, der es der CDU ermöglicht hätte, mit ihrer Mehrheit einfach alle Richter selbst zu ernennen. Und man einigte sich im Bundestag darauf, die bisherige Dreiviertelmehrheit nur auf Zweidrittel zu ändern. Keine Partei kann also allein entscheiden, wer Verfassungsrichter wird. Man muß sich vorher einigen. Was darauf hinausläuft, daß man nach dem Motto verfährt, »nimmst du meinen CDU-Mann, nehm' ich deinen SPD-Mann«. Absprachen übrigens, bei denen die SPD später regelmäßig den kürzeren gezogen hat. Nicht, weil die CDU sich dann nicht daran hielt. Das war wohl nur 1963 der Fall, möglicherweise auch noch unter Beihilfe eines sozialdemokratischen Bundeslandes. Nein, Sozialdemokraten scheinen bei solchen Geschäften strukturell benachteiligt zu sein. Woran das liegt? Weiß der Teufel. Vielleicht haben sie gegenüber Vertretern konservativer Parteien immer noch ein schlechtes Gewissen wegen ihrer Abstammung aus der Arbeiterbewegung. Wollen beweisen, daß auch sie anständige Bürger sind, staatstragend, zuverlässig. Jedenfalls schlagen sie selbst regelmäßig Kandidaten vor, die bei den anderen nicht auf Widerspruch stoßen. Also solche, die am rechten Rand des sozialdemokratischen Spektrums angesiedelt sind oder noch jenseits dieser Grenze. Und lassen sich oft auf Kandidaten der Gegenseite ein, bei denen man als liberaler Mensch nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen kann.

1971 hatte die SPD immerhin erreicht, daß im zweiten Senat ein Patt von 4:4 zustandekam. Nach dem Wahlerfolg von 1969, der die sozialliberale Koalition begründete, hatte sie energisch darauf hingewiesen, daß dies nun nicht mehr mit den alten CDU-Mehrheiten von 5:3 in beiden Senaten zu verein-

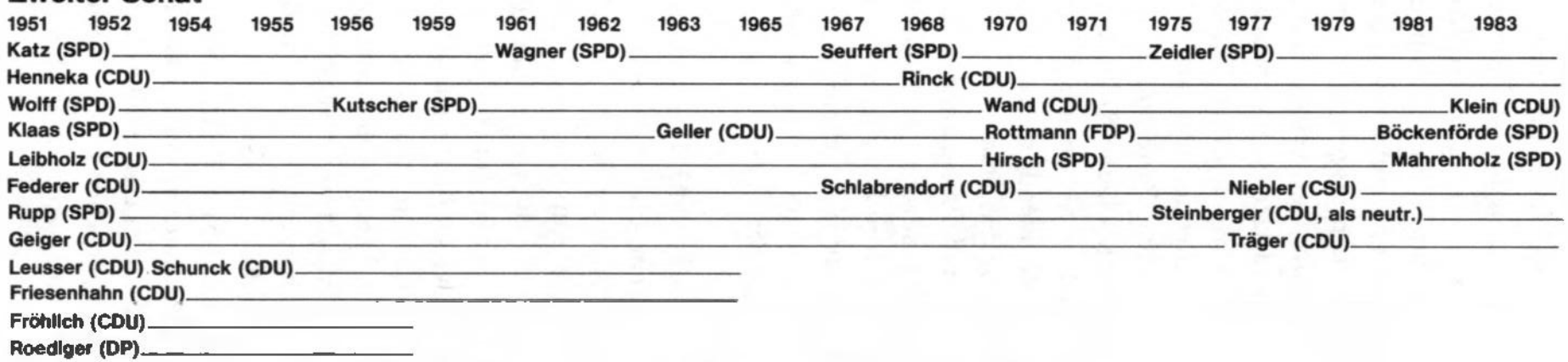
baren sei. Die alte Schlappe von 1963 wurde wiedergutgemacht und der damals für die CDU gewählte Richter, Gregor Geller, durch Joachim Rottmann ersetzt. Der war Mitglied der FDP und zählte zu den Sozialliberalen. Im ersten Senat blieb alles beim alten. Aber immerhin. Die nächsten Neubesetzungen kamen 1975. Im ersten Senat wurden zwei CDU-Stellen frei, die von Brox und Ritterspach, und im zweiten zwei SPD-Stellen, nämlich die von Rupp und des Vorsitzenden Seuffert. SPD und CDU einigten sich zunächst darauf, je eine mit einem sogenannten Neutralen zu besetzen, und zwar mit zwei Professoren. Die SPD benannte Konrad Hesse für den ersten Senat und die CDU Helmut Steinberger für den zweiten. Hesse trat an die Stelle von Ritterspach, der von der CDU benannt worden war und kurz vor seinem Ausscheiden noch als Zünglein an der Waage das vernichtende Urteil über den § 218 StGB herbeigeführt hatte. Hesse ist dagegen tatsächlich eine Art unabhängiger Neutraler, gilt als anerkannter Fachmann, war also eine Verbesserung. Die alte 5:3-Konstellation im ersten Senat war gebrochen. Die neue 4:3-Mehrheit für die CDU konnte von Hesse jeweils in die eine oder andere Richtung beeinflußt werden. Denn bei 4:4 ist eine Klage abgewiesen, bei 5:3 ist sie erfolgreich. Diese Verbesserung dauerte aber nur zwei Jahre. Dann kam 1977 Frau Niemeyer, als Nachfolgerin der verstorbenen Frau Rupp von Brünneck. Gisela Niemeyer ist zwar Mitglied der SPD, stimmt aber wie viele Sozialdemokraten grundsätzlich gegen ihre eigene Partei. Im zweiten Senat war es ähnlich. Das Patt von 4:4 hielt nur vier Jahre, von 1971 bis 1975. Denn der neutrale Steinberger war nicht neutral. Die SPD hatte sich mal wieder übers Ohr hauen lassen. Steinberger stimmt grundsätzlich mit den anderen CDU-Richtern. Außerdem erlaubte sich die SPD hier noch einen zweiten Luxus. An die Stelle des Vorsitzenden Seuffert sollte an sich Martin Hirsch treten, der 1971 in den zweiten Senat gewählt und dem das damals versprochen worden war. Aber inzwischen war Helmut Schmidt Bundeskanzler geworden. Und der konnte Martin Hirsch nicht leiden. Also wurde ihm ein anderer vor die Nase gesetzt, Wolfgang Zeidler, der jetzige Präsident. Das war eine ähnliche justizpolitische Fehlentscheidung wie zwei Jahre später die Wahl von Frau Niemeyer. Denn auch Wolfgang Zeidler hat nun fast zehn Jahre lang grundsätzlich immer gegen seine eigene Partei gestimmt, sei es bei der Entscheidung über das Bundespresseamt, über die Wehrdienstverweigerer oder das Ausbildungsplatzförderungsgesetz. Daher seine stolze Bemerkung, Parteipolitik würde im Abstimmungsverhalten der Richter am Bundesverfassungsgericht keine Rolle spielen. Da hat er für seine eigene Person ohne Zweifel ein wahres Wort gesprochen. Er muß sich allerdings schon fragen lassen, ob das nun nicht auch wieder eine Art von Parteipolitik ist, jedenfalls bei Sozialdemokraten, daß sie sich in solchen Honoratiorengremien ständig gegen ihre eigene Partei wenden. Wer hat uns verraten?

Die Entwicklung der personellen Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts

Erster Senat



Zweiter Senat



nach: Donald P. Kommers, *Judicial Politics in West Germany*, 1976, S. 131; leicht verändert und ergänzt.
Die Angaben zur Partei bezeichnen die Herkunft durch Vorschlag im Bundestag oder Bundesrat, nicht immer die Mitgliedschaft.

Das Abstimmungsverhalten der Richter ist nämlich seit 1970 ziemlich gut bekannt. Damals wurde im Bundesverfassungsgerichtsgesetz die Möglichkeit eingeführt, daß überstimmte Richter ihre eigene Meinung in einem sogenannten Sondervotum veröffentlichen dürfen. Der zweite Senat gibt auch meistens noch das Abstimmungsergebnis bekannt. Den Rekord an Sondervoten hält Martin Hirsch, der 1981 ausgeschieden ist. Bis 1975 hatte er sich nach außen insgesamt ruhig verhalten, hat für das problematische Urteil zum Grundlagenvertrag gestimmt und sogar für das über die Berufsverbote. In den letzten Jahren wurde er dann zum Zentrum des Widerstandes im zweiten Senat, gegen Zeidler und Steinberger, mit über fünfundzwanzig abweichenden Meinungen. War das denn nun Parteipolitik? Nein, sagt Martin Hirsch. Parteipolitik spielt in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Rolle. Und spricht dabei für seine Person wahrscheinlich ebenso ein wahres Wort wie Wolfgang Zeidler. Allenfalls die Frage sei entscheidend, ob ein Richter grundsätzlich eher für die Freiheit stimme oder für den Staat. Das gleiche sagt Ernst Benda, Vorsitzender des ersten Senats und Präsident des Gerichts bis 1983. Auch er, Mitglied der CDU, hat seine Beweise. Er kann zum Beispiel auf das Urteil zum Volkszählungsgesetz vom Dezember letzten Jahres verweisen, das tatsächlich nur deswegen negativ ausgefallen ist, weil er sich gegen das Gesetz entschieden hatte. Und damit auch gegen seine eigene Partei, was man ihm dort sehr übelgenommen hat.

Ja, und was ist es nun? Was spielt denn dann eine Rolle, wenn es nicht die Parteipolitik sein soll? Die Politik? Oder das Recht? Ach, das ist eine lange Geschichte. Niemand wird von sich behaupten können, er wüßte darauf eine endgültige Antwort. Auch nicht Ernst Benda, Martin Hirsch oder Wolfgang Zeidler. Was sie da über Parteipolitik sagen, ist richtig und falsch zugleich und eher irreführend, als daß es auf die wahren Gründe und Hintergründe verwiese. Juristisch-technisch jedenfalls konnte man sich bei allen diesen Problemen so oder so entscheiden.
Es ist das alte Thema von Recht und Politik. Hier, im Verfassungsrecht, wird wohl niemand mehr leugnen, daß sie kaum zu trennen sind. Bei den meisten Entscheidungen, die so spektakuläre Fragen betreffen wie die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zur Hochschulreform, über den Grundlagenvertrag, den § 218, die Berufsverbote, die Wehrdienstverweigerung, das Mitbestimmungsgesetz oder das Volkszählungsgesetz, bei all diesen Entscheidungen sind es erst an allerletzter Stelle juristische Regeln gewesen, die den Ausschlag gegeben haben. Vorher spielt alles mögliche eine Rolle, aber nicht das Recht als solches. Vorher spielt zum Beispiel schon eine Rolle, daß keiner der acht Richter offen zugeben wird, er habe für die Beratung und Abstimmung eine feste politische Position, also etwa die derjenigen Partei,

deren Mitglied er ist oder die ihn für dieses Amt vorgeschlagen hat. Im Selbstverständnis der Richter würde das bedeuten, man gäbe zu erkennen, daß man abhängig sei, gekauft. Also bleibt man grundsätzlich dabei, sich selbst und den anderen und nach außen kundzutun, daß man sich dem Recht verpflichtet fühlt und nicht der Politik. Von Parteipolitik ganz zu schweigen. Das bestimmt das Verhalten nicht unwesentlich. Zum Beispiel mit Rücksicht darauf, was die Meinung derjenigen ist, die im Senat sozusagen die juristische Autorität darstellen, die mehr wissen als die anderen und besser argumentieren können. Im ersten Senat ist es der – neutrale – Konrad Hesse, im zweiten Helmut Steinberger. Aber auch Helmut Simon gilt als hochintelligenter Fachmann, allerdings nicht als neutral. Er ist Mitglied der SPD.

Es kommt auch darauf an, welcher Richter den Auftrag hatte, die Beratung und Entscheidung vorzubereiten. Der Berichterstatter. Kommt die Sache zum Beispiel an Frau Niemeyer (SPD) im ersten oder an Herrn Träger (CDU) im zweiten Senat, dann ist schon grundsätzlich gegen die Freiheit und für den Staat entschieden. Es sei denn, es gelingt einem der anderen Richter, die übrigen in der Beratung umzustimmen. Es kommt sogar manchmal darauf an, wer das als wissenschaftlicher Mitarbeiter für diesen Berichterstatter vorbereitet hat. Jeder Richter hat zwei solcher Assistenten, die man dort »Hiwis« nennt, regelmäßig jüngere Richter von anderen Gerichten, die dafür von ihren Justizverwaltungen für einige Jahre freigestellt sind – und dann oft große Karriere machen. Meistens sind es sehr begabte Juristen. Der dritte Senat, wie Adolf Arndt sie mal genannt hat. Wenn sie ihren Vorentwurf juristisch hieb- und stichfest geschrieben haben, kann man schlecht daran vorbei. Sind Lücken drin, haben es die anderen leicht.

Und schließlich kommt es manchmal sogar noch darauf an, wie die mündliche Verhandlung läuft. Wenn mal eine stattfindet, was selten genug der Fall ist. Regelmäßig nur vier- bis fünfmal im Jahr, bei durchschnittlich mindestens achtzig Entscheidungen. Dann sitzen sie da, die acht, in ihren roten Roben mit weißem Bäffchen und sagen nur ganz selten was, überlassen regelmäßig dem Vorsitzenden das Wort, nachdem man feierlich eingezogen ist, im Scheinwerferlicht des Fernsehens, durch die Mitteltür, schräg unter dem dicken Holzadler. Ein Justizbeamter hat sie geöffnet, unnachahmlich würdevoll. Ein Redekünstler er selbst. Spricht zwar nur zwei Worte. Aber wie! Zwei Worte in einem souveränen Trompetenton: »Das Bundesverfassungsgericht!« Es kommen noch Töne von Altsaxophon und Paukenschlag dazu. Laut auseinandergezogen, langsam aufsteigend bis zur entscheidenden Betonung auf der Silbe »fass«. Der Paukenschlag. Dann melodisch herabfallend. Jedenfalls ist es hinreißend. Dann stehen alle auf im Saal. Weil's der Wahrheitsfindung dient. Und setzen sich wieder. Und dann

kommt es eben manchmal darauf an, wer dort für welche Partei auftritt, und was er sagt, und wie er es sagt. Oft ist es egal. Manchmal kommt es auch darauf an, wer nicht gekommen ist. Georg Leber zum Beispiel, als Verteidigungsminister, war 1978 nicht erschienen, um die Postkarte zu verteidigen, mit der man den Wehrdienst dann hätte verweigern können. Er schickte seinen Staatssekretär. Was seine Motive auch immer gewesen sein mögen, jedenfalls hat das entscheidend mit dazu beigetragen, daß die Wehrdienstnovelle von 1977 für verfassungswidrig erklärt worden ist. Merke: Manchmal macht auch Politik, wer nicht nach Karlsruhe geht.

Was spielt also eine Rolle? Recht oder Politik? Im ganzen gesehen, über eine längere Zeit betrachtet, entscheidet bei politisch brisanten Fragen die politische Mehrheit im Senat. Und das heißt dann auch die parteipolitische, wie sich aus den Sondervoten herauslesen läßt. Nicht immer, nicht in jedem einzelnen Fall, nicht bei jedem einzelnen Richter. Von Sozialdemokraten wie Zeidler und Niemeyer sowieso mal abgesehen. Bei aller Gemeinsamkeit in einem Senat, die man als gruppendynamischen Prozeß auch nicht unterschätzen darf, es gibt dort letztlich doch politische Gruppenbildungen, von denen jeder weiß. Über die man nicht offen redet. Die sich gegenseitig im Auge haben, die gegeneinander arbeiten, indem sie um den sogenannten Neutralen kämpfen, und sich dann zusammenraufen oder mit Mehrheit entscheiden. Es ist eine in rechtlichen Bahnen laufende Politik, die durch das juristische Instrumentarium, und das heißt auch: durch das juristische Selbstverständnis der Richter, gebremst werden kann und so manchmal – gewollt oder ungewollt – in eine andere Richtung gedrängt wird.

Und das genügt. In Verbindung mit den politischen Mehrheiten in beiden Senaten genügt es, um sicherzustellen, daß das Gericht diejenige Funktion erfüllt, die ihm von Anfang an von den Vätern des Grundgesetzes zugedacht war. Stabilisierung von Politik. Verhinderung von Veränderungen. Das hat zwar auf der einen Seite den Vorteil, daß Veränderungen in Richtung Faschismus bei uns sehr unwahrscheinlich geworden sind. Das war das Ziel der Sozialdemokraten in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat. Auf der anderen Seite bedeutet es aber den Nachteil, daß im wesentlichen auch alle Ansätze zu positiven Veränderungen durch den Karlsruher Sand zunichte gemacht werden, der immer wieder in das Getriebe der bundesrepublikanischen Politik geworfen wird, wenn man solche Veränderungen ansteuert. Und das war sicherlich ein Hintergedanke der Konservativen, die sich damals bei den Beratungen darauf eingelassen haben. Hier liegt eben das Problem der Verrechtlichung von Politik, wie sie in Karlsruhe betrieben wird. Dazu ein Blick auf die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit 1951. Man kann drei Perioden unterscheiden, die fünfziger Jahre, die sechziger Jahre und die siebziger Jahre.

Die fünfziger Jahre sind die Zeit Adenauers, also einer eher restaurativen Politik. Sie wird durch das Gericht letztlich nicht behindert. In allen wichtigen Fragen hat es – mit einer Ausnahme – für die Regierung entschieden, von der Wiederbewaffnung 1952 über das Saarstatut 1955, das KPD-Verbot 1956 bis zu den Volksbefragungen über Atomwaffen 1958. Erst am Ende dieser Zeit hat das Gericht ein einziges Mal ein wichtiges Urteil gegen die Regierung gesprochen, das Fernsehurteil von 1961, als Adenauer ein Regierungsfernsehen einrichten wollte und die Deutschland-Fernsehen-GmbH gegründet hatte. Da zogen die sozialdemokratischen Bundesländer Hamburg und Hessen nach Karlsruhe, auf dem Weg einer sogenannten Bund-Länder-Streitigkeit, und ließen ihm das verbieten. Das Ergebnis war dann das ZDF, das mehr oder weniger doch ein CDU-Fernsehen geworden ist. Mit anderen Worten: Das Gericht hat im Grunde alles laufen lassen.
Hier die wichtigsten Entscheidungen aus dieser Zeit (BVerfGE ist die Abkürzung für die Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, mit Band und Seite):

1. BVerfGE 1.281 (15. 5. 52, 1. Senat): Wiederbewaffnung. Ablehnung des Antrags der SPD-Fraktion auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Bundesregierung wegen des geplanten Gesetzes über den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Aus formalen Gründen.

2. BVerfGE 1.396 (30. 7. 52, 1. Senat): Wiederbewaffnung. Ablehnung des Hauptantrags der SPD-Fraktion. Aus formalen Gründen, weil das Gesetz noch nicht erlassen war.

3. BVerfGE 2.86 (8. 12. 52, Plenum): Wiederbewaffnung. Das Plenum hatte nur beschlossen, daß seine Beschlüsse für andere Verfahren vor den beiden Senaten bindend seien. Das gab die große Aufregung bei der Regierung.

4. BVerfGE 2.143 (7. 3. 52, 2. Senat): Wiederbewaffnung. Ablehnung des Antrags der CDU-Fraktion gegen die SPD-Fraktion, sie solle nicht mehr behaupten, die Wiederbewaffnung sei verfassungswidrig. Aus formalen Gründen.

5. BVerfGE 2.1 (23. 10. 52, 1. Senat): SRP-Verbot. Die sozialistische Reichspartei ist eine nach dem Führerprinzip aufgebaute Organisation aus alten Nationalsozialisten. Sie ist verfassungswidrig, weil sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wendet, die in diesem Urteil zum ersten Mal vom Gericht definiert wird (S. 12 f.): »So läßt sich die freiheitliche demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.«

6. BVerfGE 3.58 (17. 12. 53, 1. Senat): Die erste Entscheidung zu Art. 131 GG. Beamtenverhältnisse waren faschistisch politisiert und sind deshalb am 8. 5. 45 erloschen; daher auch keine

»wohlerworbenen Rechte« der Beamten mehr. Erheblicher Streit mit dem Bundesgerichtshof, der Beamte als »Opfer«, nicht »Instrument« des Faschismus sah.

7. BVerfGE 4.157 (4. 5. 55, 1. Senat): Saarstatut. Ablehnung des Antrags der SPD-Fraktion gegen die Bundesregierung wegen des Gesetzes über das Saarstatut. Es seien nicht entscheidende Rechte preisgegeben worden. Die neue Lösung liege »näher beim Grundgesetz«. Und dann hatte man das unerwartete Glück, daß die Volksabstimmung zugunsten der Bundesrepublik ausging. Jedenfalls ist man hier in Karlsruhe sehr viel großzügiger gewesen als beim Grundlagenvertrag.

8. BVerfGE 5.85 (17. 8. 56, 1. Senat): KPD-Verbot. Nach jahrelangem Zögern entscheidet der 1. Senat, die KPD sei verfassungswidrig. Die im SRP-Urteil gefundene Formel für die freiheitliche demokratische Grundordnung wird wiederholt. Höhepunkt der Kommunistenverfolgungen während der Adenauer-Zeit.

9. BVerfGE 7.198 (15. 1. 58, 1. Senat): Lüth-Urteil. Erich Lüth, Hamburger Senatsdirektor, jüdischer Herkunft, hatte 1950 zum Boykott der Filme des Nazi-Regisseurs Veit Harlan (»Jud Süß«) aufgerufen, der Filmverleih deshalb gegen ihn 1951 ein Unterlassungsurteil vor dem Landgericht Hamburg erstritten. Das Urteil wurde vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben, im Namen der Meinungsfreiheit, für die es sogar Benjamin Cardozo zitierte, auf Englisch: »the matrix, the indispensable condition of nearly every other form of freedom«.

10. BVerfGE 7.377 (11. 6. 58, 1. Senat): Apothekenurteil. Beseitigte Reste des Zunftwesens bei der Konzessionierung von Apotheken, von denen damals noch jeweils nur eine für ein Gebiet mit einer bestimmten Bevölkerungszahl zugelassen wurde. Die entsprechende Vorschrift des Apothekengesetzes verstoße gegen die Berufsfreiheit des Artikels 12 GG, für die das Gericht hier seine unter Juristen berühmte »Stufentheorie« aufstellte.

11. BVerfGE 8.104 und 8.122 (30. 7. 58, 2. Senat): Atomwaffen. Die SPD wollte 1957 in Hamburg und Hessen Volksbefragungen durchführen über die geplante Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung klagte dagegen erfolgreich, weil die Länder für militärische Fragen nicht zuständig seien.

12. BVerfGE 10.59 (29. 7. 59, 1. Senat): Stichentscheid des Vaters. §§ 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes von 1957 sind verfassungswidrig, wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Art. 3 des Grundgesetzes.

13. BVerfGE 12.205 (28. 2. 61, 2. Senat): Fernseh-Urteil. Die Bundesregierung hat mit der Gründung der Deutschland-Fernsehen-GmbH gegen Rechte der Bundesländer und gegen den Grundsatz der Pressefreiheit verstoßen.

In den sechziger Jahren wird es ruhig für das Gericht. Einfach deshalb, weil die Sozialdemokraten sich mit ihrem Godesberger Programm von 1959 auf die Regierungsverantwortung vorbereiteten, wie man so sagt, in einer Art Umarmungstaktik. Das Gericht wurde kaum in Anspruch genommen und beschäftigte sich im wesentlichen mit unpolitischen Fragen. Man nannte das auch Versachlichung. Es ging nicht mehr um politische Inhalte, sondern nur noch um den Machtwechsel. Dafür zogen die Sozialdemokraten allerdings noch mit zwei größeren Prozessen vor das Gericht. Einmal wegen der Parteienfinanzierung. Die staatlichen Zuschüsse begünstigten die CDU, die weniger Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen hat als die SPD. 1966 erließ das

Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur Parteienfinanzierung, in dem es feststellte, es sei mit der Verfassung nicht vereinbar, wenn der Staat die gesamte Arbeit der Parteien dauernd finanziert. Politik dürfe nicht nur von oben nach unten gemacht werden, sondern müsse sich auch aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Nun ja. Daraus ist dann die Erstattung von Wahlkampfkosten geworden, mit noch viel größeren Summen. Dann ging es um die Wahlkampfunterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung für die CDU. Aber die Klage wurde 1967 zurückgezogen, nachdem die SPD im Dezember 1966 in die Regierung eingetreten war. Mit der großen Koalition war sowieso alles vorbei. Die Notstandsgesetze wurden 1968 erlassen. Aber nichts geschah. Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Die beiden wichtigsten Entscheidungen:

14. BVerfGE 20.56 (19. 7. 66, 2. Senat): Parteienfinanzierung. »Mit dem demokratischen Grundsatz der freien und offenen Meinungs- und Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen ist es nicht vereinbar, den Parteien Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Bundes für ihre gesamte Tätigkeit im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung zu gewähren.« Deshalb war das Haushaltsgesetz des Bundestages für 1965 insoweit verfassungswidrig.

15. BVerfGE 20.162 (5. 8. 66, 1. Senat): Spiegel-Affäre. Ein spätes Nachspiel. Der Spiegel-Verlag war gegen den Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Hamburg von 1962 mit der Verfassungsbeschwerde vorgegangen. Wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit. Der erste Senat gibt in den Urteilsgründen offen zu, daß es eine knappe Entscheidung war, nämlich 4:4. Das hatte er noch nie getan. Damit war die Beschwerde abgelehnt. Es sei immerhin ein gewisser Tatverdacht des publizistischen Landesverrats am Anfang vorhanden gewesen. Deshalb habe das Gericht nicht leichtfertig gehandelt.

Nun kommen die siebziger Jahre. Und sofort zeigt sich die Bremsfunktion dieses obersten Staatsorgans. Die SPD wollte Reformpolitik machen. Aber selbst mit den etwas veränderten Mehrheiten in Karlsruhe war es mühelos möglich, fast alles zu verhindern. Ein Vorhaben nach dem anderen scheiterte im Schloßbezirk 3: die Schulpolitik, die Hochschulpolitik, der § 218 und die Wehrdienstverweigerung. Der Grundlagenvertrag mit der DDR durfte zwar im Ergebnis gerade noch passieren. Aber mit den inzwischen üblichen Nebenbemerkungen in der Begründung des Urteils hatte man der Regierung den Ausbau dieser Politik unmöglich gemacht. Während das Gericht in den fünfziger Jahren im Grunde nur ein einziges Mal gegen Adenauer entschieden hatte, beim Fernsehen, gab es jetzt in den Siebzigern nur eine einzige wirklich positive Entscheidung zugunsten der sozialliberalen Koalition, nämlich die über das Mitbestimmungsgesetz, 1979. Bei dem waren aber in den Beratungen im Bonner Bundestag schon sehr viele Abstriche von der Parität der Mitbestimmung gemacht worden, gerade weil die CDU immer gedroht hatte, sie würde nach Karlsruhe gehen. Auch die FDP hatte sich auf diese Bedenken gestützt. Eine große Anhörung von staatsrechtlichen Sachverständigen hatte stattgefunden, um die Frage zu klären, ob das geplante Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern würde.

Wie schon manches andere. Allein die Existenz des Gerichts war also als Bremsfunktion ausreichend, auch ohne den Gang nach Karlsruhe. Und so ist es oft gewesen. Trotzdem war das Urteil von 1979 erstaunlich. Der erste Senat sagte nämlich ohne die im Schloßbezirk üblichen Nebenbemerkungen ganz klar und einfach, Mitbestimmung sei nützlich und das Gesetz verfassungsmäßig. Möglicherweise hätte sogar die paritätische Mitbestimmung in Karlsruhe unbeanstandet passieren können. Jedenfalls, was für die Adenauer-Zeit das Fernsehurteil war, das ist für die sozialliberale Koalition das Mitbestimmungsurteil gewesen. Einmal mußte man jeweils zeigen, daß man als Gericht unabhängig ist, nur nach dem Recht entscheidet und auch anders kann. Im übrigen ist bei Adenauer alles durchgegangen, bei den Sozialliberalen nichts. Das ist Verrechtlichung von Politik. Die Entscheidungen:

16. BVerfGE 33.303 (18. 7. 72, 1. Senat): Numerus-Clausus-Urteil. Die Vorschriften in den Hochschulgesetzen der Länder (Hamburgs und Bayerns) über den Numerus Clausus sind im allgemeinen noch gerade mit den Grundsätzen über die Berufsfreiheit in Artikel 12 des Grundgesetzes vereinbar. Aber das Gericht gibt strenge Anweisungen für den Ausbau und die Ausnutzung der Kapazitäten.

17. BVerfGE 35.79 (29. 5. 73, 1. Senat): Hochschulreform. Das niedersächsische Vorschaltgesetz für ein Universitätsgesetz verstößt gegen das Prinzip der Freiheit von Wissenschaft in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, weil die Gruppe der Hochschullehrer in den Gremien der Universitäten von anderen Gruppen auch in wichtigen Fragen überstimmt werden kann. Damit wäre Wissenschaft fremdbestimmt, denn die Professoren sind »mit der Sache der Wissenschaft besonders eng verbunden«. Quatsch.

18. BVerfGE 36.1 (31. 7. 73, 2. Senat): Grundlagenvertrag. Er ist gerade noch hinnehmbar, verstößt im Ergebnis nicht gegen das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes. Aber die Regierung muß in Zukunft vorsichtig sein. Die Begründung des Urteils war ein klarer Erfolg für die CDU.

19. BVerfGE 39.1 (25. 2. 75, 1. Senat): § 218 StGB. Seine Änderung mit der Fristenlösung im Strafrechtsreformgesetz von 1974 verstößt gegen oberste Verfassungsprinzipien, nämlich die Würde des Menschen und das allgemeine Freiheitsrecht. Eine knappe Entscheidung mit 5:3, die nur zustandekam, weil Ritterspach umgeschwenkt war. Dazu die schwedische Parlamentskommission, die sich 1975 mit der Reform der Grundrechte in der schwedischen Verfassung beschäftigte und die Einrichtung eines Verfassungsgerichts ablehnte: »Die Gefahr eines Systems mit Verfassungsgerichtsbarkeit wird klar durch die Entscheidung beleuchtet, durch die der westdeutsche Verfassungsgerichtshof die freie Schwangerschaftsunterbrechung als unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärte. Es ist offenbar, daß es hier nicht um Rechtsanwendung im gewöhnlichen Sinne, sondern um eine Stellungnahme von politischem Charakter ging.«

20. BVerfGE 39.334 (22. 5. 75, 2. Senat): Berufsverbote. Sie sind verfassungsmäßig. Auch der Begriff »Verfassungsfeind«. Und das Wort »Berufsverbote« darf man an sich gar nicht gebrauchen. Das alles ergibt sich aus den »hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums« in Artikel 33 des Grundgesetzes und dem Prinzip der »wehrhaften Demokratie«.

21. BVerfGE 40.296 (5. 11. 75, 2. Senat): Diäten. Die Bezüge der Parlamentarier sind normales Einkommen, das versteuert werden muß. Das Ergebnis: Sie wurden entsprechend erhöht.

22. BVerfGE 44.125 (2. 3. 77, 2. Senat): Bundespresseamt. Es darf nicht den Wahlkampf der Regierung finanzieren. Einen entsprechenden Antrag hatte die SPD 1967 zurückgezogen, als sie mit der CDU die große Koalition eingegangen war. Nun hatte ihn die CDU gegen die SPD gestellt. Mit Erfolg.

23. BVerfGE 44.197 (2. 3. 77, 2. Senat): Meinungsfreiheit bei der Bundeswehr. Gibt es nicht. Wegen des »besonderen Gewaltverhältnisses«, das man heute nicht mehr so nennt. Ein Soldat hat in einer Kaserne einem anderen eine Unterschriftenliste mit einer »Solidaritätsadresse von Soldaten der 1. Kaserne an die Kaiserstühler Bevölkerung« vorgelegt, die sich gegen den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl richtete. Dafür hatte er 14 Tage Arrest erhalten. Zu Recht, sagt der 2. Senat. Verstößt nicht gegen den Grundsatz der Meinungsfreiheit. Adé Erich Lüth und Benjamin Cardozo.

24. BVerfGE 48.127 (13. 4. 78, 2. Senat): Wehrdienstverweigerung. So, wie es die Wehrdienstnovelle von 1977 vorsah, nämlich per Postkarte, geht es nicht. Das ist verfassungswidrig. Nach Meinung des Gerichts besteht nun eine allgemeine Wehrpflicht von Verfassung wegen, obwohl die Verfassung das nicht sagt, und eine Pflicht des Staates, das Gewissen des Verweigernden gründlich zu prüfen, obwohl davon in Artikel 12a des Grundgesetzes auch nicht die Rede ist. Das Ganze wird aus der »Wehrgerechtigkeit« hergeleitet, die man in der Verfassung ebenfalls vergeblich sucht.

25. BVerfGE 49.24 (1. 8. 78, 2. Senat): Kontaktsperregesetz. Nachdem die Karlsruher Richter nun schon so viele Gesetze für verfassungswidrig erklärt haben, wundert man sich nicht, daß dieses dagegen verfassungsmäßig ist. Hier, in der totalen Isolation von Gefangenen, war die Staatsideologie mal wieder besonders stark. Das Gesetz wurde beschlossen auf dem Höhepunkt der Terroristenhysterie im deutschen Herbst 1977, nach der Ermordung von Buback und Ponto und der Entführung von Schleyer. Aber Freiheitsrechte sind nicht verletzt. Auch nicht die Würde des Menschen. Im Umfeld der sogenannten Stadtguerilla hat das Gericht sich immer für den Staat und gegen die Freiheit entschieden. Nur am Anfang gab es einmal eine Ausnahme, beim Ausschluß Otto Schilys von der Verteidigung Gudrun Ensslins, wegen angeblichen Schmuggelns eines Kassibers. Seine Verfassungsbeschwerde war erfolgreich (BVerfGE 34.293, 1973).

26. BVerfGE 49.89 (8. 8. 78, 2. Senat): Schneller Brüter Kalkar. Er brauchte kein besonderes Gesetz, wie das Oberverwaltungsgericht Münster in einem sogenannten Vorlagebeschluß als seine Meinung angedeutet hatte. In besonders wichtigen Fragen braucht eine Regierung nämlich nach einigen vorhergehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Legitimation durch ein Gesetz. Zum Beispiel bei der Einführung des Sexualkundeunterrichts. Kalkar war nicht so wichtig, weil die Grundentscheidung für Atomkraft im Atomgesetz von 1959 getroffen ist. Deshalb durfte die Regierung in Düsseldorf den schnellen Brüter ohne neuen Beschluß eines Parlaments genehmigen. Daß es sich um eine neue Technologie handelt, ist nicht so wichtig.

27. BVerfGE 50.290 (1. 3. 79, 1. Senat): Mitbestimmungsgesetz. Mitbestimmung ist nützlich. Das Gesetz von 1976 verletzt nicht das Eigentumsrecht der Unternehmer nach Artikel 14 des Grundgesetzes.

Das waren sie, die Entscheidungen aus der Zeit der sozialliberalen Koalition. Nun noch die drei wichtigsten danach:

28. BVerfGE 62.1 (16. 2. 83, 2. Senat): Neuwahlen. Die vorzeitige Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten am 6. 1. 1983 war verfassungsmäßig. Na ja. Dazu wäre auch noch eine Menge zu sagen.

29. BVerfGE 65.1 (15. 12. 83, 1. Senat): Volkszählungsgesetz. Es gibt ein Grundrecht auf Datenschutz. Es wird verletzt, wenn der Gesetzgeber unverhältnismäßig viele Daten erheben will, was man vom Volkszählungsgesetz nicht sagen kann. Aber es gab andere Bedenken des Gerichts, nämlich im Hinblick auf die Weitergabe der Daten, besonders im sogenannten Melderegisterabgleich. Deshalb wurde das Gesetz von 1982 teilweise für verfassungswidrig erklärt.

30. 17. 7. 84, 2. Senat (in der Sammlung noch nicht veröffentlicht): Flick-Akten. Die Bundesregierung hat gegen Artikel 44 des Grundgesetzes verstoßen, als sie sich unter Berufung auf das Steuergeheimnis weigerte, die vollständigen Akten an den Untersuchungsausschuß des Bundestages herauszugeben. Ein erstaunliches Urteil, das mit einem Zitat aus Karl von Rottecks Lehrbuch des Vernunftrechts von 1840 die Aktenvorlagepflicht der Regierung gegenüber dem Parlament bekräftigte. Das Steuergeheimnis könne auch von Parlamentariern gewahrt werden, nicht nur von der Regierung.

Die beiden letzten Entscheidungen sind für die Beurteilung der künftigen Haltung des Gerichts zur liberalkonservativen Regierung nicht ohne Interesse. Jedenfalls ist innerhalb weniger Monate gleich zweimal in wichtigen Fragen gegen sie entschieden worden, zugunsten von Freiheit und Demokratie. Auch Präsident Zeidler scheint seine Haltung zu verändern. Jedenfalls hat er beim Urteil zur Auflösung des Bundestages zum erstenmal ein Sondervotum abgegeben – nicht sehr kräftig, aber immerhin – und bei der Entscheidung über die Flick-Akten sogar klar gegen die konservative Regierung und für seine eigene Partei Stellung genommen, die mit den Grünen gemeinsam geklagt hatte. Eine Trendwende des Gerichts zu mehr Demokratie? Nachdem man nun schon mal gegen die Sozialliberalen in Fahrt gekommen war und jetzt den regierungskritischen Kurs so schnell nicht mehr stoppen konnte? Vielleicht. Vielleicht auch nicht.

Zurück zu den siebziger Jahren, der Bremsfunktion des Gerichts und der Verrechtlichung von Politik. Das Ganze hatte nämlich durchaus seine Probleme für diejenigen, denen das alles nicht unangenehm war. Denn die ständigen Bremsaktionen während dieser Zeit hatten leider schädliche Nebenfolgen. Bei der Produktion jener juristischen Pflanzenschutzmittel war auch politisches Dioxin angefallen. Schon das Hochschulurteil von 1973 hat in der jüngeren Generation deprimierend gewirkt. Zwar nur bei Akademikern, aber immerhin. Es war klar, die Reformpolitik an den Universitäten war zu Ende, die Studienreform gescheitert. Es ging wieder zurück. Dann kamen 1975 innerhalb von drei Monaten noch gleich die nächsten beiden Denkanstöße dazu. Im Februar das Urteil zu § 218 und im Mai der Beschluß über die Berufsverbote. Das war vielleicht ein bißchen zuviel. Zehn Jahre lang hatte man den jungen Menschen klar gemacht, daß nichts geht. Nun haben wir den Salat mit der Staatsverdrossenheit und mit den Grünen, die machen können, was sie wollen, und doch immer wieder gewählt werden und schon davon reden, sie seien die dritte Kraft, statt Genscher und

Lambsdorff, Bangemann und Möllemann. Auch die sechzehn Richter in Karlsruhe haben ihr Scherflein dazu beigetragen.
Verfassungsgerichtsbarkeit hat eben ihre Probleme. Seit dem 24. Februar 1803. Damals hat zum erstenmal ein Oberstes Gericht ein Gesetz, das vom Parlament erlassen worden war, an der Verfassung gemessen und für verfassungswidrig erklärt, der Supreme Court der Vereinigten Staaten von Amerika im Fall Marbury gegen Madison. Seitdem wird darüber diskutiert, ob es richtig ist, daß die erste und zweite Staatsgewalt von der dritten kontrolliert werden. Dazu gibt es eine Reihe von beliebten Zitaten, die in der staatsrechtlichen Literatur immer wieder erscheinen, als kultureller background. Das beginnt mit Hegel, der dafür war, und mit Guizot, der dagegen gesprochen hat. Guizot meinte, Verfassungsgerichtsbarkeit bedeute die Verrechtlichung von Politik und die Politisierung der Justiz. Das sei für beide nicht gut. Dann geht es weiter mit der Paulskirchenversammlung (dafür) und Bismarck (dagegen). In der Weimarer Zeit gibt es einen aufgeregten Streit zwischen dem Reichsgericht und der Reichsregierung über die Rechtsprechung des Gerichts zur Aufwertung von Schulden aus der Zeit vor der Inflation und angebliche Pläne der Regierung, im Parlament dagegen ein Gesetz zu erlassen. Geht nicht, sagte der Richterverein am Reichsgericht 1924. Wir müßten es für verfassungswidrig erklären, denn es widerspräche der Garantie des Eigentums. Also gibt es Zitate von Hans Kelsen (dafür) und Carl Schmitt (dagegen) bis zu Konrad Adenauers »Dat ham wa uns so nich vorjestellt«.
Zunächst sah man es als ein Problem von Macht und Recht. Die Regierung und das Parlament als die Inhaber politischer Macht, die aber dem Recht unterworfen sind und sich deshalb von Gerichten kontrollieren lassen müssen. Das ist der Gedanke des Rechtsstaats. Inzwischen hat man allerdings gelernt, daß auch Gerichte Macht haben. Recht als Interpretationsherrschaft. Mit der Macht ist der Mensch so gern alleine. Also diskutiert man es nun als Problem des Verhältnisses der drei Staatsgewalten zueinander, von Parlament und Regierung im Verhältnis zur Rechtsprechung, und als Problem von Recht und Politik. Darf das Gericht eine Art Übergesetzgeber sein? Steht es wirklich über dem Parlament? Muß es sich nicht zurückhalten, wenn es um rein politische Fragen geht? Hier spricht man von der Pflicht zur Selbstbeschränkung der Richter, vom judicial self-restraint, wie es im amerikanischen Verfassungsrecht heißt. Dort gibt es ja auch die Regel, der Supreme Court dürfe nicht entscheiden, wenn es sich um eine politische Frage handelt. Political question. Oft hat das amerikanische oberste Gericht eine Entscheidung mit dieser Begründung abgelehnt. Aber auch dort weiß man, daß das Ganze nur eine Augenwischerei ist. Wie so oft im Recht. Im Ergebnis ist es nämlich immer so gewesen, daß der Supreme Court eine political question erkannte, wenn er nicht entscheiden wollte. Wollte er eine

Entscheidung erlassen, dann war es eben keine. Eine andere gerade Linie der Logik läßt sich jedenfalls in seiner Rechtsprechung zu dieser Frage nicht entdecken. Mit anderen Worten: Es ging immer nur um die politische Frage, ob er entscheiden wollte oder nicht. Nicht um die Frage des Rechts. Also hat man jene Regel bei uns zu Recht nicht übernommen. Also spricht das Bundesverfassungsgericht nur von seiner Pflicht zur richterlichen Selbstbeschränkung. Und hält sich nicht daran.

Es ist eben kein normales Gericht wie der amerikanische Supreme Court, der auf die Nachprüfung von Menschenrechtsverletzungen beschränkt ist. Das entspricht also etwa unseren Verfassungsbeschwerden des einzelnen Bürgers. Es gibt keine Organstreitigkeiten, keine Bund-Länder-Streitigkeiten und keine Normenkontrollverfahren. Das Bundesverfassungsgericht dagegen ist ein höchstes Staatsorgan, ausgestattet mit einer Machtvollkommenheit wie kein anderes Gericht dieser Art in der Welt. Und es hat sich mehr oder weniger auch noch selbst dazu ernannt. Das war schon 1952 und stand im Zusammenhang der Auseinandersetzungen mit der Regierung Adenauer. Die Richter waren nämlich damals noch dienstrechtlich dem Bundesminister der Justiz unterstellt. Dort wurde auch der Haushalt für das Gericht geführt. Bei Streitigkeiten mit der Regierung und angesichts der erstaunlichen Bemerkungen Thomas Dehlers über das Abweichen vom rechten Weg durfte man einiges erwarten. Nicht nur deshalb, aber deshalb wohl besonders energisch, beharrten die Richter darauf, sie seien ein von der Regierung völlig unabhängiges eigenes Staatsorgan, wie Regierung, Parlament, Bundespräsident und Bundesrat. Anders als die anderen oberen Bundesgerichte, also anders als etwa der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, das Bundesverwaltungsgericht in Berlin oder das Bundesarbeitsgericht in Kassel. Deshalb wollten sie auch andere Roben als diese Gerichte. Sie setzten einen Robenausschuß ein, ließen einen Theaterdirektor aus München kommen, mit einem dicken Buch, in dem die vielen schönen bunten Kostüme enthalten waren, von denen sie sich dann das schönste aussuchten, nämlich das der Obersten Richter von Florenz im 15. oder 16. Jahrhundert. So kam es zu den roten Roben mit den weißen Bäffchen. Man kommt nicht selber rein. Ein Justizbeamter muß beim Anziehen helfen. Es ist derselbe, der dann die Tür öffnet und zum Aufstehen ruft, mit Trompete und Altsaxophon. Außer den neuen Roben erhielten sie, gesetzlich, auch einen neuen Status, nach einigen Auseinandersetzungen in der deutschen Staatsrechtslehre, Gutachten von hüben und drüben. Eben den Status als höchstes Staatsorgan. Der neue Status bedeutete, das war das wichtigste, einen eigenen Haushalt, der nun nicht mehr über das Ministerium läuft. Bedeutete auch höhere Gehälter als an den anderen Gerichten. Eigentlich hätte ja dem Präsidenten des Gerichts das Gehalt des Bundeskanzlers oder des Bundestagspräsidenten zugestanden und den anderen Richtern das von Bundesmi-

nistern. Ungerechterweise blieb man aber leider ein wenig darunter. Nun erhält der Präsident des Bundesverfassungsgerichts nur soviel wie ein Bundesminister und die anderen Richter ein Amtsgehalt in der Höhe der Bezüge der Präsidenten der übrigen obersten Bundesgerichte. Immerhin.

Bleibt die Frage nach dem Verhältnis dieses höchsten Staatsorgans zu den anderen, besonders zum Parlament. Ist es denn richtig, wenn es jedes Gesetz kassieren darf? Und auch noch Richtlinien gibt für künftige Beschlüsse im Bundestag? Ist das Bundesverfassungsgericht ein Supergesetzgeber? Juristen in den Ministerien bereiten ein Gesetz vor. Dann wird der Entwurf im Bundeskabinett beraten. Der Rechtsausschuß des Bundestages prüft es auf seine Verfassungsmäßigkeit. Der Bundestag beschließt. Der Bundesrat prüft die Verfassungsmäßigkeit und stimmt zu. Der Bundespräsident prüft noch einmal und verkündet das Gesetz. Und dann kommen acht Richter in Karlsruhe und sagen nein.

Sieht man sich die dreiunddreißig Jahre seiner Tätigkeit an, das vorsichtige Taktieren gegenüber Adenauer, die Zurückhaltung in den sechziger Jahren und das starke Bremsen in den Siebzigern, dann kann man schon zweifeln, ob das Ganze politisch sinnvoll ist. An sich steht dahinter ein vernünftiger Gedanke. Der Staat wird immer mächtiger, und die Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr, besonders nicht mehr die zwischen Parlament und Regierung. Denn hier wie dort entscheidet jeweils die parteipolitische Mehrheit, die im Parlament und in der Regierung die gleiche ist. Und insofern ist es ein gewisser Ausgleich, wenn die Opposition wenigstens nach Karlsruhe gehen kann. Im Sinne eines Minderheitenschutzes. Das Problem besteht jedoch darin, daß dies grundsätzlich nur in einer Richtung funktioniert, nämlich nur zugunsten einer konservativen Opposition. Und das liegt an der juristischen Natur dieses Minderheitenschutzes. Man kann hier zwar Recht und Politik kaum trennen. Aber die Rechtsförmigkeit der Argumentation wirkt sich im Ergebnis immer nur zugunsten der Konservativen aus. Das hat zwei Gründe. Einmal den der schon geschilderten Personalpolitik. Und dann darf man zweitens auch nicht den Einfluß des wissenschaftlichen Umfeldes unterschätzen: Die deutsche Staatsrechtslehre. Das Bundesverfassungsgericht ist an sich frei in seiner Argumentation. Und es hat mit vielen seiner Entscheidungen auch in die Wissenschaft hineingewirkt. Aber es ist ein Prozeß gegenseitiger Beeinflussung. Die Richter verständigen sich untereinander, argumentieren miteinander in Begriffen, die auch von außen kommen, die in der wissenschaftlichen Literatur geprägt werden. Und da ist politisch der Bär los. Mit anderen Worten: Die deutsche Staatsrechtslehre ist in ihrer Mehrheit und in ihren Autoritäten außerordentlich konservativ geprägt, mit persönlichen Schüler-Lehrer-Bindungen, die bis in den Faschismus zurückgehen. Man braucht nur an Theodor Maunz und Ernst Forsthoff zu erinnern, deren Schüler heute die entsprechenden Posten an

den Juristenfakultäten besetzen. Sie reagieren ganz schnell, auf die leisesten Anzeichen linker Aufmüpfigkeit. Es würde wirklich ein Wunder gewesen sein, wenn etwa das Hochschulurteil oder das zu den Berufsverboten anders ausgefallen wäre. Jedenfalls ist die deutsche Staatsrechtslehre kein Bollwerk des Fortschritts, und epochemachende Entscheidungen für Freiheit und Gleichheit, etwa im Sinne der Rechtsprechung des Supreme Court zu den civil rights, sind deshalb aus Karlsruhe auch noch nicht gekommen. Man mauert. Und an die Mauer dürfen wir schreiben und malen, soviel wir wollen. Wie in Berlin, wo sie schon fast keine freien Stellen mehr hat. Deswegen verewigte sich dort jetzt jemand mit dem Spruch: »May we have another wall please? This one is dirty.« So ist es auch hier. Alles, was auf Veränderung zielt, wird umzingelt von der deutschen Staatsrechtslehre und den politischen Mehrheiten im Schloßbezirk 3. May we have another law please? This one is dirty.

Literatur

Die wichtigsten Aufsätze zur Verfassungsgerichtsbarkeit seit den zwanziger Jahren bis zum Anfang der siebziger in: P. Häberle (Hg.), Verfassungsgerichtsbarkeit, 1976 (z. B. mit den Beiträgen von Carl Schmitt über den »Hüter der Verfassung« und Hans Kelsen). Zur Geschichte des Bundesverfassungsgerichts, den Beratungen in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat und den Problemen in den fünfziger und sechziger Jahren, auch zur sogenannten Statusfrage, sehr ausführlich: Heinz Laufer, Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozeß, Studien zum Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland, 1968. Sehr viel offener, auch zu politischen Fragen, aus liberalkonservativer Sicht: Donald B. Kommers, Judicial Politics in West Germany. A study of the Federal Constitutional Court, 1976. Zur Diskussion in den siebziger Jahren: M. Tohidipur (Hg.), Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Politik, edition suhrkamp Nr. 822, 1976. W. Abendroth, B. Blanke, W. Däubler u. a., Der Kampf um das Grundgesetz. Über die politische Bedeutung der Verfassungsinterpretation, 1977. R. Lamprecht, W. Malanowski, Richter machen Politik. Auftrag und Anspruch des Bundesverfassungsgerichts, Fischer Taschenbuch Nr. 4211, 1979 (mit den Urteilen zum Grundlagenvertrag, zum Hochschulurteil, zu § 218, zur Meinungsfreiheit in der Bundeswehr und zur Wehrdienstverweigerung). W. Däubler, G. Küsel (Hg.), Verfassungsgericht und Politik. Kritische Beiträge zu problematischen Urteilen, rororo Nr. 4439, 1979 (mit sehr guten systematischen Übersichten zu einzelnen Bereichen der Verfassungsgerichtsbarkeit). Die Verteidigung von rechts zum Beispiel bei: K. Stern, Verfassungsgerichtsbarkeit zwischen Recht und Politik. Vorträge der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Westdeutscher Verlag 1980.

254 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Cartoons, kt. DM 19,80

Etwa 208 Seiten mit Abbildungen, kt. ca. DM 19,80

Athenäum

Uwe Wesel
Juristische Weltkunde

Eine Einführung in das Recht
stw 467. 213 Seiten. DM 14,–

Recht ist eine Herrschaftswissenschaft, bisher streng abgegrenzt gegen jede Einmischung von außen. Durch eine unverständliche Sprache, hohe Abstraktion und durch das Gerücht, es sei »schwierig«. In diesem Buch wird der Versuch gemacht, seine Entwicklung und Struktur offenzulegen, verständlich für jedermann und mit dem Anspruch, darüber auch noch etwas mehr zu sagen, als man üblicherweise in juristischen Büchern lesen kann.

In der Reihe
›suhrkamp taschenbücher wissenschaft‹
liegen zwei weitere Titel
von Uwe Wesel vor:

Uwe Wesel
Aufklärung über Recht
Zehn Beiträge zur Entmythologisierung
stw 368. 160 Seiten. DM 10,–

Uwe Wesel
Der Mythos vom Matriarchat
Über Bachofens Mutterrecht und die Stellung von Frauen in frühen Gesellschaften
stw 333. 168 Seiten. DM 12,–

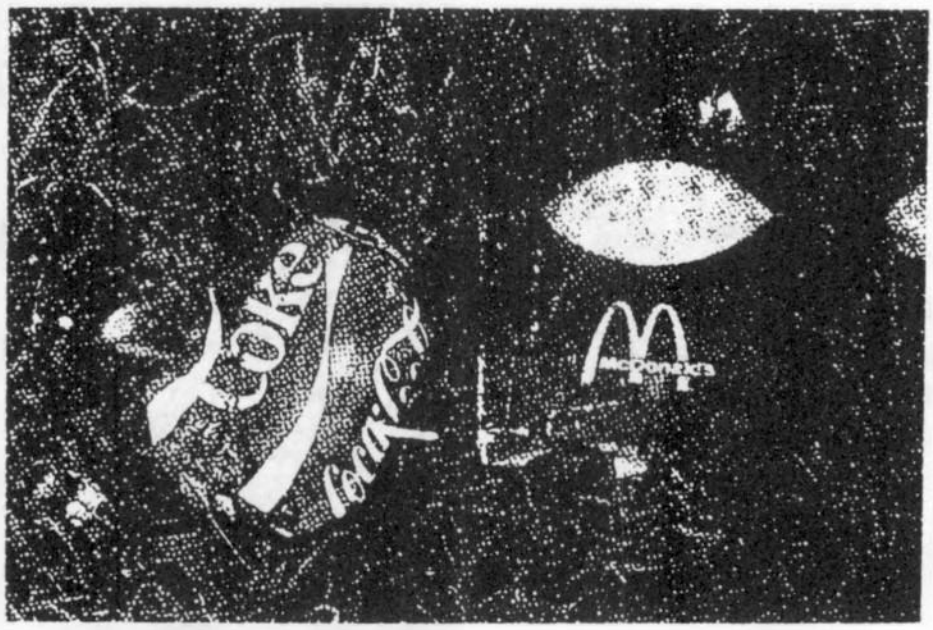
In allen Buchhandlungen.

Suhrkamp

Wolfgang Zängl

Fabriklandschaften

Drei Aufsätze



„Ist der Gedanke wirklich traurig oder nicht eher komisch, sich vorzustellen, wie die großen Nationen irgendwann um ein Quantum Zukunft betteln müssen: um ein bißchen Öl und Strom, um etwas Luft und Wasser, um ein wenig Wärme und Essen. Nach der Welt der Fabrik wird vermutlich die Welt der Bittsteller kommen."

120 Seiten, 30 Abbildungen DM 12,--

RABEN VERLAG, Postfach 40 15 20, 8000 München 40

Eva Demski
Frankfurter Stadtreinigung
Ein kommunalpolitischer Bekehrungsversuch

»*Zweck und Auswirkung der geplanten Sperrgebietsverordnung*
Mehr als eine Viertelmillion Menschen passieren täglich den Frankfurter Hauptbahnhof, das ›Eingangstor‹ unserer Stadt. Vor dem Bahnhof werden sie mit Zuständen konfrontiert, die dem Ruf der Mainmetropole seit Jahren schwer schaden. Bordelle, Saunabetriebe, Dirnenabsteigen, Bars, Peep-Shows und Spielhallen haben sich dort in einem Maße breitgemacht, das nicht länger mehr hingenommen werden kann.
Ein wesentlicher Schritt zur Sanierung des Bahnhofsviertels soll die jetzt vorgeschlagene Sperrgebietsverordnung sein. Mit ihrer Durchsetzung sollen zugleich drei Ziele erreicht werden:
1. Die Prostitution darf nicht mehr überall in Frankfurt ausgeübt werden.
2. Die Prostitution wird aus Wohngebieten herausgehalten.
3. Die Zusammenballung von Prostitution und Kriminalität wird zerschlagen.«
(aus den »Materialien zum Vorschlag einer Sperrgebietsverordnung für die Stadt Frankfurt am Main«)

»7. 9. 83 – Ich wünschte, ich wäre tot. Ich glaube, heute Nacht nehme ich mir das Leben. Ich mag noch nicht mal Leben groß schreiben. Es war bei mir nur mies u. klein.«
(aus dem Tagebuch der Prostituierten Margie)

Bevor wir uns dem jüngsten Versuch zuwenden, aus dem westdeutschen Chicago Frankfurt ein Schmuckkästchen zu machen, kurz die Situation dieser Stadt vor der Wende – vor ihrer Wende, denn die geschah ja um einiges früher als die in der ganzen Republik; eine kurze Beschreibung des Schmutzes also, in den die Stadt geraten war und der jetzt mit einem neuen, kühnen Schwung des politischen Besens ausgekehrt werden soll.
Zur Zeit der sozialdemokratischen Machthaber hatte Frankfurt, das wird jeder bestätigen, einen ganz schlechten Ruf. Kein Gemüt auf der einen Seite, keine wirkliche Manhattan-Härte auf der anderen. Irgendwo dazwischen, was bekanntlich das Schlimmste ist. Der Regierungswechsel war notwendig, überfällig, das Frankfurter Selbstbewußtsein – sonst eine recht haltbare Ware – schien auf den Hund gekommen. Der Nachfolger, sollte man denken, muß es schwer gehabt haben, damals: ein Augiasstall – aber es kam ganz anders. Der Nachfolger setzte auf die Ästhetik, und wir werden im folgenden sehen, wie recht er damit hatte und wie gut es den Bürgern tut, wenn sie etwas Schönes zu sehen bekommen, wenn sie auch die klaren, sauberen Seiten der Gesellschaft wieder wahrnehmen können, wo jahrelang nur Dumpfes, Bedrohliches auszumachen war.

Die Stadtverschönerung schritt vehement voran, begleitet von einer zunächst verdutzten Presse, die sich dann doch, verführt durch das unerschütterlich vorgetragene Selbstbewußtsein des Stadtoberhauptes, zu einer respektvollen Diskussion der Neuen Stadtgründung bequemte. Den Bürgern gefiel es auch. Von der Verschuldung merkt der Normalverbraucher, dem ja keiner Zinsen und Tilgung abverlangt, nichts, und was da für irgendwelches Geld entstand, erinnerte an Kelkheimer Barock oder Knicke im Kissen, jedenfalls brauchte man sich nicht davor zu fürchten. Die Oper strahlte in altem Glanz, sie brachte sogar Geld und Renommee ein, die Brunnen ließen sich sehen, wo immer es möglich war, hatte man die Stadt mit marmornen Häuten überzogen, es war sogar gelungen, eine Baumsorte zu entwickeln, die aus Hundepisse Blätter machen kann. Die Ordnung war eingezogen, der Prunk der Straßen und öffentlichen Gebäude bot eine würdige, selbstbewußte Ergänzung zu den Bankhochhäusern, denen jetzt endlich auch eine gewisse Ästhetik zugestanden wurde, sie dehnten sich ordentlich, denn nun hießen sie Skyline, und das Geschäftemachen war ja endlich vom Ruch des Ausbeuterischen, Unzulässigen befreit.
In sanftem Schwung führt die Zeil willige Verbraucher von Kaufhaus zu Kaufhaus, Straßensänger, Tierdresseure und Feuerschlucker demonstrieren Heiterkeit und Urbanität, und auf der Bronzemonstrosität vor dem Kaufhof spielen Scharen von Kindern und bedecken gnädig das Kunstwerk. Auch sie, die Kunst, hat in ihre Ordnung gefunden, alle zweihundert Meter kauert irgendein steinernes Werk, als sei es für die Ewigkeit. So könnte man denken, daß dieses übelbeleumdete Pseudo-Chicago endlich Ruhe gefunden hat, daß der Strand tief, tief unter sehr viel Pflaster liegt. Man könnte denken, daß die Stadt endlich wagt, sich ihrer selbst und ihrer Bedeutung innezuwerden und zu freuen. Aber das ist ein Irrtum. Schon einmal war dem Stadtoberhaupt einer seiner Befriedungs- und Verschönerungsfeldzüge mißlungen. Das zweite Waterloo steht wahrscheinlich bevor.
Es ist notwendig, sich an die erste Niederlage zu erinnern. Es ging um die sogenannte Säuberung der sogenannten Haschwiese: ein Park in der Innenstadt, in dem für jeden, auch für die Polizei sichtbar, gedealt und gefixt wurde. Es war ein Treffpunkt, der empörte Distanzierung, aber auch Kontrolle möglich machte. Aber das Ordnungsdenken des Oberhaupts ließ ein offenes Fenster zum Elend nicht zu: Das Elend selbst wurde nicht angetastet, nicht einmal wahrgenommen und durchdacht. Es wurde lediglich zur Kenntnis genommen und dann zu einer vermeintlichen Unsichtbarkeit gebracht, das heißt: Der Topf mit dem stinkenden Inhalt wurde über einer möglichst großen Fläche ausgegossen und dünn verstrichen, bis er kaum noch zu riechen war. So wie die Firma Hoechst denkt, ein Fluß sei groß genug, um jedes Gift zum Verschwinden zu bringen, so dachte das Oberhaupt über die Verteilung des Elends in seiner Stadt.

Das mit der Haschwiese, man erinnert sich, ist nicht recht gelungen. Diese finstere Angelegenheit – es geht auch längst nicht mehr nur um Hasch – hat Inseln in der ganzen Stadt gebildet, die Standorte ändern sich, die Mobilität ist größer, die Überwachung, wenn sie denn einen Sinn hat, schwieriger geworden. Unsichtbar ist nichts. Auf Schulhöfen werden Spritzen gefunden. Die Rekrutierung des Konsumentennachwuchses ist straff organisiert. Aber in dem Park, in dem einst der Schandfleck zu finden war, »kann man wieder ruhig spazierengehen«. Hunde und normale Menschen finden hier lärmumtoste Erholung. Um den See ist noch immer ein Gitter.
Nun rüstet das Oberhaupt zur Hauptschlacht, die da heißt: Sperrgebietsverordnung/Säuberung des Bahnhofsviertels! Wiederherstellung der Würde der Frau! (Dieser letzte Schlachtruf wurde relativ spät ausgestoßen, verhallte kläglich und ließ nichts als Erstaunen zurück.)
Zunächst sind die Beteiligten vorzustellen: Das Oberhaupt und seine Helfer. Die Prostituierte Margie. Die Tycoons, unsichtbar. Die Tycoons, sichtbar. Ein Oppositionspolitiker. Als Statisterie: Kinder, Kellner, Passanten, Asylanten u. v. a. Die Bühne ist das besagte Viertel. Alle Beteiligten kennen zumindest Teile davon gut, manche kennen das Ganze. Das Oberhaupt kennt gar nichts davon. Deshalb gibt es die Pläne. Den Plänen fehlt die Dimension des Lebens, welches gerade hier der gewünschten Ordnung im Wege steht. Deshalb haben sich Politiker ja seit langem entschlossen, den Auswüchsen und Eruptionen des Lebens tapfere Nichtbeachtung entgegenzusetzen.

»Zugleich mit der Auflösung der Szene im Bahnhofsviertel wird die Stadt mit allen rechtlichen Mitteln (Baurecht, Zweckentfremdungsverbot, Gewerberecht, Ordnungsrecht u. a.) verhindern, daß es erneut zu einer Zusammenballung wie im Bahnhofsviertel kommt. Die Sperrgebietsverordnung ist also kein Instrument zur ›Verlagerung des Milieus‹, sondern ein bedeutender Schritt zum Abbau und zur Verhinderung der Auswüchse. Damit wird auch die heutige Verflechtung von Prostitution, Drogenszene und Kriminalität zerschlagen.«
(aus den »Materialien zum Vorschlag . . .«)

Es geht um Ordnung. Die ordentlichste Form ist das Viereck. Hochhäuser sind viereckig, Computerbildschirme sind es, Anmeldeformulare, Strafzettel. Im Bahnhofsviertel ist, trotz des unaufhaltsamen Vormarsches der Technik, noch zuviel Kurviges, Beunruhigendes, Ausuferndes. Das stört.
Aus Margies Tagebuch: »25. 11. 80 – Ich sitze immer noch hier und warte. Die Fl. Sekt ist auch schon alle. Ich überlege, was ich sonst noch machen könnte. Ich will nicht hart arbeiten und trotzdem viel Geld verdienen. Mir ist eins klar. Ich muß etwas erfinden, was alle brauchen können. Das ist nicht einfach. Aber ich bin überzeugt, daß es sowas gibt.«
Dies ist das Programm des Viertels, das Programm der Unteren. Die Tycoons dagegen arbeiten hart. Es gibt etwa dreißig Bordellbetriebe im Viertel. Da und bei den Peep-shows hat das Oberhaupt angesetzt, die Sperrgebiets-

verordnung kam ins Gespräch. Zuerst war die Opposition ein wenig verschlafen, sie hat es mit der Beurteilung nicht leicht gehabt. Vom Sozialen her darf man Peep-shows und Puffs natürlich nicht gut finden, und während noch gegrübelt wurde, was man denn dazu denken solle, kam wieder die Sache mit dem stinkenden Topf ins Spiel. Denn wenn die Häuser aus dem Viertel weg sollen, wo sollen sie dann hin? Das Elend (und es handelt sich hier auch darum, selbst wenn unterforderte Jungdichter in gerade diesem Viertel das Gefühl hatten, endlich an den Brüsten des echten Lasters zu liegen, und anschließend vor Freude die Wörter nicht mehr halten konnten), das Elend also sollte wieder weiträumig verstrichen werden.
Sieben Prozent einer Stadt, heißt es, müßten für »solche Sachen« als Toleranzzonen zur Verfügung stehen. Von den in Frankfurt als Toleranzzone ausgewiesenen Gebieten sind etwa 70-90 Prozent nicht nutzbar. Das weiß jeder, auch das Oberhaupt. Es ist also eine Scheinalternative, auf den Gleisanlagen der Bundesbahn soll das Laster einen Platz finden oder in den überlasteten ärmlichen Gassen hinter dem Bahnhof – denn das Schönheitsbedürfnis des Oberhaupts endet am Bahnhof, gerade da. Dahinter aber geht die Stadt weiter. Da gäbe es auch einiges zu tun – nur wäre es schwer, Glanz hineinzubringen. So wollen wir die Gegend hinter dem Bahnhof erst einmal vergessen.

»Ich kann verstehen, wenn Menschen, die in der Nähe der neuen Toleranzzonen wohnen oder zur Arbeit gehen, Besorgnisse haben. Besorgnisse, daß bei ihnen genau das entsteht, was wir im Bahnhofsviertel beseitigen wollen und werden: nämlich jene Mischung aus Drogenhandel, Kriminalität und Prostitution, die das Frankfurter Bahnhofsviertel inzwischen weltweit zu einer negativen Adresse in Frankfurt gemacht hat. Und ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, was ich schon anläßlich der Vorstellung der Sperrgebietsverordnung wie auch in meinem Kommunalpolitischen Situationsbericht ausgeführt habe, daß wir eine derartige Entwicklung auch an anderen Stellen nicht zulassen werden und daß wir alle rechtlichen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Bau-, des Gewerbe- und des Gaststättenrechts nutzen werden, damit die neuen Toleranzzonen nicht zu neuen städtischen Problemgebieten werden.«
(aus der Neujahrsansprache des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main)

Wegen der plötzlich entdeckten Würde der Frau, auch um die Muskeln in allen Ehren spielen zu lassen, wurden erst einmal ein paar Peep-shows geschlossen. Das hat nicht lange funktioniert, denn das Instant-Sex-Geschäft ist für die Tycoons denn doch zu wichtig. Einer von ihnen hat seine Bank allwöchentlich mit sechzigtausend Markstücken erfreut, brachte sie selbst, ließ sie zählen. Da wiegt Geld doch noch. Die Peep-shows waren bald wieder geöffnet, und die aufrechtstehenden Särge für die Armen waren wieder in Betrieb. Die Frauen ringelten sich auf ihren roten Kuchentellern (wieder etwas für den jungen Dichter), und ihre Würde war kein Thema mehr. Sie haben es sich auch zu Recht verbeten, für diesen unverschämten Begründungsunsinn moralisch herhalten zu sollen. Da Juristinnen und Soziologinnen unter ihnen zu finden sind, waren sehr harsche Entgegnungen

zu hören. Eine Zeitlang ist das eine ganz lukrative Möglichkeit, sagt eine. Scheußlich? Büro ist auch scheußlich. Schaust du halt nicht hin.
Aus Margies Tagebuch: »15. 12. 80 – Boh, heute war wieder ein langweiliger Tag. Ich saß tatsächlich 9 Std. umsonst in der Absteige. Nur die Susi und die Dicke haben angerufen. Es ist zum Kotzen. Morgen hole ich mir 200 DM ab. Mir ist jetzt alles egal. Nie habe ich Geld in der Tasche. Ich will mir auch neuen Schmuck von der Bank holen. Mein Rücken tut auch schon wieder weh. Ich bin im wahren Sinn des Wortes ein armes Schwein. Außer das Apartment, ab u. zu ein Freier und Fernsehn hab ich keine Abwechslung mehr. Dabei soll man nicht verrückt werden.«

»Unübersehbar ist, daß das entstandene ›Milieu‹ eine erhebliche Anziehungskraft auf Jugendliche ausübt. Außerdem beginnt sich das ›Milieu‹ in benachbarte Wohngebiete auszudehnen, z. B. durch Straßenprostitution im Westend. Schon aus diesen Gründen muß gehandelt werden.
Außerdem wird die Verflechtung von Prostitution, Drogenhandel und anderer Kriminalität immer dichter und unerträglicher. Das sogenannte Vergnügungsviertel ist zu einem Kriminalitäts›viertel‹ geworden. Ein derartiger Zustand inmitten der Stadt, sozusagen am ›Eingangstor‹ Frankfurts, kann nicht hingenommen werden.«
(aus den »Materialien zum Vorschlag . . .«)

Die Visitenkarte einer Stadt, das Eingangstor, es ist wesentlich, daß diese Strecke gestaltet wird wie das übrige, selbstbewußt, repräsentativ. Außerdem gibt es gerade dort die schönen alten Gründerzeitfassaden, sie sollen doch nicht durch die aufdringlichen Reklamen verschandelt werden. Auch in den Seitenstraßen ist noch mancher schöne alte Bau zu finden. Es ist ganz unverständlich, daß nicht jeder Bürger diesen mutigen Versuch der Schmutzbeseitigung begrüßt.
Auf Bürgerversammlungen in den sogenannten Toleranzzonen haben sie dem Oberhaupt und seinen Stellvertretern das Leben sauer gemacht. Dabei ist das Oberhaupt überzeugt, daß die Menschen einfach zu egoistisch sind, zu sehr auf ihr eigenes Wohl oder Wehe bezogen. Es fehlt die soziale Leistungsfähigkeit. Und gerade im Gallus – hinter dem Bahnhof nämlich – ist ja eigentlich gar nicht mehr viel zu verderben. Außerdem steigt kein Reisender auf der Rückseite des Bahnhofs aus. Die Kirchen haben sich auch eingemischt. Es existiert eben, sagt ein Pfarrer. Da ist es besser, alles bleibt so, wie es war.

»Ich habe eingangs gesagt, ich kann die Besorgnisse verstehen, und ich war und bin bereit, über alle Vorschläge nachzudenken und zu diskutieren. Nur Vorschläge, die allein nach dem St. Floriansprinzip: ›Bitte überall, nur nicht hier‹ gemacht werden, kann und werde ich nicht ernst nehmen.«
(aus der Neujahrsansprache des Oberbürgermeisters . . .)

Hinter dem Bahnhof sind Asylantenabsteigen. In todmüden, fast unbewohnbaren Häusern sehr viele Menschen, die auch todmüde, still, manchmal in Wut ausbrechend dort warten. Es sind schöne Gründerzeitfassaden.

Die Kinder arbeiten vor dem Bahnhof, in der Glitzerstraße, in den matteren Nebenstraßen. Manche von ihnen gehen auf den Strich. Man kann es sehen. Man muß sich nur tagsüber hinstellen und hinsehen. Ich mache das für meine Schwester, sagt einer, der zwölf ist, vielleicht jünger. Es ist nachmittags. Die will keiner mehr, sagt er. Sie fixt. Dann geht er weg. Es gibt in Frankfurt keinen Babystrich, sagt mir ein Beamter. Natürlich gibt es das, sagt ein anderer. Das gibt es nur in Berlin, sagt der eine. Es sind viele Ausländer, sagt der andere, da sind die Kinder früher reif. Sie haben auch eine andere Mentalität. Seine Schwester sei sechzehn, sagt der Junge, und süchtig. An manchen Abenden ist das Durchschnittsalter derer, die man ganz oben auf der Prachtstraße, gegenüber vom Bahnhof herumstehen sieht, um die sechzehn. Das muß weg. Wohin? Aber offiziell geht es ja nur um die Bordelle.

Zwei Jungen halten einen dritten an den Oberarmen fest. Es ist zehn Uhr abends. Ein dritter gibt ihm eine Injektion. Touristen lärmen vorbei. Der Junge hängt zwischen seinen Freunden wie eine vertrocknete Pflanze. Etwas später sehe ich ihn lachend weitergehen. Das muß weg. Früher war es auf der Wiese, früher, da wurde auch noch nicht so viel gespritzt. Wen immer man im Viertel fragt, wem immer man begegnet, vorausgesetzt, die Betreffenden haben grade eine redselige Stunde, kommt auf Drogen, auf H, auf Schnee, auf Tabletten. Von Hasch habe ich gar nichts mehr gehört. Die Drogen sind nicht, wie der Fast-food-Sex, mit Markstücken zu bezahlen. Die Tycoons wissen nichts von Drogen. Sie haben große Liegenschaften im Viertel, in manchen sind Bordellbetriebe, warum auch nicht. Eines ist jetzt geschlossen worden, das ging ganz schnell. Nun, sagt der Anwalt des Tycoons, man kann da dreißigtausend Mark rausholen. Also muß man etwas finden, wo man wieder dreißigtausend – oder dreimal zehntausend – Mark rausholen kann. Die Summe ist lächerlich. Für dreißigtausend würde ein Tycoon nicht mal einen Schlüssel rumdrehen. Aber egal: Es geht im ganzen Viertel, auch im Umgang der Politiker damit, sowieso um Symbole.

»Im Gegensatz zu den Verhältnissen in den meisten anderen Städten sind im Frankfurter Bahnhofsviertel die allein der Gewerbsunzucht dienenden Betriebe und sonstige Vergnügungsstätten (Barbetriebe, Peep-Shows, Spielhallen, Sexkinos, Sexläden) eng konzentriert und miteinander verflochten. Dadurch werden wiederum die Außenwirkungen und damit die Sichtbarkeit der Prostitution ganz erheblich gesteigert. Dies zieht nicht nur in besonderem Maße Jugendliche an, sondern beeinträchtigt vor allem auch die Schüler zweier in unmittelbarer Nähe gelegener Schulen (Karmeliterschule, Moselstraße 11; August-Henze-Schule, Gutleutstraße 38). Schließlich erreichen täglich 250-300 000 Schüler, Auszubildende und Berufspendler die Stadt Frankfurt am Main über den Hauptbahnhof. Sehr viele davon müssen ihren Weg zum Ausbildungs- oder Arbeitsplatz durch das Bahnhofsviertel nehmen und werden deshalb ständig ungewollt mit dem dortigen Milieu konfrontiert. Die angeregte Sperrgebietsverordnung nimmt die Prostitution aus diesem Bereich heraus und schützt künftig die beschriebenen Personenkreise. Daß zugleich die sonstigen hinreichend bekannten und nicht

länger hinnehmbaren Zustände im Bahnhofsviertel allein durch die Aufhebung des engen Verbundes von Vergnügungsstätten gebessert würden, sei nur am Rande erwähnt.«
(aus einem Brief des Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 5. 4. 1984)

Es kann gelingen, sagt das Oberhaupt. Außerdem soll neuer Wohnraum im Viertel entstehen, wirklich guter, neuer Wohnraum. Es sind ja auch so schöne Gründerzeitfassaden. Gewerbliche Nutzung wird genehmigt, sagt einer vom Bauamt, also gewerbliche Nutzung werden wir genehmigen. Dafür kommt man uns dann in anderen Dingen entgegen. Das Oberhaupt träumt weiter, zäh, beharrlich und stark, weil es nicht weiß, wie das Stück Stadt aussieht, um das seine Träume kreisen: Wahrscheinlich träumt er von der Zürcher Bahnhofstraße, es wäre doch gelacht, wenn wir sowas hier nicht zustande brächten. Die Atomisierung des Lasters führt zu dessen Beseitigung. Und es werden Banken und Anwälte, Gesellschaften und Repräsentanten rechts und links die Prachtstraße säumen. Warum nur hat die Zuhälterei einen so schlechten Ruf? Waffenhändler und -produzenten, deren Banker und Berater sind hochgeachtete Leute. Die sollen dahin, hinter die schönen Gründerzeitfassaden.
Das Bordell ist geschlossen, die Leuchtschrift abmontiert. Was ist mit den Frauen? Das geht doch uns nichts an! sagt der Anwalt des Tycoons. Schon wegen der scheußlichen Ausbeutung der armen Ausländerinnen, sagt ein Stellvertreter des Oberhaupts, müßte dem Bordellunwesen ein Ende gemacht werden. Die Atomisierung führt zur Beseitigung? Aber wovon sollen sie leben, die ausgebeuteten, armen Ausländerinnen? Es wird den Straßenstrich wieder geben, das ist ein beachtlicher Fortschritt in der Vermenschlichung des Lasters.
Beim Regierungspräsidenten in Darmstadt liegt die Entscheidung. Der Regierungspräsident macht es sich sicher nicht leicht. Allerdings wird er nicht durch Detailkenntnis gestört, die Pläne sind, wie gesagt, viereckig und sowohl geruch- als auch geräuschlos.

»Der vorgelegte Entwurf steht bezüglich des Verbots der Prostitutionsausübung im Bahnhofsviertel nicht in rechtlichem Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes. Zwar hat dieser in seinem Urteil vom 03. 03. 1983 – VIII N 5/81 – auf Seite 19 ausgeführt, daß besondere Anforderungen an die Ausweisungen von Toleranzzonen zu stellen seien, wenn es sich bei einem künftig für die Prostitution gesperrten Bereich ›um ein seit Jahren gewachsenes, ausgedehntes Vergnügungsviertel mit zahlreichen Dirnenunterkünften handeln würde‹. Diese tatsächlichen Voraussetzungen erfüllt das Bahnhofsviertel jedoch nicht. Zwar waren dort schon seit langem Vergnügungsstätten wie Bars usw. angesiedelt, das erste Bordell wurde jedoch erst 1969 eingerichtet und die übrigen kamen sogar erst in den siebziger Jahren hinzu. Im übrigen kann im Hinblick auf die inzwischen eingetretenen Ausuferungen und den großen Anteil von ständig wechselnden Betroffenen (Schüler, Auszubildende) nicht von dem in dem o. a. Urteil dargestellten Gewöhnungsprozeß bei diesen die Rede sein.«
(aus einem Brief des Oberbürgermeisters . . .)

Morgens um halb vier steht eine sehr alte, freundliche Prostituierte in einer Kittelschürze vor Maier-Gustls Oberbayern. Na, sagt sie, alles Gute! Kommt gut heim! Und zu sich selber sagt sie leise: Ich hab ja Zeit. Mann, hab ich viel Zeit!

Im Frankfurter Bahnhofsviertel leben viele Ausländer. Im Frankfurter Bahnhofsviertel gibt es schöne, kleine Läden, Gemüse leuchtet aus Körben, es riecht nach türkischem Kaffee und scharfem griechischem Käse. Es gibt viele gute Friseure im Frankfurter Bahnhofsviertel, und noch haben sie zu tun. Ein großer Fleischspieß läßt einen den Wunsch haben, morgens um fünf nochmal zu Abend zu essen. Ganz hinten, in einem Hinterhof, liegt das Gaycenter. Jetzt hat es geschlossen. Es stehen auch keine Jungen im Hof. Daneben ist ein Lohnsteuerbüro für Ausländer. Sie werden dort betrogen, mit den viereckigen Formularen. Es gibt auch bei ihnen Tycoons. Das Lohnsteuergeschäft ist eine kleinere Sache. Hehlerei, Spiel, Prostitution, Drogenhandel. Die Mafia hat Dependancen. Bei bestimmten Schickeria-Wirten kann man sie anschauen. Sie sind von Bankern aus den Partnerstädten nicht ohne weiteres zu unterscheiden. Aber wer würde das alles schon aufstechen wollen, je höher, je ehrbarer? Irgendwann machen sie dann Stiftungen, vielleicht für die Universität. Geld wäscht sich selbst.

Aus Margies Tagebuch: »15. 12. 80 – Bis jetzt war noch kein Freier da. Aber gleich kommt der alte Werner und die E. Wenigstens etwas. Habe ich den Friseur für morgen raus. Es ist kurz nach 7 in der Früh. Gestern war dann noch der blöde K. da. So hatte ich wenigstens 200 DM. Ist aber auch lächerlich für diese Woche.«

Die Mehrzahl aller Bewohner des Viertels haben es ähnlich schwer wie Margie, an Geld zu kommen. Dieser Dschungel, dieses Gestrüpp von Halblegalem, Illegalem, von Unübersichtlichem und Düsterem muß einem Stadtoberhaupt zuwider sein, schon weil er es nicht kennt und nicht versteht. Jede Art der Anarchie ist eine Gefahr, eine Herausforderung, ein Sumpf. Man muß das Laster, da der Teufel es ja in die Welt gesetzt hat, in ordentliche, möglichst lukrative Bahnen lenken. Es soll unauffällig sein, gemütlich wie der teuerste Puff des Viertels, der ganz und gar eingerichtet ist wie ein Wohnzimmer der oberen Mittelschicht: Dann hat man nichts dagegen. Nur grell, nur wild, nur laut darf es nicht sein, das verschreckt den Bürger, auch wenn er sich insgeheim danach sehr sehnt. Die strengen Dominas mit Studio, die Damen, die bizarre Dienste anbieten, werden immer mehr. So sucht sich der Teufel doch immer wieder einen Eingang. Aber nicht in die schönen Gründerzeitfassaden, da will man für ein »gehobenes Einkaufen« sorgen. So steht es jedenfalls in den Zeitungen, bei denen im übrigen eine deutliche Distanz zu den Plänen des Oberhaupts zu spüren ist. Selbst die neue deutsche Regierungszeitung *Bild* ist nicht ganz überzeugt von der Richtigkeit des Reinigungsprogramms. Aber das Oberhaupt weiß: Auch bei der Alten

Oper haben sie erst über das viele Geld gemault, und jetzt stehen sie doch geblendet davor und fühlen sich miterhoben von der Pracht des Hauses. Und auch die Schmähungen über die Lebkuchenhäuschen auf dem Römerberg wurden leiser, als zum erstenmal die Lichter des Weihnachtsmarktes schienen und man sich zurückversetzen durfte in Goethes Zeit. Der Bürger gewöhnt sich unter einem strengen Herrscher an Schönheit, ja, er beginnt sie sogar zu lieben, ihrer zu bedürfen. Der Herrscher muß nur weitblickend und charakterfest genug sein. Und genauso wird es mit der Kaiserstraße, mit ihren Nebenflußstraßen sein. Eines Tages werden sie ihm danken, die, die dann »gehoben einkaufen« können, die von ihren Büros aus auf elegante Menschen schauen und nicht mehr auf kotzende Säufer und verkrümmte Jugendliche, zahnlos und mit zerstochenen Venen. Die eine oder andere Bar wird es natürlich geben, Amüsement muß ja sein, aber der Menschendreck wird weggewischt werden: Wohin?

»... außerhalb des Bahnhofsviertels gibt es Bordelle ohne entsprechendes Umfeld, von denen praktisch keine Störungen ausgehen (z. B. Oskar-von-Miller-Straße; Breite Gasse). Diese Feststellung deckt sich mit den Erfahrungen der Polizei, wonach die ›isolierte‹ Bordellprostitution so gut wie problemlos ist und auch wesentlich weniger Anziehungskraft ausstrahlt. Auflagen im Hinblick auf Gestaltung und Außenwerbung von Bordellen und ähnlichen Betrieben werden ein weiteres tun. Es muß auch ganz besonders hervorgehoben werden, daß die angestrebte Dezentralisierung naturgemäß zu einer Verteilung der Besucher, die sich im Bahnhofsviertel insbesondere wegen der Ballung von Vergnügungsstätten derzeit konzentrieren, führen und damit zur weiteren Beruhigung beitragen wird. Außerdem zieht das Bahnhofsviertel schon wegen seiner zentralen Lage und günstigen Erreichbarkeit mit Bundes- und S-Bahn nicht unerhebliche Besuchermengen aus dem Umland Frankfurt an, von denen später viele ausbleiben werden; gemäß einem Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichtshofes vom 25. 4. 1983 (NJW 1984, S. 505 ff.) muß die Verordnung Bedürfnissen des Umlands nicht Rechnung tragen. Letztendlich wird das Verbot für das Bahnhofsviertel nicht zu einem neuen Verstoß gegen das Kasernierungsverbot durch Zusammendrängung von Dirnen an anderer Stelle führen. Im Bahnhofsviertel hielten sich bei einer Zählung vom 14. 3. 1984 ca. 500 Dirnen auf. Diese Zahl wird sich im Falle der Dezentralisierung schon wegen der vorgeschilderten verringerten Nachfrage aus dem Umland wesentlich reduzieren. Für die verbleibenden Prostituierten ist genügendes Raumangebot vorhanden, zumal in den angeregten Toleranzzonen zum vorgenannten Zeitpunkt nur rund 50 Dirnen gezählt wurden.«
(aus einem Brief des Oberbürgermeisters . . .)

Die Tycoons, hört man, haben gar nicht so viel gegen diese Pläne. Sie haben mit der Nutzung ihrer Liegenschaften sehr viel Geld gemacht. Nun sind sie ruhiger geworden, wollen auch den Zugang zu anderen Kreisen. Kurz, auch mit dem Seriösen läßt sich Geld machen, es kostet weniger Aufregung, es braucht das Zwielicht nicht. Was ist das Seriöse? Es ist das, was mit dem Sexuellen nichts zu tun hat. Import-Export, beispielsweise, ist seriös. Oder das Warentermingeschäft. Die Vermittlung von militärischem Know-how an Länder der Dritten Welt. Der Verkauf unbrauchbarer Bewässerungsanlagen, vorfinanziert von der Regierung, an ein afrikanisches Land. Es lassen sich viele Beispiele seriöser Nutzung des Bahnhofsviertels nennen.

Aus Margies Tagebuch: »27. 3. 81 – Bin in letzter Zeit immer so müde. Dabei habe ich gestern abend nur Tee mit der Dicken getrunken. Der Mario war wieder da. Er wollte eigentlich was machen, aber die Dicke war ihm zu fett. Der H. hat zu spät angerufen. Ich habe schon geschlafen. Es sieht wieder schlecht aus mit meinem Geld. Diese Woche war ganz mies 400 M. Scheiße. Aber vielleicht ist heute was. Bin schon wieder hier. War natürlich nichts los. War mit der I. heute Abend noch im Wald. Es hat dort ganz toll gerochen. Vielleicht kommt heute nacht der H. Es stinkt mir zwar, aber ich habe kein Geld mehr.«

Dieses Viertel kennt nur Bewohner, Blutsauger und Voyeure. Die – selbsternannte Kenner – gibt es wie Sand am Meer. Solche, die ihre Pubertätsromantik austoben, wie solche, die sich mit der innigen Freundschaft der Zuhälter brüsten. Es gibt Anwälte, Polizisten, Pfarrer, die das Viertel »wie ihre Westentasche« kennen. Aber das ist schwer zu glauben. Sie entgehen alle den Klischees nicht, die sich an jeder Ecke in den Weg stellen. In jede Wildnis kann man die eigene Phantasie, die eigenen Ängste oder Wünsche schicken. Die Zürcher Bahnhofstraße erscheint wohl niemandem so anregend, so die Neugier beflügelnd. Das gehobene Einkaufen ersetzt eben doch nicht alles, so sehr dies im Interesse des Oberhaupts wäre.

Der Schnellimbiß an der Kaiserstraßenecke müßte dann auch weg. Denn er ist ganz und gar nicht gehoben, wenn auch umsatzträchtig, und das macht den Stadtoberen sicher Kopfzerbrechen, denn das wissen sie auch: Man kann natürlich nicht nur mit dem Gehobenen Geld verdienen und Steuern einnehmen, gerade das Niedere erweist sich oft als lukrativer. Der Schnellimbiß ist eine Krippe, das Wasserloch, an dem sich die wilden Tiere nachts drängen. Das Bild zu kühn? Stimmt schon, sie stehen Schlange, gegen zwei, halb drei Uhr nachts manchmal bis auf die Straße. Oft aber begegnen sich zwei Arten, die sich nicht mögen – dann gibt es schnelle, schrille Kämpfe, richtige Beißereien, die allerdings von den Köchen und Kellnern genauso schnell beendet werden. Es gibt riesige Schnitzel, pommes frites. Viele trinken Kaffee, die Frauen stehen stumm mit Pikkolofläschchen am Tresen, bevor sie wieder hinausgehen. An vielen Tischen sitzen sich Männer gegenüber, die intensiv in ganz verschiedenen Sprachen aufeinander einreden. Einer erzählt seinem Gegenüber (und der antwortet freundlich in irgendeiner afrikanischen Sprache und versteht kein Wort) die schlimmen Dinge, die ihm widerfahren sind, als er nach Kanada ausgewandert war und ausgerechnet die Polizei ihm seine ersten selbstverdienten Dollars gestohlen habe, und wie sie ihn dann mit seinem Kumpel abgeschoben hätten, zurück nach Deutschland, wer wolle denn da schon hin? Er bestimmt nicht, aber da sei er nun, und jeder könne sehen, was aus ihm geworden sei. Er regt sich auf, wird ein bißchen lauter, und der Afrikaner hört auf zu essen und legt tröstend seine Hand auf die des Kanada-Fahrers. Aber da kommt einer von den

Kellnern, nimmt ihm das halbvolle Bierglas weg, sagt leise: Das reicht. Geh jetzt heim. Ich hab das bezahlt, sagt der andere störrisch, ich habe alles bezahlt. Macht nichts, sagt der Kellner, das war genug. Geh. Der Mann läßt die Schultern nach vorn fallen, gehorcht. Er zieht ein paar Tüten unter seinem Sitz hervor und geht. Der Kellner wischt den Tisch ab. Der Afrikaner ist verdutzt und ißt weiter. Allnächtlich werden hier Gefühle ausgetobt, aber es muß leise bleiben. Die Kellner sorgen dafür, daß die Gefühle nur geflüstert werden. Über die älteren Frauen, die hereinkommen, wird viel gelacht. Eine, die jede Nacht da ist, wie die Kellner sagen, sieht aus, wie man sich Maupassants »Fettklößchen« vorstellt, die Hure mit Herz, die vor hundert Jahren in einer Kutsche ihr Essen mit den sie verachtenden Spießern teilte. Genau so sieht diese Frau aus, ganz rund, ohne Hals, fest gepanzert unter einem violetten Seidenkleid. Sie teilt ihr Essen mit niemandem, denn sie spürt, wie sie belächelt wird, und schaut schnell hin und her, wie um jemanden beim Lachen zu erwischen. Später steht sie nicht weit von der Freßecke entfernt auf der Straße und schaut vor sich hin.

Man kann sich ihre Kundschaft gar nicht vorstellen, denn an der gleichen Ecke staksen ganz junge Mädchen in Minis herum, Beine bis zum Hals, und machen mürrisch Männer an, sie brauchen nicht kokett zu sein, so jung sind sie. Wenn ein Polizeiauto herbeischleicht, sieht man keine mehr. Fettklößchen aber steht, tapfer und gepanzert, und schaut in den braunen Himmel, die Lichter machen ihn braun. Ganz früh morgens wird er dann blau, und wenn man den Kopf in den Nacken legt und die Giebel der Straßen entlangschaut, ist man wirklich in einer ganz anderen Stadt. Die Karyatiden halten kleine Balkons, und die Kupferdächer der Türmchen schimmern grün gegen den Morgenhimmel. Jetzt müßten noch die sanften Besenstriche der Straßenkehrer ins Bild kommen, aber dann wird's zuviel, obwohl es sie gibt, natürlich. Nie käme jemand auf die Idee, ein Lied »Francfort s'eveille« zu komponieren, immer nur bei Paris darf man das. Und dabei ist es doch ganz schön schön. Was nutzt es, die Standardisierung, die Brutalisierung der Begierden zu beklagen? Es hat immer seine Zeit gedauert, bis aus den »Vierteln« endlich die Romantik gekeltert wurde. Singapore zur Jahrhundertwende, Berlin in den Zwanzigern, Paris in mehreren Epochen, aber jetzt auch nicht mehr. Wenn hier die Austreibung erst erfolgt ist, wird man sich erinnern. Vielleicht sehnsüchtig. Ganz sicher falsch.

»Insbesondere wird entgegen anderslautenden Mutmaßungen und Befürchtungen die Herausnahme der Prostitution aus dem Bahnhofsviertel nicht zu einer ›Verlagerung‹ des genannten Milieus mit allen dort jetzt anzutreffenden Begleiterscheinungen führen. Während im Bahnhofsviertel die Prostitution in ein bereits bestehendes, zudem zentral am Hauptbahnhof gelegenes Vergnügungsviertel hineingedrängt wurde, wird sie künftig nur in Gebieten zulässig bleiben, in denen diese Grundvoraussetzungen für entsprechende Ausuferungen nicht vorhanden sind. Außerdem wird die Stadt Frankfurt am Main mit allen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln auch die nachträgliche Ansiedlung von Begleitbetrieben in der Umgebung

künftiger Bordelle oder bordellähnlicher Betriebe verhindern. Zu diesem Zwecke werden derzeit Bebauungspläne erarbeitet, die in diesen Bereichen die Errichtung von Nachtbars mit sexbezogenen Darstellungen, Sexläden und -kinos sowie Spielhallen verbieten werden.«
(aus den »Materialien zum Vorschlag . . .«)

Aus Margies Tagebuch: »21. 9. 83 – Der blöde Wixer W. aus G. war da. Er hat mich doch glatt um 50 DM beschissen. So ein Schwein. Wenn er glaubt, er könnte mit mir Schlitten fahren, nur weil es mir im Moment dreckig geht, hat er sich aber schwer geirrt. Ich nehme ihn sowieso nicht mehr. Er ist mir zu alt, und er riecht auch alt. Außerdem hat der Mundgeruch. Aber viel mieser ist sein Charakter. Aber ich werde es ihm schon heimzahlen.«
Wenn man an die Möglichkeit glaubt, eine Stadt durchzuplanen, keimfrei zu machen, zu kontrollieren, wenn man daran glaubt, daß es moralische und unmoralische Arten des Geldmachens gibt und nicht nur ein und dieselbe, wenn man sicher ist, daß die harten Marmorhäute, die über die Stadt gezogen worden sind, das Aufkeimen von Unkraut dauerhaft verhindern können – dann ist das Konzept ganz richtig. Vielleicht gelingt es mit der Zeit, den dazu passenden Bürger zu züchten. Der Oppositionspolitiker sagt ja auch, daß hinter diesem ganzen unsinnigen Plan eindeutig ein moralischer, kein wirtschaftlicher Gedanke stehe. Und ein ästhetischer. Das Menschliche ist einfach nicht hübsch genug, nicht sauber genug.
Dem Oberhaupt ist nie der Gedanke gekommen, es müßte bei der Veränderung eines Viertels um die Leute gehen, die es bewohnen und benutzen. An die wird nicht gedacht. Sie sollen evakuiert werden, und ansprechenderes, funktionableres Menschenmaterial soll an ihre Stelle treten.

Äthiopisches Intermezzo 6

Unser strahlender Herr betrachtete das raffgierige Gedränge mit Wohlgefallen. Er sah es gern, wenn die Höflinge ihre Vermögen mehrten, ihre Konten aufstockten und sich die Taschen füllten. Ich kann mich nicht erinnern, daß unser großzügiger Herr einmal jemanden abgesetzt und seinen Kopf in den Straßenstaub gedrückt hätte, weil dieser korrupt war. Laßt ihn korrupt sein, Hauptsache, er ist loyal. Dank seines unübertrefflichen Gedächtnisses und der ständigen Spitzelberichte wußte der Monarch ganz genau, wieviel jeder besaß, aber diese Buchhaltung behielt er für sich und machte von ihr nie Gebrauch, solange der Untertan ihm die Loyalität bewahrte. Glaubte er aber nur einen Schatten illoyalen Verhaltens wahrnehmen zu können, dann konfiszierte er alles und nahm dem Treulosen seinen Paradiesvogel weg! Mit Hilfe dieser Buchhaltung hatte der König der Könige alle in der Hand, und alle wußten das.
aus: Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht*, S. 56

Klaus Laermann
Die gräßliche Bescherung
Zur Anatomie des politischen Skandals

Wer sich mit Skandalen beschäftigt, steht allem Anschein nach in den Augen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit als jemand da, der sich für die feine Unterwäsche des politischen Alltags interessiert. Wie sonst wäre die auffallende Zurückhaltung sowohl von Politikwissenschaftlern als auch von Soziologen (die im übrigen doch beinahe alles untersuchen) gegenüber gerade diesem Phänomen zu erklären? Eine gewisse »Scheu vor dem Unseriösen« scheint es ihnen zu verbieten, sich dem Thema zu nähern.[1] Es gibt zum Skandal kaum relevante Literatur, und was es gibt, das hat sich seinem Untersuchungsgegenstand so weit angeglichen, daß es beinahe selbst zum Skandal geworden ist.

1.

Skandale haben, ohne daß dies bisher bemerkt worden wäre, einige Ähnlichkeit mit Witzen. Gut – ein Skandal ist nicht zum Lachen. Schon gar nicht für den, der ihm zum Opfer fällt, und nicht einmal für die Öffentlichkeit, denn die regt sich über ihn auf. Aber in Skandalen kommt wie in Witzen eine bestimmte Einstellung zu herrschenden Normen zum Ausdruck, die hier zunächst so weit verfolgt werden soll, wie dieser Vergleich trägt. Wird beim Witz der Bericht von der Durchbrechung einer Norm oder diese Durchbrechung selbst zum Anlaß eines befreienden Lachens, so führen diese Vorgänge beim Skandal zu einer oft nicht minder befreienden Entrüstung. Hier wie dort kommt es also zum Eklat angesichts der Durchkreuzung einer vorgegebenen Erwartung.

Worüber einer lacht, das sagt oft mehr über ihn, als was er äußert. Nicht jeder kann jederzeit über all das lachen, was andere komisch finden. Menschen, die gern von sich behaupten, sie hätten einen feineren Sinn für Humor, fühlen sich nur allzu leicht durch etwas abgestoßen, worüber andere lauthals lachen; denn ihnen erscheinen die meisten Witze eher zu grob oder zu fad. Kaum jemand ist ihnen unerträglicher als der »Kennen-Sie-den-schon?«-Typ, der als Stimmungskanone oder Vereinsclown meint, sein Bestes zu geben, während er in Wirklichkeit allenfalls ausläuft und sich entleert. Richtig witzig, so muß man wohl folgern, ist nur, was »ankommt«, nicht schon, was »ankommen« soll. Ausschlaggebend für das Gelingen eines

Witzes ist allein seine Wirkung. Die aber scheint von einer psychischen Prädisposition abzuhängen, die stark variiert.

Schon hier ergeben sich Parallelen zum politischen Skandal. Denn wie sich Menschen durch ihre individuell verschiedene Bereitschaft, bestimmte Mitteilungen witzig zu finden, charakterisieren lassen, so Gesellschaften durch ihre wechselnde Fähigkeit, in bestimmten Vorkommnissen einen Skandal zu entdecken. Zwar gilt in den meisten Gesellschaften vieles als skandalös, aber es wird darum noch lange nicht als Skandal betrachtet. Denn die »skandalösen Zustände«, über die wohl jeder gelegentlich stöhnt, treten unter den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in annähernd gleichem Ausmaß auf wie schlechte Witze im Alltag unserer Kommunikation. Obwohl wir uns ihnen kaum entziehen können und obwohl sie uns auf die Nerven gehen, ergibt sich aus ihnen ebenso selten ein handfester Skandal, wie es im alltäglichen Geplänkel mit allerlei Scherzworten und mehr oder weniger dummen Sprüchen zu einem gelungenen Witz kommt. Nein, der politische Skandal verlangt ein anderes Format! Wie der wirklich gute Witz entsteht er nur, wenn besondere Bedingungen vorliegen.

Beim Witz sind sie zunächst dann gegeben, wenn einige einfache soziale Voraussetzungen erfüllt sind, die Freud sehr genau analysiert hat. Sein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, daß jemand, der einigermaßen bei sich ist, über die eigenen Witze nicht lachen kann. Er benötigt dazu mindestens zwei weitere Personen: »Der ... Witz braucht im allgemeinen drei Personen, außer der, die den Witz macht, eine zweite, die zum Objekt der ... Aggression genommen wird, und eine dritte, an der sich die Absicht des Witzes, Lust zu erzeugen, erfüllt.«[2]

Von Bedeutung ist gewiß, daß Freud das Grundmodell des Witzes aus dessen tendenziösen Formen ableitet. Nicht das harmlose oder raffinierte Wortspiel ist es, mit dem er die soziale Dimension des Witzes begründet, sondern die Zote. In ihr sieht er sexuelle und aggressive Tendenzen am Werk, die sublimiert bis in feinere Formen der Witzbildung hinaufreichen.

Auch politische Skandale sind an die Voraussetzung gebunden, daß mehrere Personen zusammenfinden müssen, damit sie entstehen. Denn wie in aller Regel niemand für sich allein einen Witz machen kann, so kann sich auch niemand selbst skandalisieren. Es gehören dazu immer wenigstens zwei andere, also eine Person, die skandalisiert, eine, die skandalisiert wird, und (das ist entscheidend) mindestens eine, der der Skandal bekanntgegeben oder kundgetan wird. Die soziale Grundstruktur des Skandals ist also ähnlich wie die von Witzen: Erst durch das Hinzutreten von Dritten kann der Skandal ausgelöst werden, nicht schon durch die einfache Tatsache, daß sich jemand in seinen Empfindungen oder Erwartungen verletzt fühlt. Auch beim Skandal muß eine (wie immer geartete und strukturierte) Öffentlich-

keit in der Rolle des Dritten hergestellt werden, damit er sich überhaupt entfalten kann.

Da zur Etablierung von dauerhaften und stabilen Normen stets mehr als zwei Personen notwendig sind, benötigen auch die gegen herrschende Normen protestierenden Techniken von Witz und Skandal stets einen Dritten. »Darauf beruht die Nähe der Norm zum Skandal. Man muß Alarm schlagen, um Dritte zu interessieren.«[3] Wer einen Skandal ausruft, fühlt sich in seinen Erwartungen enttäuscht. Er will seine Enttäuschung (oder seinen Abscheu) durch die Anwerbung Dritter verarbeiten, die sich gemeinsam mit ihm entrüsten sollen. Skandale sind in diesem Sinn immer auch primitive Normenkontrollklagen.

Gelingt es nicht, die Aufmerksamkeit Dritter zu mobilisieren und sie zur Entrüstung zu verleiten, verlieren sie gar rasch das Interesse an einem an sich skandalösen Vorgang, dann entwickelt sich dieser so wenig zum Skandal, wie aus einer scherzhaft hingeworfenen Bemerkung ein überraschend gelungener Witz wird.

Daß der Skandal die Öffentlichkeit nötig hat, ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß er stets einen mehr oder weniger großen, aber verdeckten Unterhaltungswert besitzt. Denn ähnlich wie bei Witzen tritt auch in Skandalen zutage, was zuvor zwar jeder ahnte oder zu wissen glaubte, aber aus bestimmten Gründen sich nicht eingestehen oder sagen durfte. Etwas bisher Geheimgehaltenes oder Unterdrücktes wird auf einmal offenbar. Wie der Witz scheint auch der politische Skandal einen relativ unmittelbaren Zugang zur Sphäre des gesellschaftlich Verdrängten zu eröffnen. In ihr werden Konflikte wahrnehmbar, die der Kenntnis der Öffentlichkeit im allgemeinen entzogen bleiben und die nun auf einmal vor aller Augen stehen. Ihre Themen sind trotz der vordergründigen Phantastik und Unwahrscheinlichkeit der Begleitumstände ähnlich undifferenziert und primitiv wie die der Konflikte des einzelmenschlichen Unbewußten. Immer wieder geht es um nichts als Liebe, Macht und Geld. Doch gerade die Archaik der in Skandalen aufbrechenden Konflikte weckt allgemeines Interesse. Denn an den Schattenseiten des politischen Lebens nimmt beinahe jeder gern Anteil.

Dies gilt umso mehr, als es in Skandalen nicht einfach um die Einhaltung der normativen Wertvorstellungen einer Gesellschaft geht, sondern um deren Einhaltung auf seiten der Machthaber. Dadurch wird das öffentliche Interesse an ihnen aufs äußerste verstärkt. Ein Skandal ist etwas, worüber vielleicht gelacht würde, wie über einen Witz, wenn in ihm nicht Anzeichen einer in diesem Ausmaß für kaum vertretbar und schon gar nicht für kalkulierbar gehaltenen Macht zum Vorschein kämen. Allein darum muß er ernst genommen werden und ist nicht einfach nur lächerlich. Die Macht und ihr offenbar werdendes Geheimnis sind *das* zentrale Thema des politischen Skandals. Denn im Bereich der Politik hat jeder Skandal »eine polemische

Richtung . . . gegen Machthaber, Eliten, im weitesten Sinne das Establishment . . . Gegen Ohnmächtige oder kleine Leute bricht kein Skandal aus.«[4] Daher das Pathos der Enthüllungen sowie das tiefsitzende Mißtrauen gegen die Herrschenden, das auf seiten der Öffentlichkeit jeden Skandal begleitet. Die Machthaber, so hofft das Publikum, werden entlarvt oder entlarven sich gar selbst. Die Gier, die Macht gleichsam nackt zu sehen, möchte hier offensichtlich voll auf ihre Kosten kommen.

Der Wunsch nach immer weitergehender Bloßstellung der Mächtigen ist dabei durchaus der Spannung vergleichbar, die in Witzen aufgebaut wird. Denn wie eben viele Witze aus mehreren, einander überbietenden Sequenzen bestehen, so ergeben sich auch bei Skandalen Entwicklungsschübe, die sich gegenseitig potenzieren und das an sich schon Unerhörte ins schier Unglaubliche zu steigern scheinen.

Politische Witze sind brisant, weil sie die Machthaber decouvrieren. Ihre Schlagkraft entfaltet sich dort am stärksten, wo es nach offizieller Selbstdarstellung der Herrschaftsapparate keine Skandale gibt. Diktaturen und autoritäre politische Systeme sind stets bemüht, Skandale zu verhindern oder zu vertuschen. Sie tun dies, um nach innen und außen den Eindruck zu erwekken, daß in ihrem Machtbereich nicht nur Ruhe und Ordnung, sondern hohe moralische Wertvorstellungen herrschen. Dieser selbstauferlegte Zwang zur Moralisierung der Politik schränkt den Bereich der zu Skandalen zugelassenen Öffentlichkeit auf kleinste Gruppen ein oder läßt ihm überhaupt keinen Raum. Doch je nachhaltiger politische Systeme den Skandal unterdrücken, desto mehr sehen sie sich heftigen Angriffen durch politische Witze ausgesetzt. Mit ihnen nimmt die Bevölkerung gleichsam Rache für vorenthaltene Skandale; denn auch die immer mal wieder inszenierten Schauprozesse können ihr keinen Ausgleich bieten, obwohl sie zu genau diesem Zweck inszeniert werden. Jeder weiß: »Wo Skandale fehlen, ist etwas faul.«[5] Daß sie unter autoritären Regimen offiziell nicht zugelassen sind, ist wohl der Hauptgrund dafür, daß in diesen Systemen der politische Witz zu einer anderswo unbekannten und wohl auch unerreichbaren Blüte gelangt. Heimlich kolportierte und der Verfolgung durch staatliche Behörden unterliegende Witze werden unter diesen Bedingungen zu einer Art Skandalersatz. Sie bringen die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen weit deutlicher zum Ausdruck, als dies durch eine offen artikulierte oder öffentlich zur Schau getragene Entrüstung über die Maßnahmen der Staatsorgane geschehen darf.

Anders als Witze haben Skandale freilich nicht notwendig eine Pointe. Manche von ihnen bringen es zwar zum Eklat, verlaufen dann aber im Sande, ohne daß sie irgendwelche Konsequenzen haben oder daß die für sie Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie enden dann oft in einem heillosen Durcheinander, in unentwirrbaren Verwicklungen, kurz: in

jener »gräßlichen Bescherung«, die vor allem für Länder mit hoher Skandalkultur typisch ist. Andere (und das sind wohl bei uns die meisten) Skandale münden in parlamentarische oder gerichtliche Auseinandersetzungen, die auch nicht unbedingt zu einer Klärung führen. –

Aber darf der Vergleich von Skandalen und Witzen so weit getrieben werden, daß das Ergebnis derartiger Ermittlungen als Pointe eines Skandals bezeichnet wird? Sicher nicht. Denn spätestens hier findet dieser Vergleich seine Grenze. Skandale sind eben doch nicht in jeder Hinsicht mit Witzen gleichzusetzen. Dies gilt vor allem nicht in bezug auf ihre Wirkung; denn nur sehr begrenzt ist das Lachen, das als erwartbare und angestrebte Reaktion auf die Pointe eines Witzes eintritt, der Entrüstung analog, die ein Skandal hervorruft. Zwar handelt es sich hier wie dort um eine Erregungsabfuhr, aber deren psychischer Funktionszusammenhang ist doch jeweils recht verschieden.

Nach Freuds Erkenntnis verdankt sich das Lachen einem Lustgewinn, der dadurch ermöglicht wird, daß mit einem Schlag jene seelischen Hemmungen beseitigt werden, die im Normalfall den Zugang zu einer Lustquelle aus Rücksichtnahme auf die Realität blockieren. Das Lachen besitzt also psychisch einen Ausnahmecharakter. Daher seine Plötzlichkeit und Augenblicklichkeit. Es durchbricht das sonst generell geltende, innerpsychisch in Form von Hemmungen verankerte Einverständnis mit bestimmten Normen. Daher seine tiefe Ambivalenz eben diesen Normen gegenüber. Es erlaubt eine vorübergehende Distanzierung von ihnen *und* zugleich die Bekräftigung ihrer fortdauernden Geltung. Die Zweideutigkeit des Lachens kann im Einzelfall nach der einen oder anderen Seite hin aufgelöst werden: es kann je nach den besonderen Umständen ausschließlich gegen eine Norm gerichtet sein *oder* geradezu normstabilisierend wirken.

An die Stelle des Lachens tritt beim Skandal die Entrüstung. Auch deren Psychodynamik reagiert auf einen Normverstoß, vermischt aber dabei zwei Komponenten, von denen die eine, die Aggressivität, auch im Lachen enthalten sein kann, während die andere, die Selbstgerechtigkeit, dort regelmäßig fehlt oder jedenfalls nicht vorherrschend in Erscheinung tritt. Sie vor allem wird Nietzsche im Sinn gehabt haben, als er notierte, niemand lüge soviel wie der Entrüstete.[6] Richtig ist das insofern, als die Entrüstung in ihrer Selbstgerechtigkeit stets bereit ist, sich über das Vergnügen an eigenen Normverletzungen hinwegzulügen und sie nur bei anderen entdecken zu wollen.

Politischen Skandalen gegenüber kann die Selbstgerechtigkeit sich mit einem guten Schuß Voyeurismus und mit einer gehörigen Portion Neid verbinden. Immer wieder ist der Äußerung »Mein Gott, da geht's aber zu . . .« das Verlangen beigemischt, die eigene Schaulust umstandslos zu befriedigen und möglichst unmittelbar an Vorgängen beteiligt zu sein, die

sonst den Blicken der Öffentlichkeit entzogen sind. Auch Schadenfreude und moralische Besserwisserei sind immer im Spiel, wenn ein Mächtiger stürzt. Wer sich über seinen »Fall« entrüstet, hatte sich zunächst mit ihm identifiziert. Er wollte wenigstens psychisch an seiner Macht teilhaben; denn die faszinierte ihn. Umso nachdrücklicher denunziert er ihn dann aber, sobald ihm eine machtgestützte Identifizierung unmöglich wird, weil er den Mißbrauch der Macht in einem konkreten Fall moralisch verurteilen muß.

Der Entrüstung über den Skandal fehlt also nie die vorgängige Faszination durch die Macht. Abgelöst (oder überlagert) wird sie durch die honorige (oder heuchlerische), mutige (oder pharisäerhafte) Empörung über die Verletzung bestimmter moralischer bzw. rechtlicher Normen. Die Zweideutigkeit dieser Empörung ist an nichts deutlicher abzulesen als an der Lust, die sie begleitet. Merke: »Hinter sittlichem Entrüsten steckt oft heimliches Gelüsten.«

Die gierige Bereitschaft, hinter allem politischen Handeln einen Skandal zu wittern, lechzt förmlich danach, die Quelle dieser Lust nicht bei sich selbst, sondern bei anderen zu erschließen. Die faszinierte Scheu vor moralischer Befleckung kommt dabei ebenso zu ihrem Recht wie die selbstbestätigende Beruhigung, moralisch nicht befleckt zu sein. Das Ich spielt hier die Rolle des Heuchlers, der seine Tugend ebenso genießt wie die lasterhafte Verderbnis jener anderen, die zu allem Überfluß auch noch mächtiger sind.

(Soll ich hier betonen, daß dieser psychische Mechanismus mit seiner ganzen Provinzialität und Kleinherzigkeit der zuweilen übertriebenen Bereitschaft auch bestimmter Teile der Linken zugrundeliegt, Politik als Folge von Skandalen zu betrachten, wo doch praktisch alle großen Skandale von rechts kommen? Soll ich wirklich sagen, die Neigung, zwischen diesen Skandalen immer wieder nach Verbindungen zu suchen, zeuge von einer ihr zugrundeliegenden Verschwörungstheorie? Nein, eher will ich umgekehrt behaupten, daß ohne diese Bereitschaft die überscharfe Wahrnehmung politischen Unrechts, die Sensibilität für staatliche Übergriffe und das Mißtrauen gegen die uneingestandenen Motive einzelner Politiker sich bei eben dieser Linken kaum so differenziert hätten entwickeln können. Freilich, und das sei nun doch noch gesagt, auch nicht ein gewisser Hang zu politikferner moralischer Selbstgerechtigkeit.)

2.

Wenn sich Gesellschaften durch ihre je verschiedene Bereitschaft charakterisieren lassen, bestimmte Ereignisse als Skandal zu betrachten, dann müßte es möglich sein, eine vergleichende Skandalforschung, also eine »Skandalogie«[7], als eigene Wissenschaftsrichtung zu etablieren. Sie hätte anhand ausgewählter Beispiele zu untersuchen, was jeweils in einzelnen Gesellschaf-

ten im Laufe ihrer historischen Entwicklung als Skandal aufgefaßt worden ist. Sie müßte dabei weniger (wie dies in den bisherigen Darstellungen zumeist geschieht) personenbezogen verfahren, als sich vielmehr für die wechselnden »Skandalprofile« unterschiedlicher Gesellschaften interessieren. Darunter wären zum einen die Themen zu verstehen, die jeweils den Anstoß für bestimmte Skandale geliefert haben, und zum anderen die je verschiedenen Verlaufsformen, die bedeutende Skandale genommen haben. Es ließe sich auf diese Weise eine neue (und gewiß fruchtbringende) historisch und soziologisch orientierte Disziplin entwickeln. Sie sollte über die bisherigen Ansätze der Konfliktforschung insofern hinausgehen, als sie zwar auch annehmen müßte, daß nicht jedes Thema jederzeit konfliktfähig ist, weiterhin aber auch, daß vor allem nicht jeder Konflikt sich zu einem Skandal auswachsen kann. Sie könnte also auf der einen Seite die Entstehung und das Ende politisierbarer Themen anhand von Skandalen demonstrieren (und dabei vielleicht zu dem Ergebnis gelangen, daß Skandale die Konfliktfähigkeit solcher Themen auslösen). Sie könnte auf der anderen Seite zeigen, welche Machtkonstellationen am Verlauf von Skandalen zu beobachten sind. (So etwa müßte ein Antrag lauten, der für ein Forschungsprojekt Geld, vorzugsweise Drittmittel, bei einer Institution locker machen soll.)

In jedem politischen Skandal wird explizit oder implizit die Machtfrage gestellt. Ohne sie kommt er nicht aus, und über sie kommt er selten hinaus. Folglich darf keine Theorie des Skandals die unterschiedlichen Formen der Machtausübung vernachlässigen, durch die Skandale hervorgerufen werden und die oft erst in ihnen bzw. durch sie zum Vorschein gelangen. Sie sind ungemein vielgestaltig und schwer zu bestimmen. Macht kann sich gründen auf sozialen Status, Geschlechtszugehörigkeit, Rollenschemata, Gruppenmitgliedschaft, Geldbesitz, Informationsvorsprung oder sogar auf zeitliche sowie räumliche Disponibilität. In jeder dieser Dimensionen (und wohl noch in einer Reihe weiterer) ist sie unter bestimmbaren historischen Voraussetzungen skandalanfällig. Wenn Macht nach der Definition von Max Weber in der Chance besteht, »innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht«, dann ist sie »soziologisch amorph«.[8] Gerade das aber scheint ein Grund dafür zu sein, daß Skandale in so vielen Formen auftreten können. Ihre Vielgestaltigkeit entspricht direkt den zahllosen Anwendungsbereichen der Macht. Denn Skandale üben Mimikry an die Macht, ohne je mehr sein zu können als unverläßliche Versuche zu vorübergehender Gegenmacht.

Da Macht (im Unterschied zu der an Institutionen gebundenen Herrschaft) weniger ausschließlich politisch orientiert ist, können Skandale außer im unmittelbaren Umkreis der Politik in vielen anderen Bereichen ausbrechen. Da wäre an erster Stelle der religiöse Skandal zu nennen. Er ist sozusagen

der Ursprung aller Skandale, nämlich die direkte oder indirekte Verleitung zur Sünde, mithin ein Verstoß gegen die Macht Gottes. Die klassischen Bibelworte, in denen er verurteilt wird, geben ihn in der Übersetzung Luthers als »Ärgernis« wieder: »Wer aber ärgert dieser Geringsten einen, die an mich glauben, dem wäre besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt und er ersäuft würde im Meer, da es am tiefsten ist./ Weh der Welt der Ärgernisse halben! Es muß ja Ärgernis kommen; doch weh dem Menschen, durch welchen Ärgernis kommt!/ So aber deine Hand oder dein Fuß dich ärgert, so haue ihn ab und wirf ihn von dir. Es ist dir besser, daß du zum Leben lahm oder als ein Krüppel eingehest, denn daß du zwei Hände oder zwei Füße habest und werdest in das ewige Feuer geworfen./ Und so dich dein Auge ärgert, reiß es aus und wirf's von dir. Es ist dir besser, daß du einäugig zum Leben eingehest, denn daß du zwei Augen habest und werdest in das höllische Feuer geworfen.«[9] Liegt nach den Worten des Evangeliums der Skandal in der Beeinträchtigung des Guten und im Anreiz zum Bösen, so spricht man bei der wissentlichen oder unwissentlichen Verkündung eines Fehlurteils von einem Justizskandal. Ferner gibt es den Theaterskandal, an dem wie nirgends sonst der Schaueffekt des Eklats, sein Veranstaltungscharakter und seine oft absichtliche Inszenierung deutlich werden; dann die Wirtschaftsskandale, bei denen es immer wieder um Machtgewinn in Form von Marktanteilen, um Geld und um Korruption geht; dann die Sittenskandale, die nie ohne Orgie auskommen; dann alle möglichen großen oder kleinen Nahrungsmittel-, Umwelt- und Medikamentenskandale sowie die Fernseh-, Krankenhaus- oder Sportskandale. Nein, es gibt wohl keinen Lebensbereich, der nicht zuzeiten skandalanfällig wäre. Doch der wirklich große Skandal ist stets politischer Natur oder wenigstens indirekt bzw. nachträglich politisierbar.

Skandale sind *das* Korrektiv der Macht. Wer sie nicht unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, läuft Gefahr, sich in dem Wirrwarr ihrer Erscheinungsformen zu verlieren. Allzu leicht werden sie jeweils vorschnell auf bestimmte Personen oder Personengruppen bezogen, um in ihnen nur deren moralische Verfehlung bzw. das an ihnen begangene Unrecht zu sehen. Wer so verfährt, wiederholt noch einmal, was im Skandal ohnehin geschieht – er personalisiert und moralisiert einen Vorgang, der nicht ausschließlich personenbezogen oder moralisierend begriffen werden kann und behandelt werden sollte. Die Theorie des Skandals muß notwendig weniger pikant sein als die »Chronique scandaleuse«, zu der sie so häufig gemacht worden ist. Denn was sind die Namen der Opfer, die Dreyfus, Eulenburg, Sacco und Vanzetti, die Montesi oder Profumo (um nur berühmte Skandalopfer der Vergangenheit zu nennen) gegenüber den Machtkonstellationen, denen sie zum Opfer gefallen sind?

Macht ist sehr fein dosierbar und läßt sich überlegt inszenieren. Daher kön-

nen Machthaber bei vielen Skandalen ihre Durchsetzungschancen kalkulieren und der Illusion verfallen, ein Skandalverlauf sei steuerbar. Das gilt häufig schon für den Beginn eines Skandals, der keineswegs immer dem Zufall überlassen bleibt. So kann z. B. mit der Auslösung eines Skandals gedroht werden, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Die Plastizität der Macht wie des Skandals zeigt sich dann daran, daß es nicht einmal zu einem Eklat kommen muß, um eine gewisse Wirkung zu erzielen. Der Skandal ist durch die bloße Skandaldrohung ersetzbar. Er wird dabei zu einem Druckmittel, mit dem etwa der Besitz von Geheiminformationen als Machtvorteil ausgebeutet werden kann. Ein auf diese Weise angedrohter Skandal kann sich jedoch auch als Bluff erweisen und dann zum Nachteil dessen ausschlagen, der mit ihm gedroht hat. Selbst direkte Skandaldrohungen sind unter Umständen überflüssig und durch die hohe Kunst der üblen Nachrede zu ersetzen. Denn auch Klatsch und Tratsch lösen zuweilen Skandale aus; sie haben freilich den Nachteil, eine Eigendynamik zu entwickeln, die nicht mehr unter Kontrolle zu halten ist.

In anderen Fällen bricht ein Skandal wohl deshalb nicht aus, weil die Machtverhältnisse, deren Produkt er ist, zu kompliziert scheinen, um eine rasche und wohlfeile Empörung der Öffentlichkeit zuzulassen. Wie bei der Parteispendenaffäre mögen dann zwar zahlreiche relevante Informationen vorliegen, aus denen sich aber kein hinreichend plastisches Bild gewinnen läßt, um einen Sturm der Entrüstung zu entfesseln. In solchen Fällen versickern manchmal die Informationen, und ein Skandal beginnt gleichsam eine Inkubationsphase. Durch das Bekanntwerden eines nebensächlichen, aber spektakulären Details, das jeder sofort versteht, kann er dann plötzlich doch noch ausbrechen.

Kaum je gibt die Macht auf einen Schlag ihr Geheimnis preis und steht zu dem, was anstößig ist an ihr oder woran sie Anstoß nimmt. Daher die merkwürdigen Schübe in der Entwicklung von Skandalen. Fast immer gelangt die Wahrheit (wenn überhaupt) nur schrittweise ans Licht. Den Konvulsionen der Macht entsprechen die Zuckungen der Gegenmacht, des Skandals. Denn in den Augen der Betroffenen besteht immer wieder die Hoffnung, daß wesentliche Teile des Skandalons nie bekannt werden. Gezielte Fehlinformationen, bohrende Nachforschungen und zögernde Eingeständnisse wechseln einander ab, bis ein gewisser Höhepunkt erreicht scheint. Selbst dann aber ist nicht auszuschließen, daß noch irgendwo ein zuvor geheimes Dossier geöffnet werden könnte. Denn die Dosierbarkeit von Machtmitteln (die stets auch für Verhandlungen zur Disposition stehen) kann dazu verleiten, daß ein Skandal an einem bestimmten Punkt abgebrochen wird. Er wird dann nicht fortgeführt, weil in dem Machtkampf, dessen Ausdruck er war, eine für alle Beteiligten (vorübergehend?) befriedigende Lösung gefunden wurde.

Wenn Machthaber einen Skandal lancieren, um die Macht anderer zu untergraben, kommt es für sie nicht nur darauf an, den Verlauf des Skandals unter Kontrolle zu halten, sondern auch darauf, seine Wahrnehmbarkeit gegenüber einer bestimmten Öffentlichkeit zu garantieren. Sie müssen die Unterschiede beachten, die in bezug auf Tragweite und Bedeutung zwischen einem allenfalls lokalpolitisch wichtigen Miniskandälchen und einem nationalen Riesenskandal bestehen. Beachten müssen sie aber auch, daß manche Skandale besser nur einer eingeschränkten Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollten.

Ein Beispiel dafür – es stammt aus der Zeit der Nazi-Herrschaft und weist vom Thema her eine bemerkenswerte Parallelität zu einem Beispiel aus jüngster Zeit auf – ist der Fall Fritsch. Es ging dabei 1938 um den Vorwurf, der Oberbefehlshaber des Heeres, der Generaloberst Freiherr von Fritsch, sei homosexuell. Lanciert wurde dieser Vorwurf, weil Fritsch sich den Plänen zur Vorbereitung eines Krieges widersetzt hatte. Die Anschuldigung wurde von den nationalsozialistischen Machthabern nur dem höheren Offizierskorps zur Kenntnis gebracht. Von diesem angeblichen Skandal erfuhr die breite Öffentlichkeit nichts. Der Vorwurf der Homosexualität erwies sich damals als ebenso haltlos wie im Fall des vorzeitig in den Ruhestand versetzten, dann allerdings voll rehabilitierten und kurz darauf mit militärischen Ehren offiziell verabschiedeten Generals der Bundeswehr Kießling. Hier gelang es allerdings dem designierten Skandalopfer, den Skandalierer zum Skandalierten zu machen. Auch der Bundesverteidigungsminister wollte den Fall zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln, also den Grund der Entlassung geheimhalten. Dann aber kehrte sich der Skandal gegen ihn selbst. Also: Nicht, daß ein General homosexuell sein sollte, und nicht, daß der Minister das wußte, war schon der Skandal, sondern daß die Öffentlichkeit es als Begründung für eine vorzeitige Suspendierung vom Dienst erst nur vermuten mußte, dann erfuhr – und schließlich nicht glaubte: das war der volle Skandal.

Das Beispiel lehrt, daß die Wendung an die Öffentlichkeit einen Skandal gegen den kehren kann, der ihn auslöst. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Presse. Sie hat sich in Teilen darauf spezialisiert, über Skandale nicht nur zu berichten, sondern sie möglichst gleich zu erzeugen. Dabei kann sie selbst vorübergehend zum Opfer ihrer Bemühungen werden, wie der berühmteste Fall in der bundesdeutschen Skandalgeschichte, die *Spiegel*-Affäre, beweist. Sie begann, als am 26. Oktober 1962 der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß die Bundesanwaltschaft veranlaßte, gegen den *Spiegel*, der ihn mehrfach angegriffen hatte, wegen »Landesverrats« vorzugehen. Strauß löste damit einen Skandal aus, der sich schließlich gegen ihn selber richtete und ihn den Posten als Minister kostete.

Aber wer kann sich an die Details noch erinnern? Wer weiß denn heute

noch etwas von Otto John, von Onkel Alois, von Old Schwurhand, von Gerstenmaier, Geldner und wie sie alle hießen? »Skandale sind eben nur begrenzt haltbar.«[10] Gerade ihr Sensationscharakter bringt es mit sich, daß sie der wohltätigen Vergeßlichkeit des öffentlichen Bewußtseins relativ rasch anheimfallen. – Zuletzt sind sie auch darin den Witzen ähnlich.

3.

Eine auf der Linken verbreitete naive Auffassung, die gegen die hier vorgeschlagene Bestimmung des Skandals Position beziehen wird, geht aus von der Gleichsetzung von Macht und Herrschaft, um sich dann kurzschlüssig gegen beide zu wenden. Sie gipfelt in Parolen wie »Keine Macht für niemand«. Aber wer sich derartigen Parolen verschreibt, sollte sich zumindest gelegentlich fragen (oder fragen lassen), ob er denn ohnmächtig sein (oder werden) möchte.

Nein, gerade am Skandal läßt sich lernen, daß in politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Machtfrage sehr bewußt gestellt werden kann. Es geht nicht an, jede Form von Macht (vor allem nicht die eigene) in Mißkredit zu bringen. Zwar ist der Skandal, von den politischen Möglichkeiten der Linken aus betrachtet, nur allzu oft eine relativ ohnmächtige Gegenmacht – aber er bleibt darum doch eine Gegenmacht. Sie gilt es, wenn nötig, zu nutzen. Der Skandal, so wurde gesagt, kann nie *gegen* kleine Leute ausbrechen. Vergessen wurde darüber, daß er sehr wohl durch sie ausbrechen kann. Da die wichtigsten gesellschaftlichen Machtmittel höchst ungleich verteilt sind, sollte im Ernstfall auf die nicht unerheblichen Machtchancen von Skandalen keineswegs verzichtet werden.

Eine der zuweilen amüsanten (mitunter aber auch gefährlichen) Techniken der Skandalerzeugung im Bereich der Politik besteht darin, durch marginale Regelverletzung den Lack der Macht anzukratzen. Ihr Ziel ist es, die Machthaber zu immer skandalöseren Formen der Absicherung ihrer Ordnung zu provozieren. Letztlich geht es darum, sie zum Rückgriff auf physische Gewaltanwendung zu zwingen.[11] Diese Provokation zum Skandal geschieht in der Erwartung, sie auf diese Weise zu diskreditieren, also öffentlich die Legitimation ihrer Macht in Frage zu stellen. Denn die beruht wesentlich darauf, gerade nicht auf Gewalt zurückgreifen zu müssen, sondern gewaltfrei Zustimmung zu ihren Maßnahmen erzwingen zu können. Macht, die in Gewalt umschlägt, hört auf, Macht zu sein. Daran wird deutlich, daß diese Art der Skandalerzeugung eine Atmosphäre relativer Gewaltfreiheit von Konflikten voraussetzt. Die durch sie beabsichtigte Anwerbung von Entrüstung bei Dritten ist ihrerseits eben kein Mittel der Gewalt, sondern ein typisches Machtmittel.

Der These, daß eine gewisse Freiheit des öffentlichen Lebens von Gewaltmaßnahmen aller Art erreicht sein muß, damit Skandale im modernen Sinn

entstehen können, widerspricht die Beobachtung, daß gerade die Garanten des staatlichen Gewaltmonopols, also Polizei und Militär, sich als besonders skandalanfällig erweisen. Sie können Skandaldrohungen lancieren, in skandalerregender Weise Gewalt einsetzen und sich auf vielfältigste Art als »scandalmonger« betätigen.[12] Besonders tun sich dabei die Geheimdienste hervor. Sie sind gleichsam politische Skandalakrobaten höherer Ordnung. Sie haben durch unerhörte Provokationen, durch geschickte bzw. perfide Handhabung von Informationen (sowie durch deren Vorenthaltung) zahllose Skandale ausgelöst. Erinnert sei nur an die Affären Guillaume/Brandt oder zuletzt Wörner/Kießling. Hier wie in unzähligen anderen Fällen erwiesen sich die Dienste als Schnittstellen von Macht und Geheimnis, die letztlich den Politikern das Gesetz des Handelns aufzwangen.

Skandale können deshalb als Korrektiv der Macht fungieren, weil in ihnen ein Unmut aufbricht, der gegen jede Form der Machtanwendung mobilisierbar scheint. Ursache dieses Unmuts ist wohl das Unbehagen einer fortdauernden Erinnerung an die physische Gewalt, die von der Macht zwar abgelöst wurde, ihr aber letztlich immer als Stütze dienen muß. Denn nach wie vor lauert Gewalt hinter allen Sanktionsmöglichkeiten der Macht. Wenn sich Skandale gegen die Macht wenden, so äußert sich darin ein zutiefst anarchischer Impuls. Er drückt sich im Empörungsüberschuß aus, der für jede Skandalwerbung typisch ist. Er ist ungerichtet und ungezielt, darum zugleich naiv und (unter Umständen) gefährlich. In ihm werden die entscheidenden Unterschiede von Macht und Herrschaft ohne weiteres verwischt. Denn beide setzt er umstandslos und emphatisch gleich.

Obwohl die gegenwärtige Bundesregierung offenbar hart an der Lösung dieses Problems arbeitet, sind Skandale nicht institutionalisierbar. Folglich sind sie auch kein Herrschaftsinstrument, sondern stets nur ein Machtmittel. Aus der engen Bindung von Skandalen an die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Macht ergibt sich, daß sie der politischen Herrschaft gegenüber weitgehend indifferent sind. Da sie selbst nicht den erwartbaren Kriterien von Institutionen gehorchen, können sie diese auch nur zum Schein direkt angreifen. Stets wenden sie sich weniger gegen einzelne Organe eines Gemeinwesens und die durch sie ausgeübte Herrschaft als vielmehr gegen bestimmte Praktiken der Machtanwendung.

Aus diesem Grund sind Skandale bestenfalls Hilfsmittel einer Revolution. Zwar können sie (wie die berühmte Halsband-Affäre der Marie-Antoinette) eine Art Generalprobe der Revolution darstellen, aber nie diese selbst sein. Meist sind sie ein Revolutionsersatz, Ventil eines sozialen Überdrucks. Mag noch so großes revolutionäres Pathos den Geist der an einem politischen Skandal Beteiligten beflügeln, nie wird er eine Umwälzung der Herrschaftsverhältnisse zur Folge haben, sondern höchstens eine Auswechslung der Führungskräfte.

Auch wenn Skandale trickreich miteinander verwoben oder sogar (wie in Italien) vielfältig ineinander verschachtelt sein können, sind sie im Grunde undifferenziert. Denn komplexe Problemlagen lassen sich nur skandalisieren, wenn sie im Einzelfall auf grobe Vereinfachungen reduziert werden. Geld, Macht und Sex sind nun mal jedem anschaulich. Mächtig ist der Empörungsüberschuß, der in Skandalen freigesetzt wird, weil er zurückgeht auf eine frühe Entwicklungsstufe, in der Politik, Recht und Moral noch nicht voneinander getrennt sind. Wer einen Skandal ausruft, verlangt implizit oder explizit, daß politische Ereignisse wie rechtliche Regelungen seinen moralischen Erwartungen entsprechen. Die für primitive Kulturen selbstverständliche Einheit von Politik, Recht und Moral möchte er nicht eigentlich wiederhergestellt sehen; er behauptet vielmehr umstandslos, daß sie nach wie vor existiert. Insofern sind Skandale ein archaisches Mittel, komplizierte Vorgänge wieder für einfache Wahrnehmungsschemata zugänglich zu machen.

Daraus ergibt sich ihre politisierende ebenso wie ihre entpolitisierende Wirkung. Wer sich durch einen Skandal in seinen moralischen Erwartungen an die Politik oder an das Recht getäuscht sieht, kann darauf in der Weise reagieren, daß er an seiner Moral festhält und die Politik zum schmutzigen Geschäft bzw. das Recht zu einer Angelegenheit sinistrer Tintenpisser erklärt. Er kann aber auch umgekehrt zu einer unterkühlteren Auffassung der Moralisierbarkeit von Recht und Politik gelangen und Skandale als einen ausgezeichneten Anschauungsunterricht über die politische Kultur eines Landes betrachten.

Anmerkungen

1 Hans-Joachim Winkler, »Über die Bedeutung von Skandalen für die politische Bildung«, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 13 (1968), S. 225.
2 Sigmund Freud, »Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten« (1905), *Ges. Werke*, Bd. VI, Frankfurt ⁴1969, S. 109.
3 Niklas Luhmann, *Rechtssoziologie*, Bd. 1, Reinbek 1972, S. 67.
4 Johannes Gross, »Phänomenologie des Skandals«, in: *Merkur* 19 (1965), S. 400.
5 Christian Schütze, *Die Kunst des Skandals. Über die Gesetzmäßigkeit übler und nützlicher Ärgernisse*, München/Bern/Wien 1967, S. 25.
6 Vgl. Friedrich Nietzsche, »Jenseits von Gut und Böse«, in: *Werke*, ed. Schlechta, Bd. II, München ³1962, S. 592.
7 Vgl. Schütze, a. a. O., S. 11.
8 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. I, Köln und Berlin 1964, S. 38.
9 *Das Neue Testament unseres Herrn und Heilands Jesu Christi*, nach der deutschen Übersetzung D. Martin Luthers, Stuttgart 1912, Matth. XVIII, 6-9.
10 Schütze, a. a. O., S. 30.

11 Vgl. Niklas Luhmann, *Macht*, Stuttgart 1975, S. 23 sowie S. 120, Anm. 47, und ders., »Positivität des Rechts als Voraussetzung einer modernen Gesellschaft«, in: *Ausdifferenzierung des Rechts. Beiträge zur Rechtssoziologie und Rechtstheorie*, Frankfurt 1981, S. 139.

12 Vgl. George Boas, »The complete scandalmonger«, in: *Harpers Monthly Magazine*, vol. 175, June-Nov. 1937, S. 270-274.

Literaturverzeichnis

Belot, G., »Filosofía del escándalo«, in: *Revista de la Habana* 1930, 3, S. 171-179; 4, S. 41-49

Boas, George, »The complete scandalmonger«, in: *Harpers Monthly Magazine*, vol. 175, June-Nov. 1937, S. 270-274

Caruso, A., »Governo e paese di fronte all'insidia dello scandalismo«, in: *Civiltà cattolica* 3131, 6. Dez. 1980, S. 490-500

Choisy, Maryse, »Psychologie et métaphysique du scandale«, in: *Psyché* 1950, 5, S. 834-846

Dampierre, Eric de, »Thèmes pur l'étude du scandale«, in: *Annales, Economies, Sociétés, Civilisations* 9 (1954) No. 3, Jul.-Sept., S. 328-336

Fullington, Michael Gregory, »Presidential management and executive scandal«, in: *Presidential Studies Quarterly* 9 (2) Spring 1979, S. 192-202

Gandillac, Maurice de, »Brèves notes préliminaires pour une métaphysique du scandale«, in: *Cahiers Renaud Barrault*, April 1966, No. 54, S. 3-13

Gross, Johannes, »Phänomenologie des Skandals«, in: *Merkur* 19 (1965), S. 398-400

Klose, Werner, *Skandal und Politik. Ein Kapitel negativer Demokratie*, Tübingen 1971

Le Senne, René, »Le scandale«, in: *L'Existence. Essais par Albert Camus et al.*, Paris 1945, S. 127-155

Luhmann, Niklas, *Rechtssoziologie*, 2 Bde., Reinbek 1972

ders.: *Macht*, Stuttgart 1975

Moodie, Graeme C., »On political scandals and corruption«, in: *Government and Opposition* 15 (2) Spring 1980, S. 208-222

Rémond, René, »Scandales politiques et démocratie«, in: *Etudes*, Juni 1972, S. 849-865

Rodinson, Maxime, »De l'histoire de l'antisémitisme à la sociologie du scandale«, in: *Cahiers internationaux de sociologie* 49 (Juil.) 1970, S. 143-150

Schmitz, Manfred, *Theorie und Praxis des politischen Skandals*, Frankfurt/New York 1981

Schütze, Christian, *Die Kunst des Skandals. Über die Gesetzmäßigkeit übler und nützlicher Ereignisse*, München/Bern/Wien 1967

Voltaire, »Scandale«, in: *Dictionnaire philosophique; Œuvres complètes*, Nouvelle éd., Bd. 20, Paris 1879, S. 399-401

Winkler, Hans-Joachim, »Über die Bedeutung von Skandalen für die politische Bildung«, in: *Hamburger Jb. für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 13 (1968), S. 225–243

Die Vorzüge der Peinlichkeit

Ich bedaure sagen zu müssen, daß die »höchste Anerkennung, welche die Bundesrepublik Deutschland für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht«, ein Phantom ist. Handgreifliche Beweise für ihre Existenz habe ich nicht finden können. Ich habe mir die Suche nicht leicht gemacht. Wie im Fall der UFOs, einem vergleichbaren Phänomen, fehlt es nicht an minutiösen Beschreibungen von angeblichen Augenzeugen. Auch Photographien der fraglichen Objekte sind mir unter die Augen gekommen. Ich habe ferner den Stiftungserlaß studiert, die Statuten, die Neufassung der Ausführungsbestimmungen, und damit nicht genug: auch das einschlägige Standardwerk *Deutsche Orden und Ehrenzeichen* habe ich zu Rate gezogen, einen heimlichen Bestseller von erdrückender Materialfülle. Es handelt sich um die »dritte, neubearbeitete Auflage des Kommentars zum Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen und eine Darstellung deutscher Orden und Ehrenzeichen von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart mit Abbildungen, von Hans Karl Geeb, Ministerialrat, und Heinz Kirchner, Ministerialdirigent, beide im Bundesministerium des Innern, neu bearbeitet von Heinz Kirchner und Hermann-Wilhelm Thiemann, Regierungsdirektor, beide im Bundesministerium des Innern«.

Vergebliche Mühe. Ein Hinweis auf das tatsächliche Vorkommen von Bundesverdienstkreuzen konnte ich den 363 Seiten und fünf Farbtafeln des Buches nicht entnehmen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland hielte, was sie am 7. September 1951, dem Stiftungstag, versprochen hat, so müßte es von Exemplaren der Verdienstmedaille (Durchmesser 38 mm), des Verdienstkreuzes am Bande (Rückseite gekörnt, Durchmesser 55 mm für die Herren- und 47 mm für die Damenausführung) sowie des Verdienstkreuzes 1. Klasse (Rückseite glatt) förmlich wimmeln. Ich sehe dabei gänzlich ab vom Großen Verdienstkreuz (Durchmesser 60 mm, Breite des Bandes 44 mm für die Herren, 40 mm für die Damen), vom Großen Verdienstkreuz mit Stern (viereckig, Durchmesser 80 mm), vom Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband (Breite 100 mm für die Herren, 60 mm für die Damen, Durchmesser 85 mm, gewölbt); ich ignoriere ferner das Großkreuz mit Stern (sechseckig) sowie die Sonderstufe des Großkreuzes (achteckig, Durchmesser 90 mm), und zwar nicht aus Geringschätzung, sie liegt mir fern, sondern weil die Seltenheit ihres Vorkommens es plausibel macht, daß man nicht an jeder Straßenecke über diese Auszeichnung stolpert.

Dagegen müßten die gewöhnlicheren Ausführungen, ganz gleich, ob mit glatter oder gekörnter Rückseite, wenn es mit rechten Dingen zuginge, geradezu massenhaft auftreten; denn es liegt doch auf der Hand, daß wir sozusagen auf Schritt und Tritt mit Bürgern zusammenprallen, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben, und ihre Zahl nimmt naturgemäß von Jahr zu Jahr zu. Wo, so frage ich also, sind diese Zehn-, wenn nicht gar Hunderttausende von Auszeichnungen geblieben? Die Antwort kann nur lauten: Sie sind spurlos verschwunden. Denn obwohl ich unsere Republik seit langem in allen Richtungen durchstreife, bin ich ihrer nie ansichtig geworden, wenngleich ich ganz genau weiß, wo ich zu suchen habe: »Die Halterung des Kreuzes muß auf dem flachgebundenen Krawattenknoten oder unter dem Querbinder auf dem Oberhemd aufliegen . . . Die Kleine Ordensschnalle wird auf dem linken Revers des Gesellschaftsanzuges waagrecht

so befestigt, daß zwischen der oberen Kante der Ordensschnalle und dem Kragenansatz in der Reversmitte ein Zwischenraum von 3-4 cm bleibt.« Ich habe mir das alles gesagt sein lassen. An meiner mangelnden Konzentration kann es nicht liegen. Mein Blick ist so trainiert, daß ihm der gesuchte Gegenstand schlechterdings nicht entgehen kann, auch nicht in seinen vielfachen Schrumpfformen, von denen ich hier nur die wichtigsten nennen will: die Bandschlaufe, das Ordenskettchen, die Metallverkleinerung in Nadelform, den Knopflochbandsteg, die Bandschnalle, die Knopflochrosette (»einfach zu befestigen und vielseitig zu verwenden«) und die Miniaturschnalle.

Den Einwand, die Ergebnislosigkeit meiner Suche hinge damit zusammen, daß ich mich nicht in den richtigen Kreisen bewege, weise ich entschieden zurück. Die Verdienste meiner Verleger gehen auf keine Kuhhaut. Ich kenne Menschen, die aus Sorge um das Gemeinwohl an schweren Schlafstörungen leiden. Von der inneren Größe mancher Kollegen, die ich getroffen habe, kann sich der Laie gar keinen Begriff machen. Ein Waffenhändler ist mir noch nicht über den Weg gelaufen, aber dafür habe ich auf irgendeinem Rummel einen erstklassigen Olympiaschwimmer kennengelernt und eine neue deutsche Sängerin, deren Umsatz ebenso fetzig ist wie ihre Songs. Ich habe ganz genau hingesehen. Weder die Herren- noch die Damenausführung war in Sicht.

Erst bei einem Astrophysiker, dessen Kandidatur für den Nobelpreis sich nun schon jahrelang hinzieht, bin ich schließlich fündig geworden. Nach langem Zureden gestand er mir unter vier Augen, er habe, wie er sich ausdrückte, »irgendwo so ein Ding«. Trotz längeren Suchens in seinen Schreibtischschubladen konnte er jedoch das Beweisstück nicht vorlegen. Er versicherte mir, daß er es nie getragen habe, und erläuterte mir ausführlich die institutsinternen Gründe, die es ihm verboten hätten – und ich zitiere wiederum wörtlich –, »dieses läppische Lametta« abzulehnen.

Damit war die Katze endlich aus dem Sack. Ich mußte einsehen, daß mein Freund, der Physiker, kein erschütternder Einzelfall war. Ganze Berge von Verdienstkreuzen – das war die Lösung des Rätsels – verstauben hierzulande in

Kommoden, Nachttischschubladen und Hausapotheken, weil sich ihre Inhaber offenbar lieber im Pyjama als im Glanz ihres Ordens sehen ließen.
In der politischen Natur der Deutschen ist diese Dekorationsscham eine neuartige Erscheinung. In alten Photoalben sieht man die Brüste und die Rockaufschläge der Familienväter oft mit einer stattlichen Latte von Orden verziert. Unsere Vorväter konnten aus einem Fundus von geradezu sowjetischer Reichhaltigkeit schöpfen, da sämtliche Bundesstaaten des Deutschen Reiches mit Ausnahme der Hansestädte, also 23 an der Zahl, von ihrem Recht, Auszeichnungen zu spenden, den üppigsten Gebrauch machten. Während der Nazi-Zeit geriet diese Blechlawine vollends außer Rand und Band. Aus den trübsinnigsten Gründen beschloß der Bundestag im Jahre 1957 ein Gesetz, das es den Inhabern dieser Dekorationen erlaubt, sie weiterhin zur Schau zu stellen, wenn auch in abgekratzter Form. Man begegnet ihnen aber selten, vielleicht weil sie außergewöhnlich häßlich sind. Die meisten Ballonbeobachterabzeichen, Luftschutz-Ehrenzeichen aus eloxiertem Leichtmetall am hellila Band und Dienstauszeichnungen für die weibliche Jugend im Reichsarbeitsdienst dürften auf dem Kehricht gelandet sein. (»Nach Entfernung des Hakenkreuzes«, sagt der Kommentar, »wurden hier die Spitzen der beiden Ähren aus heraldischen Gründen mehr nach oben gezogen, sonst sind die Medaillen unverändert geblieben.«) Geblieben sind aber nicht nur die Ähren, die Schwerter, die Adler und die eloxierten Eichenblätter, geblieben ist vor allem die Peinlichkeit.
Diese durchdringende, allgegenwärtige, unverlierbare Peinlichkeit ist vielleicht das eigentliche Geheimnis unseres Staatswesens, das Wasserzeichen unserer politischen Kultur, das sich an allen Symbolen der Macht und der Souveränität ablesen läßt. Wir haben eine Hauptstadt, die keine ist. Alle, die es wissen

müssen, behaupten, jeder längere Aufenthalt in ihren Mauern gleiche dem Kuß des Todes. Wir haben eine Herrschaftsarchitektur, die einen gelungenen Kompromiß zwischen Hochhaus und Baracke darstellt. Wir haben eine Nationalhymne, deren erste Strophe so peinlich ist, daß ihr Absingen verboten werden mußte, und einen Verdienstorden, mit dem sich niemand zeigen will.
Die Verlegenheit, als der innerste Kern unserer Staatsraison, hat bisher alle Bonner Regierungswechsel mit Bravour überlebt. Auch das Kabinett Kohl hat die Hoffnung seiner Anhänger, nun möge sich alles, alles wenden, jedenfalls in dieser Hinsicht enttäuscht. Sie hat zwar bei der Umverteilung ökonomischer Privilegien eine starke Hand bewiesen, aber auf der symbolischen Ebene halten sich ihre Leistungen in Grenzen. Dabei wäre die Stiftung neuer und weniger mickriger Orden doch eine staatstragende und weitgehend kostenneutrale Lösung. Man muß sich ernsthaft fragen, woran es liegt, daß uns der

Schwarze, der Rote und Goldene Adlerorden samt Großkreuz, Ritterkreuz und Sonderstufe mit Brillanten bisher erspart geblieben sind. Die Sitzungen der Ordenskapitel könnte man im Fernsehen übertragen, die Eintragung in das schwarzrotgoldene Ehrenbuch wäre kein Problem, an einen Ständer für das Auto könnte man denken, die Lufthansa würde sich glücklich schätzen, den neuen Rittern freie Flüge einzuräumen, und für immerwährende Opernkarten an allen staatlichen Bühnen ließe sich ohne weiteres sorgen.

Franz Josef Strauß, der als einziger deutscher Politiker das Gefühl der Peinlichkeit nicht kennt, hat gezeigt, wie man mit vollem Aplomb einen monarchischen Orden wiederauferstehen läßt, ganz so, als wäre zwischen 1918 und 1983 nichts Nennenswertes passiert. Seither werden Bayerns größte Söhne wieder mit dem Maximiliansorden für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Sollen wir diese Initiative freudigen Herzens begrüßen und darauf hoffen, daß sich eines Tages Bernt Engelmann und Hans Peter Bleuel mit den führenden Federn des *Bayernkuriers* im Antiquarium der Münchner Residenz, unter dem Schall der Bayernhymne friedlich zur Kapitelsitzung vereinigen werden? Oder wäre das nicht doch etwas peinlich?

Es empfiehlt sich nicht, über diese Frage länger nachzudenken. Am Felsen der Peinlichkeit scheitern nämlich alle Vermeidungsstrategien, und zwar umso sicherer, je eifriger sie betrieben werden. Gerade die besten Absichten führen, wie die Geschichte der Bundesrepublik beweist, zu den verheerendsten Resultaten. Ich rate deshalb zur Umarmung. Drücken wir die Peinlichkeit ans Herz, statt gegen sie anzukämpfen. Sie ist der hilflose Bürger aller historischen Wahrheiten, die unser Land im Schweiße seines Angesichts verdrängt hat, der exakte, wenn auch minimale Ausdruck seiner moralischen und ästhetischen

Verfassung. Hier stimmt was nicht, und solange das durchdringende Gefühl des Peinlichen die Bevölkerung erleuchtet wie ein immer wiederkehrendes Zahnweh, haben wir davon immerhin eine Ahnung; besser als gar nichts. In diesem Sinn sind unsere höchsten Staatsämter richtig besetzt; ihre Inhaber garantieren uns dafür, daß die untrügliche, weil ganz und gar unfreiwillige Erinnerung, daß dieses Land kein gewöhnliches Land ist, nie erlöschen wird, solange sie uns erhalten bleiben. Unter diesen Umständen rückt auch eine Lösung der Ordensfrage in greifbare Nähe, die allen Anforderungen an die Selbstdarstellung unseres Staates gerecht wird: Ich schlage dem Herrn Bundespräsidenten vor, den Verdienstorden der Republik mit der sinnigsten Ausgeburt des deutschen Humors zu vereinigen, dem Orden wider den tierischen Ernst.

Hans Magnus Enzensberger

Hommage à Reagan

Daß ein Mann aus den Traumfabriken Hollywoods Präsident der Realität werden konnte, ist die letzte Konsequenz des Amerikanischen Traums. Ronald Reagans Genie liegt in der Übertragung des Filmischen in die Politik. Er hat dem verschlissenen Amt Würde zurückgegeben und der durch Vietnam, Watergate

und Teheran gedemütigten Nation ihr Selbstbewußtsein. »Amerika hat wieder Schwung, Energie und Entschlossenheit gefunden« (*SZ*, 18. 2. 84). Gott, Familie und Vaterland – das hat eingeschlagen. Die Olympiade von Los Angeles bei Hollywood war der glanzvolle Abschluß der ersten Etappe in der Renaissance des American Way of Life, den die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wieder für den besten der Welt hält. Da Reagans Wiederwahl nun unabdingbar erscheint, ist die Zeit gekommen für die Würdigung der bisherigen Leistung dieses Mannes und seiner Getreuen.

»Es ist gut, wieder zurück zu sein bei hart arbeitenden Menschen, die eine beständige Liebe für Gott und die Familie vereint« – welcher europäische Premier wäre fähig gewesen, mit solch warmherzigen Worten seine erneute Kandidatur zu verkünden? Ronald Reagan hat die Nation geeint, hat selbst Radikale wieder zu integrieren vermocht. So hat sich eine Reihe von Verbänden des Ku Klux Klan nach Reagans Wahl selbst aufgelöst, da sie angesichts der veränderten

Machtverhältnisse in Washington überflüssig geworden seien: die republikanische Regierung setze ihre Arbeit dort fort, wo der Ku Klux Klan aufhören werde (*SZ*, 26. 3. 81). (Schon deshalb mußte der Versuch des KGB, während der Olympiade in der Maske des Ku Klux Klan Verwirrung zu stiften, erbärmlich scheitern) Reagans Charme, seine Fähigkeit, komplexe Probleme pointiert zu vereinfachen, haben ihm die Herzen auch der amerikanischen Arbeiter geöffnet. Hatten sie 1980 nur gegen Carter gestimmt, so ist inzwischen klar, daß sie in diesem Mann des gesunden Menschenverstandes mit seiner bildhaften, kräftigen Sprache ihren Präsidenten erkennen. Hat er nicht schon vor zwanzig Jahren die Nation von einer Gewissenslast befreit, als er in einer Fernsehansprache erklärte: »Uns ist gesagt worden . . ., daß siebzehn Millionen Menschen jede Nacht hungrig zu Bett gehen. Das ist wahrscheinlich richtig. Sie waren alle unter Diät« (27. 10. 64).

Der Präsident weiß Sachverhalte klarzustellen, wo die Experten heillos zerstritten nach Lösungen suchen: »Aller Abfall eines Atomkraftwerkes von einem Jahr könnte unter einem Tisch gelagert werden« (*Free Press*, Burlington, 15. 2. 1980). Oder: »Ein Kohlekraftwerk gibt mehr Strahlung ab als ein Kernkraftwerk« (Radioansprache, November 1978). Die Suche nach Ursachen von saurem Regen und Luftverschmutzung hat dem Präsidenten fundamental neue Orientierungen zu verdanken: »Etwa 80 Prozent unserer Luftverschmutzung kommen von Kohlewasserstoffen, freigesetzt von der Vegetation. Deshalb sollten wir es nicht übertreiben mit der Durchsetzung harter Emissionsstandards für menschlich verursachte Quellen« (Sierra, 10. 9. 1980). Verdientermaßen gehen demnach Fichten und Kiefern am eigenen Gift zugrunde, vor allem an Stickoxiden, die laut Reagan zu 93 Prozent von Bäumen und Pflanzen

erzeugt werden. Im Gegensatz zu Stalins und Maos eher naturphilosophischen Einsichten sind die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse des amerikanischen Präsidenten von unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung.

Auch die Ursache für die erneute Ausbreitung tödlicher Seuchen hat der Präsident ausgemacht. Das sind nicht etwa menschliche Unterernährung oder die Entstehung resistenter Bakterienstämme, wie halbgebildete Laien meinen, sondern der unverantwortliche Verzicht auf Pestizide: »Die Welt erfährt ein Wiederaufleben tödlicher Seuchen, verbreitet durch Insekten, weil Pestizide wie DDT zu früh verboten worden sind« (*Chicago Tribune*, 10. 5. 80). Deshalb ist es nur konsequent, daß die USA jährlich 20 000 Tonnen DDT in die Dritte Welt exportieren, wo sich die Seuchen bekanntlich am ehesten ausbreiten. Auch was die hohen Ölpreise verursacht, liegt für Reagan auf der Hand. Die OPEC und die Multis haben damit nichts zu tun. »Regierungsvorschriften und Produktionsbehinderungen sind die zwei Hauptursachen für die Energiekrise« (*Science*, 20. 10. 80).

Die Nation spürt die visionäre Kraft eines gesunden Konservativismus, gepaart mit forschem Fortschrittsbewußtsein. Und Reagans Regierung handelt danach. Wenn z. B. Innenminister James Watt – oberster Naturschützer des Landes – Reservate en gros der Privatindustrie zur industriellen Erschließung offerierte, so geschah das aus tiefempfundenem Christentum. Denn Gott schuf den Menschen, damit er sich die Erde untertan mache, erklärte Watt und bot faktisch die gesamte Küste Amerikas den Ölgesellschaften an. Freilich hat dieses grandiose Programm durch kleinlichen Rechtswiderspruch der Staaten Kalifornien, New York, Virginia, New Jersey und Maryland viel von seinem Elan verloren. Daß der militante Christ und Innenminister nach tausend Amtstagen quittieren mußte, beruht wohl auf einem tragischen Mißverständnis. Watts umstrittene Bemerkung über eine Regierungskommission, bestehend aus »einem Schwarzen, einer Frau, zwei Juden und einem Krüppel«, hat zweifellos nur seine Freude über die Integration bisher Benachteiligter zum Ausdruck bringen wollen.

Die Truppe, mit der Reagan antrat, hat noch andere Opfer zu beklagen: Richard Allen, den Nationalen Sicherheitsberater; Missis Burford, die industriefreundliche Chefin des Umweltschutzamtes; Paul Thayer, den stellvertretenden Verteidigungsminister; CIA-Direktor Casey und Justizminister

Smith – sie mußten wegen Bestechung, finanzieller Unregelmäßigkeiten oder anderer gewinnbringender Tätigkeiten abtreten. Aber diese Skandale konnten Reagan nicht schaden. Denn mögen die Getreuen auch straucheln und fallen, der Held steht umso strahlender da. Und er demonstriert überdies, daß echte Männerfreundschaft wieder etwas zählt. Hält er nicht zu seinem Chefberater Meese, dem designierten Justizminister, der unter der Anklage steht, mindestens sechs Leute, die ihm finanziell entgegengekommen sind, auf hohe Posten gehievt zu haben? Und ließ er etwa den wackeren Arbeitsminister Donovan im Stich, als diesem Mafia-Kontakte vorge-

worfen wurden und im Laufe der Ermittlungen zwei Belastungszeugen ums Leben kamen? »Im Zweifel für den Verdächtigen«, lautet Reagans Devise, und siehe da, der Sonderstaatsanwalt konnte Donovan am Ende nichts bündig nachweisen. So durfte der Präsident kürzlich, an seinem 73. Geburtstag, vor dem Eureca College in Illinois mit Recht verkünden, Amerikas Politik sei wieder geprägt von »Ehrlichkeit und Moral«. Denn was wirklich zählt vor Gott und der Nation, sind nicht ein paar verschobene Dollars oder Meineide, sondern die unbestrittene Tatsache, daß das Land wieder eine klare politische Orientie-

rung hat, ein faßbares Ziel – und wenn dieses Ziel einmal unversehens in sein Gegenteil verkehrt wird, so zeigt das nur, daß eine überlegene Führung die Zeichen der Zeit erkennt und aus jeder Situation ein Optimum an Spannung und Action herausholt.

Nehmen wir als Beispiel die Wirtschaftspolitik. Gewählt wurde Reagan hauptsächlich wegen seines überzeugenden Versprechens, das Haushaltsdefizit zu beseitigen. In der Wahlkampfdebatte von 1980 hatte er erklärt: »Ich habe einen Wirtschaftsplan vorgelegt, den ich gemeinsam mit einer Reihe hervorragender Ökonomen dieses Landes ausgearbeitet habe ... und der einen ausgeglichenen Haushalt für 1983, wenn nicht schon früher, sichern kann« (28. 10. 80). Unbeirrt stand er zu diesem Ziel auch nach gewonnener Wahl: »Diese Regierung ist einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet, und wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzug, das bis 1984 zu erreichen« (21. 9. 81). Bis 1984, in nur drei Amtsjahren, hat Reagan dann erreicht, daß sich dieses Haushaltsdefizit verfünffachte – von 40 auf 200 Milliarden Dollar. Das sind Rekordwerte. Wieder einmal haben sich die USA als Land der Superlative erwiesen. Kein anderer Industriestaat hat je in Friedenszeiten ein derartiges Verschuldungstempo vorgelegt. Aber hatten sich damit die »Reaganomics« als jener Unsinn herausgestellt, für den Besserwisser ihn von Anfang an hielten? War dieses Desaster nicht vielmehr die dramaturgische Vorbereitung für einen überraschenden Umschwung? Nachdem er das Land in die schwerste Depression seit fünfzig Jahren manövriert hatte, warf Reagan das Steuer herum. War die erste Phase der »Reaganomics« frontal gegen die Keynesianische Konjunktursteuerung gerichtet, so wurde 1982, gleichsam aus der Hüfte, der größte Rüstungskeynesianismus aller Zeiten praktiziert. Die Aufblähung des Militärhaushalts trieb die Nachfrage hoch. Seither boomt die Wirtschaft: Reagans größter Trumpf im Wahlkampf.

Daß dieser Rüstungsboom – nach einer Studie des Council for Economic Priorities – das teuerste und unrentabelste aller denkbaren Arbeitsbeschaffungsprogramme ist; daß das astronomische Handelsdefizit von 1983 sich dieses Jahr noch verdoppelt; daß der hohe Dollarkurs bereits zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze gekostet hat; daß die defizitbedingten Hochzinsen die gesamte Weltwirtschaft außerhalb der USA strangulieren – in Amerika hat kein Unternehmer deshalb schlaflose Nächte, am wenigsten die Nutznießer des Rüstungsprogramms, die Raketen-, Luft-

fahrt- und Computerindustrien, die sich – welch glücklicher Zufall – in Reagans Heimatregion Südkalifornien konzentrieren.

Doch auch die Armen haben Reagan viel zu verdanken – er hat ihnen den Stolz

zurückgegeben, Amerikaner zu sein. Schlugen nicht die Herzen des so lange gedemütigten Volkes höher, als im Heldenkampf um Grenada die stärkste Nation der Welt die schwächste und kleinste bezwang? »Wir haben unser Tret-mich-Zeichen abgenommen«, sagte der Präsident. Amerikaner zu sein, ist wieder etwas Wunderbares und Großes, gerade auch für jene eineinhalb bis zweieinhalb Millionen Arbeitslose, die nach offiziellen Schätzungen auf der Straße leben, in ihren Autos, in Zeltstädten, in Obdachlosenquartieren, die jedoch wissen, daß diese Unbill der Stimulierung ihrer Privatinitiative dient und ihnen somit letztlich zum Guten gereichen wird.

Demagogen sprechen von einem Krieg gegen die Armen statt gegen die Armut. Die Armen seien geschlagen und voll auf dem Rückzug, meinte die *Washington Post*. Das ist gewiß unfair. Es geht der Reagan-Administration um ein mehr als oberflächliches Verständnis des Elends, sie will an seine Wurzeln heran. Nachdem die offizielle Armutsziffer 1978-82 um 40 Prozent oder zehn Millionen gestiegen war, setzte der Präsident im letzten August eine Hungerkommission ein, die jedoch bisher die allgemeinen Klagen über steigende Unterernährung »weder einwandfrei zurückweisen noch definitiv bestätigen« konnte. Kommissionsmitglied Dr. Graham aber hatte bereits 1982 der *New York Times* anvertraut, woran das liegt: das größte Problem der Armen sei nicht Hunger, sondern Fettleibigkeit. Und »was die Probleme unserer Schwarzen betrifft, so müssen wir uns nur die Sportseiten ansehen, um zu erkennen, wer die Bestgenährten im Lande sind« (*The Economist*, 14. 1. 84). Ist es da nicht zu begrüßen, daß mehrere Städte das Durchwühlen von Abfalleimern nach Eßbarem unter Strafe gestellt haben? Und ist nicht auch Phoenix, die Hauptstadt von Arizona, zu loben, weil sie die Obdachlosenquartiere abgeschafft und das Liegen auf der Straße streng verboten hat? Das fördert die so dringlich notwendige Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Nun ziehen freilich viele Arbeitsuchende durch die Städte, und in den Zeitungen finden sich schon Leserbriefe, in denen dazu aufgefordert wird, diese Vaganten abzuschießen wie streunende Hunde. Aber auch da gibt es Rat: Im Sunbelt der Südstaaten sind nach Berichten des *Wall Street Journal* private Arbeitslager entstanden, von denen nach bewährtem frühkapitalistischen Muster Leiharbeiter für harte Jobs vermietet werden – ohne lästige staatliche Kontrolle, auch ohne kostspielige Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, allerdings mit extremen Unfallziffern; aber was soll's, es dient ja einem guten Zweck und hält heute schätzungsweise zwei Millionen kasernierte Tagelöhner von der Straße fern.

Wer dieser Regierung Hartherzigkeit, moralisches Versagen oder mangelndes soziales Engagement vorwirft, weiß nicht, wovon er spricht. Sie hat sich beispielhaft – in bester Western-Tradition – um die Resozialisierung von Straftätern bemüht, selbst im Ausland. So sind neun von dreizehn der obersten Armeechefs von El Salvador nach Aussage des ame-

rikanischen Oberstleutnants John Buchanan pathologische Mörder, Vergewaltiger und Alkoholiker. Präsident Reagan steht zu ihnen. Fern von imperialer Arroganz beweist er seine Loyalität gegenüber den Verbündeten und seine Achtung vor deren Autonomie. Alle Informationen z. B. der US-Botschaft über die Identität der politischen und militärischen Führung von Salvador, über die Todesschwadronen und die Rolle, die der Präsidentschaftskandidat d'Aubuisson bei der Ermordung von Erzbischof Romero spielte, hat Reagan nicht nur der Öffentlichkeit, sondern selbst engsten Mitarbeitern vorenthalten.

Denn verläßliche Freunde sind von unschätzbarem Wert, jetzt, wo Amerika endlich angetreten ist zum Endkampf gegen das Böse. Dieses sitzt, wie wir wissen, in Moskau. Reagans Fähigkeit, eine verständliche Welt zu schaffen – hier, im Weltpolitischen, gewinnt sie ihre entscheidende Dimension. Die archaischen Kategorien von Gut und Böse bestimmen nun auch im Atomzeitalter wieder das menschliche Handeln. Die Wirklichkeit wird aus ihrer Verirrung heimgeführt in die sauberen Denkmuster von Western und Krimi: Da gibt es keinen Entscheidungskonflikt, keine Not, das Rechte zu erkennen, sondern nur das Problem, moralisch glasklare Entscheidungen in die Tat umzusetzen – Mut, Unbestechlichkeit, List und harte Fäuste sind gefragt. »Ich bitte Sie dringlich«, beschwor Reagan letztes Jahr seine Landsleute, »hüten Sie sich vor der Versuchung des Hochmuts, vor der Versuchung, sich fröhlich über all diesen Dingen zu sehen und beide Seiten für gleichermaßen auf dem Irrweg zu erklären, die Tatsachen der Geschichte zu ignorieren und die aggressiven Impulse eines bösen Imperiums und das Wettrüsten einfach für ein gigantisches Mißverständnis zu halten.« Denn die Sowjets, so Reagan weiter, »nutzen ihre militärische Macht dazu, ihren Einfluß und ihren Willen in jeder Ecke des Erdballs durchzusetzen«.

Deshalb ist auch der gesamte Nord-Süd-Konflikt nichts als eine sowjetische Konspiration, und es wäre geradezu töricht, den ärmsten Staaten US-Kredite zu gewähren. Keinesfalls aber werden die Nöte dieser Länder von den USA ignoriert. Hungerunruhen, Aufstände und innenpolitische Konflikte der südlichen Hemisphäre fallen freilich zuallererst in die Zuständigkeit von Militär und Geheimdienst. Deshalb hat das Verteidigungsministerium schon 1982 eine spezielle Eingreiftruppe ausdrücklich gegen linke Aufstände in Asien, Afrika und Lateinamerika gebildet. Und damit dieses neue Friedenscorps eine klare Aufgabe habe, verkündete Reagan im vergangenen Jahr eine Art Breschnew-Doktrin. Lernfähig zu sein, selbst beim Erzfeind, ist eine Gabe, über die nur wenige verfügen. Reagan besitzt diese Gabe. Wie Breschnew 1968 nach dem russischen Einmarsch in die Tschechoslowakei für Osteuropa, so deklarierte der Präsident nach dem Einmarsch in Grenada für Lateinamerika ein allgemeines Interventionsrecht, falls die Sicher-

heit der USA bedroht sei oder ein Verbündeter die USA zu Hilfe rufe.

Es wäre jedoch eine schwächliche Strategie, nur fallweise sowjetische Konspirationen zu zerschlagen. Das Übel muß im Kern ausgerottet werden. 1980 hatte

ein Colin Gray in der offiziösen Zeitschrift *Foreign Affairs* unter dem Titel »Victory is possible« die Ausschaltung des Sowjetregimes zum politischen Ziel eines Nuklearkrieges erklärt. »Eine solche Doktrin«, so Gray, »müßte den Tod des Sowjetstaates ins Auge fassen. Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der die Erholung der USA nicht verhindert.« Dieser Preis wird mit 20 Millionen toten Amerikanern beziffert (sonstige Opfer sind nicht erwähnenswert). Demnach könnten 200 Millionen Amerikaner überleben in einer nun ausschließlich von »westlichen Wertvorstellungen« geprägten Welt. Colin Gray wurde unverzüglich als Berater für Rüstungskontrolle in Reagans Stab berufen und ist dort sichtlich nicht ohne Einfluß geblieben. »Die sowjetischen Führer«, sagte inzwischen auch Richard Pipes, Reagans Rußlandexperte und jetzt Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, »würden zu wählen haben zwischen einem friedlichen Wechsel ihres Systems – oder einem Krieg.«

»Lasset uns beten«, so der Präsident

1983, »für jene, die in totalitärer Dunkelheit leben, beten, daß sie die Freude entdecken, von Gott zu wissen. Aber bis sie das tun werden, sind sie das Zentrum des Bösen in der modernen Welt.«

Die europäischen Verbündeten reagieren verwirrt. Daß sich die westliche Führungsmacht zur Hegemonialmacht aufschwingt, daß die US-Strategie das Atomkriegsrisiko europäisiert, läßt die Europäer zusammenrücken wie eine Hühnerschar bei Gewitter. Was immer man gegen Reagan sagen mag, er hat sich unbestreitbar um die europäische Einigung verdient gemacht, denn die Europäer begreifen jetzt langsam: sie sind zur Einheit verdammt. Vielleicht wäre in diesem Frühjahr die EG schon zerbrochen ohne die Aussicht nicht nur auf die sichere Wiederwahl, sondern auf das lange Überleben des Präsidenten, dem das Amt wie eine Frischzellenkur bekommt, während andere Staats- und Regierungschefs in ihrer Amtszeit einen Alterungsschub erfahren (man erinnere sich nur an Nixon oder Carter, Pompidou oder Willy Brandt). Wenn der Siebzigjährige telegen Bäume erklimmt und als juveniler Tarzan aus dem Geäst lächelt, weiß es Freund und Feind: Der Präsident ist fit. Mit federndem Gang schreitet er uns voran in ein besseres Morgen.

Stefan Welzk

Ost-West-Denksport

Als hätten wir in Los Angeles nicht genügend sportliche Wettkämpfe zu bestehen gehabt, forderte uns die Sowjetunion, die bekanntlich der olympischen Sorgen ledig war, Anfang August eine zusätzliche Denksport-Leistung ab, ohne uns bislang zu verraten, welches die richtige Lösung sei. Die Aufgabe folgt aus drei Prämissen:

1. Ob es uns paßt oder nicht: Honecker hat auch mit dem zweiten Milliarden-

kredit Bonn (und München) wieder aufs Kreuz gelegt, noch mehr sogar als beim ersten Mal. Kein SPD-Minister hätte sich soviel Stümperei leisten können wie Herr Jenninger. Das Liebeswerben aus Bonn hält gleichwohl an, als wäre die DDR Kohls große Leidenschaft.

2. Honecker hat der UdSSR durch den geteilten Olympia-Boykott ein großes Opfer gebracht, das er sich sicher entsprechend bezahlen läßt (falls er auf olympisches Gold nicht ebenso gutmütig verzichtet wie vor vier Jahren die Bundesrepublik, der es die USA mit nichts gedankt haben). Dennoch wurde Honeckers trickreicher Handel mit Bonn noch während der Olympiade durch eine Moskauer Pressekampagne diffamiert, die schlicht unterstellte, nicht die Bundesregierung habe sich hereinlegen lassen, sondern die DDR.

3. Wenn Moskau die »Annäherung« der beiden deutschen Staaten nicht paßt, hat es bessere Mittel, Honecker zurückzupfeifen, als Zeitungsartikel, die in der Tat auch wenig Eindruck auf die DDR-Führung machten. Überhaupt kann dem ZK in Moskau nicht daran gelegen sein, Entwicklungen in den Satellitenstaaten, die nicht mehr zu verhindern sind, öffentlich zu attackieren: das wäre ein Eingeständnis der eigenen Ohnmacht.

Die zu lösende Aufgabe heißt demnach: Was bezweckt der Kreml mit seiner Pressekampagne?

Fragen wir zunächst nach dem Adressaten jener Artikel: wer liest sie bzw. soll sie lesen? Sicher kaum jemand in der UdSSR, und in den Satellitenstaaten auch nur ein paar übereifrige Funktionäre, die ohne Einfluß sind. Nirgendwo wird die sowjetische Partei- und Regierungspresse so aufmerksam gelesen, ja »durchaus studiert« wie im Westen, und das weiß man auch in Moskau. Man schrieb in diesem Fall also für Bonn.

(a) Was sollte die Bonner Regierung dem Angriff auf sie und – indirekt gezielt – auf die DDR entnehmen? Daß dem Kreml nicht genehm ist, was zwischen den beiden deutschen Staaten ge- und verhandelt wird. Daß es deshalb richtig ist, es weiterhin zu tun, vielleicht sogar noch großzügiger gegenüber der DDR. So etwa war die bisherige Bonner Reaktion: unbekümmert darum, daß genau diese Reaktion die (im Zweifelsfall) böse Absicht Moskaus sein mag.

(b) Wenn nun aber der Kreml die Bonner Politiker für weniger borniert hält, als sie sich geben? Dann könnte er darauf spekulieren, daß die Bundesregierung glaubt, Moskau wolle sie nur reizen, noch mehr für die DDR zu tun, als sie ohnehin zu tun bereit ist, und dahinter müsse ein (im Zweifelsfall) teuflischer Plan stecken, auf den man nicht hereinfallen werde; also Hände weg von der DDR! Dieser Zug könnte von Gromyko erdacht sein – für Tschernenko wäre er vermutlich zu kompliziert (und für Herrn Kohl erst recht).

(c) Eine dritte Möglichkeit sähe so aus: Die Herren im Kreml können einfach nicht glauben, daß die Bonner Regierung so tölpelhaft ist, wie sie sich in den Verhandlungen mit der DDR gegeben hat; sie vermuten also geheime Absprachen zwischen Kohl/Strauß und Ho-

necker, möglicherweise sogar eine Aufweichung der Fronten in Richtung Wiedervereinigung. Indem sie nun Honecker unterstellen, er sei gegenüber Bonn zu entgegenkommend, erhoffen sie sich von der notorischen Bonner (und Münchner) Geschwätzigkeit Aufschlüsse darüber, was wirklich verhandelt worden ist, weil die Bundesregierung, um deutsch-deutsche Entspannung bemüht und nationalistisch denkend, zwar nicht den Vorwurf des Revanchismus, wohl aber den der Übervorteilung des Brüder-und-Schwestern-Staates scheue. Bisher jedoch haben Strauß und die Bonner Unterhändler nichts preisgegeben – vielleicht weil sie gar nichts preiszugeben haben außer ihrer eigenen Blauäugigkeit.

(d) Schließlich könnte man auch vermuten, daß Honecker die fraglichen Artikel in Moskau bestellt hat, um bei weiteren Verhandlungen mit Bonn noch mehr herauszuholen. Er könnte dann sagen: da seht ihr, welchen Pressionen von meinen Freunden ich mich aussetze, wenn ich freundlich zu euch bin; ich will es trotzdem sein, aber ihr müßt mir das honorieren. Die Führung der UdSSR könnte diese Taktik auch im Hinblick auf andere West-Kontakte gutheißen, z. B. neue Kredite für das bankrotte Polen, die der Westen in der (irrigen) Annahme bewilligen würde, Moskau damit zu ärgern.

Es sind noch einige andere Lesarten denkbar – und beliebig viele Rückschlüsse auf dahinterstehende Absichten, gemäß der logischen Regel, daß sich aus einem falschen Satz jeder denkbare andere Satz ableiten läßt, bis auf den richtigen. Am Ende steht dann der Aberwitz. In der Ost-West-Politik aber ist er die Regel, die dem Spiel Sinn gibt.

Die aberwitzigste Interpretation der fraglichen Moskauer Verlautbarungen wäre, sie wörtlich zu nehmen. Die Rede vom Revanchismus, der in der Bundesrepublik sein Haupt erhebe, ist zwar abgenutzte Propaganda und verträgt sich auch schlecht mit dem Hinweis auf die neuerliche Annäherung zwischen DDR und BRD – es sei denn, daß eben diese als Revanchismus gewertet wird, besonders dann, wenn sie, wie in der *Prawda*, fast schon wie ein erster Schritt zur Wiedervereinigung erscheint. Hier also haben wir die relevante »Botschaft«, und da spielt es in der Tat keine Rolle mehr, ob Honecker mit Gewinn oder Verlust für die DDR verhandelt; ja daß er die Bonner übers Ohr zu hauen vermag, ist eher noch schlimmer, denn es zeigt, wessen man sich in Moskau zu gewärtigen hätte, wenn . . . Nimmt man die anderen östlichen Entwicklungen hinzu: in Rumänien (nationalistisch) oder in Ungarn (marktwirtschaftlich), von Polen ganz zu schweigen und um die Tschechoslowakei seit 1968 bangend – was bleibt dann noch? Bulgarien.

Auch wenn das nur eine Horrorvision ist: daß die *Prawda*, der *Rote Stern* und andere Organe sie ausmalen dürfen, deutet darauf hin, daß in Moskau Ängste umgehen, die denen in Westeuropa ebenbürtig sind. Wenn nun westliche Kreml-Astrologen, die in solchen Pressekampagnen gern »Machtkämpfe« toben sehen, im vorliegenden Fall – Gromyko-Fraktion gegen Tschernenko-Fraktion – recht hätten, so hieße das, daß die Erosion im Ostblock noch weiter fortgeschritten ist, als wir's uns seit

Jahrzehnten erträumen. Dann gäbe es für Moskau nur noch eine Hoffnung: Reagan. Der allerdings sorgt gerade dafür, daß die Westeuropäer sich auf ihre Einheit besinnen und sogar schon die Nato anzweifeln. Das wiederum fördert die europäische Entspannung mit der Perspektive auf die deutsche Wiedervereinigung. Und davor fürchtet sich Moskau mehr als vor amerikanischen Raketen. Die *Prawda*-Attacke gegen Bonn zwang alle diese Ängste zusammen. Insofern ist sie genial zu nennen.
Was aber sollen wir aus ihr lernen? Oder war sie doch nicht für uns gedacht?

Karl Markus Michel

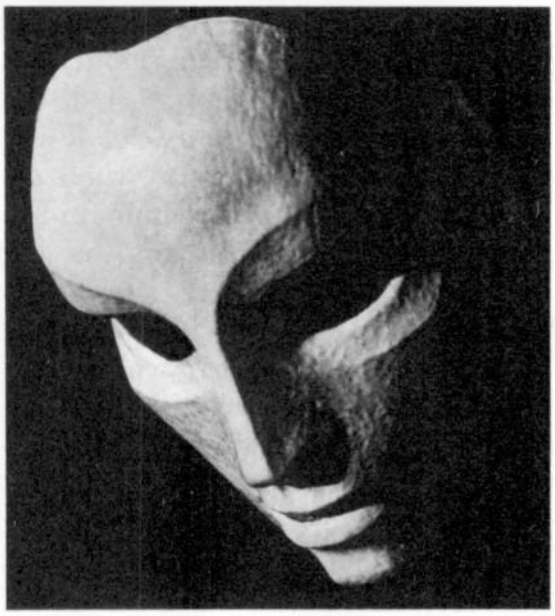
Wiedervereinigung, kakanisch

Ungarn ist nett. Österreich ist auch nett. Als vor etlichen Jahrzehnten der Eiserne Vorhang zwischen den beiden Nettigkeiten herunterrasselte, wurde das Geschepper diesseits und jenseits der Leitha mit echtem Bedauern vernommen. Wer läßt sich schon gern eine erstklassige Haßliebe durch einen zweitklassigen Kalten Krieg vermiesen? Wir wissen von ganz allein, warum wir uns nicht leiden können. Dazu brauchen wir keine Geopolitiker. Niemals werden die Österreicher den Affront von anno 1867 vergessen. Liebenswürdigerweise hatte sich Seine Apostolische Majestät Franz Josef I. in der Matthiaskirche zum ungarischen König krönen lassen. »Franz lebe hoch!« riefen die Magyaren. Aber die Huldigung galt dem Musikus Franz Liszt, der gerade einen Spaziergang durch das Burgviertel von Buda machte. Der Habsburger bekam nur die Rücken seiner transleithanischen Untertanen zu sehen. Vielleicht hätte man die Stefanskrone doch nicht mit Watte auspolstern sollen, dann wäre sie dem dünnköpfigen Franz Josef gnädig über die Augen gerutscht und die Beleidigung wäre nicht so roh ausgefallen. Die Ungarn wiederum verzeihen den Österreichern den Metternich nicht. Jener Herr hatte einst festgestellt, daß das europäische Abendland an den Mauern seines Palais am Rennweg in Wien aufhöre. Der Rest sei den Hunnen und Tartaren zugehörig. Das war schon eine sehr deftige Schmähung. Die Ungarn sind nämlich furchtbar ernsthafte Verfechter des Europäertums. Hungaria est christianitatis clipeus. Der Schild der Christenheit und so. Türken und dergleichen sind kacka. Die Habsburger wußten diese Geisteshaltung auch zu honorieren und drückten die Magyaren überaus herzhaft an ihre Brust. Die hatten dann schwer zu schnaufen.
Joj, was haben wir uns gestritten! Jahrhundertelang. Ist das etwa nichts? Das verbindet ungeheuer. Was die Geschichte zusammentut, soll ein Eiserner Vorhang nicht trennen. Gottlob gibt es noch so etwas wie Erosionsprozesse. Eisen, Stein und Marmor bricht, aber Österreich-Ungarn nicht. Kakanien hat uns wieder. Postmodern und modifiziert, aber immerhin. Die Österreicher können zwar immer noch nicht ungarisch – mit dieser zentralasiatischen Extravaganz kommt ja kein Mensch zurande –, aber dafür sind die cisleithanischen Kauwerkzeuge en masse mit ungarischen Zähnchen aufgefüllt. Wer will leugnen, daß Brücken ein verbin-

dendes Element darstellen? So führen Zahnprothesen wieder zusammen, was geopolitische Unsinnigkeiten scheiden wollten. Die Österreicher fühlen sich den ungarischen Zahnärzten sehr zugetan, arbeiten sie doch schnell und zu einem Fünftel des gängigen Tarifs.

Liebe geht bekanntlich auch durch den Magen. Wie also sollte man die Ungarn nicht lieben. Weiß der Teufel, warum die Butter in Ungarn soviel besser ist als anderswo. Also schleppen die Österreicher tonnenweise Butter, Hühner, Salami, Honig, Äpfel und Käse über die nebbiche Grenze. Auch Zahnpasta und Haarshampoo sind sehr begehrt. Ganz zu schweigen von den Spirituosen. Der Kirschenschnaps ist eine wahre Köstlichkeit. Die österreichische Tabakregie ärgert sich ungeheuer, weil die in Ungarn in Lizenz hergestellte Milde Sorte ein ausgesprochen schmackhaftes Produkt ist. Und erst die Kinderkleidung! Strampelhöschen sind der absolute Geheimtip für die österreichischen Käuferkarawanen Richtung Osten. Die Ungarn sind bezaubernde Leute. Sie subventionieren Kinderhemdchen und Babypuder, Jonathanäpfel und Weichkäse. Wer in Ungarn einkauft, der hat was im Korb für sein Geld. Ist das nicht nett? Im Empire war es auch nicht anders. Guter Weizen aus Ungarn gegen mieses Nähgarn aus Österreich. Wozu bitteschön hat man denn eine Kolonie mit oder ohne Ausgleich.

Aber mittlerweile ist doch einiges Wasser die Donau hinuntergeflossen. Jetzt kriegen die Ungarn auch was von den Österreichern. Für die magyarischen Hendln und Marillenschnäpse gibt es Hartwährungskredite und Know how. Intensives tut sich im Ausbau von Hotels und Thermalbädern. Wer die Heilquellen von Heviz besucht, planscht in österreich-ungarischen Joint-Venture-Gewässern. Und wie anheimelnd ist doch einem Wiener zumute, der auf einem Spaziergang durch eine Nobelstraße Budapests von der nahen Bau-



stelle her ein herzhaftes »Hau' ma den Hammer uma, Trottel depperter« vernimmt. Österreicher auf Montage in der Vaci utca. Ähnlich allgemeinverständliche Redensarten – wenn auch auf ungarisch – lassen sich am Rennweg in Wien erlauschen. Der selige Metternich ist ganz perplex: ein ungarisches Hotel neben seinem Palais! Pardauz.

Die Ungarn haben dem Metternich eins ausgewischt, und die Wiener sind dem Matthias Corvinus auch nicht mehr gram. Die Welt ist wieder in Ordnung. Aber das macht einige Leute schrecklich nervös. Verständlich in Anbetracht der großen Mühe, die es gekostet hat, aus Mitteleuropa lauter kleine Brösel zu machen. Und jetzt geht das schon wieder los mit der österreichisch-ungarischen Packelei. Noch dazu in Eiszeiten wie diesen. Prompt wird den unzeitgemäßen Kakaniern mehr Ernsthaftigkeit abverlangt. Die Ungarn kriegen von der Sowjetunion eins über den Schädel und die Österreicher von den USA. Die *Prawda* entrüstet sich über die einen, das *Wallstreet Journal* über die andern. Unzuverlässige Undichtlinge sind wir, heißt es hier wie dort. Ach ja, wie stehen wir nur da vor der Welt! Die Ungarn mit neun Milliarden Dollar Auslandsschulden und die Österreicher mit Ostblockgebissen . . . Eine einzige Peinlichkeit.

Marie Luise Kaltenegger

Eier im Glas

Selbstverständlich kann man Embryos wegschmeißen. Tagtäglich geschieht das in vielen Kliniken. Was für Embryonen? Winzige befruchtete Eier eigentlich sind es nur, aber sie leben ja immerhin und könnten mit viel Glück – die Erfolgsquote variiert – Menschen werden. Und warum kippt man sie in den Ausguß? Weil sie überzählig sind, weil sie eingefroren waren und jetzt nicht mehr zu gebrauchen sind, schon zu alt, sie fangen an zu riechen, matschig zu werden – sie sind sauer.

Die erstbeste MTA wird, wenn der Kühlschrank zu voll ist, an ihrem Laborplatz entscheiden, worüber sich Moralisten aller Art ihre abgehobenen Gedanken machen, vom Kardinalskollegium bis zum Hartmann-Bund – nachdem die Herren noch am Morgen onaniert und im Schnitt eine Million Spermatozoen auf die einigermaßen hoffnungslose Reise in die Kanalisation Roms oder Bonns geschickt haben; auf die Verschwendung von Natur und Naturen, insbesondere die trostlose Situation der Spermien – damit verglichen können die Überlebenschancen der Sahel-Bewohner nur als vorzüglich bezeichnet werden – kommen wir gleich zurück beim beliebten Thema Befruchtung, hier: im Glase. Ja, was ist denn nun? Darf man experimentieren, verschwenden, vernichten, darf man nicht? Kann man getrost weiterhin ganz kleine Kinder, befruchtete Eier, die man gerade nicht braucht, wegspülen, geeiste, aufgetaute? Soll man seelenruhig in der Genetik vielzelliger Embryos herumschnippeln, in komplizierten Versuchsreihen Gene abtrennen, verändern, in Bakterienzellen vermehren, neu binden? Sie quietschen ja nicht. Wie alt dürfen sie höchstens sein: 3 Tage? 14 Tage, weil sich dann, was nicht sicher ist, mit dem Nervensystem die Fähigkeit, Schmerz zu empfinden, entwickelt? Manchmal liegt erst nach der Geburt auf dem Tisch, was man angerichtet hat. Wenn die Genanalyse nun Schlimmes offenbart: lassen wir sie krank leben? Bringen wir sie um, die vier als Babys getarnten Kunstprodukte unserer Hybris in Zimmer 6?

Wer viel fragt, hält sich nur auf. Soll ich denn, nächste Stufe, als Gynäkologe auf Teufel komm heraus ewig im Frauenbauch herumfuhrwerken oder lieber in der Retorte? Diese Frage zumindest läßt sich sofort beantworten: Hände weg vom Uterus! Nicht so sehr, um die Frau zu ehren, fordern wir seine Abschaffung, sondern der Hygiene zuliebe. Überlegen Sie doch: Jedes Kaufhaus-Reagenzglas ist am kleinen Finger eher zur Behausung von Embryonen geeignet als der stolzeste Uterus, der erfahrungsgemäß ständig durchflutet ist von Alkohol, Tabletten und Nikotin. Der Beweis, wie man schon jetzt lesen kann, ist erbracht: befruchtete Menscheneier pflegen sich mit Vorliebe – Gewohnheit kann es ja nicht sein – an den Rändern der Retorten festzuklammern. Zwar ahnen sie, als ärztliche Produkte dem Lateinischen von vornherein aufgeschlossen, was man mit ihnen vorhat in der Retorte, deren Name *torquere* besagt: quälen, durch Drehen anfertigen. Immer aber noch besser zu ertragen, spricht sich der Embryo dumpf zu, als in die schmuddelige Gebärmutter einer ungepflegten Übergewichtigen beispielsweise geschubst zu werden, die es sich, offen für alles, was da kommen wird, auf dem gynäkologischen Stuhl bequem gemacht hat. Da kann man dem kleinen Eierembryo seine Zurückhaltung nachfühlen. Die meisten Aspiranten verzichten denn auch nach kurzer, erwartungsgemäß negativ ausfallender Prüfung darauf, sich in dieser versifften Unterkunft heimisch zu machen, und geben mit einem resignierten Kannstevergessen ihren Geist an Ort und Stelle auf oder versuchen vergeblich, lebend das Freie zu gewinnen, wobei sie unterwegs, des oft starken Verkehrs unkundig, einem

der mannigfachen, geisterbahnähnlichen Schrecknisse erliegen werden. Die Erfolgsrate solcher Implantation ist daher gering.

Kehren wir also zur Befruchtung zurück, dem ersten Schritt der Herstellung unserer tiefgekühlten Monster. Und schon finden wir uns wieder, sofern wir ärztliche Wissenschaftler sind, in der Gewißheit, den Göttern nicht nachzustehen: Essen wir nicht täglich ungestraft vom Baum der Erkenntnis? Haben wir nicht unseren Gott so oft erfolgreich versucht? An jedem Vormittag, in jeder Versuchsreihe? Unsere Augen sind aufgetan, und wir wissen, was gut und böse ist. Also selektionieren wir: Welchen Sa-

men und welches Ei? Läßt man etwa meinen Samen auf ein fremdes Ei los? Weil meine Frau nicht mal ein Ei zustandebringt? Aber schwanger will sie werden, wieso denn nicht, jedenfalls kann man es ja mal eine Zeitlang ausprobieren. Abtreiben, nach zwei, drei Monaten, geht ja immer noch. Also verfügt die Klinik einen kleinen Embryo in den Bauch der Gefährtin. Dies ist nun einer der selteneren Fälle, viel häufiger sind die Eileiter verklebt. Aus gutem Grund vermutlich, doch psychosomatische Überlegungen scheiden natürlich aus bei solchem Kinderwunsch.

Meinen Samen – wirklich? Das Naheliegendste ist noch, daß er verwechselt wird von irgendeiner schlurfenden Laborantin. Daher sollte man im Spenderraum wirklich, Spaß beiseite, diesem Mädel direkt in die vorgehaltene Retorte ejakulieren – man halte sich vor Augen, daß eben dieser Vorgang als gegen die gute Sitte gewertet wird, der gewiß nur als Kleinigkeit, als Klacks gesehen werden kann verglichen mit dem, was vorher mit den Eiern angestellt worden ist (Hormongaben, Kanülenentnahmen, Einfrieren, Auftauen) und was nachher mit den Föten geschieht. Das verstehe einer.

Noch ein Fall, herausgegriffen aus vielen weiteren denkbaren Situationen: der männliche Partner produziert zwar Samen, aber der taugt nichts. Auf, meine Damen, zur Samenbank – wo nun auch wieder alles mögliche passieren kann, einen Samenbanküberfall eingeschlossen. Samenklau ist bereits gang und gäbe. Anonymität der Spender hin und her – mit ein paar Scheinchen extra lasse ich als Frau, wenn mein Macker nichts bringt, genau nur solche Spermien an meine Eier im Glas ran, die ich will: die vom Prof und nicht vom Bafög-Semester, die vom Hausfreund und nicht die auf Kasse aus dem AOK-Cocktail.

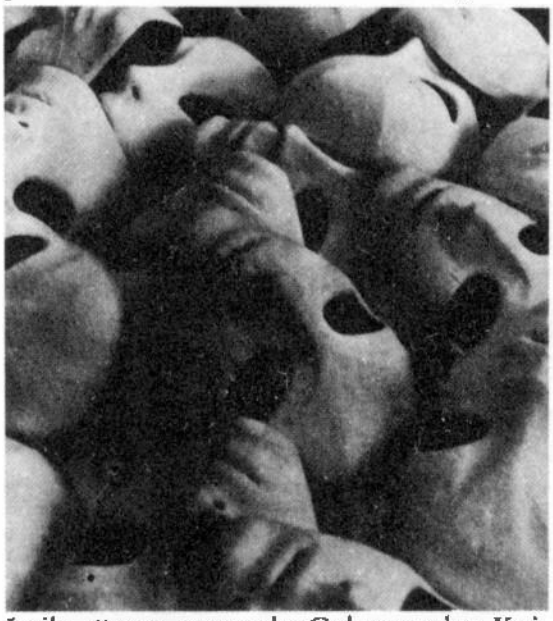
Reizvolle Perspektiven tun sich auf. Was hätten wir doch für Friedensaussichten, wenn sich die US-First-Lady Samen vom Sowjetvorsitzenden schicken ließe und umgekehrt; man wäre allerseits verwandt, würde sich zuprosten mit Wodka und Bourbon: Bella gerant alii – ja, dann kriegten wir hier in Europa wenigstens keine Wichse mehr vom Russen, wie sie uns jetzt ins Haus steht, kernig oder konventionell.

Oder man selektioniert die kleinen Spermatierchen danach, wer das schönste Schwänzchen hat und die kräftigste Schnauze zum Durchbeißen, jetzt ins Ei, später im Beruf. Doch die Humangenetik strebt, wie auch ihr Name sagt, nach Herstellung von Menschlichkeit: pränatale, präimplantationale Chancengleichheit wird möglich (auch interna-

tionale für den allerdings problematischen Fall der Beimischung von Gastarbeiterlichem in die Schale, oder gar versehentlich – aber das sähe man wohl an der Farbe – von billigem Schwellenländersamen). Chancengleichheit also, indem man dafür sorgt, daß auch die minderwertigen, unterschichtlichen Spermatozoen ans Ziel kommen. Denkbar sind umgekehrt, zur Auswahl der Kräftigsten, mikroskopische Hindernisrennen, halbliter- oder nanogrammweise.

Zurück zur Retorte, zur Petrischale, die ausgerechnet von der Kirche so vehement abgelehnt wird – dabei wohnen wir hier dem Idealfall kirchlich-lustloser Zeugung bei. Fast hatte die Geistlichkeit uns ja auch schon die Lust vergällt. Manch einer, manch eine eher noch, mag mit Überdruß der ehelichen Plackerei im christlichen Bette gedenken, keusch zum Zwecke der Erzeugung eines Kindes, sündhaft, um wenigstens einmal im Leben einen Anflug von Orgasmus zu haben. Nur für den ersten Fall, den der dezidierten Produktionsintention, verhieß der Vatikan bis vor kurzem noch Sakrament und Segen, und natürlich nur bei rechter Ehelichkeit. Bei Verlobten, nur Verliebten gar wurden Segen und Sakramente nicht gewährt, häufig indessen gab es auch Fehlanzeigen für Samen und Ei, die sich nunmehr aber in der Retorte garantiert cool, ohne ein Fünkchen Lust begegnen – da müßte doch das Herz jedes Moraltheologen höher schlagen! Dazu die Gewißheit, künftig allerorts wieder Jungfrauen zu erblicken: es geschehen nur ärztliche Einstiche mit Kanülen durch die jungfräuliche, straffe Bauchdecke zwecks Eientnahme, später die vorsichtige Implantation des eigenen oder fremden Eis, des – da kommt es nun wieder überhaupt nicht mehr darauf an – homolog oder heterolog wild befruchteten, möglichst genetisch manipulierten Eis – so ist die Jungfrauengeburt denkbar, oder doch die Jungfrau bis zur Geburt; frau trägt wieder Hymen.

Von der Mutter Kirche zurück zu einer anderen segensreichen Institution: der der Leih- oder Leasingmutter. Sie wollen ein Kind haben, gnädige Frau, ein eigenes (wenn auch nicht unbedingt von Ihrem senilen Gatten), aber Sie haben nicht die geringste Lust, Ihr Kind auszutragen, geschweige denn zu gebären? Verständlich, sagt die teure Klinik, kein Problem, alles klar: wir benötigen lediglich ein Ei von Ihnen und benachrichtigen Sie in neun Monaten, falls Sie die Sache vergessen haben sollten. Würden Sie dann bitte Ihr Kind abholen, möglichst gegen bar oder Scheck. Alles andere übernehmen wir: Befruchtung, Implantation in eine unserer vertraglichen



Leihmütter, normale Geburt oder Kaiserschnitt (etwas teurer).

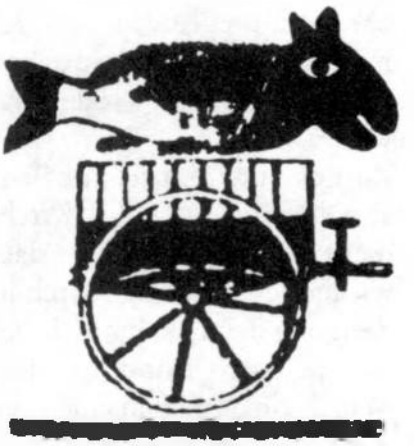
Leihmütter – Lügenmütter? Nuttig, exhibitionistisch? Lächerlich. Das verstehen nur Nichtmediziner nicht. Diese Laien haben schon nicht verstanden, daß die Zeugung ein klinischer Vorgang ist. Was machbar ist, wird gemacht. Ja aber, wenden Veraltete ein, wir meinen, daß Kinder der Liebe – oder – also zwei Menschen, die sich lieben, werden doch auch psychisch eins in dem Moment, verstehen Sie, Herr Doktor? Wieso, was wollen Sie, wenn ich meine Retorte schön anwärme und ideale Bedingungen schaffe . . .

Asmus Petersen

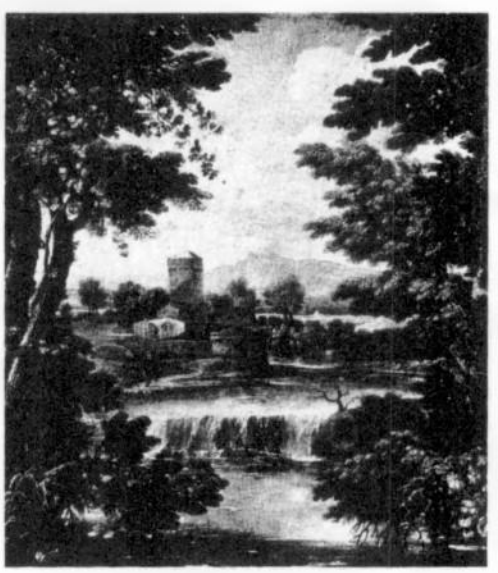
Wagenbach

Herbst 1984:

Der Verlag wird 20 Jahre alt!



Das JUBILÄUMS-PROGRAMM mit Büchern von PIER PAOLO PASOLINI, ALAIN CORBIN, ERICH FRIED, CARMELO SAMONÀ, MICHAEL KRÜGER, JAVIER TOMEO, LUIGI MALERBA, DJUNA BARNES, LOTHAR BAIER, PETER BURKE, PETER BRÜCKNER, CARLO EMILIO GADDA, WOLFGANG DEICHSEL, WILFRIED GOTTSCHALCH u. a.



Wenn Sie mehr über den Verlag erfahren möchten, schreiben Sie uns eine Postkarte, wir senden Ihnen dann – auf Lebenszeit – unseren jährlichen Almanach »Zwiebel«:
Ahornstraße 4, 1000 Berlin 30.

Werner A. Perger, geb. 1942 in Wien, lebt und arbeitet seit 1970 als Korrespondent in Bonn. Die Dokumentation zu seinem Artikel besorgte Mechthild Reith.

Stefan Welzk, geb. 1942, Physiker, Philosoph und Ökonom, lebt in Holland und befaßt sich vor allem mit Konzernverhalten und Wirtschaftskrise (vgl. auch *Kursbuch* 68, 69, 74, 76). Die Thesen und Materialien dieses Artikels sind ein Vorgriff auf sein Buch *Konzerne und Krise*, das zum Jahresende erscheinen wird.

Gunter Hofmann, geb. 1942, ist Korrespondent der *ZEIT* und lebt seit 1970 in Bonn.

Cornelia Bolesch, geb. 1951, arbeitet in der Redaktion »Hörfunk und Fernsehen« der *Süddeutschen Zeitung*.

Herbert Riehl-Heyse, geb. 1940 in Altötting, Oberbayern. Lebt bei München als Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*.

Uwe Wesel, geb. 1933, ist Professor für Rechtsgeschichte und Zivilrecht an der FU Berlin. Soeben erschien von ihm: *Juristische Weltkunde. Eine Einführung in das Recht* (suhrkamp taschenbuch wissenschaft).

Eva Demski, geb. 1944, lebt als Journalistin und Schriftstellerin in Frankfurt.

Klaus Laermann, geb. 1939, ist Professor für Germanistik an der FU Berlin.

Die *Äthiopischen Intermezzi 1 bis 6* sind Auszüge aus dem Buch von Ryszard Kapuściński, *König der Könige. Eine Parabel der Macht* (Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984). Wir danken dem Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Kursbuch 78 **Lust an der Theorie** *Dezember 1984*

Geplante Beiträge: Peter Weigelt, Theorie als Wiedergutmachung und Entlastung: Die munteren sechziger Jahre und ihre tristen Folgen / *Barbara Weinmayer u. a.*, Von Freud zur Freude – private Einlösungen eines kollektiven Mißverständnisses / *Jörg Bopp*, Irre, Wilde, Hexen. Zur Marginalisierung der Theorie / *Eckhard Nordhofen*, Die neuesten Angriffe auf die Vernunft / *Günter Niklewski*, Die Sucht nach Ersatztheorien / *Sylvia Kade*, Der Griff nach dem Alltag / *Tilman Spengler*, Plädoyer für theoretische Neugier / *Valentin Braitenberg*, Stilfragen – Grammatik, Semantik, Rhetorik in der Theorie / *Hans Günter Holl*, Mythos – Theorie – Utopie / *Peter Weingart*, Anything goes – rien ne va plus: Der Bankrott der Wissenschaftstheorie / *NN*, Das Geschäft mit der Theorie / *Erwin Chargaff*, Wege machen Ziele. Über den Begriff der Methode in den Wissenschaften / *Karl Markus Michel*, »Dazu habe ich eine Theorie« – über den schönen Durst nach Erklärungen

Kursbuch 79 **Geschmack** *Februar 1985*

De gustibus *est* disputandum – über Schmecken und Schlucken; über Gifte und Süchte; über Exotisches, Banales und Schrilles; über Moden und Wellen . . .

Diether Dehm (Lerryn)
Politik live gemacht
Kulturarbeit und politsche Praxis
Vorwort von Günter Wallraff
Diether Dehm, bekannt geworden als der Liedermacher „Lerryn", hat sich in den vergangenen Jahren der Arbeit als Produzent und Manager so bekannter Musikgruppen wie „bots", „BAP" und Zupfgeigenhansl", auch anderer Liedermacher, z. B. Wolf Biermann, gewidmet. Sein Buch über die Praxis politischer Kulturarbeit entstand aus dieser Arbeit. 192 S., brosch., DM 22,80

Bitte fordern Sie unseren Gesamtkatalog an!

Peter Hammer Verlag
Postfach 200415, 5600 Wuppertal 2

Fritz Vilmar/Leo Kißler

Arbeitswelt

Grundriß einer kritischen Soziologie der Arbeit

Der Grundriß liefert:

- eine theoretische Neubestimmung von Arbeitssoziologie;
- eine breite Dokumentation vieler Erfahrungsberichte von Arbeitenden;
- eine umfassende Darstellung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- eine differenzierte Analyse der „Betriebshierarchie";
- ein umfassendes Konzept von Arbeitshumanisierung.

256 Seiten. 19,80 DM
(Uni-Taschenbücher 1167)

leske 5090 Leverkusen 3
Postfach

Friedenauer Presse

ALEXANDER HERZEN *Über die Verfinsterung der Geschichte.* Zwei [illegible] aus dem 19. Jahrhundert [illegible] für das Jahr 1984 von HANS MAGNUS ENZENSBERGER. 24 Seiten, DM 14.80

MARIELUISE FLEISSER *In die Enge geht alles.* Unveröffentlichte Fragmente, Skizzen und zwei Briefe. Herausgegeben v. Eva Pfister. DM 12.80

JOHN AUBREY *Thomas Hobbes.* Aus dem Englischen von Henning Ritter. DM 12.80

DANIIL CHARMS *Geschichten von Himmelkumov und anderen Persönlichkeiten.* Hrsg. und aus dem Russischen von Peter Urban. 2. Auflage DM 12.80

JEAN-HENRI FABRE *Die Luft.* L'air nécessaire à la vie. Ein naturwissenschaftlicher Laienvortrag aus dem Jahr 1857. Hrsg. Christopher Middleton. DM 12.80

ERICH FRIED *„Ich grenz noch an ein Wort und an ein andres Land".* Über Ingeborg Bachmann. 2. Auflage DM 12.80

FEDERICO GARCIA LORCA *Theorie und Spiel des Dämons.* Ein Vortrag. Aus dem Spanischen von Enrique Beck. DM 12.80

Jeweils 16 Seiten, Bleisatz, Buchdruck, Fadenheftung. Bitte fordern Sie den ausführlichen Prospekt an:

FRIEDENAUER PRESSE
Katharina Wagenbach
Carmerstraße 10, D-1000 Berlin 12

84 - 577

Politik machen? Mit Büchern? Machen Rotbücher Politik? Politische Rotbücher:

Pascal Bruckner
Das Schluchzen des weißen Mannes
Europa und Dritte Welt — eine Polemik
Aus dem Französischen von Christiane Kayser
Rotbuch 293. ca. 200 Seiten. ca. DM 18
Wenn man wie die Dritte-Welt-Anhänger in jedem Unglück auf der Welt nur das Machwerk des Westens zu erkennen vermag und den befreiten Staaten nach wie vor keine Eigenverantwortung zugesteht, so bleibt die südliche Hemisphäre das, was sie schon in kolonialer Perspektive war: »ein mentales Protektorat der nördlichen Industriestaaten«!

Wolfgang Coy **Industrieroboter**
Zur Archäologie der zweiten Schöpfung
Rotbuch 297. ca. 200 Seiten. ca. DM 16
Der Essay untersucht die Entwicklung der Fabrik aus ihrem neuesten Focus, dem Robot. Und er ist eine Entdeckungsreise in den Traum von der zweiten, der besseren Schöpfung, und in den Traum von der Vereinfachung des anderen Menschen zur Maschine.
(erscheint Anfang November)

Claus Leggewie **Kofferträger**
Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland
Rotbuch 286. 208 Seiten. DM 16
Kofferträger — das waren in den fünfziger Jahren heimatlose Intellektuelle, parteiuntreue Kommunisten, genialische Schauspieler, gestandene Sozialdemokraten, fromme Mönche und fahnenflüchtige Soldaten. Sie trugen Koffer voll Geld und Propaganda, besorgten Unterkünfte für die algerischen Befreiungskämpfer des FLN und bereicherten die politische Kultur Adenauer-Deutschlands durch Waffenhandel, gefälschte Pässe und einen Hauch von Internationalismus.

Götz Aly / Karl Heinz Roth
Die restlose Erfassung
Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus
Rotbuch 282. 160 Seiten. DM 14

Tom Bower **Klaus Barbie**
Lyon, Augsburg, La Paz — Karriere eines Gestapo-Chefs
Aus dem Englischen von Niels Kadritzke.
Rotbuch 295. ca. 272 Seiten. ca. DM 18
Tom Bower hat anhand von Interviews und Recherchen Klaus Barbies Karriere und die politischen Verhältnisse nachgezeichnet: das Frankreich der Kollaboration und der Resistance; das Nachkriegsdeutschland der Alliierten und des Antikommunismus; das Bolivien der Militärs und des CIA.
(erscheint Anfang November)

Miklós Haraszti **Der Staatskünstler**
Rotbuch 288. 160 Seiten. ca. DM 16
Der in Ungarn lebende Schriftsteller beschreibt die Funktionsweise des staatssozialistischen Kulturapparates:
Der Essay ist paradox konstruiert. Entweder man nimmt den Autor beim Wort, dann handelt es sich um eine sophistische Apologie des Kulturdirigismus, oder man unterstellt dem Autor satirische Intentionen, dann liest man ein Lehrstück der »Ästhetik der Zensur«.

André Gorz **Wege ins Paradies**
Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit
Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer.
Rotbuch 279. 160 Seiten. DM 14

Roter Kalender 1985
gegen den grauen Alltag 192 Seiten. DM 6
Der billige und handliche Taschenkalender mit Plastikeinband und stabilster Fadenheftung. Mit täglichem Platz zum Reinschreiben. Mit vielen nützlichen Informationen, und unterhaltsamen Comics, mit vielen Texten, die sich diesmal vor allem einem Thema stellen: **Utopien.**

Rotbuch Verlag · Berlin 30 · Potsdamer Str. 98 · Rotbuch Verlag

- STAATEN UND DATEN - PERSONEN UND PROTESTE -

Haben Sie den Aufschwung überhört, Herr Stoltenberg?

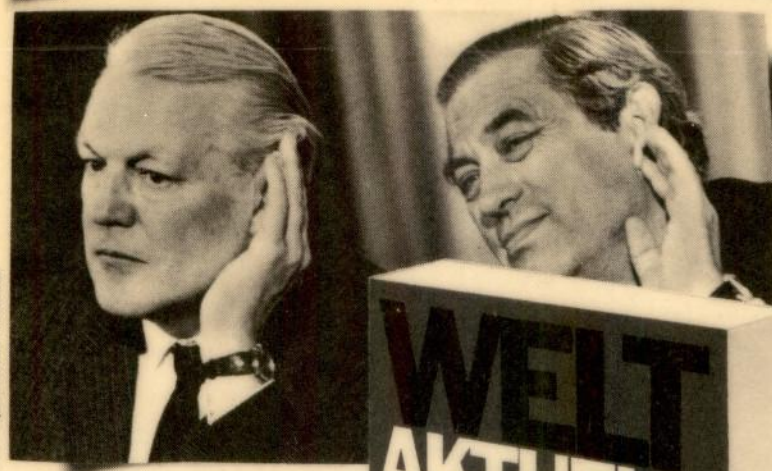


Foto: dpa/Heinz Wieseler

Finanzminister Stoltenberg und Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl lauschen

Welt aktuell wird's Ihnen flüstern...

rororo aktuell 5257
512 Seiten. **DM 16,80**

Alles über die politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ereignisse des Jahres: Daten, Fakten, Hintergrundinformationen. Mit Fotos, Karten und Karikaturen.

Aus dem Inhalt: **Daten:** Was jeder über die Staaten dieser Erde wissen muß, und was viele nicht wissen: *Wie viele Menschen leben auf den Malwinen? – Wie hoch ist die Verschuldung Mexikos und sind die Rüstungsausgaben der Philippinen? – Wie viele Arbeitslose gibt es in Belgien? – Wieviel importiert Australien aus der EG? etc.* **Themen:** Was die Schlagzeilen beherrschte und was [illegible] blieb: *Arbeitszeitverkürzung – Krieg Irak/Iran – Kinder[illegible] – [illegible] Dioxin – Videospiele – die Zukunft der NATO etc.* **Men[illegible]** [illegible] die jeder kennen sollte: *Melina Mercouri – [illegible] Jesse Jackson – Abschie[illegible]* **[illegible]tionen:** der [illegible] *OAU – Gree[illegible] u.a.* **Und jedes J[illegible]** *Die guten Adressen – Bü[illegible]*

[illegible] jährlich im September

L513940 DM 9,00
WGN
ISBN 3880228779 T
KNO
POLITIK MAG
11124
KURSBUCH.077